

III. Die britische Deutschlandkonzeption und -politik 1943-1945

19. Großbritannien und die Sicherheit vor Deutschland

19. 1. Britische Friedens- und Kriegsziele zu Beginn des Krieges

Am 3. September 1939, zwei Tage nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen und 20 Jahre nach Versailles, begann für Großbritannien der zweite Krieg gegen das Deutsche Reich.¹ Die am 31. März 1939 ausgesprochene britische Garantie für Polen war weniger ein Ausdruck realer Macht und Möglichkeiten gewesen, Hitler an der deutschen Ostgrenze wirksam eindämmen zu können, als vielmehr ein Akt politischer Aufrichtigkeit und moralischer Verpflichtung, die letzten Reste der erodierten Friedensordnung von Paris diplomatisch, nach Möglichkeit nicht militärisch, zu verteidigen.

Die Garantie der territorialen Integrität Polens wurde bemerkenswerterweise nicht etwa zu dem Zeitpunkt angeboten, als Hitler das Gleichgewicht der Kräfte in Europa endgültig zerstört hatte; dies war bereits früher geschehen. Die Garantie wurde erteilt, als Hitler gegen das London offenkundig noch wichtigere Regulationsprinzip der Nachkriegsordnung verstoßen hatte: das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die gleichgewichtspolitisch gesehen inakzeptable Annexion Österreichs am 13. März 1938 und die durch das Münchner Abkommen sanktionierte Annexion des Sudetenlandes im Oktober 1938² ließen sich - das unilaterale Vorgehen Hitlers samt all seiner fatalen Auswirkungen unberücksichtigt - noch als mit dem Selbstbestimmungsrecht gerade vereinbar ansehen. Mit dem Einmarsch in die bereits territorial amputierte Tschechoslowakei am 15. März 1939 hatte der deutsche Diktator jedenfalls den Rubikon überschritten.³

Es sei darauf hingewiesen, daß im Oktober 1938 im nachhinein offenkundig geworden war, in welcher unauflösbaren Spannung zwei der Konstruktionsprinzipien der Pariser Friedensordnung zueinander standen: das Gleichgewichts- und das Selbstbestimmungsprinzip. Das dritte Prinzip der kollektiven Sicherheit, in den 20er Jahren von England zeitweise als übergeordnet betrachtet, hatte sich bereits zu Beginn der 30er Jahre als wirkungslos erwiesen, solange es nicht mit militärischer Macht durchgesetzt werden konnte.⁴

In den fast sechs Jahren Krieg zwischen 1939 und 1945 sollte sich erweisen, daß die lange vor Ausbruch des Krieges offenkundige Kluft zwischen dem britischen Großmachtanspruch einerseits und seiner realen Einlösbarkeit andererseits immer größer

¹Als Überblick gut: A. Hillgruber, *Der Zweite Weltkrieg. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte 1939-1945*, 6. Aufl. Stuttgart 1996.

²Siehe dazu Hildebrand, Reich, S. 644-678. vgl. Adamthwaite, *Großbritannien und das Herannahen des Krieges*, in: K. Hildebrand et al. (Hg.), 1939. *An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System*, Berlin 1990, S. 197-214, hier S. 200.

³Kissinger, *Vernunft*, S. 347, meint hier, schlimmer als der Verstoß Hitlers gegen das Gleichgewicht sei in britischen Augen nunmehr gewesen, "daß er gegen die moralischen Prinzipien der britischen Außenpolitik der Nachkriegszeit verstoßen hatte." Nach diesem Schritt spielte es keine Rolle mehr, daß die Forderung Hitlers nach Danzig grundsätzlich ja auch mit dem Selbstbestimmungsrecht vereinbar war. Vgl. G. Wehner: *Großbritannien und Polen 1938-1939. Die britische Polenpolitik zwischen München und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, Frankfurt/Main 1983.

⁴Vgl. K. Hildebrand, *Krieg im Frieden und Frieden im Krieg. Über das Problem der Legitimität in der Geschichte der Staatengesellschaft 1931-1941*, in: HZ 244 (1987), S. 1-28; K. Hildebrand, *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Probleme und Perspektiven der Forschung*, HZ 251 (1990), S. 601-625.

wurde. Dieses außenpolitische Grundproblem ist bereits in Teil 1 dieser Arbeit erwähnt worden und wird häufig mit den Begriffen "Appeasement", "Diplomatie der Illusionen" oder "Diplomatie der Ohnmacht" umrissen, auch wenn im einzelnen Differenzierungen notwendig sind.⁵ Das "Dilemma der britischen Position gegenüber Deutschland" läßt sich mit der Sorge vor einer Zerstörung des Empire durch einen aufreibenden Krieg gegen Deutschland gut erklären.⁶

Bis zum Überfall Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 kämpfte das Inselreich allein gegen den kontinentaleuropäischen Diktator. Der britische Versuch in den 30er Jahren, das sich zunehmend hegemonial gebärdende Deutschland einzuhegen, war gescheitert, damit auch die gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ohnehin kaum noch wiederzuerkennende, herkömmliche Politik des Kräftegleichgewichts.⁷ Eingemauert hinter seine - einen Einfall Deutschlands über Belgien nicht einkalkulierende - Maginot-Linie, harrte im Westen Europas das kriegsmüde Frankreich der weiteren Entwicklung, die dann im Mai 1940 mit dem blitzkriegähnlichen Vorgehen Hitlers zur machtpolitischen Ausschaltung der französischen Republik führte.⁸

Analysiert man die britischen Kriegsziele in zwei Phasen bis zum Angriff Hitlers auf Frankreich und bis zur Ausweitung des Krieges auf die Sowjetunion, fällt vor allem in der ersten Phase deren insgesamt defensiver Ansatz auf. Unter Premierminister Chamberlain, der am 3. September ein Kriegskabinettt unter Einschluß der Labour-Partei bildete, beschränkte sich die britische Politik zunächst darauf, Deutschland kompromißlos zu widerstehen und auch nicht auf Hitlers vage Angebote zur Beendigung des Krieges einzugehen.⁹ Chamberlain verfolgte zunächst keine konkreten Kriegsziele¹⁰; die Forde-

⁵Vgl. Kennedy, *Appeasement*, mit umfangreicher Literatur, ders., *Aufstieg und Fall*; ferner G. Niedhart, *Appeasement. Die britische Antwort auf die Krise des Weltreichs und des internationalen Systems vor dem Zweiten Weltkrieg*, in: *HZ* 226 (1978), S. 67-88; K. Middlemas, *Diplomacy of Illusion. The British Government and Germany, 1937-1939*, London 1972; A. Hillgruber, *Zur Entstehung des Zweiten Weltkrieges, Forschungsstand und Literatur*, Düsseldorf 1980; L. Kettenacker, *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen 1989, passim (auf S. 24-25 spricht er von einer gegen Deutschland gerichteten "Eindämmungsstrategie, die militärisch und machtpolitisch nicht ausreichend abgestützt war") und seine im Verlauf dieses Kap. angeführten Aufsätze, v. a. *Diplomatie der Ohnmacht. Die gescheiterte Friedensstrategie der britischen Regierung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, in W. Benz/H. Graml (Hrsg.), *Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg*, Stuttgart 1979, S. 223-279. Siehe zu den wirtschaftlichen Aspekten auch B. J. Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939*; Düsseldorf 1971; G. Schmidt, *England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik (1930-1937)*, Opladen 1981.

⁶A. Tyrell, *Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941-1945*, Frankfurt/Main 1987, S. 11.

⁷Zu dem britischen Versuch, in den 1920er Jahren im Zeichen der kollektiven Sicherheit und Abrüstung phasenweise eine eher gegen Frankreich als gegen Deutschland gerichtete Politik zu betreiben, zu Recht kritisch Kissinger, *Vernunft*, S. 270-286, bes. S. 272: "Solange Großbritannien einen Staat, der fast panisch versuchte, einen nächsten deutschen Angriff zu verhindern, für die größte Bedrohung hielt, gab es keine Hoffnung, ein wie auch immer geartetes Gleichgewicht der Kräfte in Europa aufrechtzuerhalten. ... Nur wenn Frankreich und Großbritannien sich einig gewesen wären, hätten sie den letzten Rest der europäischen >balance of power< aufrechterhalten können".

⁸Hillgruber, *Weltkrieg*, S. 39 ff.

⁹Vgl. für das Folgende E. L. Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Vol. I-V; London 1970-1971 (diese offiziöse Darstellung bietet einen wichtigen Überblick über die britische Außenpolitik, Kurzdarstellungen von Denkschriften u ä.; im folg. abgekürzt als Woodward, BFP), hier II, S. 181 ff.; Kettenacker, *Krieg*, S. 30-67, Tyrell, *Großbritannien*, S. 3 ff., B. Martin, *Britisch-deutsche Frie-*

rung nach einer Beseitigung Hitlers als Voraussetzung für Friedensverhandlungen mit Deutschland erhob der Premier öffentlich allenfalls indirekt: "It is no part of our policy to exclude from her rightful place in Europe a Germany which will live in amity and confidence with other nations."¹¹

Damit war ebenfalls deutlich, daß Chamberlain Hitler als seinen Hauptgegner ansah, während er in der hier zitierten Rede am 12. Oktober 1939 öffentlich klarstellte, der Krieg werde nicht gegen die deutsche Bevölkerung als solche geführt. Ein friedliebendes, kooperatives Deutschland konnte seiner Integration in eine liberale Friedensordnung, die von Großbritannien wesentlich mitzugestalten war, sicher sein. Um keine Zweifel an der politischen und moralischen Integrität seines Landes zu betonen, fügte der britische Regierungschef fast unnötigerweise hinzu: "It was not, therefore, with any vindicative purpose that we embarked on war but simply in defence of freedom."¹² Die allgemein gehaltene Verteidigung der Freiheit wurde mehrfach als ein noch vages britisches Friedensziel verkündet. So erklärte Chamberlain einen Monat nach Kriegsbeginn: "The reason for which this country went to war ... was to put an end to successive acts of German aggression which menaced the freedom and the very security of all the nations of Europe."¹³

Großbritannien war nicht bereit, sich für weitergehende Ziele einzusetzen; insbesondere wies London in dieser Phase des "Sitzkrieges" oder Scheinkrieges ("phoney war") die in Frankreich erhobenen, altbekannten Forderungen zurück, nur "garanties materielles efficaces" könnten Deutschland von seiner kriegslüsternden Politik abhalten. Dieses in einem Aide-mémoire der Regierung Daladier vom 23. Oktober 1939 als "notre but principal de guerre" bezeichnete Ziel bezog sich, obwohl nicht weiter ausgeführt, mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Abtretung deutschen Territoriums westlich des Rheins, eine Teilung Deutschlands dabei nicht ausgeschlossen.¹⁴ Ein Regierungswechsel in Deutschland, so das französische Argument, genüge nicht; man dürfe die Sicherheit Europas nicht von dem guten Willen Deutschlands abhängig machen. Im Obersten Kriegsrat Großbritanniens und Frankreichs, im August 1939 nach dem Vorbild des Ersten Weltkriegs zur besseren gegenseitigen Abstimmung eingesetzt, brachte Ministerpräsident Daladier auch den französischen Plan aus dem Jahr 1918 ins Spiel, Brücken-

denskontakte in den ersten Monaten des Zweiten Weltkrieges, Zeitschrift für Politik, N.F. 19 (1972), S. 212.

¹⁰Intern sagte der Premier: "We should avoid any precise statement of our war aims"; Kabinettsitzung vom 9. 10. 1939, zit. n. Kettenacker, Krieg, S. 42.

¹¹Rede Chamberlains vor dem Unterhaus, 12. 10. 1939, Dokumente zur Deutschlandpolitik (im folg. abgekürzt als DDP), I. Reihe/Band 1 (3. September 1939 bis 31. Dezember 1941). Britische Deutschlandpolitik, bearb. von Rainer A. Blasius, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt/Main 1984 (Zit. in Kurzform: DDP I/1), S. 30. Im Kabinett war man bereits am 9. 9. zu dem Schluß gekommen, "the destruction of Hitlerism" sei "the essential preliminary to any settlement of European problems" (ebda., S. 10).

¹²Rede Chamberlains, 12. 10. 1939, DDP I/1, S. 30 ff.

¹³Erklärung Chamberlains, 3. 10. 1939, DDP I/1, S. 16. Vgl. die Rede vom 20. 9., zit. bei Kettenacker, Krieg, S. 48.

¹⁴Aide-mémoire der Regierung Frankreichs an die Regierung Großbritanniens, 23. 10. 1939, DDP I/1, S. 37.

köpfe am linken Rheinufer zu besetzen. Dies aber stieß in London auf wenig Interesse.¹⁵

Die Unterscheidung zwischen Kriegs- und Friedenszielen, die Premierminister Chamberlain am 26. November in einer Rundfunkrede traf, war möglicherweise auch dem französischen Drängen geschuldet, die gemeinsamen Kriegsziele zu konkretisieren. Chamberlain stellte klar, das Kriegsziel bestehe im Sieg über den Feind, vor allem in dem Sieg über eine "aggressive, bullying mentality", die andere Völker zu dominieren trachte. Gleichgewichtserwägungen nannte der Premier hier nicht, eher betonte er die moralischen Grundlagen der Staatenordnung, zu denen Deutschland zu bekehren sei. Bereits hier, mehr noch aber in den vier von Chamberlain nachfolgend aufgeführten Friedenszielen sticht die Ähnlichkeit mit der Diktion Woodrow Wilsons - und auch den späteren Vier Freiheiten Franklin D. Roosevelts - ins Auge: erstens gehe es darum, "to establish a new Europe" in einem Geist von "goodwill und mutual tolerance", zweitens um einen "full and constant flow of trade". Drittens und viertens nannte der Premier die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts und der Abrüstung: "In such a Europe each country would have the unfettered right to choose its own form of internal government", während "armaments would gradually be dropped as a useless expense".¹⁶

Die hier skizzierte, als noch utopisch bezeichnete europäische - nicht weltweite - Friedensordnung lud der Premier visionär sogar weiter auf, als er im Januar 1940 warnte, Hitlers Methoden seien "a constant menace to the moral standards on which the whole of Western civilisation is founded".¹⁷ Zunehmend machte der Premier hier auch die deutsche Bevölkerung für den Krieg verantwortlich. Ein weiterer Anklang an die idealistisch getönten Friedensziele des US-Präsidenten im Ersten Weltkrieg war Chamberlains Versicherung, "we do not want domination for ourselves, nor do we covet the territory of anybody else". Im Gegenteil, der Premier gab vor, neben der Sicherheit für kleine Nationen vor allem für immaterielle Werte zu kämpfen, für Freiheit, auch Religionsfreiheit, und gegen den Geist des Militarismus. Der Unterschied zwischen beiden Regierungschefs ist dabei ganz offensichtlich: hatte Wilson das Selbstbewußtsein und den moralischen Anspruch einer Weltmacht im Aufstieg ausgestrahlt, verriet das bei aller Entschlossenheit doch eher hilflos, ja resignativ wirkende Auftreten Chamberlains das Dilemma einer Weltmacht im Niedergang, deren Regierung genau wußte, ein Deutschland, das sich abermals zur Hegemonie aufschwang, nicht alleine besiegen zu können.

Zumindest die Rhetorik in 10 Downing Street sollte sich bald ändern. Am 10. Mai, dem Beginn des deutschen Feldzugs gegen Frankreich, der eine weitere unselige Runde in dem seit 1870 andauernden Ringen zwischen den beiden Rivalen am Rhein einleitete und die Ergebnisse der Pariser Friedenskonferenz auf den Kopf stellte, gelangte im Rahmen eines Kabinetttrevirements in London Winston Spencer Churchill in das Amt

¹⁵Sitzung des Obersten Kriegsrats, 30. 12. 1939, F. Bédarida, *La stratégie secrète de la drôle de guerre*, Paris 1979; vgl. A. Adamthwaite, *France and the Coming of the second World War, 1936-1939*, London 1977, S. 333.

¹⁶Rundfunkansprache Chamberlains, 26. 11. 1939, DDP I/1, S. 74-75. Zur Unterscheidung von "war aims" und "paece aims" vgl. auch den Tagebucheintrag (undat., Okt. 1939) des Staatssekretärs Cadogan: D. Dilks (Ed.): *The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938-1945*, London 1971, S. 221 f.

¹⁷Rede Chamberlains im Mansion House, London, 9. 1. 1940, DDP I/1, S. 108.

des Premierministers.¹⁸ Sowohl in Rhetorik als auch Substanz verhärtete sich die britische Politik und nahm Züge einer, wenngleich allgemein gehaltenen, Kriegszielpolitik an. Bereits am 3. September 1939 hatte Churchill, von Chamberlain zum Ersten Lord der Admiralität ernannt, im Unterhaus festgestellt, es gehe in diesem Krieg nicht um Danzig oder Polen. "We are fighting to save the whole world from the pestilence of Nazi tyranny and for all that is most sacred to man."¹⁹ Jahrelang war Churchill mit seinen Warnungen vor der deutschen Aufrüstung ein einsamer Rufer in der Wüste gewesen.²⁰ Drei Tage nach der Amtsübernahme, am 13. Mai 1940, erklärte Churchill in seiner wohl berühmtesten Rede, seine Politik bedeute Krieg in jeder Hinsicht, und das einzige Ziel, welches Großbritannien nun vor Augen haben müsse, sei "victory at all costs".²¹ Verblüffend war die Ähnlichkeit der Diktion Churchills mit der Rede des französischen Premierministers Clemenceaus aus dem März 1918: "Je fais la guerre".²² Die wie in Stein gehämmerten Worte des britischen Regierungschefs kalkultierten als Preis für einen Sieg über Deutschland den britischen Niedergang als Großmacht mit ein.

19. 2. Bedingungslose Kapitulation oder Waffenstillstand? Konzepte in London zur Beendigung des Krieges

Churchills Formel "Sieg um jeden Preis" wurde für den neuen Premierminister zur Leitlinie britischer Deutschlandpolitik, der alle Einzelfragen untergeordnet werden mußten. Um einen Sieg überhaupt in den Bereich des Möglichen zu rücken, verfolgte Churchill bald nach Amtsübernahme eine beharrliche Politik der Anbindung der USA an den britischen Widerstand gegen das hegemoniale Deutschland Hitlers und nahm einen intensiven Briefwechsel mit dem US-Präsidenten auf.²³ Mit Blick auf die Strategie in diesem seit 1941 zum Weltkrieg ausgewachsenen Kampf war Churchill ebenso wie Präsident Franklin D. Roosevelt nicht nur ein entschiedener Verfechter der Strategie des sogenannten "Germany first".²⁴ Churchill teilte mit Roosevelt die Abneigung, Kriegsziele zu frühzeitig festzulegen, nicht zuletzt deshalb, weil Großbritannien bis 1941 um das schiere Überleben kämpfte.²⁵ Auch die Formel von der bedingungslosen Kapitulation

¹⁸Vgl. jetzt J. Lukacs, Fünf Tage in London. England und Deutschland im Mai 1940; Berlin 2000.

¹⁹Rede Churchills vor dem Unterhaus, 3. 9. 1939, Churchill, Speeches, VI, S. 6153; und DDP I/1, S. 4.

²⁰Vgl. jetzt C. Graf v. Krockow, Churchill. Eine Biographie des 20. Jahrhunderts, Hamburg 1999, S. 160 ff.

²¹Rede Churchills vor dem Unterhaus, 13. 5. 1940, Churchill, Speeches, VI, S. 6223; DDP I/1, S. 170. Zur Kabinettsbildung und -umbildung Tyrell, Großbritannien, S. 14-17.

²²Rede Clemenceaus in der französischen Kammer, 8. 3. 1918, G. Clemenceau, Discours de Guerre, Paris 1968, S. 172; dt: Die Kriegsreden Clemenceaus, S. 73. Ähnlich die Regierungserklärung Clemenceaus am 20. 11. 1917, Discours, S. 130, und seine Rede am 9. 4. 1918: Renouvin, Kriegsziele. S. 154. Vgl. J. B. Duroselle, Clemenceau, Paris 1988, S. 636.

²³W. F. Kimball (Ed.), Roosevelt and Churchill. Their complete Correspondence. 3 vols., Princeton 1984; D. Reynolds, The Creation of the Anglo-American Alliance, 1937-1941. A Study in competitive Co-operation, London 1981; H. Butterfield Ryan, The Vision of Anglo-America. The US-UK Alliance and the Emerging Cold War, 1943-1946; Cambridge 1987.

²⁴Vgl. dazu M. Matloff/E. M. Snell, Strategic Planning for Coalition Warfare, 1941-1942, Washington 1953, S. 25 ff., 32 ff.; K.-D. Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 2. Aufl. München 1996, S. 44-66.

²⁵Kettenacker, Krieg, S. 101, 117. Churchills Skepsis reichte so weit, daß er nicht bereit war, eine im Planungsstab des Foreign Office ausgearbeitete Kriegszielerklärung öffentlich zu vertreten, die in ihrer Fassung vom 13. Dezember 1940 manche Ähnlichkeit mit den sog. "Four Freedoms" aufwies, die Roosevelt im Juli 1940 verkündet hatte und Anfang 1941 leicht variierte (vgl. Teil 4, Kap. 1. 1.). Ebda., S. 97-

on Deutschlands, die Roosevelt auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 der Presse mitteilte²⁶, ließ sich unschwer mit Churchills früher Forderung nach einem Sieg um jeden Preis vereinbaren; im Grunde war sie deren Ausdruck. Bei mehreren öffentlichen wie privaten Anlässen erklärte Churchill in den folgenden Monaten und Jahren, was er unter der Formel verstand.

In einer Rede in der Guildhall am 30. Juni 1943 stellte der Premier unmißverständlich klar: "We, the United Nations, demand from the Nazi, Fascist and Japanese tyrannies unconditional surrender. By this we mean that their will-power to resist must be completely broken, and that they must yield themselves absolutely to our justice and mercy."²⁷ Diese Argumentationsfigur teilte die Nationen klar in (zukünftige) Sieger und Besiegte ein. Dazwischen gab es nichts - keinen Verhandlungsfrieden, keine Ansprüche der Besiegten, die sich auf Gnade und Ungnade unterwerfen mußten.

Gegenüber dem Kriegskabinettt bekräftigte der Regierungschef im Januar 1944: ">unconditional surrender< I mean that the Germans have no *rights* to any particular form of treatment. For instance, the Atlantic Charter would not apply to them as *a matter of right*."²⁸ Deutschland erwuchs keinerlei Rechtsanspruch aus den universalen Friedensgrundsätzen der Atlantik-Charta.²⁹ Die Deutschen konnten sich nicht als Nutznießer der liberalen Grundsätze internationalen Zusammenlebens betrachten; Deutschland gehörte nicht zu den Ländern, die sich im Februar 1942 als Vereinte Nationen konstituiert hatten und der Atlantik-Charta beigetreten waren. Auch öffentlich stellte der Premier unzweideutig heraus, daß es keine bindenden Verpflichtungen der Siegermächte geben werde. Deutschland werde sich nicht auf ein vergleichbares Programm wie die Vierzehn Punkte nach dem Ersten Weltkrieg beziehen können. Wie Churchill im Februar 1944 betonte: "Unconditional surrender means that the victors have a free hand."³⁰

Churchill legte allerdings Wert darauf, daß das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation keine Ermächtigung der Sieger zum Unrecht war; es bedeute nicht, "and it can never mean, that we are to stain our victorious arms by inhumanity or mere lust of vengeance".³¹ Vor dem Kriegskabinettt betonte er, "the victorious nations owe it to themselves to observe the obligations of humanity and civilisation".³² Gerade im Gegensatz zu dem, was die Deutschen im Krieg vorexerzierten, durfte Macht nicht den Mißbrauch des Rechts bedeuten. Es gab Grundprinzipien der Humanität, denen die Vereinten Nationen verpflichtet waren. So betonte Churchill in seiner Rede vor dem Unterhaus am

101. Bereits als First Lord of the Admiralty hatte Churchill im März 1940 US-Staatssekretär Welles erklärt, die Diskussion möglicher Friedensbedingungen vor einer Niederlage Deutschlands sei wertlos (Beschlußprotokoll des Kriegskabinetts, 13. 3. 1940, DDP I/1, S. 138).

²⁶Vgl. Teil 4, Kap. 2. 1.

²⁷Rede Churchills in der Guildhall ("Receiving the Freedom of London"), 30. 6. 1943, Churchill, Speeches, VII, S. 6799.

²⁸Churchill an das Kriegskabinettt, 10. 1. 1944, S. Churchill, The Second World War, Vol. IV. The Hinge of Fate, London 1951, S. 617, Hervorh. im Original. Vgl. M. Gilbert, Winston S. Churchill, Vol. VII. Road to Victory 1941-1945, London 1986, S. 642 f..

²⁹Zur Atlantik-Charta vgl. Kap. 2. 1.

³⁰Rede Churchills vor dem House of Commons, 22. 2. 1944, Churchill, Speeches, VII, S. 6881-6894, Zit. S. 6893.

³¹Rede Churchills in der Guildhall, 30. 6. 1943, Churchill, Speeches, VII, 6793-6799, Zit. S. 6799. Siehe auch Churchill, Hinge, S. 616.

³²Churchill an das Kriegskabinettt, 10. 1. 1944, Churchill, Hinge, S. 617.

22. Februar 1944: "If we are bound, we are bound by our own consciences to civilisation." "The term >unconditional surrender< does not mean that the German people will be enslaved or destroyed."³³ Die Siegermächte dürften sich nicht - auch dies sicher eine Anspielung auf Deutschland - wie Barbaren verhalten.

Churchill setzte sich auch mit der Kritik auseinander, die Formel von der bedingungslosen Kapitulation könne den deutschen Widerstand erhärten und den Krieg verlängern. Er zog diese Kritik in Zweifel: würde denn die Kenntnis der präzisen Bedingungen, die Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach bei Kriegsende auferlegt würden, den Gegner zu einer schnelleren Aufgabe veranlassen? Churchill nannte eine Reihe derartiger Bedingungen: die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung, das Verbot der Luftfahrt, die Bestrafung von Kriegsverbrechern und die staatliche Zersplitterung. Der Premier hielt es für wahrscheinlicher, daß die Deutschen demgegenüber die "vaguer terrors of >unconditional surrender<" vorziehen würden.³⁴ Churchill betrachtete die Formel von Casablanca demnach als ein Mittel, um zu einem schnelleren Kriegsende zu gelangen, mit anderen Worten, als ein notwendiges Instrument alliierter Kriegsführung. Angesichts der konkreten Bedingungen, die er in der Denkschrift aufführte, wird auch deutlich, daß er, anders als der US-Präsident, mit der Formel nicht in erster Linie an die Handlungsfreiheit bei Kriegsende dachte.

Ähnlich äußerte sich Churchill einige Monate später bei seinen Gesprächen mit Stalin in Moskau: "The best thing would be to beat the Germans into unconditional surrender and then tell them what to do."³⁵ In diesem Sinne sprach sich Churchill in Jalta, anders als Stalin, auch dagegen aus, den Deutschen vor oder bei der Kapitulation die Übergabebedingungen mitzuteilen. Er erklärte, "daß die bedingungslose Übergabe uns das Recht gäbe, die Zukunft Deutschlands zu bestimmen, was am besten im zweiten Stadium nach der bedingungslosen Übergabe geschehen könnte".³⁶

Trotz seiner nach Jalta wachsenden Sorge über den sowjetischen Vormarsch in Osteuropa kam es Churchill nicht ernsthaft in den Sinn, kurz vor dem Ende des Krieges von der Politik der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands gegenüber *allen* Alliierten abzuweichen. Nachdem Churchill am 25. April 1945 erfahren hatte, daß Hitlers Stellvertreter Himmler eine Kapitulation Deutschlands im Westen bei Fortführung des Krieges im Osten anbot, war er sich mit Präsident Truman darin einig, Stalin sofort über das deutsche Ansinnen zu informieren. Churchill telegraphierte an den Marschall: "There can be no question as far as His Majesty's Government is concerned of anything less than unconditional surrender simultaneously to the three Allies".³⁷

³³Rede Churchills vor dem House of Commons, 22. 2. 1944, Churchill, Speeches, VII, S. 6881-6894, Zit. S. 6893.

³⁴Churchill an das Kriegskabinet, 10. 1. 1944, Churchill, Hinge, S. 617-618.

³⁵Records of the Meetings at the Kremlin, Moskau, 9.-17 Oktober 1944, abgedruckt bei W. F. Kimball, Swords or Ploughshares? The Morgenthau Plan for Defeated Nazi Germany, 1943-1946, Philadelphia 1976, Doc. 28, S. 135.

³⁶2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945; Die Konferenzen von Malta und Jalta. Dokumente vom 17. Juli 1944 bis 3. Juni 1945, deutsche Ausgabe; Düsseldorf o. J (1957) (im folg. zit. unter FRUS, JD), hier S. 575, 587.

³⁷Churchill an Stalin, 25. 4. 1945, Gilbert, VII, S. 1310. Unvollständige dt. Übersetzung in Die Unheilige Allianz. Stalins Briefwechsel mit Churchill 1941-1945, Reinbek 1964, S. 396, nicht in: Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945, Berlin (DDR) 1961. Vgl. Gilbert, VII, S. 1310-1311, für die Wiedergabe des ersten Telefonats zwischen Churchill und Truman.

Im Unterschied zum Premierminister gingen die mit der Nachkriegsplanung beschäftigten Beamten des Foreign Office davon aus, daß es zu einer Beendigung des Krieges auf traditionelle Weise kommen werde: in Form eines Waffenstillstands, nach dessen Inkrafttreten ein Friedensvertrag im Rahmen einer Friedenskonferenz auszuhandeln war. So waren die Sieger bei Ende des Ersten Weltkrieges vorgegangen.³⁸ Man hielt es im Foreign Office lange Zeit für ausgemacht, daß die Alliierten es nach einem erfolgten Sturz Hitlers mit einer deutschen Zentralregierung zu tun hätten. Eine solche Regierung, so die Vorstellung, würde ähnlich wie 1918 einen Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen und die Deutschland auferlegten Bestimmungen ausführen. Die vorgesehene Besetzung Deutschlands würde unter diesen Voraussetzungen nach dem Prinzip der indirekten Herrschaft stattfinden, welches Großbritannien in seinen Kolonien erprobt hatte.³⁹

Dieses Procedere widersprach natürlich dem der bedingungslosen Kapitulation, die den Siegern, wie Churchill es formuliert hatte, freie Hand ließ und sie nicht an rechtliche Übereinkünfte band, wie zum Beispiel 1918 das umstrittene Vorwaffenstillstandsabkommen vom 5. November.⁴⁰ Churchill stellte in Jalta fest, "eine bedingungslose Kapitulation schließe ein Waffenstillstandsabkommen aus".⁴¹ Auch die britischen Militärs hielten die Verwendung des Begriffs "armistice" für problematisch. Schließlich hatten sich die Foreign Office-Beamten mit den Plänen von US-Staatssekretär Welles auseinanderzusetzen, nach der deutschen Kapitulation eine "Periode der Abkühlung" verstreichen zu lassen, bevor es zu einem Friedensvertrag käme.⁴²

Gladwyn Jebb, der Leiter des Economic and Reconstruction Department im Foreign Office⁴³, unternahm im September 1942 den Versuch, die Position Welles' mit der des Foreign Office abzugleichen: "The normal procedure is for peace treaties merely to clear up the past, and to deal with the future only in so far as frontiers require reconstruction or indemnities must be paid."⁴⁴ Es ist möglich, daß Jebb hier an den Pariser Frieden 1815 und den Wiener Kongreß dachte. Der Versailler Vertrag sei insofern ein schlechtes Beispiel, als in ihm nicht nur die unmittelbaren Probleme des Friedens, sondern die Zukunft internationaler Probleme - wie die Gründung des Völkerbundes - enthalten gewesen sei. Jebb hielt es, ebenso wie Eden, für unerläßlich, unmittelbar nach einem Waffenstillstand eine Reihe dringlicher Probleme zu lösen - die Entmilitarisierung der besiegten Mächte, die Regelung bestimmter territorialer Fragen einschließlich eines Bevölkerungstransfers sowie finanzieller und wirtschaftlicher Kriegsfolgen.

Ein Teil dieser Probleme ließe sich unter den Begriff "preliminaries of peace" fassen, auch wenn Jebb ihn nicht verwendete. Mit Blick auf Welles' Konzept, die Feindseligkeiten in einer für die europäische Geschichte ungewöhnlichen Weise zu beenden, hielt Jebb es grundsätzlich für möglich, nach einem Waffenstillstand, erweitert um prälimi-

³⁸Vgl. die Teile 1 und 2.

³⁹Vgl. dazu und für das Folgende Kettenacker, Krieg, S. 180-192.

⁴⁰Vgl. die Teile 1 und 2, jeweils Kap. 2.

⁴¹2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, Fischer, JP, S. 112.

⁴²Vgl. Teil 4, Kap. 2. 1. Zu einer solchen "Cooling -off-Period" S. Welles, *The Time for Decision*, London 1944, S. 284. Aufzeichnung von Jebb, 9. 7. 1942, Nachweis bei L. Kettenacker, *Die anglo-amerikanischen Planungen für die Kontrolle Deutschlands*, in: J. Foschepoth (Hg.): *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952*, Göttingen 1985, S. 67.

⁴³Diese Abteilung wurde im Juli 1942 gegründet, siehe DDP I/3, S. 578.

⁴⁴Schreiben Jebbs an das Handelsministerium - gleichlautend an Admiralität, Schatzamt, Kriegsministerium, Luftfahrtministerium und Kolonialministerium, 3. 9. 1942, DDP I/3, S. 737-739.

nare Fragen, eine Periode des "cooling off" verstreichen zu lassen. Dennoch suchte er die Amerikaner, die ausführliche Friedenspräliminarien ja nicht im Sinn hatten, für den britischen Plan zu gewinnen, und notierte im Januar 1943: "I favour putting as much as possible into the Armistice and, if possible, getting this document agreed upon by the US and the USSR before the termination of hostilities".⁴⁵ Hierzu ließ das Foreign Office sogar Rechtsgutachten erstellen. Es zeichnete sich in Whitehall die Position ab, daß der Begriff des Waffenstillstandes ("armistice") durchaus ein Verfahren umschreiben konnte, mit dem die Sieger dem Besiegten *ohne* Verhandlungen militärische *und* politische Bedingungen auferlegen konnten - eben in Form einer Kapitulation. Wie US-Vize-Kriegsminister McCloy - aus seiner Sicht kritisch - anmerkte, behandle der britische Ansatz Deutschland "on the basis of an armistice rather than unconditional surrender or complete military defeat, and retains German administrative structures and organs".⁴⁶

In dem Interesse der britischen Planungsstäbe, Washington und Moskau früh auf eine gemeinsame Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland festzulegen, zeigt sich einerseits eine organisatorische Effizienz und Routine; andererseits ist auf das Bestreben Londons hingewiesen worden, durch ein legalistisches Vorgehen die schwindende militärische und diplomatische Macht Großbritanniens zu überspielen. So schrieb das Foreign Office dem britischen Botschafter in Washington, Lord Halifax, im Januar 1944, "one of the main objectives of an Armistice ... is to ensure co-ordinated action between the three powers".⁴⁷ Diese Abstimmung wurde den Briten im Laufe des Jahres 1943, nachdem eine Wende im Ostkrieg erreicht war, immer wichtiger, die Nachkriegsplanung beschleunigte sich. Großbritannien und Amerika, unter einer integrierten militärischen Führung arbeitend, hatten zwar noch keine Front in Frankreich errichtet, sie hatten sich aber vor allem auf Druck Roosevelts mit der Formel "bedingungslose Kapitulation" auf einen absoluten Sieg über Deutschland festgelegt.

Eden riet Churchill, sich für ein interalliiertes Gremium zur Deutschlandplanung einzusetzen⁴⁸, und gemäß der britischen Vorliebe, politische Fragen in Ausschüssen beraten zu lassen⁴⁹, setzten sich die Briten auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Okto-

⁴⁵Vermerk Jebbs, 21. 1. 1943, zit. bei Kettenacker, Planungen, S. 73. Während Kettenackers Kritik an der britischen "Machtersatzpolitik" durchaus etwas für sich hat, übersieht der Autor in seiner Kritik an Jebb und anderen m. E., daß die Reihenfolge Waffenstillstand, Friedenspräliminarien und Friedensvertrag prinzipiell ja keineswegs ungewöhnlich war und London dabei, anders als Washington, an eine lange Tradition anknüpfte. Mit Blick auf die Vorbereitung eines Waffenstillstandsvertrags urteilt Kettenacker, dieser sollte sich am Ende als "Ersatzfrieden" erweisen (S. 74), was auch überzeichnet ist, da das in der EAC vereinbarte Kapitulationsdokument erheblich von der britischen Vorlage abwich. Vielmehr ist es so, daß die Beschlüsse der EAC und die Beratungen von Jalta und Potsdam zusammengenommen einen Ersatzfrieden darstellten, da ein Friedensvertrag nicht zustande kam. Am ehesten vorbestimmt wurde die weitere Entwicklung tatsächlich durch den britischen Plan über die Besatzungszonen (vgl. Kap. 1. 4). Zum Begriff des Ersatzfriedens auch E. Deuerlein, Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945, Stuttgart 1970.

⁴⁶J. J. McCloy, "Memorandum Regarding British Draft Policy Directives for Germany", 1. 11. 1944, FRUS, 1944, I, S. 381.

⁴⁷Kettenacker, Planungen, S. 72, das Zit. (Foreign Office an Halifax, 31. 1. 1944) auf S. 77.

⁴⁸Eden an Churchill, 12. 7. 1943, G. Ross (Ed.): The Foreign Office and The Kremlin. British Documents on Anglo-Soviet Relations 1941-1945, Cambridge 1984, Doc. 19, S. 133-134. Das Foreign Office griff dann einen Vorschlag Stalins vom 22. 8. 1943, im Zusammenhang mit der Kapitulation Italiens eine militärisch-politische Kommission einzusetzen, auf und verschmolz diesen mit der eigenen Konzeption einer Waffenstillstandskommission; Tyrell, Großbritannien, S. 122-130.

⁴⁹D. C. Watt, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Deutschland, in: J. Foschepoth/R. Steininger (Hrsg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1985, S. 17.

ber 1943 für eine "Politico-Military Commission" ein. Diese solle, wie Eden erklärte, als "some form of a clearinghouse" mit "broad consultative powers" ausgestattet sein, "to deal with general questions arising out of the war".⁵⁰ Amerika und die Sowjetunion, deren relative Macht verglichen mit Großbritannien stetig wuchs, zeigten sich allerdings aus jeweils verschiedenen Motiven an einem beratenden Gremium wenig interessiert. Aus diesem Grund war die Arbeitsgrundlage für die European Advisory Commission (EAC), die in Moskau eingesetzt wurde, nicht sehr vielsprechend. Im Konferenzprotokoll hieß es gewunden, "the Commission will study and make joint recommendation to the three Governments upon European questions connected with the termination of hostilities which the three Governments consider appropriate to refer to it".⁵¹ Alles hing also von der Bereitschaft der Regierungen zur Zusammenarbeit ab.

London hatte immerhin einen Teilerfolg errungen und nahm dies zum Anlaß, die Planungen für die Beendigung des Krieges unverdrossen weiterzuführen und in eine Form zu gießen, die von den Verbündeten umgehend ratifiziert werden konnten. Abgesehen von der Planungsroutine in Regierung und Bürokratie mit einem ausgeklügelten Ausschußsystem zeigte dieses Vorgehen, daß London einen diplomatischen Vorsprung ausspielen wollte, um die Fäden der Planung in der Hand zu halten. Man setzte die Verbündeten unter Zugzwang. Die Rolle, die Großbritannien der EAC beimaß, wurde in der Ernennung des britischen Vertreters deutlich: Sir William Strang, Leiter des Mitteleuropa-Referates im Foreign Office, war ein hochrangiger Diplomat.⁵² George F. Kennan, als US-Botschaftsrat in London tätig, verwies später auf die britische Hoffnung, "daß die Mitglieder der Kommission als unabhängige Gruppe von Sachverständigen auftreten, die anstehenden Probleme prüfen, unter sich beraten und ihren jeweiligen Regierungen übereinstimmende Empfehlungen zuleiten" würden.⁵³ Allerdings zeigten sich die Amerikaner allenfalls bereit, in der EAC die Kapitulationsbedingungen, deren Ausführung und die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen beraten zu lassen.⁵⁴

19. 3. Großbritannien, die militärische Kapitulation Deutschlands und die Frage politischer Direktiven

Die Entschlossenheit der britischen Planungsstäbe, die EAC intensiv zu nutzen, zeigte sich dann in dem Versuch, die Verbündeten auf einen Waffenstillstand zu verpflichten, entsprechend der im Foreign Office entwickelten Leitlinie. Strang legte bereits in der zweiten Sitzung der EAC am 15. Januar 1944 den Entwurf eines Waffenstillstandsver-

⁵⁰4. Sitzung der Außenminister, 22. 10. 1943, US-Notizen, FRUS, 1943, I, S. 606; britische Notizen, Ross, Foreign Office, Doc. 22, S. 135-137; vgl. W. Strang, *Home and Abroad*, London 1956, S. 202.

⁵¹Konferenzprotokoll, Anhang 2, 1. 11. 1943, FRUS, 1943, I, S. 756-757. Zum Überblick auch B. Kulklick, *The Genesis of the European Advisory Commission*, in: *Journal of Contemporary History* 4 (1969), S. 189-201; B. Meissner, *Die Vereinbarungen der Europäischen Beratenden Kommission über Deutschland von 1944/45*, in: ders., *Die Sowjetunion und Deutschland von Jalta bis zur Wiedervereinigung. Ausgewählte Beiträge*, Köln 1995, S. 29-42; H.-G. Kowalski, *Die "European Advisory Commission" als Instrument alliierter Deutschlandplanung*; in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 19 (1971), S. 261-293.

⁵²Vgl. Strang, *Home*, S. 199-225.

⁵³G. F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925-1950*, Stuttgart 1968, S. 170; er hielt Strang für einen der fähigsten britischen Beamten.

⁵⁴Vgl. Teil 4, Kap. 2. 2.

trages vor. 70 Artikel lang, umfaßte das Papier umfangreiche militärische und politische Bedingungen.⁵⁵ Demgegenüber enthielt der US-Entwurf vornehmlich militärische Bestimmungen.⁵⁶ Auch die sowjetische Delegation vertrat die Ansicht, um die militärische Niederlage Deutschlands zu sichern, müsse man den Deutschen eine Urkunde ohne politische Bedingungen vorlegen. Der sowjetische Entwurf einer Kapitulationsurkunde enthielt in 20 Artikeln detaillierte militärische Bestimmungen, und Botschafter Gusew wehrte sich gegen seiner Ansicht nach zu weitreichende Entwürfe der anderen Delegationen.⁵⁷ Interessanterweise enthielt der sowjetische Entwurf im einleitenden Satz sogar die Formulierung einer deutschen Kriegsschuld - ein Anklang an den Versailler Vertrag: "The German Government and the Supreme Command of the German Armed Forces, recognising the complete defeat of Germany in *the war criminally begun by her against the United Nations...*".⁵⁸

Als der britische Entwurf eines Waffenstillstandsvertrages von Washington und Moskau zugunsten eines kurzen, militärischen Übergabedokumentes abgelehnt wurde, war die Konzeption des Foreign Office gescheitert. Die Briten gaben zwar nach, doch bemühte sich Strang, eine Klausel unterzubringen, die eine Auferlegung politischer Bestimmungen - wie sie in dem britischem Entwurf eines Waffenstillstandsvertrages enthalten war - als Möglichkeit offenhielt.⁵⁹ Die kurze Kapitulationsurkunde von 14 Artikeln, auf die sich die EAC schließlich einigte, umfaßte vorwiegend militärische Bestimmungen, enthielt aber auch einen Absatz in Artikel 12, demzufolge die Sieger die Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen und sich vorbehielten, Deutschland zusätzliche politische, administrative, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Bedingungen, "additional requirements" genannt, aufzuerlegen. Hier fand sich die britische Konzeption noch entfernt wieder. Eine Kriegsschuld-Klausel fiel fort. Diese Urkunde wurde am 25. Juli 1944 von der EAC und im Verlauf der nächsten Monate von den drei Regierungen gebilligt.⁶⁰

Nach wie vor legte die britische EAC-Delegation Wert darauf, den Deutschen die politischen und wirtschaftlichen Bestimmungen, deren Erwähnung im Rahmen der Kapitulationsurkunde die Verbündeten abgelehnt hatten, in einer anderen Form mitzuteilen, gleichsam rechtsverbindlich auch im Angesicht der totalen deutschen Niederlage. Dies sollte in Form von allgemeinen Anweisungen ("General Orders") und Direktiven ("General Directives") geschehen - verstanden als Machtbefugnisse der Besatzungsmächte bzw. als politische Richtlinien der weiteren Behandlung Deutschlands. Die Anweisungen und Direktiven, die Strang im Juni 1944 vorlegte, stellten folgerichtig eine "Neuaufgabe" der politischen und wirtschaftlichen Waffenstillstandsbedingungen dar.⁶¹

⁵⁵"Draft German Armistice", FRUS, 1944, I, S. 112-139. Vgl. Strang, Home, S. 209 f.

⁵⁶Vgl. Teil 4, Kap. 2. 2.

⁵⁷"Memorandum by the Representative of the Soviet Union to the European Advisory Commission", 18. 2. 1944, FRUS, 1944, I, S. 173-179. Das Dokument enthält in Artikel 15 die bereits oben behandelte Frage der Besatzungszonen. Vgl. Strang, Home, S. 209-210.

⁵⁸Memorandum Gusews, 18. 2. 1944, FRUS, 1944, I, S. 174.

⁵⁹Zur Erklärung der britischen Absicht siehe Winant an Hull, FRUS, 10. 9. 1944, 1944, I, S. 332.

⁶⁰"Unconditional Surrender of Germany", Anhang 2 der Aufzeichnung der 7. Sitzung der EAC, 25. 7. 1944, FRUS, 1944, I, S. 256-261. Siehe die deutsche Fassung in E. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands. Ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949. Darstellung und Dokumente, Frankfurt/Main 1957, Dok. 16, S. 331-334. Vgl. Strang, Home, S. 210.

⁶¹Kettenacker, Krieg, S. 341-344, über das Memorandum Strangs vom 17. 6. 1944.

Während des Sommers 1944 brachte die britische Delegation insgesamt 38 Einzeldirektiven ein, die im September noch einmal in einem Handbuch gebündelt vorgelegt wurden. Sie waren so verfaßt, daß sie als Weisungen der alliierten Regierungen bzw. des geplanten Kontrollrats an die Zonenbefehlshaber verwendet werden konnten; ihr Inhalt reichte von Bestimmungen zur Entnazifizierung Deutschlands bis zu - kurios anmutenden - Vorlagen zur Rationierung und Verteilung von Textilien.⁶² Während aus Moskau eine Resonanz ausblieb und Washington zunächst an den "General Orders" nicht viel auszusetzen hatte, wandelte sich die Haltung der US-Regierung mit der Ausarbeitung der Direktive JCS 1067, ein Konzept, das in London als eine gemeinsame Besatzungsdirektive abgelehnt wurde.⁶³

Als die sowjetische Führung im Oktober Bereitschaft signalisierte, über die britischen Entwürfe zu verhandeln, hatte der Kreml zusätzliche Bedingungen für die Entmilitarisierung Deutschlands, für die Beseitigung des Hitler-Regimes sowie "Provisions concerning control over German economy" im Sinn.⁶⁴ Den Worten folgten allerdings auf der Ebene der EAC keine Taten, was die Einschätzung rechtfertigt, die Koordinierung einer gemeinsamen Besatzungspolitik habe nicht gerade zu Stalins "Wunschthemen" gehört.⁶⁵ Erst während der Potsdamer Konferenz kam es noch zu einem Kompromiß hinsichtlich zusätzlicher Direktiven.

Erheblich kompliziert wurde das Tauziehen um das Verfahren von Kapitulation und Besetzung durch die sowjetische Forderung in Jalta, in Artikel 12 der Kapitulationsurkunde das Wort "dismemberment" (territoriale Zerstückelung) einzufügen. Premierminister Churchill akzeptierte diese Ergänzung nur zögernd.⁶⁶ Der betreffende Artikel lautete nun: "Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken besitzen die oberste Gewalt in bezug auf Deutschland. In Ausübung dieser Gewalt werden sie die Maßnahmen treffen, einschließlich der vollständigen Abrüstung und Entmilitarisierung und der Zerstückelung Deutschlands, die sie für den künftigen Frieden und die künftige Sicherheit für erforderlich halten."⁶⁷

Nach dieser Entscheidung war aber ein neues Problem entstanden, denn bei Kriegsende lagen zwei Kapitulationsurkunden vor, einmal mit und einmal ohne Erwähnung des Wortes "dismemberment", und in der EAC wußte man nicht, welcher Entwurf verwendet werden sollte. Von keiner Seite der Alliierten gab es Weisungen, und laut Strang

⁶²"Germany and Austria in the Post-Surrender Period - Policy Directives for the Allied Commanders-in-Chief", Sept. 1944, Auflistung in FRUS, 1944, I, S. 361, Anm. 21; vgl. das resümierende Memorandum des politischen Beraters der US-Delegation der EAC, Mosely, 13. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 444, Anm. 57. Vgl. ferner Tyrell, Großbritannien, S. 293-309.

⁶³Siehe dazu das Memorandum Moselys über eine Unterredung mit Strang, 21. 10. 1944, mit einer Zusammenfassung britischer diplomatischer Korrespondenz im Oktober 1944, FRUS, 1944, I, S. 359-364. Vgl. Teil 4, Kap. 2. 4.

⁶⁴Zusammenfassung eines Memorandums des sowjetischen Chargé in London, Kukin (25. 10. 1944) in einem Bericht des US-Chargé in London, Gallman, an den Außenminister, 26. 10. 1944, FRUS, 1944, I, S. 369-371.

⁶⁵W. v. Buttlar, Ziele und Zielkonflikte in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945-1947, Stuttgart 1980, S. 61.

⁶⁶Vgl. Kap. 3. 3.

⁶⁷Protokoll der Konferenz von Jalta, 11. 2. 1945, Abschnitt III.: Zerstückelung Deutschlands, DDP II/1 (Anhang), S. 2305. Anders als das Kommuniqué vom 11. 2. 1945 wurde das Protokoll erst im Jahre 1947 veröffentlicht.

kam erschwerend hinzu, daß aufgrund der militärischen Entwicklung die Grundlage für die Verwendung der bisherigen Kapitulationsurkunde schwand: das Vorhandensein einer deutschen Regierung, die die formale militärisch-politische Kapitulation vollziehen könnte. Aus diesem Grund stellte Strang Ende März 1945 alternativ eine alliierte Deklaration zur Diskussion, mit der die Sieger die Übernahme der höchsten Gewalt in Deutschland einseitig erklären könnten.⁶⁸ Dieser Deklarationsentwurf enthielt alle wesentlichen Bestimmungen der in der EAC angenommenen Kapitulationsurkunde, erwähnte allerdings den Begriff bedingungslose Kapitulation nicht mehr. Gerade darauf reagierte Moskau überaus mißtrauisch, in der Befürchtung, die Westmächte strebten einen Separatfrieden im Westen an.⁶⁹ Als in der Schlußphase des Krieges die westlichen Truppen rascher vordrangen als die Rote Armee, führte dies bei Stalin zu absurden Verdächtigungen vor allem gegenüber Churchill.⁷⁰ Strangs Entwurf wurde jedenfalls in der EAC nicht beraten.⁷¹

All diese verwickelten Vorgänge führten letztlich dazu, daß das Oberste Hauptquartier der westalliierten Streitkräfte eingriff. Nach Beratungen General Eisenhowers mit Churchill entschied man sich für eine völlig neue, knappe Kapitulationsurkunde.⁷² Am 7. Mai 1945 unterzeichnete General Jodl als Vertreter der deutschen Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation Deutschlands im französischen Reims. Der Kreml bestand darauf, die deutsche Kapitulation am 8. Mai in Berlin zu wiederholen; der von General Walter Bedell Smith erstellte Entwurf wurde von dem sowjetischen Oberbefehlshaber Marschall Schukow noch einmal leicht verändert, um den sowjetischen Beitrag zum Sieg gebührend zu unterstreichen.⁷³

Obwohl der US-Vertreter bei der EAC, Winant, erwirkt hatte, daß in diese Übergabeurkunde eine allgemeine politische Ermächtigungsklausel eingefügt worden war⁷⁴, stand, wenn man formalrechtlich argumentierte - und das taten die Briten -, die politische Kapitulation Deutschlands noch aus. Diese hatte Strang ja durch eine einseitige Proklamation der Siegermächte ersetzen wollen. Einem Entwurf Strangs folgend, einigte sich die EAC auch auf eine solche Deklaration: die "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt" durch die Regierung

⁶⁸"Allied Declaration for Use in the Event of there being no Central German Authority to Sign the Instrument of Surrender", 30. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 208-215.

⁶⁹Vgl. dazu Winant an Außenminister, 4. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 217, und die Aufzeichnung eines Telefonats Winant-US-Generalstabschef Marshall, S. 222-223.

⁷⁰Hierbei ging es um die Kapitulation der deutschen Truppen in Norditalien im März 1945, vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill, 24. 3. bis 11. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 737-753, auch Correspondence, III, S. 624-625. Intern sagte Stalin am 29. März 1945 zu Marschall Schukow: "I think that Roosevelt will not break the Yalta agreements, but Churchill, that one might do anything." Schukow, Memoiren, 1971, zit. n. R. H. McNeal, Stalin. Man and Ruler, Basingstoke 1988, S. 250.

⁷¹Strang, Home, S. 221-223; vgl. Winant an Außenminister, 15. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 227-229; vgl. Kettenacker, Krieg, S. 512 ff.

⁷²Vgl. dazu den Erfahrungsbericht von P. Mosely, Die Friedenspläne der Alliierten und die Aufteilung Deutschlands. Die alliierten Verhandlungen von Jalta bis Potsdam, in: Europa-Archiv 5 (1950), S. 3032-3043, ferner Deuerlein, Einheit, S. 93, 97-102. Text der Urkunde über die militärische Kapitulation in DDP II/1 (Anhang), S. 2310-2311.

⁷³Stalin an Churchill, 7. 5. 1945, Briefwechsel, S. 412-413. Vgl. die Kapitulationserklärung der deutschen Wehrmacht am 8. 5. 1945 in Berlin-Karlshorst, DDP II/1 (Anhang), S. 2312-2313, mit der Urkunde über die militärische Kapitulation vom 7. 5. 1945 in Reims, S. 2310-2311. Siehe auch Strang, Home, S. 226-229.

⁷⁴Vgl. Teil 1, Kap. 2. 2.

gen Großbritanniens, der USA, der UdSSR und die Provisorische Regierung Frankreichs.⁷⁵ Diese Erklärung, am 5. Juni 1945 in Berlin veröffentlicht, enthielt in Artikel 13 eine Passage über zusätzliche Bestimmungen. Diese "additional requirements" wurden während der Potsdamer Konferenz auf Empfehlung der EAC als interalliierte Vereinbarung gebilligt. Sie bezogen sich vorwiegend auf die Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen sowie auf die alliierte Kontrolle von Produktion, Handel und Finanzen in Deutschlands.⁷⁶

In ihrem zähen Bemühen, Kriegsende und Niederlage in (völker-)rechtliche Bahnen zu lenken, hatten die Briten allenfalls einen Teilerfolg erreicht, der sich politisch nicht wesentlich auszahlte. Es sollte sich erweisen, daß die politischen Interessengegensätze der Sieger sich durch Verfahrensfragen nicht beantworten ließen. Immerhin schienen aus britischer Perspektive die Aussichten auf ein gemeinsames Vorgehen im Alliierten Kontrollrat nicht hoffnungslos zu sein.

19. 4. Zusammenarbeit der Siegermächte? Britische Pläne für die Besetzung und Kontrolle Deutschlands

In ihrem Interesse, die Deutschlandplanung mit den Alliierten abzustimmen, legte die britische Delegation der EAC am 15. Januar 1944 einen Plan zur Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen vor.⁷⁷ Die britische Denkschrift orientierte sich an dem sogenannten Attlee-Plan vom 8. Januar 1944, erarbeitet im Post Hostilities Planning Subcommittee (PHP-Unterausschuß). Der Stab hatte die Aufgabe, Pläne für den Waffenstillstand und die Friedensregelung vorzubereiten; er unterstand zwar den Stabschefs, wurde aber zur besseren Verzahnung der Behörden von Gladwyn Jebb aus dem Foreign Office geleitet. Die Vorlagen mußten dem interministeriellen Armistice and Post-War Committee (APW-Ausschuß) vorgelegt werden, das von Vize-Premier Attlee geleitet wurde und sich mit allgemeinen politischen und militärischen Fragen der Nachkriegszeit beschäftigte.⁷⁸

Wie Gladwyn Jebb später schrieb, sei die Planung im PHP-Unterausschuß davon ausgegangen, daß Großbritannien den Rhein nicht vor der Roten Armee erreichen würde - eine folgenschwere Annahme, die sich 1945 nicht bewahrheitete. Angesichts der geringeren Bevölkerungsdichte und Industrialisierung Ostdeutschlands habe man es, so Jebb, für angemessen gehalten, der Sowjetunion ein größeres Territorium als den Westmächten zuzuweisen. So sollte es sich später erweisen, daß der Attlee-Plan auf ungewollte

⁷⁵Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands, 5. 6. 1945, Deuerlein (Hg.), Potsdam 1945, Dok. 7, S. 47-56, Originaltext in Documents on Germany under Occupation, 1945-1954, (Hg. B. R. v. Oppen), London 1955, S. 29-35.

⁷⁶"Agreement on certain additional requirements to be imposed on Germany", Anhang zum Bericht der EAC vom 25. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 1011-1023. Vgl. zur Entstehung das Memo der US-Delegation (EAC) an Byrnes, 12. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 605.

⁷⁷"The Military Occupation of Germany", Memorandum Strangs, 15. 1. 1944, FRUS, 1944, I, S. 139-154.

⁷⁸Woodward, BFP V, S. 198-200. Der Attlee-Plan war nach dem Labour-Chef und Mitglied des Kriegskabinetts benannt. Dieser Plan war in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 von verschiedenen britischen Planungsstäben (PHP-Unterausschuß und Foreign Office) ausgearbeitet und erweitert worden. Zur komplizierten Entstehung ausführlicher T. Sharp, *The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany*; Oxford 1975, S. 3-4, 29-40, 53, 56. Vgl. Strang, Home, S. 203 f.; zu den Planungsgremien auch Kettenacker, *Krieg*, S. 147-161; Tyrell, *Großbritannien*, S. 205-216.

Weise ein Muster abgab für die spätere Teilung Deutschlands entlang der Besatzungszonen. Jebb meinte später, der Zonenplan sei in seiner Substanz niemals in Frage gestellt worden sei - mit Ausnahme des von den USA gewünschten Zontausches -, und sei ein Beispiel dafür, wie "proposals made at a pretty >low level< can, even if unconsciously, affect the course of history". Natürlich kann man diese Bemerkung angesichts der späteren Teilung Deutschlands sehr kritisch sehen.⁷⁹

Der Attlee-Plan teilte das Territorium Deutschlands in drei Besatzungszonen ein. Die sowjetische Besatzungszone umfaßte Mittel- und Ostdeutschland mit Pommern, Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Schlesien, auch Ostpreußen und Danzig, die allerdings von polnischen Truppen oder Truppen der drei Alliierten besetzt werden sollten. Süddeutschland mit Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und dem heutigen Rheinland-Pfalz war als amerikanische Zone vorgesehen; die britische Zone sollte Nordwestdeutschland umfassen.

Die Briten empfahlen der EAC eine vollständige Besetzung des besiegten Landes. Nur auf diese Weise könne Deutschland wirksam entwaffnet, sein militärischer Geist gebrochen werden. Grundsätzlich sei die Besetzung in zwei Formen denkbar: entweder eine Besetzung ganz Deutschlands durch gemischte Truppenkontingente⁸⁰ oder - dieses Vorgehen wurde empfohlen - die Einteilung in Zonen, die vorherrschend, aber nicht ausschließlich von einer Macht besetzt würden. Die Hauptstadt Berlin sollte von allen Mächten gemeinsam besetzt werden.⁸¹ Angesichts der späteren Entwicklung sollte man betonen, daß die Briten nicht von vornherein eine getrennte Besetzung der Zonen sahen; darauf bestand später die Sowjetunion.

Moskau akzeptierte am 18. Februar die Demarkation der Zonen mit nur geringen Änderungsvorschlägen; es war ohne Frage ein großzügiges Angebot, das London unterbreitet hatte: eine Zone mit 40% des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937 und 36% der deutschen Wirtschaftskapazität.⁸² Eine Ungenauigkeit in dem britischen Entwurf ausnutzend, verlangte Botschafter Gusew zusätzlich die Insel Fehmarn und einen kleinen Teil Schleswig-Holsteins, zog diesen Änderungsvorschlag aber angesichts der Hartnäckigkeit Strangs im Juni 1944 zurück.⁸³

Als äußerst wichtig erwies sich dann der sowjetische Änderungsvorschlag, sogenannte integrale Besatzungszonen einzurichten, die nur von einer einzigen Macht kontrolliert würden. Es ist unschwer zu erraten, daß der Kreml auf diese Weise glaubte, seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die in Moskau parallel ausgearbeitet wurden, leichter durchsetzen zu können. Niemand würde den Sowjets hineinreden können in die

⁷⁹G. Jebb, *The Memoirs of Lord Gladwyn*, London 1971, S. 133. L. Kettenacker, *The Anglo-Soviet Alliance and the Problem of Germany, 1941-1945*; in: *Journal of Contemporary History* 17 (1982), S. 454, spricht hier von einer "policy of pre-determination" des Foreign Office.

⁸⁰Diese Spielart hatten die britischen Stabschefs im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung im Foreign Office bereits am 22. 9. 1943 empfohlen: "The Military Occupation of Germany"; das Kriegskabinett hatte sich ihrem Vorschlag am 5. 10. angeschlossen, Tyrell, *Großbritannien*, S. 163-164.

⁸¹"The Military Occupation of Germany", 15. 1. 1944, FRUS, 1944, I, S. 139-154. Vgl. auch das Gedächtnisprotokoll des EAC-Meetings vom 31. 5. 1944 (Wickersham), ebda., S. 231.

⁸²"Draft Terms of Surrender for Germany. Memorandum by the Representative of the Soviet Union to the European Advisory Commission", 18. 2. 1944, FRUS, 1944, I, S. 173-179, hier S. 177. Vgl. P. Moseley, *The Occupation of Germany. New Light how the Zones were drawn*, *Foreign Affairs* 1949/40, S. 591.

⁸³Strang, *Home*, S. 207.

Maßnahmen, die sie in ihrer Besatzungszone ergreifen würde. Nur für Berlin und für Österreich war zunächst eine gemeinsame Besetzung veranschlagt.⁸⁴

Ende Mai brachte Gusew eine diplomatisch verkleidete Begründung dafür, daß die Sowjetunion ihre Zone alleine besetzen wollte: nur eine von einer Streitmacht besetzte Zone würde die für die Besetzung notwendige "simplicity of structure" ergeben. Gusew behauptete, "the addition of even a small number of other troops would be complicated".⁸⁵ Moskau war es unverkennbar wichtig, seine Zone vor dem Zugriff der anderen Mächte zu sichern.

Auch ein Vorschlag zur Besetzung Berlins, den die Sowjets Anfang Juli unterbreiteten, enthielt eine wichtige Neuerung: Die Hauptstadt sollte von den Streitkräften der drei Siegermächte in je drei Zonen besetzt werden, nur der Zentralflughafen Tempelhof war zur gemischten Besetzung vorgesehen.⁸⁶ Dieser Berlin-Vorschlag spiegelte die sowjetischen Vorstellungen zur Besetzung Deutschlands im kleinen wider. Moskau wollte zur Verwaltung Groß-Berlins "inter-Allied governing authority (Komendatura)" errichten, zusammengesetzt aus drei Kommandanten und mit rotierendem Oberbefehl.⁸⁷

Der britische Entwurf, ergänzt um die sowjetischen Änderungsvorschläge, diente schließlich als Grundlage für das Protokoll über die Besatzungszonen Deutschlands - in seinen Grenzen von 1937 - und die Verwaltung von Groß-Berlin, das am 12. September 1944 beschlossen und am 14. November ergänzt wurde.⁸⁸ Die sowjetische Führung billigte die Dokumente allerdings erst am 6. Februar 1945, zu Beginn der Konferenz von Jalta. Erst im Herbst 1944 wurde der Streit zwischen London und Washington um die Besetzung der nordwestlichen Zone entschieden. Die britische Regierung setzte sich schließlich gegen Präsident Roosevelt durch, der die Zone für sein Land reklamierte.⁸⁹ Das im Grund unwichtige Ringen mit den Amerikanern verdeckte, daß die sowjetischen Änderungsvorschläge zur Art und Weise der Besetzung der Zonen und Berlins weitreichende Konsequenzen für das Auseinanderleben der Zonen mit sich bringen konnten. Da man allerdings zu diesem Zeitpunkt in London noch von einer Zusammenarbeit mit Moskau in der Deutschlandpolitik ausging, widmete man den möglichen Problemen nicht genügend Aufmerksamkeit, lehnte die sowjetischen Pläne nicht ab oder zog den eigenen Vorschlag zurück.

Zu der Frage, in welcher Weise die *Kontrolle* Deutschlands institutionalisiert werden sollte, arbeiteten die britischen Planungsstäbe ebenfalls konkrete Vorstellungen aus. Dem Prinzip der indirekten Herrschaft gemäß sollte Deutschland als administrative

⁸⁴"Draft Terms of Surrender for Germany", sowjetischer Vorschlag, 18. 2. 1944, FRUS, 1944, I, S. 177-178.

⁸⁵"Memorandum by the Military Adviser to the United States Delegation to the European Advisory Commission, Wickersham", 1. 6. 1944, FRUS, 1944, I, S. 231.

⁸⁶Winant an Außenminister, 1. 7. 1944, FRUS, 1944, I, S. 237-239.

⁸⁷Ebda., S. 237.

⁸⁸Siehe das Abkommen zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR betreffend die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin, 12. 9. 1944, FRUS, JD, S. 111-113, sowie das dreiseitige Ergänzungsabkommen zu diesem Protokoll, 14. 11. 1944, ebda., 114-115; siehe auch Deuerlein, Einheit, Dok., S. 314-318. Vgl. aus völkerrechtlicher Sicht J. Hacker, Die Nachkriegsordnung für Deutschland auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam, in: W. Becker (Hg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland, Köln 1987, S. 3-5.

⁸⁹Vgl. Teil 4, Kap. 2. 2.

Einheit behandelt und von einer alliierten Aufsichtsbehörde kontrolliert werden.⁹⁰ Ihre Vorläufer sind in der Konzeption einer Waffenstillstandskommission zu sehen, die auf den Erfahrungen mit einem solchen Gremium im Jahre 1918 aufbaute.⁹¹ Der Begriff der Militärregierung wurde in London bewußt vermieden, nicht zuletzt deshalb, weil eine solche Form der Verwaltung einen erheblichen Personalaufwand erforderte, den sich das geschwächte Empire kaum leisten konnte.

Aus diesem Grund, aber auch, um Washington und Moskau in eine gemeinsame Politik einbinden zu können, setzten die Planungsstäbe die Rolle der Zonenbefehlshaber bewußt niedrig an. Diese sollten lediglich für die "Middle Period" genannte Phase verantwortlich sein, die auf die Kapitulation folgte. In einer dritten Phase nach Ende der Feindseligkeiten, der "Period of Effective Allied Control" sollte die Kontrolle Deutschlands einer Alliierten Hohen Kommission unterstellt werden, die den Besatzungsstreitkräften und einer "Control Commission" Weisungen zu erteilen hätte. Der Kontrollkommission würde es obliegen, die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen bzw. der Proklamationen seitens der Sieger zu überwachen.⁹²

Im Unterschied zum britischen Vorschlag der Zonenbesetzung, auf den Moskau rasch reagiert hatte, während die Amerikaner eher zurückhaltend blieben, verliefen die Beratungen über die Kontrolle Deutschlands tendenziell umgekehrt: die Briten, auch hier in der Initiative, sahen sich zunächst mit amerikanischen Vorschlägen konfrontiert, während die Sowjets erst Ende August 1944 regierten. Nach Bekanntwerden der Reaktionen aus Washington⁹³ legte Sir Strang der EAC im März 1944 einen überarbeiteten Entwurf zum Kontrollapparat vor. Eine Variation des Prinzips der "indirect rule" entsprach der Vorschlag, die Struktur des Kontrollsystems müsse mit den bestehenden Verwaltungseinheiten in Deutschland kompatibel sein. Es war nur noch eine Hohe Kommission vorgesehen, die einem aus neun Abteilungsdirektoren bestehenden "Executive Committee of Control" Weisungen zu erteilen hätte.⁹⁴

Dieses diplomatische Muster wiederholte sich noch einmal: in Reaktion auf einen US-Vorschlag vom 25. März⁹⁵, beschäftigte sich ein britisches Papier aus dem Mai 1944 detaillierter mit der mittleren Phase der Besatzungszeit, nunmehr als Phase des "Military Government" bezeichnet. London berücksichtigte hier das amerikanische Konzept einer Militärregierung, modelte es aber nach den eigenen Vorstellungen um. Die Macht der Zonenbefehlshaber sollte dadurch eingehegt werden, daß diese in einer "Military Commission" zusammenarbeiteten und ihre Direktiven von den drei Regierungen gemeinsam erhielten. Die Militärregierung sollte eine Art Transmissionsriemen sein, der die Politik der Vereinten Nationen einer akzeptablen deutschen Regierung vorgeben

⁹⁰Für das Folg. (kritisch) auch Kettenacker, Krieg, S. 309-334. Der britische Entwurf für das Kontrollverfahren enthielt eine Vorentscheidung zugunsten einer Beibehaltung der deutschen Einheit.

⁹¹Entwurf für einen Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland, 7. 10. 1942, DDP I/3, S. 855-871, erarbeitet vom Military Sub-Committee (einem Unterausschuß des 1941 eingesetzten, interministeriellen Reconstruction Problems Committee), das 1943 in Post Hostilities Planning Sub-Committee umbenannt wurde (Tyrell, Großbritannien, S. 207).

⁹²"Allied Control Machinery in Germany during the Period of Occupation", Strang an EAC, 15. 1. 1944, FRUS, 1944, I, S. 154-159, Zit. S. 157. Die Denkschrift war von dem Armistice and Civil Affairs Committee, dem Vorläufer des Armistice and Post-War Committee, gebilligt worden; auch die britischen Stabschefs hatten ihr Placet gegeben, Kettenacker, Krieg, S. 314 f.

⁹³Vgl. Teil 4, Kap. 2. 4.

⁹⁴"High Commission Machinery for Germany", Strang an EAC, 22. 3. 1944, FRUS, 1944, I, S. 201-207.

⁹⁵Vgl. Teil 4, Kap. 2. 4.

würde. Die Aufgaben der "Military Commission" sollten in der dritten Phase der Besetzung auf die "High Commission" übergehen.⁹⁶

Ein Papier, mit dem die sowjetische Delegation im August ihr Schweigen brach, hielt eine Entscheidung über die Einsetzung alliierter Behörden in Deutschland für vorrangig.⁹⁷ Der Plan sollte nur für die erste Phase der Besetzung Deutschlands gelten; wichtig seien die Ausführung der Kapitulationsbedingungen und sonstiger Bestimmungen, die Entwaffnung Deutschlands und die Abschaffung des Nazi-Regimes. Mit dem Vorschlag, die Besatzungsgremien sollten Bedingungen für die Einrichtung zentraler und lokaler Organe "based on democratic principles" schaffen, näherte sich Moskau der britischen Position an, die von einer deutschen Regierung ausging. Der Kontrollrat sollte die "uniformity of action by the Commanders-in-Chief" sicherstellen, sich aller Deutschland als Ganzes betreffenden politischen und wirtschaftlichen Probleme annehmen und schließlich gegenüber einer deutschen Regierung und ihrer Zentralorgane weisungsbefugt sein - übrigens auch eine indirekte Aussage über die Haltung zu einer Aufteilung Deutschlands. Das Prinzip einstimmiger Entscheidungen im Kontrollrat sollte das sowjetische Veto sichern.

Den amerikanischen Standpunkt bevorzugte Moskau allerdings darin, daß das letzte Wort nicht beim Alliierten Kontrollrat, sondern beim Zonenbefehlshaber liegen sollte: "Each of the Commander-in-Chiefs would be responsible for the state of affairs in his zone to his own government and not to the three Governments together."⁹⁸ Damit war garantiert, daß die Westmächte keine Möglichkeit hatten, sich in die von Moskau geplanten Maßnahmen politischer und sozialer Umgestaltung in ihrer Zone einzumischen; zum anderen sollte durch das faktische Veto-Recht im Kontrollrat der sowjetische Einfluß auf die gesamtdeutschen Angelegenheiten gesichert werden können. Auf dieser Basis war Moskau offenbar bereit, die Planungen für die Kontrolle Deutschlands zu beschleunigen.⁹⁹

Während in der britischen Regierung die Meinungen darüber geteilt waren, inwieweit eine deutsche Zentralregierung wünschenswert sei - vor allem die Labour-Politiker Attlee und Bevin, argumentierten dagegen -, entschied Churchill im September 1944, daß bei Bestehen einer solchen deutschen Regierung zur Zeit der Kapitulation diese zumindest am Anfang als Ausführungsorgan der Alliierten sinnvoll sei.¹⁰⁰

Die britischen Vorschläge gingen schließlich ein in das Abkommen über die Kontroll-einrichtungen in Deutschland, das am 14. November 1944 in London unterzeichnet

⁹⁶"Machinery in Germany During the "Middle Period", i. e. the Period of Military Government after Hostilities Cease", 1. 5. 1944, FRUS, 1944, I, S. 212-216.

⁹⁷"Memorandum by the Representative of the Soviet Union to the European Advisory Commission (Gousew)", 25. 8. 1944, FRUS, 1944, I, S. 299-301. Da der Kreml stärker als London und Washington Strategie und Taktik, militärisches Vorgehen und politische Planung verband, war das sowjetische Vorgehen in der EAC folgerichtig: Solange unklar blieb, wer welchen Teil Deutschlands überhaupt besetzen würde, ob die Rote Armee bis zur Elbe vordringen konnte, lag es nahe, sich die angebotenen 40% des Reichsgebietes diplomatisch zu sichern. Nach der erfolgreichen Landung in der Normandie im Sommer 1944 und der Einnahme von Paris im August, die die westliche Verhandlungsposition stärkte, konnten Absprachen über die Kontrolle Deutschlands sinnvoll sein.

⁹⁸"EAC Summary for Secretary of State", 21. 9. 1944, zit. n. Kettenacker, Krieg, S. 326.

⁹⁹Bericht des US-Chargé in London, Gallman, an Außenminister, 26. 10. 1945, über ein Memorandum, das der sowjetische Chargé K. Kukin dem Foreign Office am 25. 10. übergab, FRUS, 1944, I, S. 369-371.

¹⁰⁰Tyrell, Großbritannien, S. 462.

wurde. Mit dem von Moskau verlangten Einstimmigkeitsprinzip im Kontrollrat konnte sich London - gemäß dem eigenen Prinzip einer einvernehmlichen Deutschlandpolitik - durchaus abfinden.¹⁰¹ Doch gegen den Vorrang der Zonenbefehlshaber, an dem sie sich stießen, konnten die Briten sich gegen Washington und Moskau nicht durchsetzen.¹⁰² Wie die Übereinkunft festhielt, sollte die oberste Gewalt in Deutschland einerseits von jedem der Zonenbefehlshaber wahrgenommen werden; andererseits hatte ein aus den vier Oberbefehlshabern bestehender Alliiertes Kontrollrat die Regierungsgewalt in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten inne. Ihm wurden ein ständiger Koordinierungsausschuß und ein Kontrollstab, bestehend aus zwölf Unterabteilungen, untergeordnet. Die gemeinsame Verwaltung Berlins oblag der Alliierten Kommandatur. Von einer deutschen Zentralregierung war nicht die Rede, nur von einer Zentralverwaltung, deren Tätigkeit von dem Koordinierungsausschuß überwacht werden sollte. Die "Feststellung über das Kontrollverfahren in Deutschland" wurde dann, wie die übrigen EAC-Protokolle auch, am 5. Juni 1945 von den Siegermächten veröffentlicht.¹⁰³ Die Unterzeichnung dieser Dokumente garantierte natürlich keine problemlose Deutschlandpolitik der Siegermächte. Vor allem angesichts des unilateralen Vorgehens der Sowjetunion in Osteuropa wuchs in der britischen Regierung die Besorgnis. Zwei Wochen vor der Potsdamer Konferenz meinte Churchill, es gebe "bisher nur wenig Übereinstimmung über die Politik gegenüber Deutschland". Er telegraphierte an den britischen Botschafter in Washington, Halifax, Großbritannien werde alles tun, um den Kontrollrat "zum Funktionieren zu bringen und die katastrophale Alternative zu vermeiden, daß jeder Oberbefehlshaber seine eigene Zone unabhängig von der in den anderen Zonen eingeschlagenen Politik verwaltet". Churchill stellte fest: "Wir sind immer noch nicht einer Meinung darüber, welcher Art nach unserem Wunsch das neue Deutschland sein soll. Es gibt keine Vereinbarung über die deutschen Grenzen oder über die Zukunft deutscher Bevölkerung außerhalb der Grenzen oder über die Errichtung einer deutschen Regierung. Erst wenn diese und ähnliche Angelegenheiten grundsätzlich entschieden sind, können wir anfangen, konstruktiv zu denken. Die negativen Aspekte unserer Politik, auf die wir uns bis jetzt konzentriert haben - Abrüstung, Entmilitarisierung, Entnazifizierung usw., sind eindeutig nicht genug."¹⁰⁴ Freilich hatte Churchill selbst nicht eben beherzt zu einer "positiver" getönten Deutschlandpolitik beigetragen.

In der britischen Diskussion um eine deutsche Zentralregierung oder -verwaltung hatte es Oberbefehlshaber Montgomery als "die einfachste Lösung" bezeichnet, "die wichtigsten Ministerien für das ganze Land neu zu bilden, mit Sitz in Berlin und unter der Kontrolle der Vier-Mächte-Kommission ... Zu dieser Zentralverwaltung würden nur diejenigen Ministerien gehören, die für die ordnungsgemäße Verwaltung des Landes

¹⁰¹Abkommen über die Kontrolleinrichtungen in Deutschland, 14. 11. 1944, FRUS, JD, S. 116-119.

¹⁰²Abkommen über die Kontrolleinrichtungen in Deutschland, 14. 11. 1944, in FRUS, JD, S. 116-119, als Anlage eines Memorandums von Stettinius an Roosevelt; siehe auch Deuerlein, Einheit, Dok., S. 321-323. In einem Ergänzungsabkommen vom 1. Mai 1945 trat Frankreich dem Abkommen bei.

¹⁰³Feststellung über das Kontrollverfahren in Deutschland vom 5. 6. 1945, Deuerlein (Hg.), Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der "Großen Drei", München 1963, Dok. 8, S. 55-56. Vgl. die Feststellung über die Besatzungszonen in Deutschland vom 5. 6. 1945 ebda., Dok. 9, S. 57.

¹⁰⁴Churchill an Halifax, 6. 7. 1945, Documents on British Foreign Policy Overseas (Ed. R. Butler et al.), Series I, Vol. I: The Conference at Potsdam July-August 1945, London 1984 (im folg. abgekürzt als DBPO I/1), Doc. 3, S. 4, dt. in DDP II/1, S. 198.

unbedingt notwendig wären, und sie würde das größtmögliche Maß an Dezentralisierung zulassen".¹⁰⁵ Einen Aufbau der deutschen Verwaltung von unten wollte der Feldmarschall also frühzeitig durch einen Aufbau von oben ergänzen.¹⁰⁶ Dieser Vorschlag wurde von Churchill gebilligt. Wie es in der Unterlage weiter hieß, spächen allerdings "zwingende Gründe dagegen, ..schon jetzt" eine deutsche Zentralregierung zu errichten.¹⁰⁷

Am Ende der Potsdamer Konferenz war es dann die sowjetische Delegation, die die Initiative ergriff und einen Vorschlag zur Errichtung einer Zentralverwaltung einbrachte.¹⁰⁸ Außenminister Bevin schlug im Plenum am 31. Juli 1945 vor, "für eine bestimmte Zeit keine deutsche Zentralregierung zu schaffen", und verwies auf den britischen Entwurf, der akzeptiert wurde.¹⁰⁹ Die entsprechende Passage im Potsdamer Konferenzprotokoll lautete: "For the time being, no central German Government shall be established".¹¹⁰ Vergleicht man dieses Ergebnis mit den britischen Vorschlägen in der EAC 1944 und 1945, war Großbritannien insgesamt sehr weitgehend auf die amerikanische Position eingeschwenkt.

19. 5. London und die Entmilitarisierung Deutschlands

In der Sicht des britischen Premierministers war es unstrittig, daß das Reich nie wieder zu einer Bedrohung des Weltfriedens werden dürfe. Zwei Kriege innerhalb weniger Jahrzehnte waren genug. Deutschland durfte nicht als eine militärische Großmacht auf die internationale Bühne zurückkehren; die Selbstbestimmung in militärischer Hinsicht mußte Deutschland genommen werden. Die Siegermächte mußten demnach Sicherungsmaßnahmen gegen Deutschland ergreifen, die von Dauer blieben. Andererseits sollte Deutschland einen gewissen wirtschaftlichen Spielraum behalten. Diese Überlegungen waren es, die Churchill im August 1941 zu der Bemerkung veranlaßten, in Zukunft solle Deutschland "fat, but impotent sein".¹¹¹ Das Wort "impotent" bezog sich dabei auf die militärische Sicherheit vor Deutschland.

Die eine Seite dieser Überlegungen griff Churchill auf, als er sich im Februar 1943 Gedanken über die Sicherheit nach dem Kriege machte. Der Premier notierte, nach Kriegsende würde eine Friedenskonferenz der Siegermächte den besiegten Mächten Direktiven erteilen. Das Ziel dieser Weisungen werde es sein, "to prevent as effectively as possible renewal of acts of aggression ... For this purpose and so far as possible total disarmament of guilty nations will be enforced." Eine vollständige Entmilitarisierung

¹⁰⁵"Der Aufbau der deutschen Verwaltung", Undat. Memorandum Montgomerys, DDP II/1, S. 367-368.

¹⁰⁶Montgomery an Eden über die Lage in der britischen Zone, DBPO I/1, Doc. 43, S. 69-72, bes. S. 72; dazu Memorandum Troutbecks, 10. 7., ebda., Doc. 74, S. 132-133.

¹⁰⁷Deutschland - Politische Richtlinien. Gesprächsunterlage für die britische Delegation, 12. 7. 1945, DBPO I/1, S. 135; dt. in DDP II/1, S. 363.

¹⁰⁸Vgl. Teil 4, Kap. 2. 4.

¹⁰⁹11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, A. Fischer (Hg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der "Großen Drei", Köln 1968 (die Potsdam-Dokumente im folg. abgekürzt als Fischer, PP), S. 353.

¹¹⁰Protocol of Proceedings, Teil 2. 9, FRUS, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945. 2 vols., Washington 1960 (im folg. abgekürzt als FRUS, PD), hier Vol. II, S. 1483.

¹¹¹Dalton, Minister for Economic Warfare, Diary 26. 8. 1941, über Churchills Eindrücke über die Atlantikkonferenz mit Roosevelt, DDP I/1, S. 450. Vgl. die Tagebücher des Staatssekretärs im Foreign Office, Cadogan, Dilks, Diaries, S. 401-402. Vgl. Kap. 4. 1.

Deutschlands zog automatisch die Ausschaltung des besiegten Landes als handlungsfähiges Subjekt in der Welt nach sich und die Ausschaltung als Großmacht.¹¹² Diese Absicht herrschte auch im Foreign Office vor; sowohl der "Four-Power-Plan" aus dem Oktober 1942 als auch dessen Fortschreibung im Juli 1943, der "United Nations Plan for Organising Peace and Welfare", hielten es als Ziel einer Vier-Mächte-Kooperation in der Nachkriegszeit fest, Deutschland und Japan in Schach zu halten.¹¹³

In der Denkschrift aus dem Juli 1943 hieß es zwar, daß die Prinzipien der Atlantik-Charta die Grundlage der Weltordnung nach dem Krieg bildeten. Doch legte der Autor Jebb Wert darauf, "that the policy of the United Nations towards the Axis Powers will be to restrict the power for evil of Germany and Japan for as long a period as necessary, and will not be based on the alternative theory that both these powers should be readmitted in the foreseeable future to international society on the same footing like" - und hier bezog sich Jebb auf die Großmächte USA, UdSSR, Großbritannien, China und eventuell Frankreich.¹¹⁴ Deutschland schied aus dem Kreis der großen Mächte aus, durfte über sein weltpolitisches Schicksal nicht mehr in eigener Verantwortung entscheiden. Es war ein Ziel, das nur auf dem Weg einer vollständigen Abrüstung und Entmilitarisierung erreicht werden konnte.

Foreign Office-Chef Eden bekräftigte diese Zielsetzung offiziell während der Moskauer Außenministerkonferenz 1943. Unter Bezug auf den US-Vorschlag zur Behandlung Deutschlands sagte er, "his government favored the total disarmament of Germany with the retention of only enough police force to preserve order".¹¹⁵ Premierminister Churchill bekräftigte diese Politik auf der Konferenz in Teheran Ende 1943. Als er mit Stalin über Nachkriegsfragen sprach, erklärte er, die Welt müsse für mindestens fünfzig Jahre sicher sein. Deutschland dürfe weder über einen Generalstab noch über eine militärische oder zivile Luftfahrt verfügen.¹¹⁶ Großbritannien, Amerika und Sowjetunion müßten sicherstellen, daß Deutschland nie wieder zu einer Plage für die Welt würde. Der Premier wies den Führern der Deutschen die Hauptverantwortung für den Krieg zu, meinte aber, "while during the war no distinction could be made between the leaders and the people..., nevertheless, with a generation of self-sacrificing, toil and education, something might be done with the German people". In diesen Worten lag eine gewisse Aussicht auf den Erfolg einer Umerziehung der Deutschen zu nichtmilitärischen, demokratischen Werten. Churchill mußte jedoch erkennen, daß der sowjetische Diktator diese Perspektive keineswegs teilte.¹¹⁷

¹¹²"Morning Thoughts. Note on Post-War Security", 3. 2. 1943, Correspondence, II, S. 129-130. Seine Gedanken ließ Churchill Roosevelt und Stalin übermitteln.

¹¹³"Four-Power-Plan", 9. 9. - 6. 10. 1942, DDP I/3, S. 743-765 (siehe Kap. 2. 2.), vgl. Woodward, BFP V, S. 6: Jebb schrieb, auf Deutschland bezogen: "There must be no talk of *Gleichberechtigung*". "The United Nations Plan for Organising Peace", 7. 7. 1943, Woodward, BFP V, S. 51-52.

¹¹⁴Foreign Office Memorandum: "The United Nations Plan for Organising Peace", 7. 7. 1943, Woodward, BFP V, S. 51-52.

¹¹⁵7. Sitzung der Außenminister, 25. 10. 1943, US-Protokoll, FRUS, 1943, I, S. 630; DDP I/4, S. 606.

¹¹⁶Unterredung Churchill-Stalin, 28. 11. 1943, Woodward, BFP V, S. 78-79. Für seine Kabinettskollegen wiederholte Churchill diese Maßnahmen zur Sicherheit vor Deutschland: Die besiegte Macht müsse vollständig entwaffnet und aller Möglichkeiten beraubt werden, sich wiederzubewaffnen. Die Luftfahrt, ob zivil oder militärisch, müsse verboten werden, kein Deutscher dürfe fliegen lernen. Memorandum vom 14. 1. 1944, Churchill, Hinge, S. 617. Der letzte Gedanke ging möglicherweise auf den Malkin-Bericht zurück (vgl. Kap. 4. 1.), der ein Produktionsverbot deutscher Flugzeuge vorsah.

¹¹⁷"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 511.

Wie der US-Diplomat Bohlen festhielt, habe Stalin wiederholt betont, "that the measures for the control of Germany and her disarmament were insufficient to prevent the re-birth of German militarism". Er habe drakonischere Maßnahmen gegenüber Deutschland im Auge gehabt, ohne sie jedoch klar zu benennen.¹¹⁸ Vermutlich wollte der Marschall der Sowjetunion, wie er sich seit einiger Zeit nannte, die Ansichten Churchills ausloten; schien "the strongest possible measures against Germany" zu befürworten.¹¹⁹ Eine Reihe territorialer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die Churchill vorschlug, wies Stalin als nicht ausreichend zurück.

Laut britischem Protokoll erklärte Stalin, die Deutschen hätten jede Möglichkeit, sich nach dem Krieg wieder zu erholen; jederzeit sei mit deutschem Nationalismus zu rechnen.¹²⁰ Der Diktator schlug Churchill vor, auch die wirtschaftliche Seite des Problems zu berücksichtigen: es könne jegliche Art von Industrie auch zu Rüstungszwecken genutzt werden. So sah Churchill sich der Frage gegenüber, ob er nicht auch die deutschen Uhren- und Möbelfabriken verbieten lassen würde, da diese leicht in Betriebe umgewandelt werden könnten, in denen man Patronenteile und Flugzeuge herstelle. Die Deutschen hätten Spielzeuggewehre hergestellt, mit denen Hunderttausenden von Deutschen das Schießen beigebracht worden wäre.¹²¹ Mit diesen Hinweisen schien Stalin, ein Dreivierteljahr vor dem Morgenthau-Plan und Churchills Zustimmung¹²², eine wirtschaftliche Entmilitarisierung Deutschlands zu favorisieren. Der Marschall versuchte, Churchill seinen Eindruck von dem Charakter der Deutschen zu vermitteln: sie seien ein begabtes und talentiertes, aber auch kriegslüsterndes, diszipliniertes Volk, das sich nach 15 oder 20 Jahren leicht wiedererheben und eine Bedrohung für die Welt sein könne. Stalin schien die Möglichkeit, die Deutschen umzuerziehen, als gering einzuschätzen.

Wie Stalin glaubte, das Problem militärischer Sicherheit vor Deutschland am ehesten lösen zu können, wurde in einer informellen Unterredung am Rande der Konferenz deutlich: er verlangte, nach dem Krieg zwischen 50.000 und 100.000 führender deutscher Militärs, darunter den gesamten Generalstab zu liquidieren.¹²³ Die ganze Stärke von Hitlers Armeen beruhe auf diesen mehreren Zehntausend Offizieren und Technikern. "If these were rounded up and shot at the end of the war, German military strength would be extirpated."¹²⁴ Diese radikale Methode, Sicherheit vor Deutschland zu gewährleisten, lehnte Churchill vehement ab. Kriegsverbrecher zu bestrafen, war für den Premier etwas völlig anderes als Deutschland durch Massenmorde zu entmilitarisieren. Churchills Reaktionen und der übrige Teil des Gespräches sind in Kap. 1. 6. dargestellt.

Churchill erläuterte dann in der offiziellen Runde der Regierungschefs am 1. Dezember die Grundlagen seiner Deutschlandkonzeption: "die Wurzel des Übels in Deutschland"

¹¹⁸"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 510. Vgl. auch Bohlens Memorandum vom 15. 12. 1943 über Stalins Haltung zur Behandlung Deutschlands: FRUS, TD, S. 847.

¹¹⁹"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 511.

¹²⁰Unterredung Stalin-Churchill, 28. 11. 1943, britische Notizen, Auszüge bei Gilbert, VII, S. 574.

¹²¹Diese und die folgenden Passagen in unterschiedlicher Ausführlichkeit in den britischen Notizen (Auszüge bei Gilbert, VII, S. 574-576) und US-Protokollen, FRUS, TD, S. 511, 513. Sowjetische Notizen zu dieser Unterredung liegen auch in KSU nicht vor.

¹²²Vgl. Kap. 4. 2.

¹²³"Tripartite Diner Meeting", 29. 11. 1943, FRUS, TD, S. 554.

¹²⁴W. Churchill, *Closing the Ring. The Second World War*, Vol. V, London 1952, S. 330.

sei Preußen, das er "unter harten Bedingungen halten" würde. Er würde "in jedem Falle mit den Preußen bedeutend härter verfahren als mit den übrigen Deutschen". Der Premier machte erhebliche Unterschiede in der Bevölkerung und den Regionen Deutschlands geltend, als er meinte, die Menschen im Donaubecken seien "nicht der Anlaß zum Krieg".¹²⁵ Mit einer Schwächung und Isolierung Preußens vom Rest des Reiches war in seinen Augen der entscheidende Schritt getan, um dem deutschen Militarismus das Rückgrat zu brechen (zur staatlichen Abtrennung Preußens vgl. Kap. 3. 1.).

Weitere Aspekte der vollständigen Entmilitarisierung Deutschlands werden in Kap. 4. über die wirtschaftliche und finanzielle Behandlung Deutschlands noch ausführlicher behandelt, insbesondere der seit 1944 wichtiger werdende Gedanke einer industriellen Entmilitarisierung Deutschlands. Die Leitlinien der Deutschlandpolitik faßte der Premier nach der Konferenz von Jalta vor dem Unterhaus zusammen: "The Allies are resolved that Germany shall be totally disarmed, that Nazism and militarism in Germany shall be destroyed, that war criminals shall be justly and swiftly punished, that all German industry capable of military production shall be eliminated or controlled".¹²⁶

Was die Entmilitarisierung betraf, richtete Churchill als Regierungschef einer alten Seemacht sein besonderes Augenmerk auf die deutsche Flotte. Großbritannien hatte diese im Krieg beinahe vollständig erbeutet und wollte damit auch eigene Verluste ersetzen. Stalin verlangte nach Kriegsende ein Drittel der deutschen Flotte; Churchill wollte diese Frage in Potsdam erörtern.¹²⁷ Das Foreign Office sah es im britischen Interesse liegend, die deutsche Flotte zu versenken; 1918 habe durch das diesbezügliche eigenmächtige Vorgehen der Deutschen ein Streit unter den Alliierten vermieden werden können. Andererseits verwies man auf das starke sowjetische Interesse an einem Teil der Flotte und sprach sich dafür aus, die Verhandlungsmacht gegenüber Moskau auszuspielen.¹²⁸

Auch Außenminister Eden nannte in einer Aufzeichnung für Churchill die deutsche Schlachtflotte unter denjenigen Punkten, über die Großbritannien mit der Sowjetunion verhandeln könne, um Konzessionen auf anderen Feldern zu erreichen.¹²⁹ Im Gespräch mit Präsident Truman erklärte Churchill in Potsdam, Großbritannien könne mit seinem Teil der deutschen Flotte wenig anfangen.¹³⁰ Der Premier zeigte sich grundsätzlich damit einverstanden, die deutsche Überseeflotte in drei Teile aufzuteilen, deutete aber an, daß eine Einigung über diese Aufteilung von der freundschaftlichen Klärung anderer Fragen auf der Konferenz abhängen.¹³¹

Churchill wollte, wie Eden es empfohlen hatte, auf diese Weise von Stalin Konzessionen bei anderen Streitpunkten heraushandeln. Er hieß die Sowjetunion, die bislang eine

¹²⁵4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, sowjetische Protokoll, A. Fischer, Teheran, Jalta, Potsdam (die Teheran-Dokumente im folg. abgekürzt als Fischer, TP), S. 84-85. Laut den US-Aufzeichnungen (Bohlen) bezeichnete Churchill Preußen als "the evil core of German militarism": FRUS, The Conferences at Cairo and Teheran 1943, Washington 1961 (im folg. abgekürzt als FRUS, TD), S. 602.

¹²⁶Rede Churchills vor dem Unterhaus, 27. 2. 1945, Churchill, Speeches, VII, S. 7111.

¹²⁷Stalin an Churchill, 23. 5. 1945, Briefwechsel, Nr. 472, S. 442; Churchill an Stalin, 26. 5. 1945, ebda., Nr. 474, S. 443.

¹²⁸"Disposal of the German Fleet", Memorandum des Foreign Office, 6. 7. 1945, DBPO I/1, S. 17-18.

¹²⁹Eden an Churchill, 10. 7. 1945, DBPO I/1, S. 142.

¹³⁰Notiz Churchills über eine Unterredung mit Truman, 18. 7. 1945, DBPO I/1, S. 368.

¹³¹3. Plenarsitzung, 19. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 223-224. Vgl. die brit. Notizen, DDP II/1, S. 1296 f.

reine Landmacht war, allerdings wiederholt auf den Weltmeeren willkommen. Die Aufteilung der deutschen Flotte würde dazu führen, daß die Sowjetunion ein Erbe der deutschen Seemacht antreten würde. Es ist durchaus zweifelhaft, ob eine solche Aussicht in allen politischen oder militärischen Kreisen in London begrüßt wurde. Was die deutsche Handelsmarine anbetraf, wünschte Churchill sie im Krieg gegen Japan einzusetzen.

Der Premier erinnerte in Potsdam an die große Gefahr, welche die deutschen Unterseeboote für die britischen Inseln bedeutet hätten. Zweimal habe Großbritannien "fast am Rande des Untergangs" gestanden.¹³² Aus diesem Grunde wollte Churchill den Großteil der deutschen U-Boote versenken und nur einen kleinen Teil zu wissenschaftlichen und technischen Zwecken verwenden. Die Sowjetunion hatte einige neuere deutsche U-Boote in der Ostsee erbeutet, und Churchill wollte verhindern, daß Moskau nur für sich einen Nutzen aus der technologischen Entwicklung zog, indem er den Westmächten eine Untersuchung vorenthielte.

Auch in diesem Fall ist es auffallend, wie die Frage der deutschen Abrüstung zu See, die in britischer Tradition bei der Beendigung von Kriegen stand, mit dem Aufstieg Rußlands zusammenhing. Churchill hatte die hegemonialen Ambitionen der Sowjetunion nach Niederschlagen des deutschen Hegemonen fest im Auge. Er versuchte, einen solchen Prozeß zu bremsen und, wo dies nicht möglich schien, ihn wenigstens zu steuern.

19. 6. Politische oder juristische Prozesse? Die britische Position zu einem alliierten Kriegsverbrechertribunal

Bereits während der Moskauer Außenministerkonferenz 1943 kamen die drei Delegationen überein, eine von Churchill angeregte "Declaration on German Atrocities" zu verabschieden. In der Absicht, die von Deutschen im Krieg begangenen Greuelthaten und Verbrechen zu ahnden, hatte man zwei Arten von Verfahren im Blick. Zum einen sollten jene deutschen Offiziere und Soldaten, die für entsprechende Greuelthaten verantwortlich waren, oder durch ihre Zustimmung daran teilhatten, "in die Länder zurückgeschickt werden, in denen ihre abscheulichen Taten begangen wurden, damit sie gemäß den Gesetzen dieser befreiten Länder und der freien Regierungen, die dort gebildet werden, abgeurteilt und bestraft werden können".¹³³ Entsprechende Gerichtsverfahren hätten demnach in Ländern wie Frankreich oder Polen stattfinden können.

Zum anderen hieß es in der Erklärung, sie sei "without prejudice to the case of the major war criminals, whose offences have no particular geographical localisation and who will be punished by the joint decision of the Governments of the Allies".¹³⁴ Dieses Verfahren versprach, führende Nationalsozialisten, sogenannte Schreibtischtäter, möglicherweise auch Wirtschaftsvertreter und andere zu erfassen, die ihre Verbrechen nicht in besetzten Gebieten begangen hatten.

Um Beweismaterial sammeln und Listen von Kriegsverbrechern erstellen zu können, hatte sich Großbritannien bereits im Herbst 1942 für eine Kommission der Vereinten

¹³²3. Plenarsitzung, 19. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 228.

¹³³"Declaration on German Atrocities", 30. 10. 1943, engl. Text in FRUS, 1943, I, S. 768-769; DDP I/4, S. 621-622; vgl. auch C. Hull, The Memoirs of Cordell Hull, New York 1948, II, S. 1291.

¹³⁴"Declaration on German Atrocities", 30. 10. 1943, engl. Text in DDP I/4, S. 622.

Nationen ausgesprochen, die diese Aufgaben koordinieren solle.¹³⁵ Als diese Kommission ein Jahr später eingesetzt wurde, waren in ihr alle Alliierten mit Ausnahme der Sowjetunion vertreten, ferner die Dominions und China; den Vorsitz führte der Australier Lord Wright.¹³⁶ Auf diese Weise wurde früh das britische Bemühen deutlich, Gremien der Vereinten Nationen in die Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen für die Nachkriegsordnung mit einzubeziehen.

Auch die Regierungschefs schnitten in Teheran den Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern an. Stalin erklärte im Gespräch mit Churchill, es gebe viele deutsche Arbeiter in den deutschen Truppen, die auf Befehl gekämpft hätten. Frage er, Stalin, Kriegsgefangene aus der Arbeiterschaft, warum sie für Hitler gekämpft hätten, habe er die Antwort erhalten, sie führten Befehle aus. Stalin setzte hinzu, er würde solche Kriegsgefangene erschießen lassen.¹³⁷ Einen Tag später verlangte der Diktator im Zusammenhang mit seinen drakonischen Vorschlägen zur Behandlung Deutschlands, mindestens 50.000, besser 100.000 deutsche Militärführer müßten liquidiert werden, darunter der gesamte Generalstab. Churchill protestierte scharf gegen eine "cold blooded execution of soldiers who had fought for their country".¹³⁸

Erbost wehrte der Premier sich dagegen, seine und seines Volkes Ehre durch eine solche Infamie zu beschmutzen.¹³⁹ Wie Churchill meinte, müßten Kriegsverbrecher und Individualpersonen für ihre Verbrechen büßen und sich am Ort ihres Verbrechens einem Gericht stellen. Aber er wehre sich "vigorously" gegen Exekutionen in politischer Absicht.¹⁴⁰ Churchill zog allenfalls in Betracht, 50-100 der größten deutschen Kriegsverbrecher vor ein Standgericht zu stellen.¹⁴¹

Während Stalin vor den brutalen Mitteln einer Siegerjustiz nicht zurückzuschrecken schien, um Sicherheit vor Deutschland zu gewährleisten, orientierte sich Churchill noch an Grundlagen des Völkerrechts. Strenge Strafe für Kriegsverbrechen war nach westeuropäischem Maßstab eine Selbstverständlichkeit, aber es galt der Grundsatz "keine Strafe ohne Gesetz". Churchill berücksichtigte auch das Problem soldatischen Gehorsams, den er - anders als Stalin - als solchen nicht gleichsetzte mit den Taten eines verbrecherischen Regimes oder den Verbrechen von Individualpersonen. Mit seinem Protest gegen eine kaltblütige Siegerjustiz, gegen Massenmord als Ersatz für politisches Handeln zog Churchill Spötteleien Stalins auf sich, der dem Premier "secret liking for the Ger-

¹³⁵Siehe dazu die Erklärung des Lordkanzlers Viscount Simon im Oberhaus, 7. 10. 1942, DDP I/3, S. 846 ff.; und den Notenwechsel zwischen der britischen und der sowjetischen Regierung, ebda, S. 1038 f., 1042 f., 1034, Anm. 7, 1039 ff.

¹³⁶Siehe dazu das Foreign Office-Memorandum "Kriegsverbrechen", 12. 6. 1945, DDP II/1, S. 1037; und den Bericht des Richters Jackson an Präsident Truman, 6. 6. 1945, ebda., S. 1027. Zur ersten informellen Kommissionssitzung am 26. Oktober 1943 in London siehe Winant an Hull, 26. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 423.

¹³⁷Unterredung Churchill-Stalin, 28. 11. 1943,ritisches Protokoll, Gilbert, VII, S. 576.

¹³⁸"Tripartite Diner Meeting", 29. 11. 1943, FRUS, TD, S. 554.

¹³⁹Churchill, Closing, S. 330. Der Ausruf wird nicht in den US-Protokollen berichtet, aber von Churchills Arzt Lord Moran bestätigt - der als Quelle den britischen Botschafter in Moskau, Clark Kerr, angibt. Siehe L. Moran, Churchill. Der Kampf ums Überleben 1940-1965. Aus dem Tagebuch seines Leibarztes Lord Moran, München 1967, S. 162.

¹⁴⁰"Tripartite Diner Meeting", 29. 11. 1943, FRUS, TD, S. 554.

¹⁴¹J. Colville, Memoirs, in: J. Wheeler-Bennett (Ed.), Action this Day, London 1968, S. 88.

mans" vorwarf.¹⁴² Churchill ließ sich erst beschwichtigen, als Stalin ihm versicherte, es habe sich um einen Scherz gehandelt.¹⁴³ Auch wenn Stalin mit seiner Taktik, andere in die Defensive zu drängen, an diesem Abend nur einen Versuchsballon steigen lassen wollte, und auch wenn beide Kontrahenten anschließend auf ihre Freundschaft tranken - die Gegensätze zwischen Churchill und Stalin waren deutlich zutage getreten.

Auf Anforderung des Kriegskabinetts legte Lordkanzler Simon im September 1944 ein Memorandum zur Behandlung der Hauptkriegsverbrecher vor. Dies war der Punkt, der in der Erklärung über deutsche Grausamkeiten zwar angesprochen, aber nicht entschieden worden war. Simon meinte, die Methode von Gerichtsverfahren, Verurteilung und Schuldspruch eigne sich schlecht für "notorious ringleaders such as Hitler, Himmler, Goering, Goebbels and Ribbentrop". Abgesehen von den Schwierigkeiten bei der Einsetzung eines Gerichtshofes, der Formulierung der Anklage und dem Beibringen von Beweismaterial, sei die Frage nach dem Schicksal dieser Hauptverbrecher eine eminent politische, nicht eine juristische Frage. Simon riet davon ab, die alliierten Pläne öffentlich zu machen, hielt aber vertrauliche Beratungen für wünschenswert, um am Ende eine "disastrous difference of view" zu vermeiden.¹⁴⁴ Auch hier zeigte sich einmal mehr das Interesse britischer Regierungsstellen an umfassender Absprache unter den Verbündeten. Im Lichte der Meinungsverschiedenheiten zwischen Churchill und Stalin schien es allerdings nicht abwegig zu sein, sich über Grundzüge des Umgangs mit den Kriegsverbrechern zu verständigen.

Churchill griff die Empfehlung des Lordkanzlers rasch auf und brachte das Thema bei den Beratungen mit Präsident Roosevelt in Quebec zur Sprache. Beide Regierungschefs einigten sich darauf, Lord Simons Vorschläge Stalin zu unterbreiten.¹⁴⁵ Der Premier entwarf ein Telegramm, in dem er Simons Argumentation übernahm, das Schicksal der führenden Nationalsozialisten sei als eine politische Frage anzusehen. Nach Gefangennahme sollten die Verbrecher so rasch wie möglich hingerichtet werden. Allerdings wich Churchill in einem wichtigen Punkt von Simons Vorlage ab. Er hielt es für günstig, die Vereinten Nationen eine Liste veröffentlichen zu lassen, mit zunächst 50-100 Personen, die als "world outlaws" ausgerufen werden sollten. Churchill versprach sich hiervon eine Isolierung der NS-Führer von der deutschen Bevölkerung. Er gab zu bedenken, Hitler und seine Genossen wüßten, was sie bei einem Sieg der Alliierten erwarten, und es koste sie nichts, bis auf den letzten Mann zu kämpfen. Eine Veröffentlichung der Liste von Kriegsverbrechern könne die Autorität der Führer schwächen.¹⁴⁶ Bevor er Stalin seinen Entwurf zukommen ließ, versuchte Churchill, bei seinen Gesprächen im Kreml Stalins Absichten erneut zu sondieren. Überrascht schrieb Churchill an Roosevelt, Stalin habe unerwartet eine "ultra-respectable line" vertreten. Stalin wolle keine Hinrichtungen ohne einen Prozeß, da die Welt sonst sagen würde, die Sieger scheuten ein Gerichtsverfahren. Churchill fuhr fort, er habe von den völkerrechtlichen

¹⁴²Tripartite Diner Meeting, 29. 11. 1943, FRUS, TD, S. 554; das Zit. ist von dem US-Protokollanten Bohlen.

¹⁴³Moran, Churchill, S. 162. Die Quelle ist Botschafter Clark Kerr. Ebenso Churchill, Closing, S. 330.

¹⁴⁴"Major War Criminals", Memorandum des Lordkanzlers Simon, 4. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 91-93.

¹⁴⁵Vermerk Roosevelts und Churchills, 15. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 467.

¹⁴⁶Churchill, "Draft of a Suggested Telegram to be sent by the President and the Prime Minister to Marshal Stalin", 17. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 489-490; auch in Correspondence, III, S. 329-330.

Schwierigkeiten gesprochen, doch Stalin habe erwidert, ohne ein Gerichtsverfahren dürfe es nur lebenslange Haft- und keine Todesstrafen geben. Churchill zog daraufhin seinen Entwurf von Quebec zurück.¹⁴⁷

Es war in Moskau zu einer Verteilung der Rollen gekommen, die Churchill offenbar irritierte: Stalin sprach sich für rechtsstaatliche, juristische Verfahren aus, während Churchill mit Zustimmung Roosevelt einen politischen Prozeß für die Hauptkriegsverbrecher im Sinn hatte. Über Stalins Motive kann man nur spekulieren; entweder machte er bewußt einen Rückzieher, nachdem er Churchill in Teheran schockiert hatte, oder der Kremlherrscher glaubte, gerade im Rahmen eines Gerichtsverfahrens den größten sowjetischen Einfluß sicherstellen zu können.

Wie Außenminister Eden in einer Besprechung mit seinem US-Kollegen Stettinius sagte, überlege sich Churchill noch seine Haltung in der Frage der Kriegsverbrecher, nachdem Stalin in Moskau "summarische Hinrichtungen" abgelehnt habe.¹⁴⁸ In Jalta entschloß der Premier sich dann, seinen Vorschlag doch noch zur Sprache zu bringen. Er betonte, daß die Deklaration über deutsche Grausamkeiten aus dem Jahre 1943 "ein Ei sei, daß er selbst gelegt hätte".¹⁴⁹ Den Vorschlag Lord Simons aufgreifend, plädierte Churchill für eine Liste der deutschen Hauptkriegsverbrecher; sie würde einen Keil zwischen die Verbrecher und ihr Volk treiben. Persönlich sei er der Ansicht, diese Verbrecher sollten erschossen werden, sobald man sie gefangengenommen und ihre Identität festgestellt habe. Während Churchill feststellte, daß Stalin bei seiner Ansicht blieb, eher einen juristischen als einen politischen Prozeß abzuhalten, stimmte Präsident Roosevelt eher mit Churchill überein, der Prozeß solle nicht allzu juristisch sein.¹⁵⁰ Churchill konnte sich Stalins Motive offenbar schwer erklären.¹⁵¹ Einstweilen blieben ihm die Hände gebunden, und er spielte das Thema Kriegsverbrecher mit den Worten herunter, es handle sich um einen Meinungs austausch.

Als das Ende des Krieges gegen Deutschland nahte, konnte die Frage der Behandlung der Kriegsverbrecher nicht länger ignoriert werden. Nach dem Tod Präsident Roosevelts war es die US-Regierung unter Truman, die in dieser Frage ein große Initiative entfaltete. Die Amerikaner wählten dabei einen anderen Ansatz als Churchill und auch Roosevelt ihn im Sinn gehabt hatten: es sollte sich um einen geordneten juristischen Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, ihre wichtigsten Helfer und Helfershelfer handeln. Eden erhielt im Mai 1945, am Rande der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco, detaillierte Vorschläge des amerikanischen Richters Rosenman.¹⁵²

Die britische Regierung ließ den von Rosenman vorgelegten Abkommensentwurf zur Einsetzung eines interalliierten Gerichtshofes von dem Kronanwalt Sir Donald Somervell prüfen. Dieser empfahl, den US-Entwurf "grundsätzlich als Gesprächsgrundlage

¹⁴⁷Churchill an Roosevelt, 22. 10. 1944, Correspondence, III, S. 364; Auszug auch in FRUS, JD, S. 373.

¹⁴⁸Sitzung der Außenminister, 1. 2. 1945, FRUS, JD, S. 473.

¹⁴⁹6. Plenarsitzung, 9. 2. 1945, US-Protokoll (Bohlen und Matthews), FRUS, JD, S. 788, 792.

¹⁵⁰Ebda., S. 788, 792; britisches Protokoll, Gilbert, VII, S. 1201-1202.

¹⁵¹Möglicherweise fürchtete Stalin, angesichts der Veröffentlichung einer Liste von Kriegsverbrechern werde eine deutsche Regierung nach Beseitigung Hitlers einen Separatfrieden im Westen anstreben. Churchill selbst hatte sich von seinem Schritt eine Abkürzung des Krieges versprochen, nur war es ihm dabei nicht um einen Separatfrieden gegangen.

¹⁵²Vgl. Teil 4, Kap. 2. 7.

anzunehmen", schlug allerdings eine Neufassung einzelner Anklagepunkte vor. Gegen den Anklagepunkt "Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges" gab es keine Einwände; nach dem Völkerrecht konnten derartige Handlungen eindeutig als Verbrechen behandelt werden, denn es handelte sich um Kriegsverbrechen im engeren Sinne.¹⁵³ Dieser Anklagepunkt hatte bereits in der Verantwortlichkeitskommission der Pariser Friedenskonferenz eine wichtige Rolle gespielt.¹⁵⁴

Der Kronanwalt warf es allerdings als eine "Grundsatzfrage" auf, daß in dem US-Entwurf zusätzlich zu den Kriegsverbrechen "die von Deutschland gegen seine Nachbarn geführten Angriffe und seine Kriegszielpolitik" genannt worden waren. Diese Punkte waren bislang vom Völkerrecht nicht eindeutig gedeckt, wie auch der amerikanische Hauptankläger, Richter Jackson, einräumte.¹⁵⁵ Somervell verwarf diese Anklagepunkte zwar nicht gänzlich, schlug allerdings eine Neufassung vor: "Verfolgung einer systematischen Politik zu dem Zweck, Europa durch einen Angriffskrieg zu beherrschen, und im Rahmen der Verwirklichung dieser Politik: 1) Einleitung und Durchführung von Angriffen auf andere Länder unter Verletzung des Völkerrechts, von Verträgen oder Zusicherungen. 2) Führen eines Krieges als Mittel nationaler Politik."¹⁵⁶

Mit dieser Formulierung versuchten die britischen Kronjuristen, die Anklagepunkte noch so weit wie möglich im Rahmen des überkommenen Völkerrechts zu halten. Bemerkenswert ist aber eine Zuspitzung des US-Vorschlags, nämlich in dem Teilsatz: "Europa durch einen Angriffskrieg zu beherrschen". Hier wurde als ein strafrechtlicher Tatbestand aufgeführt, was unzählige britische Regierungen seit mindestens zwei Jahrhunderten immer als ein politisches Ziel verfolgt hatten: eine andere Macht von einer Hegemonie in Europa abzuhalten. Eine solche Weiterentwicklung des Völkerrechts entsprach unzweifelhaft britischen Interessen, ähnlich wie die strikte Anwendung des Völkerrechts im Jahre 1919 in vitalem britischem Interesse gelegen hatte: eine Ahndung der völkerrechtswidrigen Verletzung der belgischen Neutralität. Hinsichtlich eines Tribunals hatten die Briten allerdings auch 1919 dafür plädiert, das Völkerrecht weiterzuentwickeln.

Gegen den US-Vorschlag, ein interalliiertes Gremium solle die Anklage vorbereiten und für das Strafverfahren zur Aburteilung der Kriegsverbrecher zuständig sein, brachten die britischen Juristen keine Einwände vor. Das Kriegskabinet billigte Ende Mai 1945 den Bericht des Kronanwaltes als Grundlage weiterer Beratungen mit den Verbündeten. Somervell wies in der Diskussion darauf hin, das Kriegskabinet habe früher Bedenken gegen die Aburteilung der Kriegsverbrecher vor einem interalliierten Gerichtshof geäußert; die Amerikaner seien Großbritannien jedoch weit entgegengekommen und zeigten "keine Neigung, eine große Zahl politischer Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher zu unterstützen".¹⁵⁷

Die britische Regierung ernannte daraufhin den neuen Kronanwalt Sir David Maxwell Fyfe zum britischen Hauptankläger bei der Vorbereitung der Strafprozesse. Vom 26.

¹⁵³"Kriegsverbrecher". Memorandum des Kronanwaltes Sir Somervell, 18. 5. 1945, DDP II/1, S. 1018-1020, als Anlage die Aufzeichnung über die Vorschläge des US-Richters Rosenman in San Francisco vom 3. 5. 1945, S. 1020-1024.

¹⁵⁴Vgl. die Teile 1 und 2, jeweils Kap. 5.

¹⁵⁵Vgl. Teil 4, Kap. 2. 7.

¹⁵⁶"Kriegsverbrecher". Memorandum des Kronanwaltes Sir Somervell, 18. 5. 1945, DDP II/1, S. 1018.

¹⁵⁷Beschlußprotokoll des Kriegskabinetts, 30. 5. 1945, DDP II/1, S. 1024-1025.

Juni bis zum 8. August 1945 fand dann in London unter Beteiligung Frankreichs eine Vier-Mächte-Konferenz statt, die den amerikanischen Abkommensentwurf und die "Organisation der vorgesehenen Anklagebehörde, die Vorbereitung der Anklage und das Prozeßverfahren erörtern" sollte.¹⁵⁸ Interessant ist dabei, daß diese Konferenz teilweise in Überschneidung, aber getrennt von der Potsdamer Gipfelkonferenz stattfand und daß es keine Anstalten gab, über die vorgesehenen Verfahren bis zur Einberufung einer Friedenskonferenz zu warten. Die Siegermächte hielten mit voller Zustimmung der britischen Regierung Eile für geboten, um den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland mit der Aburteilung zumindest der Hauptkriegsverbrecher unterstreichen zu können, nicht zuletzt vor den Augen der Öffentlichkeit.

Wie eine Denkschrift des Foreign Office aus dem Juni festhielt, sei in vorbereitenden Gesprächen vor der Londoner Vier-Mächte-Konferenz zwischen britischen und amerikanischen Vertretern "ein hohes Maß an Übereinstimmung über die Methoden" erreicht worden, "die angewendet werden sollen, um die >Hauptverbrecher< und die hauptsächlichlichen Nazi-Organisationen vor Gericht zu stellen". Das Papier hielt auch die voraussichtlichen Anklagepunkte fest. Sie glichen der vom Kronanwalt empfohlenen Fassung, die das Kriegskabinett Ende Mai verabschiedet hatte: erstens die Verbrechen, die Deutsche unter Verletzung der Regeln des Krieges begangen hätten, zweitens "die systematische Planung eines gemeinsamen Vorhabens durch die Nazi-Führer zu dem Zweck, Europa durch Angriffskriege zu beherrschen, die unter Verletzung vertraglicher Rechte und des Völkerrechts und der Regeln und Gebräuche des Krieges geführt wurden".¹⁵⁹

Staatssekretär Cadogan unterrichtete Churchill bereits Anfang Juli, die Beratungen der vier Mächte in London seien "alles in allem glatt verlaufen". Es bestehe Übereinstimmung, "daß möglichst ein interalliiertes Gerichtshof eingesetzt werden sollte, um gegen die führenden Nazis und Nazi-Organisationen zu verhandeln". Zur Wahl des Ortes für die Prozesse, der noch nicht geklärt sei, erklärte Cadogan, die Vereinigten Staaten und Großbritannien wollten "keinen großen Prozeß an einem Ort haben, der ausschließlich von sowjetischen Streitkräften kontrolliert wird". Die Sowjetunion habe bereits Berlin vorgeschlagen; doch Cadogan empfahl Churchill aus mehreren Gründen München: weil die Stadt "die Wiege der Nazi-Bewegung" gewesen sei, aus "Höflichkeit gegenüber den Amerikanern, die in der ganzen Angelegenheit so viel Arbeit geleistet haben", und zur Entlastung der britischen Militärbehörden. Alternativ komme auch Nürnberg in Frage; ein wünschenswerter Prozeßbeginn sei der September 1945.

Cadogan legte eine Aufstellung von zehn führenden Nationalsozialisten bei, die in einem ersten Prozeß abgeurteilt werden könnten: Göring, Ribbentrop, eventuell Hess, Ley, Frick, Keitel, Rosenberg, Kaltenbrunner, Streicher und Hans Frank.¹⁶⁰ Eden, der nur Zweifel mit Blick auf Keitel und Hess äußerte, und Churchill schlossen sich den Vorschlägen weitgehend an.¹⁶¹

Im weiteren Verlauf wurde deutlich, daß die Experten aus dem Foreign Office, Sir Basil Newton und D. Scott Fox, Schwierigkeiten darin sahen, mehrere hundert deutsche An-

¹⁵⁸"Kriegsverbrechen". Memorandum des Foreign Office, 12. 6. 1945, DDP II/1, S. 1037-1039.

¹⁵⁹Ebda..

¹⁶⁰Vorlage Cadogans für Churchill, 6. 7. 1945, DDP II/1, S. 1042-1043.

¹⁶¹Vorlage Edens für Churchill, 17. 7. 1945, DDP II/1, S. 1049-1050.

geklagte vor einen interalliierten Militärgerichtshof zu stellen, eine Absicht, die sie bei den amerikanischen, aber auch französischen und sowjetischen Vertretern sahen. Wie Scott Fox festhielt, wollten die Briten den Prozeß nicht zu sehr in die Länge ziehen, vor allem aber keine Zweifel daran lassen, daß eine Anklage auch glaubwürdig sei, "zumindest vor den Augen der Geschichte".¹⁶²

Der "erste große Prozeß", so hieß es bündig in einem Vermerk Newtons, dem Leiter der War Crimes Section des Foreign Office, müsse "über jeden Tadel erhaben sein". Mit Blick auf die Anklage gegen Vertreter der deutschen Wirtschaft nahmen die britischen Experten eindeutig eine rechtspositivistische Position ein: es dürfe nicht dazu kommen, daß Deutsche etwa wegen "Wirtschaftsvergehen" der Prozeß gemacht werde, obwohl diese unerlaubten Handlungen zum Zeitpunkt des Begehens keine Straftaten gewesen seien. Der Vermerk wies auf die Gefahr hin, "das Vertrauen der Öffentlichkeit in den neuen Internationalen Gerichtshof zu erschüttern".¹⁶³ Scott Fox schloß sich der Empfehlung Newtons an, den ersten Prozeß auf eine Handvoll führender Kriegsverbrecher zu beschränken. Die übrigen Angeklagten, die von den Amerikanern, Franzosen und Sowjets vorgesehen seien, könnten stattdessen vor nationale Gerichte gestellt werden.¹⁶⁴

Auch der Leiter des German Department im Foreign Office, Troutbeck, hob seine Skepsis hervor, im Rahmen der Prozesse Präzedenzfälle und ein neues internationales Recht zu schaffen. Er wies auch darauf hin, daß man von Anklagepunkten wie der "Vorbereitung eines Angriffskrieges und [der] Beteiligung an einem gemeinsamen Plan zur Beherrschung Europas ... unmöglich sagen könnte, daß sie zu der Zeit, als sie begangen wurde, im bisher geltenden juristischen Sinn Straftaten" gewesen seien. Ohne daß Troutbeck das Wort verwendete, bezog sich seine Sorge offenbar auf eine Siegerjustiz, die über ein juristisch und moralisch vertretbares Maß hinausging. Troutbeck sah es nicht als gerechtfertigt an, das Streben einer Macht nach Vorherrschaft in Europa auch juristisch zu ahnden.

In Potsdam begründete die britische Delegation ihren Vorschlag, in das Abschlußkommuniqué eine Passage über Kriegsverbrechen einzufügen, mit dem Interesse der öffentlichen Meinung und damit, noch offenstehende Fragen klären zu können. Erstaunlicherweise wollte man auch einen sowjetischen Verdacht ausräumen, daß Großbritannien eine Strafverfolgung umgehen wolle.¹⁶⁵ Offenbar wünschten die Briten aber auch die Amerikaner auf ein gemeinsames Vorgehen zu verpflichten. Denn in Potsdam häuften sich die Hinweise dafür, daß der US-Verhandlungsführer während der Vier-Mächte-Konferenz in London, Richter Jackson, es aufgrund des unterschiedlichen Rechtsverständnisses für schwierig hielt, einen Prozeß gemeinsam mit sowjetischen Vertretern abzuhalten.¹⁶⁶

¹⁶²Aufzeichnung von D. Scott Fox, 19. 7. 1945, DDP II/1, S. 1050-1052, Zit. S. 1051.

¹⁶³Vermerk Newtons für Schatzkanzler Anderson, undat., Anlage zur Aufzeichnung von Scott Fox vom 19. 7. 1945, DDP II/1, S. 1053; vgl. den weiteren Vermerk Newtons, S. 1052, Anm. 5.

¹⁶⁴Aufzeichnung von D. Scott Fox, 19. 7. 1945, DDP II/1, S. 1051; DBPO I/1, Doc. 328, S. 774-777.

¹⁶⁵Dieses Motiv nannten Vertreter des Foreign Office sogar als ausschlaggebend im Gespräch mit dem US-Chefankläger Jackson, siehe dazu Jackson an Byrnes, 4. 7. 1945, DDP II/1, S. 194; und die Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 7. 7. 1945, ebda., S. 1044.

¹⁶⁶Siehe die Arbeitsunterlage der britischen Delegation, 28. 7. 1945, Staatssekretär Cadogan vorgelegt, nebst Postscriptum von Dean, DBPO I/1, Doc. 442, S. 952-954; DDP II/1, S. 1054-1056.

Staatssekretär Cadogan zeigte sich über das einseitige Vorgehen der Amerikaner nicht erfreut. Er schrieb an den neuen Premier Attlee, den Amerikanern, die die weitaus meisten der mutmaßlichen Kriegsverbrecher in Gewahrsam hielten, sei offenkundig daran gelegen, diese in jedem Fall abzurteilen, auch wenn die übrigen Mächte anderer Meinung seien.¹⁶⁷ Ähnlich wie bei zahlreichen anderen Fragen der Nachkriegsplanung lag es in britischem Interesse, daß alle Siegermächte bei der Behandlung Deutschlands an einem Strang zogen. In dem Bewußtsein, daß man der schwächste Partner der Großen Drei war, nahm die britische Delegation wiederholt eine Vermittlerrolle ein.

Der britische Vorschlag, der nicht viel mehr als die Absichterklärung war, "die Verbrecher rasch und sicher vor Gericht zu stellen", wurde von den Amerikanern gebilligt und fand auch weitgehend die Zustimmung der sowjetischen Delegation.¹⁶⁸ Allerdings war es für die Briten unakzeptabel, wie von Moskau verlangt, kaum verhüllte Drohungen an neutrale Länder für den Fall auszusprechen, daß sie den Alliierten eventuelle Kriegsverbrecher nicht auslieferten. Auch wollten weder Briten noch Amerikaner in der Abschlußerklärung Namen von Kriegsverbrechern nennen, um den Beratungen der Londoner Vier-Mächte-Konferenz nicht vorzugreifen.¹⁶⁹ Stalin, der auf einer Erwähnung der Hauptkriegsverbrecher bestand und das sowjetische Interesse durchblicken ließ, auch deutsche Industrielle vor Gericht zu stellen, zog seine Forderung dann zurück; einem amerikanischen Vermittlungsvorschlag zufolge sollten die Namen von Kriegsverbrechern innerhalb von 30 Tagen veröffentlicht werden.¹⁷⁰ Der Passus über Kriegsverbrecher im Konferenzprotokoll folgte schließlich weitgehend dem britischen Entwurf.¹⁷¹

20. Globale oder regionale Sicherheit? Londons Pläne für die Nachkriegsordnung

20. 1. Idealismus und Realpolitik. Die britische Regierung zwischen den Prinzipien der Atlantik-Charta und Stalins Plänen einer Nachkriegsordnung

Vom 9. bis zum 12. August 1941 traf der britische Premierminister Churchill mit US-Präsident Roosevelt an Bord der Kriegsschiffe "Prince of Wales" und "Augusta" vor der Küste Neufundlands zusammen.¹⁷² Großbritannien hatte seit der Niederlage Frankreichs 1940 allein gegen Deutschland gekämpft und erst seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 ein wenig aufatmen können. Zu diesem Zeitpunkt waren die USA noch keine kriegführende Macht, auch wenn Roosevelt alles unternahm, um Großbritannien knapp unterhalb der Schwelle des Krieges mit Rüstungsgütern im Rah-

¹⁶⁷Vorlage Cadogans für Attlee, mit Anlage, 1. 8. 1945, DDP II/1, S. 1060-1061.

¹⁶⁸Vorschlag der britischen Delegation, 30. 7. 1945, DDP II/1, S. 1057; 10. Sitzung der Außenminister, 30. 7., DBPO I/1, Doc. 469, S. 1029-1030.

¹⁶⁹Vorschlag der sowjetischen Delegation, 30. 7. 1945, DDP II/1, S. 1056-1057; 10. Sitzung der Außenminister, 30. 7., DBPO I/1, Doc. 469, S. 1029-1030; revidierte Fassung des britischen Vorschlages, 31. 7. 1945, DDP II/1, S. 1058; 3. britische Stabskonferenz mit Attlee und Bevin, 31. 7., DBPO I/1, Doc. 486, S. 1056, 11. Plenarsitzung, 31. 7., ebda., Doc. 495, S. 1088-1089; 11. Sitzung der Außenminister, 31. 7., ebda., Doc. 509, S. 1107; Vermerk des Foreign Office, 1. 8. 1945, DDP II/1, S. 1058-1060.

¹⁷⁰12. Plenarsitzung, 1. 8. 1945, DBPO I/1, Doc. 518, S. 1131.

¹⁷¹Protokoll der Konferenz von Potsdam, 2. 8. 1945, DBPO I/1, Doc. 603, S. 1271-1272.

¹⁷²Vgl. T. A. Wilson, *The First Summit. Roosevelt and Churchill at Placentia Bay 1941*, Boston 1969.

men des "Lend-Lease Act" materiell zu unterstützen.¹⁷³ Von seiner ersten Zusammenkunft mit Präsident Roosevelt versprach sich Churchill eine Beschleunigung des von ihm intensiv erwünschten amerikanischen Eintritts in den Krieg gegen die Achsenmächte.¹⁷⁴

Auf dem Treffen in Placentia Bay besprachen die Vertreter beider Mächte die Grundlagen einer zukünftigen Nachkriegsordnung, um die jeweiligen Kriegsziele und Friedensanstrengungen zu präzisieren und abzustimmen. Die Initiative ging zwar von Roosevelt aus, doch kam der erste Entwurf aus der Feder des Staatssekretärs im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan.¹⁷⁵ Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker war in Artikel 3 der Erklärung ein wesentlicher Pfeiler der neuen Friedensordnung umschrieben. Den Briten lag allerdings daran, das Empire von dieser Bestimmung auszunehmen. Der Premierminister hatte kein Interesse daran, das im Krieg ohnehin bedrohte Empire auch noch von einer befreundeten Macht in Frage stellen zu lassen, das Empire gar "auf dem Altar des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu opfern".¹⁷⁶ Wie Churchill im September vor dem Unterhaus erklärte, hätten Roosevelt und er in erster Linie "the restoration of the sovereignty, self-government and national life of the States and nations of Europe now under the Nazi-yoke" im Sinn gehabt.¹⁷⁷ Indem Churchill das Selbstbestimmungsrecht auf Europa bezog, verdeutlichte er auch, wie sehr für ihn dieses Prinzip mit dem Grundsatz der Abwehr einer Hegemonialmacht in Europa zusammenhing: regionale Selbstbestimmung in Europa und die Wiederherstellung eines neuen Gleichgewichts der Kräfte - durch die Niederschlagung Deutschlands - in Europa stellten zwei Seiten einer Medaille dar.

Auch mit einem weiteren Wunsch der Amerikaner konnte sich die britische Regierung nicht einverstanden erklären: Churchill war nicht bereit, das 1932 im kanadischen Ottawa vereinbarte Zoll-Präferenzsystem abzuschaffen, das den Handel innerhalb des Empire erleichterte und nach außen eine Schutzzollmauer aufrichtete. Diese Politik war der US-Regierung, die für Freihandel stand, ein Dorn im Auge.

Ein dritter Aspekt der Zusammenkunft in Placentia Bay betraf die Friedenssicherung nach dem Krieg. Mit der Formel von einer "effective international organisation", die sich trotz unscharfer Wortwahl am Völkerbund orientierte, machte Cadogan deutlich, daß London an einem System kooperativer Friedenssicherung festhielt, sich nicht allein auf bi- oder multilaterale Bündnisse setzte. Die schließlich vereinbarte Formulierung, die noch schwammiger war als der britische Vorschlag, verdankte sich allerdings Roosevelts Intervention: "establishment of a wider and permanent system of general security".¹⁷⁸ Hierunter waren verschiedene Formen einer globalen Friedenssicherung denkbar: ein kollektives Sicherheitssystem in Gestalt eines reformierten Völkerbundes oder eine Ordnung unter der führenden Rolle der Großmächte.

¹⁷³Vgl. dazu W. F. Kimball, *The most Unsordid Act. Lend-Lease, 1939-1941*, Baltimore 1969.

¹⁷⁴Kissinger, *Vernunft*, S. 415.

¹⁷⁵Siehe Woodward, *BFP II*, S. 198-203 und die entsprechenden Tagebuchaufzeichnungen Cadogans, *Dilks, Diaries*, S. 397-403.

¹⁷⁶D. Junker, *Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten*, Göttingen 1979, S. 134. Vgl. zum Komplex der Dekolonisierung Wm. R. Louis, *Imperialism at Bay. The United States and the Decolonisation of the British Empire*; Oxford 1977.

¹⁷⁷Rede Churchills vor dem House of Commons, 9. 9. 1941, Churchill, *Speeches*, VI, S. 6481.

¹⁷⁸Atlantik-Charta, 14. 8. 1941, DDP I/2, S. 11- 12.

Trotz seiner Vorbehalte mit Blick auf das Empire bekannte sich Großbritannien in der Atlantik-Charta, über die Entmachtung Deutschlands hinaus, zu Grundlagen einer liberalen Friedensordnung wie dem Selbstbestimmungsrecht, der Freiheit des Welthandels und globaler Sicherheit. In einem Telegramm an Clement Attlee bezeichnete Churchill die Atlantik-Charta als ein "interim and partial statement of war aims", und er betonte, es würden in erster Linie rechtschaffene Absichten festgehalten.¹⁷⁹ Wie Kissinger urteilt, sah Churchill letztlich "keinen Grund zu Verhandlungen über Nachkriegsstrukturen, bevor er sich nicht sicher sein konnte, daß es überhaupt welche geben würde".¹⁸⁰

Die Diplomatie mit den Amerikanern fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Sowjetunion unter Stalin seit wenigen Wochen im Krieg mit Hitlers Deutschland stand. Eine viel wichtigere Frage als das Bekenntnis zu einer globalen Friedenswahrung mußte für die britische Regierung darin bestehen, ob die Rote Armee dem Überfall der Wehrmacht standhalten würde, ob Deutschland sich zum Herrscher über Osteuropa und Eurasien würde aufschwingen können. Auch wenn Hitlers Pläne zu einem rassistisch-sozialdarwinistisch motivierten Vernichtungskrieg im Osten Europas der Londoner Regierung im einzelnen nicht bekannt waren: ein Sieg über Moskau würde Deutschlands Hegemonie auf bedrohlichste Weise gegen Großbritannien stärken.

Andererseits war es die Frage, welche Vorstellungen eigentlich der Kreml über Krieg und Frieden hatte. Dies mußte dann bedeutsam werden, wenn die Rote Armee den deutschen Vormarsch aufhielte, eine Entwicklung, die sich Ende 1941 abzeichnete. Aber auch die Gefahr eines erneuten Arrangements zwischen Hitler und Stalin schien zunächst nicht gebannt zu sein, auch wenn am 12. Juli ein britisch-sowjetisches Abkommen geschlossen worden war, in dem beide Seiten sich verpflichteten, keinen Separatfrieden abzuschließen.¹⁸¹

Stalin ließ in seiner Korrespondenz mit Churchill keinen Zweifel an seiner Absicht, bereits in dem frühen Stadium des Krieges Absprachen über die Nachkriegszeit zu treffen. Schroff ließ er Churchill im November 1941 wissen, die "Unklarheit" in den sowjetisch-britischen Beziehungen liege zum einen daran, daß es "keine endgültige Verständigung zwischen unseren beiden Ländern über die Kriegsziele und über die Pläne der Friedensregelung nach dem Kriege" gebe; zum andern bestehe "kein Vertrag zwischen der UdSSR und Großbritannien über einen gegenseitigen militärischen Beistand gegen Hitler in Europa".¹⁸² Mit der von Churchill genannten Hauptaufgabe einer künftigen Friedensregelung, "Deutschland und vor allem Preußen daran zu hindern, ein drittes Mal über uns herzufallen", stimmte Stalin überein.¹⁸³

Stalins Mißtrauen hing, abgesehen von seinem Ärger, daß Großbritannien zu der Zeit mit einer Kriegserklärung an Finnland zögerte, wohl auch damit zusammen, daß er über die Atlantik-Charta erst im Nachhinein informiert worden war. London und Washington erwarteten, daß Stalin die Atlantik-Charta billigte, was am 24. September 1941 auch

¹⁷⁹Churchill an Lord Privy Seal (Attlee), 11. 8. 1941, Churchill, *The Grand Alliance. The Second World War*, Vol. III, S. 392.

¹⁸⁰Kissinger, *Vernunft*, S. 416-417.

¹⁸¹Text des Abkommens in *Allianz*, Anlage 1, S. 435.

¹⁸²Stalin an Churchill, 8. 11. 1941, *Allianz*, S. 69. Zur Reaktion Churchills siehe I. Maiski, *Memoiren eines sowjetischen Botschafters*, Berlin (DDR) 1971, S. 686-687. Vgl. auch S. M. Miner, *Between Churchill and Stalin: The Soviet Union, Great Britain and the Origins of the Grand Alliance*; Chapel Hill 1988.

¹⁸³Churchill an Stalin, 22. 11. 1941, *Allianz*, S. S. 71; Stalin an Churchill, 23. 11. 1941, S. 72.

geschah; doch standen deren Prinzipien, vor allem das Selbstbestimmungsrecht, Stalins Plänen einer Friedensordnung entgegen. Moskau dürfte in der Atlantik-Charta tatsächlich den "Versuch der kapitalistischen Demokratien" gewittert haben, "schon jetzt die Bedingungen eines zukünftigen Friedens zu diktieren und insbesondere die Sowjetunion, die, statt große Worte zu machen, um ihre Existenz kämpfte, von Anfang an auf einen Verzichtsfrieden festzulegen".¹⁸⁴

Welche Art der Friedensregelung der sowjetische Diktator selbst im Sinn hatte, wurde wenige Wochen später deutlich, als Außenminister Eden nach Moskau reiste. Gleich in der ersten Unterredung am 16. Dezember 1941 konfrontierte Stalin Eden mit seinen Forderungen. Eden beschrieb das Leitmotiv des Kreml wie folgt: "Russian ideas were already starkly definite. They changed little during the next three years, for their purpose was to secure *the most tangible physical guarantees for Russia's future security*."¹⁸⁵ Was das hieß, war schon im Juli 1940 deutlich geworden. Nach der Niederwerfung Frankreichs durch Hitler hatte Stalin im Gespräch mit dem britischen Botschafter in Moskau, Sir Cripps, ausgeschlossen, jemals wieder zur Vorkriegsordnung in Europa zurückzukehren - einer Ordnung, die auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 ohne Beteiligung Moskaus ausgehandelt worden war. Auf Cripps' Einlassung, die Sowjetunion müsse ein Interesse an der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte haben, gab der Diktator zurück: "Das sogenannte Gleichgewicht der Kräfte [hat] nicht nur Deutschland, sondern auch die Sowjetunion bedrückt. Daher [wird] die Sowjetunion alle Maßnahmen treffen, damit das alte Gleichgewicht in Europa nicht wiederhergestellt [wird]."¹⁸⁶

Die Politik des Kräftegleichgewichts deutete Stalin als eine antideutsche wie antirusische Politik der Westmächte, und der Diktator spielte wohl auch auf Rapallo 1922 an. Ungeachtet der wirklichen Bedeutung des Kräftegleichgewichts 1919 und 1920 deutete Stalin es als Chiffre für die Ausgrenzung und Eindämmung der Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg. Sollte es nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt eine Neuordnung in Europa geben, das ließen Stalins Worte durchblicken, würde diese maßgeblich von sowjetischen Vorstellungen geprägt sein. Um die Sowjetunion von deutschem Einfluß fernzuhalten und Moskaus Neutralität zu erlangen, war die britische Regierung sogar schon im Oktober 1940 bereit gewesen, die sowjetischen Gebietsgewinne im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes de facto, wenn auch nicht de jure, anzuerkennen.¹⁸⁷ Allerdings hatte Stalin damals noch lohnendere Optionen als mit London ins Geschäft zu kommen. Vor dem Gespräch mit Eden im Dezember 1941 hatte Stalin bei seinem Botschafter in London, Maiski, mit den Worten vorgefühlt: "Was meinen Sie, werden die Engländer

¹⁸⁴Kettenacker, Krieg, S. 111.

¹⁸⁵A. Eden, The Eden Memoirs, Vol. II: The Reckoning, London 1965, S. 289, Hervorh. von mir; Protokoll der Unterredung Stalin-Eden am 16. 12. 1941 ebd. (Auszüge) und in DDP I/3, S. 595; vgl. Woodward, BFP II, S. 222-223, auch für das Folgende.

¹⁸⁶Unterredung Stalin-Cripps, 1. 7. 1940, zit. n. Kissinger, Vernunft, S. 379, nach Carroll/Epstein, Das Nationalsozialistische Deutschland, S. 188. Siehe auch den Protokollauszug in A. Hillgruber, Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Situationsanalyse und Machtkalkül der beiden Pakt-"Partner", in: A. Hillgruber/K. Hildebrand, Kalkül zwischen Macht und Ideologie. Der Hitler-Stalin-Pakt: Parallelen bis heute?; Zürich 1980, S. 20, nach J. W. Brügel (Hg.), Stalin und Hitler, Pakt gegen Europa, Wien 1973, Dok. 71, S. 95.

¹⁸⁷Es geht um das von Botschafter Cripps entworfene und vom Kriegskabinett in London gebilligte Angebot an Wyschinski vom 22. 10. 1940, siehe Woodward, BFP I, S. 492 ff.; Ross, Foreign Office, S. 7-8.

das annehmen?", woraufhin Maiski entgegnet hatte, eine Verständigung werde "nicht besonders schwer" sein.¹⁸⁸ So forderte Stalin im einzelnen die britische Anerkennung der sowjetischen Grenzen vor dem Angriff Deutschlands. Das bedeutete die erneute Einverleibung der baltischen Staaten, die Annexion der Stadt Memel, eines Teils von Finnland und Bessarabiens. Die Grenze mit Polen solle die Curzon-Linie bilden, die ein wenig östlicher als die Ribbentrop-Molotow-Linie von 1939 verlief. Stalin verlangte das Recht auf Stützpunkte in Finnland und Rumänien und gestand den Briten unverlangt das gleiche Recht in Dänemark und Norwegen zu. Er warf die Frage auf, wie Großbritannien sich die Sicherung des Friedens in Europa nach dem Krieg vorstelle, und schlug selbst einen Rat der Siegermächte vor, der militärische Gewalt einsetzen könne.¹⁸⁹

Eden konnte nicht entgehen, daß Stalin nicht von einer weltweiten Friedenssicherung sprach, sondern sich auf Europa beschränkte. Absolute Priorität schien für Stalin die Sicherheit seines Landes zu haben, eine Sicherheit, die er in erster Linie territorial verstand. Dabei war die Frage aufgeworfen, worin sich eigentlich Sicherheit von Hegemonie unterschied; das Spannungsfeld für die britisch-sowjetischen Beziehungen war abgesteckt. Wie Stalin mit Hitler die Sicherheit für sein Land durch Territorialerwerb hatte vergrößern wollen, suchte er nun Großbritannien als Garanten der sowjetischen Expansion nach Westen gewinnen.

Das britische Empire war der maßgebliche Ansprechpartner für Stalins Ansprüche; die Vereinigten Staaten befanden sich gerade einmal einige Tage im Krieg. Eden, der vom britischen Kriegskabinet nicht instruiert worden war, über Grenzen zu reden¹⁹⁰, verwies darauf, Präsident Roosevelt habe ihn gebeten, keine Geheimabsprachen zu treffen. Die ungerührte Antwort Stalins lautete: "But there are many questions relating to the safety of our two countries which can be discussed between us." Stalin ging es um eindeutige Absprachen: ein militärisches Bündnis mit England und eine Übereinkunft über Nachkriegsfragen. Er erläuterte dies an einem Beispiel: "A declaration I regard as algebra, but an agreement as practical arithmetic. I do not wish to decry algebra, but I prefer practical arithmetic."¹⁹¹ Mit der Deklaration dürfte der Mathematiker im Kreml die Atlantik-Charta gemeint haben, mit "agreements" seine eigenen Vorschläge. Stalins Formel waren der klassische Ausdruck eines Denkens "in den Begriffen hergebrachter Realpolitik".¹⁹² Er postulierte ein "Junktum.. zwischen militärischer und politischer Zusammenarbeit im und nach dem Kriege".¹⁹³

Im Handumdrehen war die britische Regierung, ausgelöst durch Deutschlands Zweifrontenkrieg, mit dem Projekt einer Aufteilung Europas unter den beiden Flügelmächten Europas konfrontiert. Dies ist welthistorisch bedeutsam: zum ersten Mal erhielt das in größter Bedrängnis stehende Großbritannien von einem in die Enge getriebenen russischen Herrscher den Vorschlag, eine Art Kondominium in Europa zu errichten, nach-

¹⁸⁸Maiski, Memoiren, S. 712.

¹⁸⁹Bericht Edens vom 5. 1. 1942 über seine Gespräche in Moskau (16.-20. 12. 1941), Ross, Foreign Office, Doc. 5, S. 82-83; vgl. das Protokoll der Unterredung vom 18. 12., ebda., Doc. 85-87.

¹⁹⁰M. Kitchen, British Policy towards the Soviet Union during the Second World War, Houndmills 1980, S. 110 und 111-114.

¹⁹¹Unterredung Stalin-Eden, 16. 12. 1941, Eden, Reckoning, S. 290-291, Maiski, Memoiren, S. 712-713.

¹⁹²Kissinger, Vernunft, S. 432.

¹⁹³Tyrell, Großbritannien, S. 82.

dem beide Mächte während des 19. Jahrhunderts Gegner gewesen waren.¹⁹⁴ Stalin zögerte in der Unterredung mit Eden nicht, hinzuzufügen, er begrüße es, wenn die Vereinigten Staaten dem von ihm vorgeschlagenen Abkommen beiträten. Listig verknüpfte der Marschall das Problem der Kriegsziele mit dem der britisch-sowjetischen Allianz: "If our war aims were different, then there would be no alliance."¹⁹⁵

Nachdem Stalin seinen Preis für ein Bündnis genannt hatte, sah sich die britische Regierung vor der folgenschweren Entscheidung, ob man auf die sowjetischen Forderungen eingehen sollte. Mit scharfem Blick für die Verschiebung kontinentaler Machtverhältnisse analysierte Eden die voraussichtliche Mächtekonstellation glasklar: "On the assumption that Germany is defeated and German military strength is destroyed and that France remains, for a long time at least, a weak power, there will be no counterweight to Russia in Europe." Eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion könne jedoch aus mehreren Gründen notwendig sein: erstens wegen der Gefahr einer erneuten deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit, zweitens um das europäische Gleichgewicht gegen die Möglichkeit eines wiedererstehenden Deutschland aufrechterhalten zu können, drittens zu dem Zweck, Deutschland militärisch einzukreisen.¹⁹⁶ Während all diese Argumente etwas für sich hatten, blieb die Frage nach dem Preis für eine Zusammenarbeit mit Moskau offen.

Eden war umgehend zu der Ansicht gelangt, London müsse Stalin entgegenkommen, um die Sowjetunion gegen Hitler im Kampf zu halten, und hatte Stalin deshalb zugesagt, sich im britischen Kabinett für dessen Grenzforderungen einsetzen zu wollen.¹⁹⁷ Wie Tyrell zu Recht betont, konnte die britische Regierung, die Hitlers Vernichtungsprogramm im Osten Europas nicht kannte, nicht ausschließen, daß Stalin sich um einen Separatfrieden mit Deutschland bemühen würde - was offenbar der Realität entsprach.¹⁹⁸ Stalins Festigkeit in militärischer Sicht schien ohne eine britische Bereitschaft zu politischen Absprachen in Frage gestellt zu sein. Aber auch das Szenario eines raschen Vormarsches der Sowjetunion konnte nicht ausgeschlossen werden, mit der Gefahr, daß Stalin allein einen wesentlichen Teil der Nachkriegsordnung in Europa diktieren würde.¹⁹⁹

¹⁹⁴1941 ging die Bedrohung des europäischen Staatensystems von der deutsch beherrschten Mitte Europas aus, während im 19. Jahrhundert, zu Bismarcks Zeiten, die Gefahr bestand, daß Rußland mit Großbritannien (und Österreich-Ungarn) aneinandergeriet und die sich zum globalen Staatensystem erweiternde europäische Staatenwelt, in ihrem Zentrum das "saturierte" Deutsche Reich, zum Einsturz brachte.

¹⁹⁵Unterredung Stalin-Eden, 16. 12. 1941, Eden, Reckoning, S. 292.

¹⁹⁶"War Cabinet. Policy towards Russia", Memorandum Eden, 28. 1. 1942, DDP I/3, S. 73-78, Zit. S. 73. Wie Kettenacker, Krieg, S. 121, urteilt, offenbarte die hier skizzierte Europapolitik einen "bedenklichen Fatalismus". Doch darf nicht übersehen werden, daß es sich für London um ein reales Dilemma handelte.

¹⁹⁷Unterredung Eden-Stalin, 16. 12. 1941, Eden, Reckoning, S. 290 ff., siehe auch DDP I/3, S. 595 f.; Cadogan Diary, 20. 12., Dilks, Diaries, S. 422 f.

¹⁹⁸Tyrell, Großbritannien, S. 59, S. 64 ff., Woodward, BFP II, S. 33; V. Mastny, Stalin and the Prospects of a Separate Peace in World War II, in: The American Historical Review, Bd. 77, 5 (Feb. 1972), S. 1365-1388. Vgl. auch W. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission, 1939-1991; Berlin 1995, der als Zeitzeuge über wiederholte deutsche Friedensfühler zwischen Dezember 1942 und August 1944 über die sowjetische Botschaft in Stockholm berichtet - die deutschen Mittelsmänner waren Edgar Clauß und Peter Kleist -, der aber jegliches sowjetisches Interesse an separaten Übereinkünften verneint, S. 137-149.

¹⁹⁹Siehe dazu das Memorandum des Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Sir Orme Sargent, 5. 2. 1942, und die Vermerke Cadogans und Edens, 7. und 8. 2., Ross, Foreign Office, Doc. 6, S. 87-90.

Eden war sich dabei bewußt, daß eine solche Politik der Absprachen über die Köpfe der betroffenen Völker hinweg den Prinzipien der Atlantik-Charta zuwiderlief.²⁰⁰ Doch setzte er sich im Kriegskabinettt für die Anerkennung der sowjetischen Interessen im Baltikum, in Finnland und Rumänien ein und warb darum, die US-Regierung, die Geheimabsprachen und Annexionen ablehnte, dafür zu gewinnen. Die polnische Frage, deren Zurückstellung Stalin im Dezember 1941 selbst angeboten hatte, blieb ausgenommen. Als Gegenleistung Moskaus strebte Eden, kurios genug, ein Bekenntnis zur Atlantik-Charta an.²⁰¹

Trotz Churchills Bedenken entschied das Kabinettt, die Angelegenheit den Amerikanern "ausgewogen" darzustellen; es folgte der gequälte Versuch, die Gebietsannexionen als Ausnahmen von der Regel der Atlantik-Charta darzustellen.²⁰² Nach der Absage aus Washington wurde auch der Premier zunehmend weicher; Anfang März 1942 schrieb er gewunden an Roosevelt : "The increasing gravity of the war has led me to feel that the principles of the Atlantic Charter ought not to be construed so as to deny Russia the frontiers she occupied when Germany attacked her. This was the basis on which Russia acceded to the Charter."²⁰³ Die Ausnahme vom Selbstbestimmungsrecht sollte also die Regel bestätigen.

Sicher kann man diese Diplomatie der Schwäche kritisieren - eine Politik, die strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Appeasement gegenüber Nazideutschland aufwies und infolge der weltpolitischen Überbürdung Großbritanniens auch nicht zufällig war.²⁰⁴ Doch schien man in London die Wahl zu haben zwischen Scylla und Charybdis, befand sich in einer Zwickmühle, einer "Zwangslage"²⁰⁵. Für Großbritannien war die kontinentale Dominanz Hitlerdeutschland das worst-case-Szenario schlechthin; der Sieg über Deutschland entschied über Leben und Tod in Europa, über Zivilisation oder Barbarei. Im übrigen konnte Stalin, überstand er den ersten Ansturm der Deutschen, sich einseitig ohnehin das nehmen, was er wollte.

Dabei ist auch Kissingers Einschätzung zu bedenken, "daß nach Stabilität und Gleichgewicht strebende Länder alles in ihrer Macht Stehende unternehmen sollten, die grundlegenden Bedingungen eines Friedens noch während des Krieges zu besiegeln. Solange der Feind auf dem Schlachtfeld steht, vergrößert seine Stärke indirekt auch die der friedlichen Partei. Wird dieser Grundsatz indessen außer acht gelassen und bleiben die zentralen Fragen bis zu einer Friedenskonferenz ungelöst, so ist die entschlossenste Macht im Besitz der Beute. Um sie zu vertreiben, bedarf es dann einer größeren Konfrontation." Wie Kissinger zu bedenken gibt, hätte eine klare Absprache mit Stalin über Osteuropa im Jahre 1941 – unter Einbeziehung der Amerikaner - aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer besseren Lösung geführt als die, zu der es später kam.²⁰⁶

²⁰⁰Eden an das Kriegskabinettt, 28. 1. 1942, DDP I/3, S. 75.

²⁰¹Kriegskabinettt, 6. 2. 1942, DDP I/3, S. 98.

²⁰²Kriegskabinettt, 6. 2. 1942, DDP I/3, S. 95; vgl. Eden an Halifax, 10. 2. 1942, DDP I/3, S. 97-101, auch Halifax an Churchill, 11. 1. 1942, ebda., S. 26-30.

²⁰³Churchill an Roosevelt, 7. 3. 1942, Correspondence, I, S. 394. Vgl. auch Kettenacker, Krieg, S. 121-126.

²⁰⁴Hier ist insbesondere Kettenacker mit seiner Studie zur Kontinuität der britischen Appeasementpolitik im Krieg zu nennen: Krieg, siehe v. a. S. 102 ff..

²⁰⁵Tyrell, Großbritannien, S. 79, 80.

²⁰⁶Kissinger, Vernunft, S. 431 (Zit.), S. 434.

Faßt man die Optionen Londons abstrakter, gelangt man zu folgenden Schlüssen: Großbritannien war außerstande, das Gleichgewicht der Kräfte gegen *zwei* feindlich gesonnene Großmächte zu sichern - Deutschland und die Sowjetunion -, doch mangelte es London auch an der Fähigkeit, die Mächtebalance erfolgreich gegen *eine* Großmacht zu verteidigen. Ohne Verbündete hatte man Deutschland gerade noch standgehalten, und für den Fall einer deutschen Niederlage sah man sich in Europa allein der Sowjetunion gegenüber, ohne realen Einfluß auf den Osten Europas. Die theoretisch denkbare Option, das Kräftegleichgewicht nach dem Krieg mit Hilfe der USA gegen die Sowjetunion zu verteidigen, schied in diesem Stadium des Krieges aus. Übrig blieb der Plan, Moskau und Washington in eine Politik gegen Deutschland *im* Krieg und in eine gemeinsame Sicherheitspolitik *nach* dem Krieg einzubinden. Bis zu welcher Grenze man dabei eine eigenmächtige Politik Moskaus glaubte tolerieren zu können oder zu müssen, mußte der weitere Verlauf erweisen.

Obwohl London sich angesichts Roosevelts ablehnender Haltung Washington einen Alleingang mit Blick auf Stalins Forderungen vorbehielt, kam es auf der Basis eines Alternativentwurfs von Staatssekretär Cadogan, der Territorialfragen aussparte, überraschend doch zu einer Einigung mit Stalin - vermutlich aufgrund der nach wie vor ungünstigen militärischen Lage der Sowjetunion. So wurde am 26. Mai 1942 der britisch-sowjetische Bündnisvertrag in London unterzeichnet.²⁰⁷ Neben einem Bekenntnis zur Atlantik-Charta kamen beide Seiten überein, sich im Krieg gegen Deutschland gegenseitig Hilfe zu leisten, keinen Separatfrieden abzuschließen und sich für einen Zeitraum von 20 Jahren bzw. bis zum Funktionieren einer internationalen Organisation gegen erneute Angriffe Deutschlands zu unterstützen. Um das Gleichgewicht der Kräfte gegen Hitlers Deutschland zu sichern, verbündete sich Großbritannien nun de facto mit einer Macht, die selbst zu einer Bedrohung des Gleichgewichtes werden konnte.

Bei der britischen Strategie darf nicht unterschätzt werden, daß man sich durch Stalins bald nach dem deutschen Angriff vorgebrachte Forderungen nach einer Zweiten Front²⁰⁸ augenscheinlich für politisch erpreßbar hielt. Der Druck aus dem Kreml auf die Westmächte, speziell aber auf das schwächere Großbritannien, wurde - halb Kalkül und halb Verzweiflung - bis 1943 immer stärker und erreichte in Teheran seinen Höhepunkt. So überschüttete Stalin Churchill bei dessen Moskau-Besuch im August 1942 mit vehementer Kritik, die sogar die Gefahr eines Bruchs in sich barg.²⁰⁹ Fast ein Jahr später schrieb der Kremlchef immer noch verärgert an Churchill.²¹⁰

Die britische Regierung hatte Stalin ein Bündnisangebot gemacht, ohne es mit militärischem Inhalt füllen zu können - die eigenen Mittel, finanziell und militärisch, reichten

²⁰⁷Cadogan Diary, 9. 7. 1941, und 24. 2. bis 26. 5. 1942, Dilks, Diaries, S. 392, 437-452; Text des britischen und sowjetischen Entwurfs in Eden an Clark Kerr, 13. 4. und 1. 5. 1942, Ross, Foreign Office, Doc. 8, S. 94-102; die vorbereitenden Überlegungen im Foreign Office ebda., Doc. 7, S. 90-94; Woodward, BFP II, S. 244-254, der Vertragstext ebda., S. 663-665, und in Allianz, Anlage 3, S. 436-439. Siehe ferner Kitchen, British Policy, S. 100-140; Kettenacker, Alliance, S. 435-457.

²⁰⁸Stalin an Churchill, 18. 7. 1941, sowie 3. und 13. 9. 1941, Allianz, S. 50-51, 57-59, 61; vgl. den Bericht Stalins zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau, 6. 11. 1941, J. W. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Frankfurt/Main 1972, S. 24. Vgl. Maiski, Memoiren, S. 649-653, 664-680, 723 ff.

²⁰⁹Vgl. den Bericht von Churchills Arzt Lord Moran über den Besuch Churchills in Moskau, Moran, Churchill, S. 72-83.

²¹⁰Stalin an Churchill, 24. 6. 1943, Briefwechsel, S. 174.

dazu einfach nicht aus. Bei allen Absichtserklärungen aus London konnte Stalin den Eindruck gewinnen, "als scheuten Briten und Amerikaner den vollen Einsatz ihrer Kräfte gegen Deutschland".²¹¹ Churchills Alternativstrategie, die westlichen Truppen in Nordafrika und Italien landen zu lassen, kam Stalin aber auch aus geopolitischen Gründen nicht entgegen. An einer zweiten Front in Frankreich war der Diktator unter anderem deswegen interessiert, "weil sie weit ab von Ost- und Mitteleuropa und dem Balkan liegen würde, wo westliche und sowjetische Interessen am ehesten kollidieren würden".²¹² So mag London, in dem Bedürfnis, Moskau irgendetwas anzubieten, bei den Territorialfragen zusätzlich kompromißbereit gewesen sein, zumindest für eine bestimmte Zeit.

20. 2. Sicherheit durch Hegemonie der Großmächte und Kontrolle Deutschlands? „Four-Power-Plan“, „Western Group“ und die Nachkriegspläne des Foreign Office

Nach dem Abschluß des Bündnisses mit Moskau entwickelten die Planungsstäbe in London die Planspiele zur Organisation der Sicherheit nach dem Krieg weiter, die in Edens Januar-Denkschrift niedergelegt worden waren. Es kam London darauf an, den Rahmen abzustecken, in dem eine mit Moskau und Washington gemeinsame Deutschlandpolitik, Ziel wie Mittel einer Friedenssicherung, sich bewegen könne.²¹³ Im Oktober 1942 legte der Leiter des "Economic and Reconstruction Department" im Foreign Office, Sir Gladwyn Jebb, eine Ausarbeitung vor, die als "Four-Power-Plan" bezeichnet wurde. Jebb berücksichtigte amerikanische Planungen zur Nachkriegszeit, wich aber in einigen wesentlichen Punkten von ihnen ab.²¹⁴

Jebb entwarf eine Vier-Mächte-Kooperation nach dem Krieg als Fortsetzung des Bündnisses gegen Deutschland; die Einbeziehung Chinas beleuchtete er kritisch. Zur britische Rolle hieß es unverblümt, Großbritannien könne nur dann hoffen, eine Großmacht zu bleiben, wenn es einen oder mehrere mächtige Verbündete habe.²¹⁵ Als Ziel der Zusammenarbeit vermerkte Jebb für Eden: "The whole point of the >Four-Power-Plan< is to keep Germany and Japan in permanent subjection".²¹⁶ Beide besieigten Mächte dürf-

²¹¹Hillgruber, Weltkrieg, S. 102-104, Zit. S. 104. Zu Stalins Spott über die Alliierten am Vorabend der Landung in Frankreich M. Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962, S. 107.

²¹²Kissinger, Vernunft, S. 430. In Teheran machte Stalin im Gespräch mit Churchill keinen Hehl daraus, daß er von dessen Strategie einer Landung in Italien nichts halte, sondern ganz auf "Overlord" setze. 30. 11. 1943: Teheran, Jalta, Potsdam. Die Konferenzdokumente der Sowjetunion. Bd 1: Die Teheraner Konferenz 1943 (Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR). Vom Staatsverlag der DDR genehmigte Lizenzausgabe, Köln 1986 (im folg. zit. als KSU, TD), S. 114. Diese Ausgabe geht auf das gleiche Quelle zurück wie die von A. Fischer 1968 in dt. Übersetzung herausgegebenen sowjetischen Protokolle; die Übersetzung unterscheidet sich teilweise.

²¹³Tyrell, Großbritannien, S. 85 f..

²¹⁴"Four-Power-Plan", 9. 9. - 6. 10. 1942, DDP I/3, S. 743-765, Jebb, Memoirs, S. 109-118. Eden leitete eine Zusammenfassung an Churchill weiter, Woodward, BFP V, S. 3-9. Vgl. Kettenacker, Alliance, S. 435-458; Tyrell, Großbritannien, S. 92-98. Vgl. Teil 4, Kap. 1. 2.

²¹⁵"Four-Power-Plan", DDP I/3, S. 743 ff.; Woodward, BFP V, S. 5.

²¹⁶Vermerk Jebbs, 9. 10. 1942, zit. bei Kettenacker, Großbritannien, S. 33. Sehr pointiert die Auffassung des Autors (S. 32), der "Four-Power-Plan" habe ein "Machtkartell der Hauptsiegermächte" vorgesehen. Vgl. "Four-Power-Plan", DDP I/3, S. 753-755. L. Kettenacker meint in seinem bereits oben zit. Aufsatz (Planungen, S. 71), London habe anders als Washington weniger die Schaffung einer "besseren Welt" als vielmehr die praktische "Bewältigung der bei Kriegsende anstehenden Probleme" im Auge gehabt.

ten nicht wieder den Rang von Großmächten einnehmen. Zugespißt gesagt, war in dieser Sicht die Deutschlandpolitik als Instrument einer gemeinsamen Nachkriegspolitik gedacht, die Großbritanniens Status bewahren würde.

Im Unterschied zu den wahrgenommenen Absichten der USA hielt das Foreign Office die Rückkehr Frankreichs in den Kreis der Großmächte und seine Beteiligung an der Friedenssicherung für wünschenswert. Ferner wurden regionale Arrangements in einem Weltsystem befürwortet, obwohl jeder Großmacht eine Sphäre nur vorwiegenden und nicht ausschließlichen Einflusses zugeschrieben werden sollte. Die Verantwortung für Europa sollte weitgehend auf den Schultern Großbritanniens und der Sowjetunion ruhen, als Fortschreibung des britisch-sowjetischen Bündnisses in die Zukunft.²¹⁷ Das Empire sollte die Verantwortung für Westeuropa übernehmen; die Sowjetunion sollte mit einem teilweise in Staatenbünden zusammengefaßten Osteuropa zusammenarbeiten.²¹⁸ Eine ausschließliche Bewaffnung der vier Großmächte, die Präsident Roosevelt in seinem Konzept der Vier Polizisten vorsah²¹⁹, wurde als unpraktikabel zurückgewiesen.

Außenminister Eden, der den "Four-Power-Plan" nachhaltig unterstützte, reagierte zunächst enttäuscht auf die skeptische Antwort des Premierministers.²²⁰ Eden präziserte im November einige Punkte des "Four-Power-Plan" im Blick auf Europa: Großbritanniens Aufgabe liege nicht nur in der Befreiung, sondern auch in der Bewahrung Europas, was bedeutete, kein Europa "unfriendly to our interests" und "dominated by Germany" zuzulassen.²²¹ Die britische Sicherheitskonzeption war engstens mit der Europaplanung verbunden. Eden zog aus der Zwischenkriegszeit den Schluß, die Großmächte müßten ihre Führungsverantwortung nicht gegen-, sondern miteinander wahrnehmen. Die Kooperation der Großmächte bilde die Voraussetzung für Frieden und Sicherheit.²²²

Die Rolle Europas wurde von dem Labour-Politiker Sir Cripps, zu der Zeit Lordsiegelbewahrer und Führer des Unterhauses, noch präzisiert. Wie Cripps schrieb, sei die größte Gefahr in Europa "the strong central position of Germany". Die kleineren Staaten Europas müßten zu "larger federal units" zusammengefaßt und im Vergleich zu Deutschland wirtschaftlich gestärkt werden. Deshalb sei die Befriedung Europas das wichtigste Feld der Zusammenarbeit Großbritanniens, der USA und der UdSSR. Ihre Aufgabe könne später von einem europäischen Rat übernommen werden, dessen Mitglieder sie wären.²²³ Dies war ein Gedanke, den auch Churchill vertrat.

²¹⁷"Four-Power-Plan", DDP I/3, S. 756.

²¹⁸Siehe zu den britischen Plänen für Föderationen in Osteuropa nach dem Krieg das Memorandum Sargents, 1. 6. 1942, Ross, Foreign Office, Doc. 11, S. 108-109, und zur voraussichtlichen Reaktion der Sowjetunion auf ein solches Projekt die Denkschrift und die Vermerke des Foreign Office zwischen September und Oktober 1942, ebda., Doc. 13, S. 115.

²¹⁹Vgl. Teil 4, Kap. 1. 2.

²²⁰Eden an Churchill, 19. 10. 1942, DDP I/3, S. 912; Churchill an Eden, 21. 10. 1942, Churchill, Hinge, S. 504.

²²¹Memorandum Edens, 8. 11. 1942, DDP I/3, S. 975.

²²²Memorandum Eden, 8. 11. 1942, DDP I/3, S. 975-978, Woodward, BFP V, S. 10-11. Zu Churchills und Edens herausragender Rolle in der Außenpolitik K. Sainsbury, *British Policy and German Unity at the End of the Second World War*, in: *English Historical Review* 94 (1979), S. 790. Dagegen, m. E. zu ausschließlich, Kettenacker, *Krieg*, passim, mit der Betonung der Rolle der Beamten.

²²³Aufzeichnung von Cripps, 13. 11. 1942, DDP I/3, S. 1003-1006, Zit. S. 1004, 1005. Vgl. Woodward, BFP V, S. 12.

Angesichts der Absicht Präsident Roosevelts, eine neue weltumspannende Sicherheitsorganisation zu gründen, stellte sich für Eden die Frage, wie man Washington das eigene Konzept des Vier-Mächte-Planes schmackhaft machen könnte. Mit Blick auf die Atlantik-Charta arbeiteten Eden und Jebb den "Four-Power-Plan" zu einer neuen Denkschrift um, die schließlich im Juli 1943 als "United Nations Plan for Organising Peace and Welfare" vorlag und dem Kriegskabinettt unterbreitet wurde.²²⁴ Das Ziel der Ausschaltung Deutschlands - und Japans - blieb dabei unverändert.

Im Unterschied zur Sicherheitskonzeption Churchills (s. u.) war Eden angesichts der Allianz mit Moskau stärker bereit, der Sowjetunion eine Mitsprache in den europäischen Angelegenheiten zuzubilligen, ja ihr die Ordnung Osteuropas sogar weitgehend zu überlassen. Auch distanzierte Eden sich von Cripps' und Churchills Idee eines europäischen Rates; der "United Nations Plan" vom 7. Juli sah lediglich eine "United Nations Commission for Europe" vor, mit der Aufgabe, Vorkehrungen zu treffen gegen einen erneuten Versuch Deutschlands, den Kontinent zu dominieren. Die Kommission sollte aus den drei Großmächten, Frankreich, den kleineren Staaten Europas und eventuell den britischen Dominions bestehen; "at some stage", hieß es wohl mit Rücksicht auf Churchill, könne die Kommission vielleicht in einen "Council of Europe" übergehen.²²⁵

Im übrigen ging Eden davon aus, Großbritannien könne seinen Status als Großmacht weitgehend beibehalten.²²⁶ Dabei bedachte er, anders als Churchill, die Rolle der USA sehr kritisch. Symptomatisch dafür ist eine fast verächtliche Aufzeichnung Edens, nachdem er mit dem amerikanischen Außenpolitiker John Foster Dulles konferiert hatte: "American views are of interest, but ours are even more important where Europe is concerned. ... As regards America, we should always consult U. S. government, but our object should be to try to bring them along with us. They know very little of Europe and it would be unfortunate for the future of the world if U. S. uninstructed views were to decide the future of the European continent."²²⁷

So hielt Eden es für schwierig, wenn auch notwendig, die Großmächte zusammenzubringen und im Zweifelsfall die Rolle eines Maklers zwischen den aufstrebenden Supermächten USA und UdSSR zu übernehmen: "There is bound to be difficulty in practice in harmonising day-to-day Anglo-Russian co-operation with Anglo-American co-operation. *Soviet policy is amoral: United States policy is exaggeratedly moral*, at least where non-American interests are concerned. ... Wherever possible we should work for ... tripartite solutions."²²⁸ Doch offensichtlich lag das reale Dilemma der britischen Europapolitik darin, bei schwindender eigener Macht und trotz des Bedürfnisses, zwischen

²²⁴"United Nations-Plan for Organising Peace and Welfare", 7. 7. 1943, abgedruckt in Woodward, BFP V, S. 50-62.

²²⁵Vgl. das Kap. 14 des "United Nations Plan for Organising Peace and Welfare", 7. 7. 1943, Woodward, BFP V, S. 56-57; zur UN-Commission for Europe auch Tyrell, Großbritannien, S. 108-114, zur zurückhaltenden Resonanz in Washington ebda., S. 120-122.

²²⁶So auch, bei Abwägung aller Nachteile, der "Four-Power-Plan", DDP I/3, S. 746-749.

²²⁷Aufzeichnung Edens, 25. 7. 1942, Eden, Reckoning, S. 341. Zu Edens Sicht der UdSSR auch E. Barker, Churchill and Eden at War, London 1978, S. 233.

²²⁸Eden an das Kriegskabinettt, 28. 1. 1942, DDP I/3, S. 74; vgl. Eden, Reckoning, S. 319-320; V. H. Rothwell, Großbritannien und die Anfänge des Kalten Krieges, in: Foschepoth, Kalter Krieg, S. 97. Im Kriegskabinettt sagte Eden am 6. 2. 1942, "our part should be to reconcile the divergent views of Russia and the United States"; DDP I/3, S. 98.

UdSSR und USA eine Mittlerrolle einzunehmen, letztlich zwischen der postulierten sowjetischen Unmoral und der amerikanischen Übermoral wählen zu müssen. Denn Großbritannien brauchte zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts auch nach dem Krieg einen mächtigen Mitspieler.²²⁹

Einstweilen erklärte sich London bereit, den amerikanischen Entwurf für eine weltweit operierende Sicherheitsorganisation, im August 1943 vorgelegt auf der anglo-amerikanischen Konferenz von Quebec, als Arbeitsgrundlage zu akzeptieren. Auf britischen Vorschlag wurde dieser Entwurf einer Vier-Mächte-Erklärung während der dreiseitigen Außenministerberatungen in Moskau beraten, am 26. Oktober 1943 auch gebilligt und vier Tage später veröffentlicht.²³⁰

Daß die Zusammenarbeit der Großmächte, vor allem auch die Einbeziehung der Sowjetunion, den Dreh- und Angelpunkt der britischen Nachkriegsplanung bildeten, wurde auch in einem Foreign-Office Memorandum aus dem Frühjahr 1944 deutlich. Der Nachkriegspolitik Moskaus gewidmet, unterstellte es das Interesse des Kreml an einer Kooperation mit den Westmächten, vorausgesetzt, man verstehe sich gemeinsam darauf, Deutschland niederzuhalten. Bemerkenswert war die Ansicht, eventuelle Schwierigkeiten mit der Sowjetunion würden weniger aus ideologischen Differenzen resultieren, sondern allenfalls "because we and the Russians may take different views as to the post-war treatment of Germany".²³¹

Es gebe gute Gründe für die Annahme, daß Stalin die drakonischsten Maßnahmen ergreifen wolle, um Deutschland in einem Zustand dauerhafter Schwäche zu halten. Mit anderen Worten: sowjetische Außenpolitik strebe nach wie vor nach absoluter Sicherheit. Eine Kooperation der Sowjetunion selbst mit einem reformierten oder gar kommunistischen Deutschland hielt das Papier für weitgehend ausgeschlossen; die Existenz des Nationalkomitee Freies Deutschland sah man eher als ein Mittel der Propaganda an. Vermutlich werde Rußland der Ansicht mit größtem Mißtrauen begegnen, daß ein prosperierendes Deutschland notwendig sei, wenn Europa als Ganzes und Großbritannien im besonderen wohlhabend sein sollten.²³²

Der Umgang mit dem besiegten Deutschland unter dem alleinigen Primat der Schwächung und der Sicherheit verhiess ein Modell für die gemeinsame Friedenssicherung in der Nachkriegsordnung zu bilden, unter Einbeziehung der Sowjetunion. In diesem Sinne unterstrich die Foreign Office-Denkschrift den Grundgedanken des Vier-Mächte-Plans. Staatssekretär Cadogan bekräftigte diese Perspektive im Sommer 1944.²³³ Der

²²⁹Der weitere Verlauf - das darf hier angedeutet werden -, sollte erweisen, daß Großbritannien die sowjetische und die amerikanische Option nacheinander verfolgte; das entscheidende Jahr sollte 1945 werden.

²³⁰Woodward, BFP V, S. 70-75; der Text der "Four Power Declaration" auf S. 71.

²³¹"Probable post-war tendencies in Soviet foreign policy as affecting British interests", Memorandum des Foreign Office, 29. 4. 1944, Ross, Foreign Office, Doc. 25, S. 147-155 (Ausz.), Zit. S. 149.

²³²Ebda., S. 149-150.

²³³Vermerk Cadogans, 28. 6. 1944, zu einer Diskussion im Foreign Office über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nach dem Krieg, Ross, Foreign Office, Doc. 27, S. 159: "We hope to maintain co-operation with the U.S. and the U.S.S.R for the defeat and holding down of Germany and Japan, with the assistance, as we hope, of a World Organisation". Vgl. demgegenüber die vom PHP-Unterausschuß entworfenen Szenarien eines Zusammenbruchs der Kooperation mit der UdSSR und der Perspektive eines wiederbewaffneten Deutschland, "Security in Western Europe and the North Atlantic", 9. 11. 1944, Ross, Foreign Office, Doc. 28 B, S. 168-171.

britische Botschafter in Moskau, Clark Kerr, verglich die Aufgabe einer solchen britisch-sowjetisch-amerikanischen Übereinkunft sogar mit dem Drei-Kaiser-Bund Bismarcks, der damals Polen niedergehalten habe.²³⁴

Der europäische Teil der im "Four-Power-Plan" entworfenen Sicherheitskonzeption erfuhr seit dem Sommer 1944 eine weitere Akzentuierung, als Eden und Jebb Überlegungen anstellten, die Bindungen Londons an den Kontinent noch zu verstärken und Westeuropa unter britischer Führung zu einer "Western Group" zusammenzufassen. Die ersten Anregungen waren aus dem Commonwealth gekommen, und zwar von dem Ministerpräsidenten Südafrikas, General Jan Smuts, dessen strategisches Talent bereits auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 deutlich geworden war. Im Herbst 1944 erläuterten Eden und General Smuts den Plan der "Western Group" im britischen Unterhaus. Dieses regionale Sicherheitssystem sollte Frankreich, die Benelux-Länder, Dänemark, Norwegen und Island einbeziehen. Es war als regionale, antideutsche Gleichgewichtskonzeption gedacht, sollte aber mit der global ausgerichteten Friedenssicherung vereinbar sein. Konzipiert als Teil eines europäischen Sicherheitssystems unter der Führung einer neuen Weltorganisation, bot die "Western Group" für den Fall eines Scheiterns der UNO eine "Rückversicherung". So lautete die Empfehlung in einem Memorandum zur "Western Group" kurz vor Beginn der Potsdamer Konferenz im Juli 1945, das die Position des Foreign Office fortschrieb.²³⁵

Die Stoßrichtung der westlichen Gruppe gegen Deutschland würde, wie man im Foreign Office glaubte, ihre Akzeptanz in Moskau erleichtern.²³⁶ Den Angelpunkt der Organisation würde ein britisch-französisches Bündnis bilden. Das Papier empfahl, "direkte militärische Maßnahmen gegen Deutschland" zu ergreifen, falls "Deutschland einen bewaffneten Angriff unternimmt", ferner, "um Deutschland während der Dauer der >Übergangsbestimmungen< niederzuhalten, bis die Weltorganisation die Verantwortung für die Verhütung einer erneuten Aggression durch die Feindstaaten übernimmt".²³⁷

Interessanterweise wurde dieses Konzept auf amerikanischer Seite wohl zu Recht als ein Zeichen der Schwäche Großbritanniens gewertet, seine traditionelle Gleichgewichtspolitik fortzusetzen, nämlich für ein ausbalanciertes Kräfteverhältnis auf dem Kontinent zu sorgen und Koalitionen gegen Mächte mit Hegemoniestreben zu organisieren. Zum anderen wurde festgehalten, daß auch die machtpolitische Lage in Europa historisch neu sei, da es erstmals nur noch eine Großmacht gebe - nämlich die Sowjetunion. Großbritannien, so der Kommentar, versuche das Gleichgewicht in Form enger Bindungen - an Westeuropa - neu zu sichern, mit einer Stoßrichtung weniger gegen Deutschland als gegen Rußland.²³⁸ Hier zeigen sich manche Parallelen zur britischen

²³⁴Memorandum Clark Kerrs, 19. 11. 1944, Ross, Foreign Office, Doc. 31, S. 185.

²³⁵Vgl. die im Reconstruction Department erstellte Memorandum >The Western Group< and Franco-British Treaty, 10. 7. 1945, Annex 1 zur Gesprächsunterlage für die britische Delegation in Potsdam: DBPO I/I, S. 234-251; vgl. DDP II/1, S. 275 ff.. Der - nicht genannte - Autor ist vermutlich Jebb; siehe auch Jebb, Memoirs, S. 140-143.

²³⁶Vgl. dazu das Memorandum des Botschafters in Moskau, Clark Kerr, 19. 11. 1944, Ross, Foreign Office, Doc. 31, S. 183-186.

²³⁷>The Western Group< and Franco-British Treaty, 10. 7. 1945, DDP II/1, S. 280.

²³⁸Gesprächsunterlage für die US-Delegation, "Britischer Plan für einen westeuropäischen Block", 4. 7. 1945, DDP II/1, S. 253 (Orig.: FRUS, PD I, S. 256 ff.). Der Autor bleibt ungenannt.

Beistandsgarantie für Frankreich 1919, in die allerdings die USA eingebunden werden sollten.²³⁹

Für Premierminister Churchills Sicherheits- und Gleichgewichtskonzeption besaß der Plan einer "Western Group" allerdings keine Priorität; er glaubte, diese werde Großbritanniens militärische und finanzielle Kräfte überfordern. Das Konzept könne überhaupt nur funktionieren, wenn Frankreich es unterstütze, wenn Paris die Sowjetunion eindämmen wolle und eine starke Armee aufbaue.²⁴⁰ In einer Sitzung des Kriegskabinetts Ende November 1944 stellte Churchill als einzige Sicherheitsgarantie die Zusammenarbeit zwischen den drei Mächten im Rahmen einer Weltorganisation heraus.²⁴¹

20. 3. Europäische und weltweite Sicherheit. Premierminister Churchill zwischen Großmächtekooperation, atlantischer Allianz und dem Konzept der Regionalräte

Die letztgenannte Bemerkung Churchills zeigt, daß er durchaus der Meinung war, der zukünftige Weltfrieden müsse vorrangig von den drei Großmächten Großbritannien, der USA und der UdSSR, die alle im Vollbesitz ihrer Waffen bleiben würden, gesichert werden. In seinen Gedanken über die Sicherheit in der Nachkriegszeit, die er im Februar 1943, kurz nach der Casablanca-Konferenz, verfaßte, scheint Churchill einige Gedanken der Foreign Office-Planungsstäbe und der Konzeption Präsident Roosevelts von den Weltpolizisten aufgegriffen zu haben. Auch wenn Churchill Konflikte unter den Großmächten nicht für ausgeschlossen hielt, betonte er aber, daß die Zukunft des Weltfriedens, ja der Erhalt der menschlichen Kultur und Zivilisation von der "honorable association" der Sieger und von ihrer Selbstbegrenzung abhängen. Die letzte Formulierung könnte bereits als eine verklausulierte Botschaft an den Kreml gemeint gewesen sein; auch Stalin erhielt Churchills Abhandlung.²⁴² Die Prinzipien, die der Weltorganisation zugrunde liegen sollten, waren die der Atlantik-Charta: Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt.

Churchill wies allerdings schon früh auf die Schwierigkeiten hin, die es bei der Friedenssicherung unter Einbeziehung der Sowjetunion geben könne. Ein Jahr, nachdem er dem Kreml ein Bündnis gegen Hitler angeboten hatte, stellte Churchill die Rolle der Sowjetunion beim Aufbau der Nachkriegsordnung in Frage: "We cannot however tell what sort of a Russia and what kind of Russian demands we shall have to face ... It would be a measureless disaster if Russian barbarism overlaid the culture and independence of the ancient States of Europe."²⁴³ In seinem Kommentar zum "Four-Power-Plan" des Foreign Office stellte der Antikommunist Churchill klar, daß er Rußland nicht als selbstverständlichen Teil Europas betrachtete. Hier klingt ein Leitmotiv in Churchills Denken über Sicherheit und Zukunft Europas an, das ihn im letzten Kriegsjahr zunehmend beschäftigen sollte. Nicht von ungefähr fragte Churchill Stalin in Teheran, ob der Marschall "a Europe composed of little states, disjointed, separated and weak" im Sinn habe.²⁴⁴

²³⁹Vgl. Teil 1, Kap. 7. 1. 5.

²⁴⁰Churchill an Eden, 25. 11. 1944, Gilbert, VII, S. 1070.

²⁴¹Sitzung des Kriegskabinetts, 27. 11. 1944, Gilbert, VII, S. 1071.

²⁴²Churchill, "Morning Thoughts. Note on Post-War Security", 3. 2. 1943, Correspondence, II, S. 130.

²⁴³Churchill an Eden, 21. 10. 1942, Churchill, Hinge, S. 504.

²⁴⁴"Tripartite Political Meeting", 1. 12. 1943, FRUS, TD, S. 603.

Churchill verhehlte nicht sein relatives Desinteresse an einer weltumspannenden Sicherheitsorganisation: "I must admit that my thoughts rest primarily in Europe - the revival of the glory of Europe, the parent continent of the modern nations and of civilisation." Das Grauen, mit dem der Krieg Europa, für Churchill die Wiege der menschlichen Kultur und Zivilisation, überzog, hat den geschichtlich denkenden Regierungschef wohl über die Maßen geschmerzt. Er bekräftigte: "Of course we shall have to work with the Americans in many ways, and in the greatest ways, but Europe is our primary care".²⁴⁵ Ähnlich äußerte sich Churchill später gegenüber Stalin im Oktober 1944: "He wanted to see Europe prosperous and some of the old glory returned to her. In this way perhaps hatred would die. He thought this might be achieved by groupings for commercial and trade purposes." Staatenbünde auf wirtschaftlicher Basis bildeten, ging es nach Churchill, den Kern eines neuen Europa.²⁴⁶ Es war eine bezeichnende Konsequenz, die der Premier aus der staatlichen Zersplitterung Mittel- und Südosteuropas nach dem Untergang Österreich-Ungarns zog.

So entwickelte Churchill seine Vorstellung von den Vereinigten Staaten von Europa, in denen weder Handelsschranken noch sonstige Hemmnisse herrschten. Die Sicherheit Europas sollte organisiert werden in einem "Council consisting of perhaps ten units, including the former Great Powers, with several confederations - Scandinavian, Danubian, Balkan, etc. - which would possess an international police and be charged with keeping Prussia disarmed." Nach zwei Anläufen Deutschlands zur Hegemonie in Europa galt es, eine langlebige Sicherheitsarchitektur für den Halbkontinent zu finden. Churchill gab seiner Hoffnung Ausdruck: "Hard as it is to say now, I trust that the European family may act unitedly as one under a Council of Europe."²⁴⁷ Die Zukunft Europas sah Churchill in der Einigung des Kontinents, an der Großbritannien beteiligt wäre, ebenso wie ein wiedererstarkendes Frankreich. Beide Länder dürfte Churchill mit der Formulierung "the former Great Powers" gemeint haben. Augenscheinlich sah Churchill Großbritannien in einer Führungsrolle, in der Pflicht, die Einigung Europa zu forcieren, als er die dramatischen Worte wählte: "[W]e certainly do not wish to be shut up with the Russians and the Chinese when Swedes, Norwegians, Danes, Dutch, Belgians, Frenchmen, Spaniards, Poles, Czechs, and Turks will have their burning questions, their desire for our aid, and their very great power of making their voices heard."²⁴⁸ Es war eine klare Absage an eine Zerstörung der europäischen Vielfalt durch eine Dominanz außereuropäischer Großmächte.

Churchill hatte schon im Dezember 1940 im Gespräch mit Charles de Gaulle von einem europäischen Rat gesprochen und sich offenbar vorgestellt, dieser könne, zum Zweck der Friedenssicherung, eine Neuauflage des gescheiterten Völkerbundes sein, in dem die Rolle der Großmächte nicht so ausgeprägt gewesen war. Doch erfuhr Churchill schon, als er mit Roosevelt über die Atlantik-Charta beriet, daß der Präsident vom Völ-

²⁴⁵Churchill an Eden, 21. 10. 1942, Churchill, Hinge, S. 504.

²⁴⁶Unterredung Churchill-Stalin, 17. 10. 1944, britische Notizen, abgedruckt bei Kimball, Swords, Doc. 28, S. 139.

²⁴⁷Churchill an Eden, 21. 10. 1942, Churchill, Hinge, S. 504. Auch wenn Churchill natürlich rhetorisch wohlklingende Begriffe prägte, dürfte die Ansicht, "als Gesamtkonstruktion" für Europa habe er lediglich "ein sicherheitspolitisches Zweckgebilde" vorgesehen, doch etwas zu kurz gegriffen sein (Tyrell, Großbritannien, S. 104). Dagegen spricht auch die Tatsache, daß Churchill schon seit den 1930er Jahren europapolitische Vorstellungen entwickelte, wie Tyrell selbst anführt; vgl. dazu auch M. Beloff, Churchill and Europe, in: R. Blake/Wm. R. Louis (Ed.), Churchill, Oxford 1993, S. 443-455.

²⁴⁸Churchill an Eden, 21. 10. 1942, Churchill, Hinge, S. 504.

kerbund wenig hielt und die Anzahl der beteiligten und entscheidungsbefugten Mächte als viel zu groß ansah.²⁴⁹ Churchill war zwar im weiteren bereit, seine Konzeption abzuwandeln und die Zusammenarbeit der Großmächte zu betonen, doch behielt er den Plan eines europäischen Rates bei. Es ging dem Premier nicht zuletzt um Sicherheitsstrukturen, die einer kollektiven Hegemonie der Großmächte Grenzen setzen würden. Churchill widmete der politischen Architektur Europas weiterhin besondere Aufmerksamkeit und regte im Frühjahr 1943 an, als Teil der Weltorganisation ein "instrument of European Government" zu errichten, "which will embody the spirit but not be subject to the weakness of former League of Nations".²⁵⁰ Auch öffentlich trug Churchill Gedanken einer politischen Einigung Europas nach dem Krieg vor. Ausdruck eines "integrated life of Europe" solle ein Europäischer Rat sein. In der etwas zweideutigen Formulierung, dieses Konzept würde mit den "high permanent interests of Britain, the United States, and Russia" harmonisieren, verwies der Premier auf die führende Rolle der Großmächte, ließ aber auch durchblicken, daß er Großbritannien - trotz enger Bindungen - außerhalb eines integrierten Europas sah.²⁵¹

In einer Unterredung mit US-Experten zur Außenpolitik entwickelte der Premier seine Gedanken zur Friedenssicherung in der Nachkriegszeit und in Europa weiter: "He hoped for an association of the United States, Great Britain and Russia to prevent future aggression by Germany or Japan."²⁵² Mit Blick auf Roosevelts Konzept der Vier Polizisten ließ Churchill Skepsis gegenüber der Rolle Chinas durchblicken. Wie der Premier ausführte, würden die drei oder vier großen Mächte einen "Supreme World Council" bilden, dem drei "Regional Councils" in Europa, in der amerikanischen Hemisphäre und im Pazifik untergeordnet wären. Die zentrale Idee der Struktur der Friedensorganisation sei die eines dreibeinigen Stuhls: auf den drei "Regional Councils", in denen jeweils eine Großmacht vertreten war, ruhe der "World Council", in den auch weitere Mitglieder aus den Regionalräten rotieren könnten.²⁵³ In einer Gesprächsunterlage für Außenminister Eden, der zur Moskauer Außenministerkonferenz fuhr, unterstrich Churchill: "We hold strongly to a system of a League of Nations, which will include a Council of Europe, with an International Court and an armed Power capable of enforcing its decisions".²⁵⁴ Mit Blick auf das militärische Rückgrat eines solches Völkerbundes ähnelte Churchills Instruktion der französischen Konzeption kollektiver Sicherheit im Jahre 1919. Sollte kollektive Sicherheit überhaupt funktionieren, mußte es die Möglichkeit zum raschen militärischen Eingreifen geben. Andererseits lehnte der Premier ein Diktat der Großmächte ab.

Bemerkenswert an Churchills Plänen war, im Gegensatz zu den Plänen des Foreign Office und Präsident Roosevelts, ihre regionale Fundierung. Während er dem "Supreme

²⁴⁹Vgl. Teil 4, Kap. 1. 2.

²⁵⁰"Morning Thoughts. Note on Post-War Security", 3. 2. 1943, Correspondence, II, S. 130.

²⁵¹Rundfunkrede vom 21. 3. 1943, Churchill, Speeches, VII, S. 6757-6758.

²⁵²Unterredung Churchills mit US-Regierungsmitgliedern, 22. 5. 1943, Woodward, BFP V, S. 39, Churchill, Hinge, S. 717. Anwesend waren: Vizepräsident Wallace, Verteidigungsminister Stimson, Innenminister Ickes, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, Connally, und Staatssekretär Welles.

²⁵³Dieses Bild griff Churchill im April 1944 in einer Unterredung mit dem stellvertretenden US-Außenminister Stettinius auf, siehe T. M. Campbell/G. C. Herring (Eds.), *The Diaries of Edward R. Stettinius, Jr., 1943-1946*, New York 1975, S. 53/54.

²⁵⁴Churchill an Eden, 11. 10. 1943, Churchill, Closing, S. 251; vgl. Woodward, BFP V, S. 74.

World Council" wohl eher eine zweitrangige Bedeutung zumaß, betonte Churchill die Hauptrolle der Regionalräte.²⁵⁵ Auf diese Weise wollte der Premier offenbar die Hauptschwäche eines kollektiven Sicherheitssystems wettmachen, die er auf folgender Ebene verortete: "It was only the countries whose interests were directly affected by a dispute who could be expected to apply themselves with sufficient vigour to secure a settlement."²⁵⁶ Frieden konnte nur gesichert werden, wenn diejenigen Länder, die von einem Konflikt am ehesten betroffen waren, eine konkrete, auch militärische Verantwortung wahrnahmen. Strenggenommen bedeutete kollektive Sicherheit ja, daß alle Länder der Welt jederzeit an jedem Problem in jeder Weltregion interessiert waren *und* zum Handeln, zum Eingehen eines Risikos, bereit.²⁵⁷

Churchill ging davon aus, die drei Großmächte würden eine Art Oberaufsicht über die Welt führen und sich an der Aufgabe des "policing of Europe" beteiligen.²⁵⁸ Den Hauptzweck der Verbindung beider Westmächte mit der Sowjetunion benannte der Premier, ähnlich wie es der "Four-Power-Plan" vorsah, mit dem Niederhalten der Kriegsgegner, vor allem Deutschlands.²⁵⁹ Mit anderen Worten, die Organisation globaler Sicherheit mußte in erheblichem Maße gleichbedeutend sein mit der Sicherheit vor Deutschland (und Japan). Kurz vor der Konferenz von Jalta, als um das Vetorecht der Großmächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gerungen wurde, betonte Churchill die Notwendigkeit der Kooperation der Großmächte noch deutlicher: "The only hope for the world is the agreement of the Great Powers. If they quarrel, our children are undone."²⁶⁰

Soweit billigte Churchill also auch der Sowjetunion eine führende Rolle bei der weltweiten Friedenswahrung zu. Andererseits nahm er Moskau zunehmend unter gleichgewichtspolitischen Gesichtspunkten wahr. Was die Rolle Amerikas anbelangte, setzte Churchill einen deutlich anderen Akzent als Eden. Der Premier hielt die USA und Großbritannien für die wichtigsten Mächte, wie er in Washington sagte: "[H]e saw little hope for the world unless the United States and the British Commonwealth worked together in >fraternal association<".²⁶¹ Beide Mächte würden die Keimzelle der globalen Sicherheit bilden.²⁶² Diese Formulierung, auch wenn sie vor einem amerikanischen Forum gewählt war, offenbarte, daß Churchill Amerika und England als eine Interessen- und Stabilitätsgemeinschaft betrachtete. Hier kann man die Ursprünge der "special relationship" zwischen Großbritannien und den USA nach dem Krieg sehen.

²⁵⁵Tyrell, S. 102, vgl. S. 98-108.

²⁵⁶Churchill, Hinge, S. 718-719.

²⁵⁷Kissinger, Vernunft, S. 50. Vgl. Teil 2, Kap. 7. 1. 2.

²⁵⁸Unterredung Churchills mit US-Regierungspolitikerin, 22. 5. 1943, Woodward, BFP V, S. 39.

²⁵⁹In Teheran sagte Churchill zu Stalin, er sehe keinen Grund, warum man die Deutschen nicht kontrollieren könne, wenn die drei Großmächte eine enge persönliche Freundschaft aufrechterhielten und Deutschland im gegenseitigen Interesse überwachten (Unterredung Churchill-Stalin, 28. 11. 1943, Woodward, BFP V, S. 79).

²⁶⁰Churchill an Eden, 25. 1. 1945, Woodward, BFP V, S. 174, Gilbert, VII, S. 1170.

²⁶¹Unterredung Churchills mit US-Regierungspolitikerin, 22. 5. 1943, Woodward, BFP V, S. 40.

²⁶²Ebda., S. 40. D. Reynolds, Roosevelt, Churchill and the Wartime Anglo-American Alliance, 1939-1945: Towards a New Synthesis, in: W. R. Louis/H. Bull (Eds.): The "Special Relationship": Anglo-American Relations Since 1945, Oxford 1986, S. 40, nennt die Partnerschaft beider Länder "the most remarkable alliance of modern history". Zu den bei aller Kooperation auch ambivalenten Aspekten der Allianz R. M. Hathaway, Ambiguous Partnership. Britain and America, 1944-1947, New York 1981; Wm. R. Louis, Imperialism at Bay.

Mit seiner Formel von der engen, ja brüderlichen Interessengemeinschaft der westlichen Großmächte deutete Churchill auf eine raffinierte Weise an, daß Washington London in einer traditionellen Aufgabe unterstützen möge, die das Inselreich aufgrund schwindender Kräfte und Ressourcen nicht mehr allein wahrnehmen konnte: der Wahrung eines Gleichgewichts der Kräfte in Europa. Dies war eine Aufgabe, die Churchill, anders als Eden, offenbar nicht im Rahmen einer "Western Group" wahrgenommen wissen wollte.²⁶³ Ein wesentlicher Unterschied zu den im Foreign Office entworfenen Plänen lag ferner darin, daß der Premier die Sowjetunion, trotz ihrer Beteiligung an der globalen Friedenssicherung, *auch* als einen potentiellen Gegenspieler ansah, vor allem in Europa. In Whitehall glaubte man hingegen frühzeitig, ähnlich wie Präsident Roosevelt auch, die Sowjetunion in die Vier-Mächte-Kooperation einbinden zu können, indem man Verlässlichkeit, Bündnistreue und Entgegenkommen signalisierte.²⁶⁴ Churchill formulierte den Gedanken der Machtbalance besonders deutlich, als er im Februar 1943 seine Gedanken über die Sicherheit nach dem Kriege entwarf. In dem Pa-

²⁶³Rothwell, Großbritannien, S. 97-98, sieht in den unterschiedlichen Konzepten Edens und Churchills treffend die Alternative Großbritanniens darin liegend, "Führungsmacht Westeuropas oder aber Juniorpartner in einer amerikanisch-britischen Allianz zur Führung des westlichen Teils des europäischen Kontinents zu werden".

²⁶⁴Darauf weist Kettenacker in fast sämtlichen seiner Aufsätze hin: Anglo-Soviet Alliance, S. 435-457, Großbritannien und die zukünftige Kontrolle Deutschlands, S. 27-46, Die anglo-amerikanischen Planungen für die Kontrolle Deutschlands, S. 66-87; und in Planung und Realität der britischen Besatzungsherrschaft in Deutschland (1942-1946), in: A. M. Birke/M.-L. Recker (Hrsg.): Das gestörte Gleichgewicht. Deutschland als Problem britischer Sicherheit im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, München 1990, S. 135-148; zuletzt in seiner Habilitationsschrift: Krieg zur Friedenssicherung. Die Planer im Foreign Office seien entscheidend gewesen für die britische Politik gegenüber den Alliierten und Deutschland. M. E. unterbewertet Kettenacker jedoch bei weitem die Rolle Churchills und Edens und unterliegt der Gefahr, durch die Auswertung einer Fülle von Memoranden des Foreign Office nicht mehr zu fragen, welche praktische Auswirkung diese Dokumente eigentlich hatten. So weist Rothwell, Großbritannien, S. 91, darauf hin, das Foreign Office habe insbesondere in den Deutschland betreffenden Fragen "keineswegs selbstherrlich entscheiden" können. Auch muß berücksichtigt werden, daß die Gremien, in denen britische Deutschlandplanung betrieben wurde, noch bis zur Jahreswende 1944/45 und darüber hinaus nur unzureichend vernetzt waren, und daß auf Minister- bzw. Kabinettssebene Entscheidungen häufig vertagt, Vorlagen an entsprechende Gremien zurückverwiesen wurden (Tyrell, Großbritannien, S. 216-219).

Kettenacker vertritt ferner dezidiert die Meinung, Großbritannien habe eigentlich nur noch wegen Churchills Autorität zu den Großen Drei gehört; eine These, die sicher mehr für sich hat, v. a. mit Blick auf die Jahre 1944 und 1945. Er meint (Planung und Realität, S. 136): "Das ganze Sinnen... des Foreign Office war darauf ausgerichtet, die neuen Supermächte, vor allem aber die Sowjetunion, durch ein ausgeklügeltes Vertrags- und Allianzsystem in die Pflicht zu nehmen. Nur so schien es möglich zu sein, den politischen Einfluß, über den Großbritannien weltweit gebot, zu bewahren. In Europa durfte es keine territorialen Veränderungen ohne das Placet der britischen Regierung geben. Dieser Grundsatz lag der Appeasementpolitik ebenso zugrunde wie der britischen Kriegs- und Nachkriegspolitik." Während diese These zumindest bedenkenswert ist, scheint die darauf aufbauende Argumentation doch am Kern der Sache vorbeizugehen: Als Instrument der britischen "Machtersatzpolitik" habe die frühe detaillierte Planung für die Besetzung und Kontrolle Deutschlands fungiert, die in vielen Aspekten (Vorhandensein einer Zentralregierung, Zoneneinteilung usw.) problematisch oder unrealistisch gewesen sei. Fehler in der britischen Planung hat es fraglos gegeben - in welcher Planung gäbe es sie nicht? - doch gründeten die Konflikte der Sieger bei der Behandlung Deutschlands sicher nicht darin, daß Großbritannien diplomatisch bei bestimmten Themen - so in der EAC - vergleichsweise gut vorbereitet war, sondern vielmehr in den divergierenden Interessen der späteren Siegermächte. Großbritannien schwand nur zusehends die Macht, seine Interessen auch angemessen durchsetzen zu können, wie es die USA und die UdSSR bei geringerer und evtl. weniger routinierter Vorbereitung und Koordination der entsprechenden Regierungsstellen taten. Auch erscheint es zu verkürzt, Großbritannien zu unterstellen, es habe an einer austarierten Friedensordnung in erster Linie deshalb ein Interesse gehabt, um so den eigenen Großmachtstatus wahren zu können.

pie, das auch Präsident Roosevelt erhielt, hieß es: "Great Britain will certainly do her utmost to organize a coalition of resistance to any act of aggression committed by any power; it is believed that the United States will cooperate with her and even possibly take the lead of the world, on account of her numbers and strength".²⁶⁵ Im ersten Gedanken stellte Churchill Großbritannien in seiner traditionellen Rolle als Führerin von Bündnissen zum Erhalt des Gleichgewichts dar. Das konnte, wie zum damaligen Zeitpunkt, Deutschland sein, theoretisch aber auch die Sowjetunion. Im zweiten Gedanken führte Churchill die USA an die Aufgabe heran, das Kräftegleichgewicht zu wahren; elegant formuliert, vermittelte er die Vorstellung, Großbritannien sei auf Hilfe bei der Wahrung von Sicherheit und Gleichgewicht angewiesen. Wäre Amerika bereit, sich einbinden zu lassen, stehe ihm möglicherweise die Führung der Welt offen.

Es war eine ausgeklügelte Konstruktion: Die Führungsrolle der sich zur Supermacht wandelnden USA ging, Churchills Auslegung zufolge, organisch aus der Rolle der alternden, geschwächten Großmacht Britisches Reich hervor. Die Vereinigten Staaten träten das Erbe Großbritanniens an und würden von London in einer Juniorrolle unterstützt, aber sie hatten es zu britischen Bedingungen zu tun, Bedingungen, die Churchill auf der Basis des impliziten Gleichgewichtsgedankens als eine objektive Notwendigkeit auffaßte. Und unter dieser Aussicht, so darf man wohl folgern, würde der Abschied Großbritanniens als maßgebliche Regulationsinstanz in Europa und auf der Welt vergleichsweise sanft zu verschmerzen sein.

Churchills Gleichgewichts- und Sicherheitskonzeption beruhte auf der Erfahrung eines Landes, das in der Abwehr von Hegemonialmächten auf dem europäischen Kontinent ausreichende Erfahrungen gesammelt hatte. Doch unterschieden sich die britischen Erfahrungen sehr von denen Amerikas. In Washington begegnete man einem Konzept, das die USA für britische Ziele einspannte, mißtrauisch, und Churchill dürfte dies nicht verborgen geblieben sein, je länger der Krieg dauerte, desto weniger. Es war in keiner Weise ausgemacht, daß Roosevelt den Weg mitgehen würde, den der Premierminister vorzeichnete. Es war die Tragik Großbritanniens, das unter Churchills Führung der Politik des Arrangements mit Hitler entsagt und sich der deutschen Hegemonie allein entgegengestemmt hatte, daß dieser Krieg um Gleichgewicht und Sicherheit einen Prozeß beschleunigte, der sich weit vor dem Ersten Weltkrieg angekündigt hatte: die Überforderung bei der Aufgabe, das Gleichgewicht der Kräfte zu sichern, und zwar sowohl in der Position eines Balancehalters als auch in der des Bündnisteilnehmers. Geo- und machtpolitisch gesehen, war die Rolle des Gleichgewichtshalters an die Vereinigten Staaten übergegangen - das sah der erfahrene Churchill sehr genau. Ihm blieb allein das Mittel der Diplomatie und seine persönliche Autorität, die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, daß seine Deutung der Mächtebeziehungen und der Grundlagen des Staatensystems in Europa und der Welt zutraf.

Doch nicht einmal in London selbst fand Churchill genügend Rückhalt für seine abgestuften Pläne zu regionaler und globaler Sicherheit. Als er im Mai 1944 dem Foreign Office ein diesbezügliches Memorandum vorlegte, beurteilten sowohl Außenminister Eden als auch führende Foreign Office-Experten wie Gladwyn Jebb Churchills regional angelegtes Sicherheitskonzept sehr kritisch, und zwar erstaunlicherweise unter dem Aspekt britischer Handlungsfreiheit. Eden meinte, "regional councils would make the

²⁶⁵Churchill, "Morning Thoughts. Note on Post-War Security", 3. 2. 1943, Correspondence, II, S. 130.

effective working of the British Commonwealth more difficult".²⁶⁶ Auch die Premierminister der Dominions - Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland - akzeptierten die Einteilung der Welt in drei regionale Blöcke bzw. Organisationen nicht. Churchill zog seine Vorschläge dann weitgehend zurück, beharrte jedoch auf einer besonderen Sicherheitsorganisation für Europa.²⁶⁷

Da auch die Expertenkreise im US-State Department, vor allem Außenminister Hull, und auch Präsident Roosevelt mit einer regional abgestuften Sicherheitskonzeption nicht einverstanden waren²⁶⁸, blieb Churchill angesichts des mehrseitigen Widerstandes wenig anderes übrig, als in Jalta dem amerikanischen Konzept einer Weltsicherheitsorganisation zuzustimmen.²⁶⁹ Er versäumte es dabei nicht, die Notwendigkeit der Selbstbegrenzung zu betonen, und warnte: "The Great Powers must seek to serve and not to rule."²⁷⁰ Churchills Interesse an der globalen Sicherheitskonzeption schwand in den folgenden Monaten beträchtlich, und er konzentrierte sich eher auf die Machtverhältnisse in Europa - der Schauplatz, auf dem das Kräftegleichgewicht sich nicht zum ersten Mal maßgeblich verschob.²⁷¹

20. 4. Integration oder Isolierung? Deutschland und die Organisation Europas in britischer Sicht

Auch wenn Churchill dem Primat der Kriegsführung insbesondere in den ersten Kriegsjahren alles unterordnete, bedeutet dies nicht, daß er sich keine Vorstellungen über Europas Nachkriegsordnung und die Rolle Deutschlands in ihr machte. So erklärte er drei Monate nach Amtsantritt im Kabinett, "die Nachkriegsregelung dürfe nicht vom Geist der Rache geprägt sein".²⁷² Im Dezember 1940 entwarf er im Anschluß an eine Unterredung mit dem französischen General de Gaulle in Chequers ein Modell, nach dem das im Krieg untergehende alte Europa neu strukturiert werden könne.

Churchill malte das Bild eines Europa mit fünf großen europäischen Nationen: Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und Preußen. Gemeinsam mit vier Konföderationen, im Norden und in der Mitte Europas, an der Donau und auf dem Balkan, würden diese Mächte einen europäischen Rat bilden. Interessant war die konstruktive Rolle, die Churchill Preußen in diesem Stadium des Krieges zumaß; dem entwaffneten Preußen solle durch die Garantie des europäischen Rates sogar Sicherheit verschafft werden.

²⁶⁶Memorandum Churchills, 8. 5. 1944, Woodward, BFP V, S. 117-119; Eden, Reckoning, S. 442-443. Zu den detaillierten Plänen des Foreign Office zu einer Weltsicherheitsorganisation, die auch die US-Entwürfe zur Kenntnis nahmen, vgl. Woodward, BFP V, S. 70-180. Jebb spart in seinen Memoiren nicht mit herber Kritik an Churchill, dessen Pläne er z. T. sogar ins Lächerliche zieht (S. 122 f., 130 f., 141 f.). An dieser Stelle ist der o. g. Kritik Kettenackers an den Foreign Office-Beamten sicher zuzustimmen.

²⁶⁷Woodward, BFP V, S. 116-126.

²⁶⁸Hull schreibt in seinen Memoiren, die regionale Konzeption (als die er übrigens auch Roosevelts "Vier Polizisten" empfand), würde Fragen der "balance of power" aufwerfen. Hull, II, S. 1646. Vgl. die Aufzeichnung von Hopkins, 27. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 39.

²⁶⁹3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, FRUS, JD, S. 617-624.

²⁷⁰Rede Churchills vor dem Unterhaus, 27. 2. 1945, Churchill, Speeches, VII, S. 7124.

²⁷¹Dem Urteil von A. Gietz, Die neue alte Welt. Roosevelt, Churchill und die europäische Nachkriegsordnung, München 1986, S. 138, ist zuzustimmen: "Für Churchill war die ganze Weltorganisation nicht annähernd so wichtig wie die Machtverhältnisse, die nach Kriegsende in einer gegebenen Region, vor allem in Europa herrschen würden. Die Weltorganisation konnte für ihn diese Realitäten höchstens reflektieren, nicht aber aufheben."

²⁷²Sitzung des Kriegskabinetts, 23. 8. 1940, Tyrell, Großbritannien, S. 39.

Wie Churchill sagte, kämpfe man gegen die Nazis und weniger gegen Deutschland; und bestand darauf, es dürfe nach dem Krieg keine Parias in Europa geben.²⁷³

Während de Gaulle eher der Meinung war, es sei der ewige deutsche Militarismus, den man bekämpfe, sagte Churchill privat, "Germany existed before the Gestapo", und ein "anti-German sentiment" als solches sei "unwise, ungenerous and unrealistic."²⁷⁴ Das deutsche Volk, das Churchill mit dessen Regierung nicht gleichsetzte, würde nicht dauerhaft aus der Gemeinschaft der Zivilisierten ausgestoßen sein, sondern durfte mit einem Platz unter den Nationen rechnen. Diese Zusicherung garantierte allerdings keinen milden Frieden oder die sofortige Integration Deutschlands in eine liberale Friedensordnung. Dennoch war die aufbauende Perspektive für Deutschland mehr als beachtlich; sie erinnerte an die Pläne von Premierminister Lloyd George 1919.

So sagte Churchill noch im Juli 1941 zu dem vehementen Deutschlandkritiker Sir Vansittart, dem Ersten diplomatischen Berater der Regierung, auch wenn man Preußen vom Reich isoliere, müsse Deutschland einen "great and honourable place" in einer "reunited European Family" erhalten. Nicht eindeutig war, ob Churchill Preußen zu Deutschland hinzurechnete oder nicht. Hinsichtlich der Integration Deutschlands in die Nachkriegsordnung fügte der Premier allerdings einschränkend hinzu, "we had >rather overdone it< in putting Germany back on her feet after Versailles".²⁷⁵

Als Churchill, wie oben gesehen, Eden im Oktober 1942 auf den "Four-Power-Plan" antwortete und sich über die Struktur Europas ausließ, war es auffällig, daß Deutschland nur noch ex negativo vorkam: zum einen, indem Deutschland nicht als Mitglied des europäischen Rates genannt war, zum anderen dadurch, daß dieser Rat eine seiner Hauptaufgaben in der Entmilitarisierung Preußens wahrzunehmen hatte. Mindestens Preußen als ein Teil Deutschlands konnte demnach in ein neues Europa, in die europäische Familie nicht mehr einbezogen werden. Überhaupt äußerte Churchill sich kaum noch darüber, ob er Deutschland auch eine konstruktive Rolle in der zukünftigen Architektur Europas einräumen wollte. Er sagte zwar im Februar 1944 vor dem Unterhaus, er beabsichtige nicht, "to blow out Germany from among the nations of Europe".²⁷⁶ Doch war auch dies nur eine negative Formulierung. In seinem Konzept einer Weltversicherungsorganisation, das Churchill dem Foreign Office im Mai 1944 vorlegte, sah er eine beratende Versammlung vor, aus der Deutschland und Japan ausgeschlossen waren.²⁷⁷

Außenminister Eden hingegen umriß trotz eines erheblichen Mißtrauens gegenüber der deutschen Mentalität die zukünftige Rolle Deutschlands etwas schärfer und positiver. Schon im Sommer 1941 sprach Eden sich mit Blick auf die Stabilität der Mitte Europas zwar für klare Sicherungsmaßnahmen, aber gegen einen wirtschaftlichen Zusammen-

²⁷³Das schreibt Churchills Sekretär Colville, *Memoirs*, S. 83-84. Vgl. *Colville Diary*, 8. 3. 1941, in J. Colville, *Fringes of Power. Downing Street Diaries 1939-1955*, London 1985S. 363: "He [Churchill] did not believe in pariah nations and he saw no alternative to the acceptance of Germany as part of the family of Europe."

²⁷⁴Colville, *Memoirs*, S. 82-85.

²⁷⁵Colville, *Memoirs*, S. 85. Vgl. das Memorandum Vansittarts, 28. 11. 1939: "The Origins of Germany's Fifth War", DDP I/1, S. 76-80, und seine Erklärung im Unterhaus, 19. 5. 1942, DDP I/3, S. 352-359.

²⁷⁶Rede Churchills vor dem Unterhaus, 22. 2. 1944, Churchill, *Speeches*, VII, S. 6893.

²⁷⁷Memorandum Churchills, 8. 5. 1944, Woodward, *BFP V*, S. 117.

bruch Deutschlands aus.²⁷⁸ Zwei Jahre später schrieb Eden: "When regenerated, Germany should eventually (schließlich) find a place again in the world family of nations".²⁷⁹ In der Einleitung zu einem Foreign Office-Memorandum zur Zukunft Deutschlands erwog Eden als generelle Leitlinie britischer Deutschlandpolitik die Integration Deutschlands in Europa, im Zweifelsfall sogar in Westeuropa.²⁸⁰ Im September 1943 fand er in einer Denkschrift für das Kriegskabinett die bezeichnenden Worte, "the only policy holding out any real hope for the future is one which, while taking all necessary safeguards, aims ultimately at the readmittance of a reformed Germany into the life of Europe".²⁸¹ Wie Eden nahelegte, konnte man nicht ignorieren, daß in der Mitte Europas ein großes Volk lebte, für das ein angemessener staatlicher Rahmen, eine politische Rolle zu finden war.

Die Sicherungspolitik vor Deutschland war zweifellos vorrangig, und sie bildete auch das Axiom des Vier-Mächte-Plans. Eine zusätzliche Sicherheit böte eine nicht weiter ausgeführte Reform Deutschlands. Aber letztlich, darauf lief Edens Beitrag hinaus, mußte eine europäische Lösung der deutschen Frage, ein Verfahren der Wiedereingliederung Deutschlands in die Staatenwelt, gefunden werden. Eine aktive Mitgestaltung des europäischen Lebens durch Deutschland blieb nicht ausgeschlossen.

An dieser Stelle soll nicht verschwiegen werden, daß trotz Edens teilweise integrativer Haltung mit Blick auf Deutschland der von ihm favorisierte Vier-Mächte-Plan durchaus keine positive Europakonzeption verfolgte, daß Europa im Gegenteil zu einer Art Objekt der vier Weltmächte herabgestuft wurde.²⁸² Die Ähnlichkeit mit der Europakonzeption Präsident Roosevelts²⁸³ sticht dabei ins Auge. Besonders deutlich wird die Haltung im Foreign Office bei Jebb, der ein vereinigtes Europa kaum für möglich noch für wünschenswert hielt, bestehe doch immer die Gefahr, daß es sich zu einem "German Europe" wandle.²⁸⁴

Es mag sein, daß die unscharfe Haltung des Premierministers im Blick auf Deutschland, von der oben die Rede gewesen ist, darin begründet lag, daß Churchill im Zusammenhang mit dem Problem einer Aufspaltung Deutschlands²⁸⁵ nicht mehr von einem einheitlichen Staat ausging, zumindest nicht bis zum Jahr 1945. Andererseits ließ der Premier sich über die Rolle möglicher Teilstaaten auch nicht viel genauer aus, so daß man in allen Äußerungen Churchills zu Europa, die sonst recht klar gefaßt sind, den Eindruck gewinnt, daß die Mitte Europas eine große Unbekannte blieb. Erst kurz vor dem Ende des Krieges bot Churchill wieder einen Lichtblick für eine Zukunft Deutschlands: nach Jalta sagte er über die Deutschlandpolitik der Alliierten, sie sei nicht als Rache zu

²⁷⁸Rede vor der Vereinigung der Auslandspresse, 29. 7. 1941, A. Eden, *Freedom and Order. Selected Speeches 1939-1946*, London 1947, S. 119 ff.. Zu Edens politischer Biographie vgl. David Carlton, Anthony Eden. A Biography, London 1981; V. H. Rothwell, Anthony Eden. A Political Biography, Manchester 1992.

²⁷⁹Memorandum Edens, 8. 3. 1943, zit. n. Sainsbury, *British Policy*, S. 790.

²⁸⁰Eden an das Kriegskabinett, 8. 3. 1943, nach Tyrell, *Großbritannien*, S. 156.

²⁸¹Eden an das Kriegskabinett, 27. 9. 1943, Woodward, *BFP V*, S. 202. Nach Rothwell, *Großbritannien*, S. 91, machte sich das Foreign Office "von allen offiziellen britischen Institutionen die konstruktivsten Gedanken über die Zukunft Deutschlands".

²⁸²Vgl. Kap. 2. 2.

²⁸³Vgl. Teil 4, Kap. 1. 4.

²⁸⁴Kommentar Jebbs zu einer Aufzeichnung des Lordsiegelbewahrers Cripps, 15. 11. 1942, *DDP I/3*, S. 1007.

²⁸⁵Vgl. Kap. 3.

verstehen, nicht als Zerstörung des deutschen Volkes. "*There will be a place one day for Germany in the comity of nations, but only when all traces of Nazism and militarism have been efficiently and finally extirpated*".²⁸⁶ Als ein Kraftzentrum aber, als ein Machtfaktor in Mitteleuropa, soviel darf man mit Sicherheit feststellen, schied Deutschland oder die deutschen Teilstaaten auf lange Sicht aus. Machtpolitisch gesehen, wurde Deutschland zu einem Objekt der europäischen, der Weltgeschichte. Nicht zuletzt aus diesem Grund maß Churchill wohl auch der zukünftigen Rolle der deutschen Nachbarn eine große Bedeutung zu.

20. 5. Premierminister Churchill, die Rolle Frankreichs und die Kontrolle Deutschlands

Ausgehend von seiner dargelegten Europakonzeption, richtete Churchill im Zusammenhang mit dem Niederringen Deutschlands sein Augenmerk darauf, Europa keiner neuen Hegemonialmacht zum Opfer fallen zu lassen. Eine zentrale Rolle kam in seinen Augen Frankreich und Polen zu. Schon im Gespräch mit amerikanischen Außenpolitikern 1943 stimmte Churchill das Motiv an: ein starkes Frankreich sei notwendig, da die Aussicht, zwischen England und Rußland kein starkes Land auf der Landkarte zu haben, nicht wünschenswert sei.²⁸⁷

So war es für Churchill folgerichtig, Frankreich an der Besatzung und Kontrolle Deutschlands zu beteiligen. Frankreich war auf britisches Betreiben bereits Mitglied der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) geworden. Wie Churchill im November 1944 an Roosevelt schrieb, habe er seine Sympathie für den Wunsch General de Gaulles, dem Chef der Provisorischen Regierung, bekundet, Frankreich eine eigene Besatzungszone zu geben, in dem Wissen "*that there will be a time not many years distant when the American armies will go home and when the British will have great difficulty in maintaining large forces overseas*". Churchill fuhr fort: "*One must always realize that before five years are out there must be made a French army to take on the main task of holding down Germany*".²⁸⁸

Churchill gab zu verstehen, daß er die von Roosevelt in Aussicht genommene baldige Demobilisierung der US-Truppen mit großer Sorge betrachtete. Roosevelt bestätigte dies: "*You know, of course, that after Germany's collapse I must bring American troops home as rapidly as transportation problems will permit*".²⁸⁹ Der Premier sah ein finanziell wie materiell geschwächtes Großbritannien einer kraftstrotzenden Sowjetunion gegenüber, außerstande, die Besatzung Westdeutschlands alleine aufrechtzuerhalten. Frankreich sollte die entstehende Lücke füllen und gleichzeitig ein kontinentales Gegengewicht zur Sowjetunion bilden. Der Premier räumte Frankreich mittelfristig sogar eine größere Rolle in der Besatzung Deutschlands ein als Großbritannien, ähnlich wie es nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war.

Churchill wollte Frankreich unbedingt in dessen alte Rolle einer Führungsmacht Westeuropas einsetzen, gegen Deutschland wie gegen die Sowjetunion gerichtet. Bei seinen

²⁸⁶Rede Churchills vor dem Unterhaus, 27. 2. 1945, Churchill, *Speeches*, VII, S. 7112-7113, Hervorh. von mir.

²⁸⁷Unterredung Churchills mit US-Regierungsmitgliedern, 22. 5. 1943, Churchill, *Hinge*, S. 717.

²⁸⁸Churchill an Roosevelt, 16. 11. 1944, *Correspondence III*, S. 391, Hervorh. von mir.

²⁸⁹Roosevelt an Churchill, *Correspondence*, III, 18. 11. 1944, S. 394.

Beratungen mit de Gaulle unterstrich Churchill, es sei ein "fundamental principle of British policy that the alliance with France should be unshakable, constant, and effective".²⁹⁰ Mit diesem Konzept war der westeuropäische Teil der britischen Sicherheitsplanung gestaffelt: Frankreich auf dem Kontinent, im Hintergrund England, und auf der anderen Seite des Atlantik, eng mit Großbritannien verbunden, die Vereinigten Staaten.

Folgerichtig setzte sich Churchill in Jalta dafür ein, Frankreich in der Nachkriegsplanung gebührend zu berücksichtigen. Churchill hätte General de Gaulle bereits gerne als einen Gipfelteilnehmer gesehen, doch hatte er seine Verbündeten davon nicht überzeugen können.²⁹¹ Auf der Vorkonferenz mit den Amerikanern in Malta erhielt Außenminister Eden die Zusage seines Amtskollegen Stettinius, Präsident Roosevelt sei mit einer Besatzungszone für Frankreich einverstanden. Beide Außenminister kamen auch überein, Frankreich an dem geplanten Kontrollmechanismus in Deutschland zu beteiligen.²⁹²

In Jalta schlug Churchill vor, eine Besatzungszone für Frankreich aus der britischen und vielleicht der amerikanischen Zone herauszuschälen. Auf Stalins Einwände, dies könne ein Präzedenzfall für andere Staaten sein, erwiderte der Premier, die Besetzung Deutschlands könne lange dauern und die britische Regierung sei sich nicht sicher, "ob sie diese Bürde für eine langdauernde Periode allein tragen könnte".²⁹³ Hier gab der Premier sich eine Blöße; Stalin mußte den Eindruck gewinnen, Großbritannien sei zu schwach, um seine Aufgaben wahrzunehmen, und er nutzte die Gelegenheit, um Churchill in die Defensive zu drängen.

Auf Stalins Frage, ob die Dreier-Kontrolle Deutschlands nicht in eine Vierer-Kontrolle umgemünzt würde, entgegnete Churchill, er erwarte, daß Frankreich bei Zuteilung einer Zone "natürlich an dem Kontrollapparat teilhaben möchte". Stalin war diese Aussicht sichtlich unsympathisch, und nun sah Churchill sich gezwungen, seinen zweiten Beweggrund anzusprechen: Er persönlich sei der Ansicht, Frankreich solle wieder "eine wichtige Rolle" spielen. Frankreich, so der Premier, habe "eine lange Erfahrung..., Deutsche zu behandeln", und fuhr fort, "Großbritannien wünsche nicht, das ganze Gewicht eines Angriffs von seiten Deutschlands in der Zukunft zu tragen".²⁹⁴ Daher sei er an einem starken, bewaffneten Frankreich interessiert, das Deutschland im Westen eindämme.²⁹⁵ Dieser Plan kollidierte natürlich mit Roosevelts Interesse, alle Länder bis auf die Vier Polizisten zu entwaffnen.²⁹⁶ Als Roosevelt freimütig bekannte, "er glaube

²⁹⁰Rede Churchills am 11. 11. 1944 in Paris, zit. n. Gilbert, VII, S. 1059-1060.

²⁹¹In seinem Telegramm vom 18. 11. schrieb Roosevelt an Churchill: "It does not seem to me that the French Provisional Government should take part in our next conference as such a debating society would confuse our essential issues. The three of us can discuss the questions you raise in regard to turning over parts of Germany to France after the collapse of Naziism and the further problems of helping to build up a strong France." Correspondence, III, S. 394.

²⁹²Sitzung der Außenminister in Malta, 1. 2. 1945, FRUS, JD, S. 465.

²⁹³1. Plenarsitzung, 4. 2. 1945, FRUS, JD, S. 573, 2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, ebda., S. 577 (Zit.).

²⁹⁴2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 577 und 578 (Bohlen-Protokoll).

²⁹⁵2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, britische Notizen, in Ausz. bei Gilbert, VII, S. 1180.

²⁹⁶Vgl. dazu Teil 4, Kap. 1. 2., und das Telegramm Roosevelts an Churchill vom 18. 11. 1944, Correspondence, S. 394, er habe keine Ermächtigung, eine französische Armee auszurüsten. Am 9. Juli sagte Churchill privat: "Solange ich noch einen Funken Energie in meinem Kadaver habe, werde ich Frankreichs Bemühungen, wieder zu sich zu kommen, unterstützen. Es muß eine große Armee haben; Frankreich ohne Armee ist wie ein Hahn ohne Kamm." Tagebuch Moran, 9. 7. 1944, Moran, Churchill, S. 285.

nicht, daß amerikanische Truppen länger als zwei Jahre in Europa bleiben würden", erwiderte Churchill, daß Großbritannien dann nur Frankreich als starken Alliierten im Westen habe, während die Sowjetunion noch auf Polen zählen könne.²⁹⁷ Dies war nicht Churchills entscheidender Beweggrund, denn es ging ihm nicht nur um Vorkehrungen gegen eine deutsche, sondern auch gegen eine sowjetische Dominanz in Europa. Aber die Frage des europäischen Gleichgewichts war nun auf der Konferenz angesprochen. Stalin versicherte zwar, auch ihm liege an einem starken Frankreich, er habe kürzlich mit Paris ein Bündnis geschlossen, doch versuchte er, die Bedeutung Frankreichs systematisch herunterzuspielen: Frankreich habe "wenig zu diesem Kriege beigetragen und seine Tore dem Feind geöffnet". Der Kontrollrat, so der Diktator, solle "von denen geführt werden, die fest gegen Deutschland gestanden und die größten Opfer für den Sieg gebracht hätten".²⁹⁸ Der Kremlchef postulierte das Prinzip des größten Verdienstes am Sieg als Berechtigung, die Nachkriegsordnung zu errichten.

Bereits in Teheran hatten Churchill und Stalin über die zukünftige Rolle Frankreichs gestritten. Stalin hatte sich verächtlich über das - zu der Zeit noch von Deutschland besetzte - Frankreich geäußert. Als Churchill feststellte, er könne sich eine zivilisierte Welt nicht ohne ein blühendes Frankreich vorstellen, erwiderte Stalin, Frankreich dürfe keine wichtige Rolle in der Nachkriegswelt spielen. De Gaulle repräsentiere kein reales, sondern ein symbolisches Frankreich.²⁹⁹

In Jalta sah Churchill sich zu der spitzen Bemerkung veranlaßt, das "Schicksal großer Nationen würde nicht durch den zeitweiligen Stand seiner technischen Ausrüstung bestimmt".³⁰⁰ Frankreich sei und bleibe "der wichtigste Nachbar Deutschlands".³⁰¹ Stalin, der gegen eine Besatzungszone für Frankreich im Westen Deutschlands keine Einwände vorbrachte, sträubte sich jedoch hartnäckig gegen die Mitsprache Frankreichs im Alliierten Kontrollrat. Roosevelt pflichtete dem Marschall darin bei, während er die Übertragung einer Zone an Frankreich akzeptierte.³⁰² Es ist unklar, ob Roosevelt sich in der Frage der Teilnahme Frankreichs am Kontrollrat von Stalins Einwänden umstimmen ließ, und ob ihm überhaupt die Absprache zwischen Eden und Stettinius von Malta bekannt war.

Die Briten gaben sich aber nicht geschlagen; wie Hopkins sagte, kämpften Churchill und Eden "für Frankreich wie die Tiger."³⁰³ Churchill versuchte sogar die Bedeutung des Kontrollrats herunterzuspielen: er sei ein ähnlich untergeordnetes Gremium wie die

²⁹⁷Zweite Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. S. 578 (Bohlen-Protokoll).

²⁹⁸2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 578 (Bohlen-Protokoll). Vgl. das Matthews-Protokoll, S. 588.

²⁹⁹"Memorandum on Marshal Stalin's Views as expressed during the Evening of November 28, 1943" (Bohlen), FRUS, TD, S. 514. Dieses "Supplementary Memorandum" bezieht sich auf Stalins Äußerungen während des Dreier-Abendessen mit Roosevelt und Churchill am Vorabend der Konferenz von Teheran. In den sowjetischen Dokumenten finden sich keine diesbezüglichen Notizen.

³⁰⁰2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. S. 578 (Bohlen-Protokoll). Stalin bezog sich auf de Gaulles Besuch in Moskau im Dezember 1944.

³⁰¹2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. S. 589 (Matthews-Protokoll).

³⁰²Roosevelts Berater Hopkins hatte dem Präsidenten eine Notiz mit dem Vorschlag zugeschoben, einer Zone für Frankreich zuzustimmen, aber die Entscheidung über einen Sitz im Kontrollrat zurückzustellen (FRUS, JD, S. 593).

³⁰³R. Sherwood, Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 703. Kettenackers Ansicht, die Briten hätten mit ihrem Kampf für eine französische Zone nicht zuletzt die Absicht verfolgt, Paris von seinen Aspirationen auf das Ruhrgebiet abzulenken, ist zwar nicht gut belegt, erscheint aber als Teilursache nicht unplausibel (Krieg, S. 438).

EAC und sei an Weisungen der Regierungen gebunden.³⁰⁴ Doch weder die Außenminister noch die Regierungschefs konnten sich in den nächsten Tagen einigen.³⁰⁵ Erst in der Plenarsitzung am 10. Februar lenkte zunächst Roosevelt ein, und Stalin stimmte daraufhin zu.³⁰⁶

Der britische Kampf um Frankreich war von Erfolg gekrönt, ein wesentlicher Baustein der britischen Europakonzeption gelegt. Frankreich würde einen militärischen Rückzug der USA zumindest teilweise kompensieren können; die internen britischen Empfehlungen für die Dauer der Besatzung gingen von 10 Jahren aus. Ein besiegt Deutschland und ein isoliertes Frankreich, ein zügig demobilisierendes Nordamerika und eine übermächtige Sowjetunion - dies mußte eine Horrorvision sein für ein militärisch, finanziell und daher politisch geschwächtes Großbritannien mit der Bürde, sein Empire zusammenzuhalten.

Trotz seines Erfolges konnte es für Churchill keine Entwarnung geben, denn Frankreich war kein Ersatz für Amerika auf dem Höhepunkt militärischer Macht. Um Vorkehrungen gegen eine sich eventuell unkooperativ zeigende Sowjetunion zu treffen, konnte die einzig sinnvolle Kombination darin bestehen, die USA in ein neues europäisches Gleichgewicht als Teil einer Weltsicherheitskonzeption einzubinden. Diese Konstellation bildete sich, am Rande bemerkt, erst bei bereits verhärteten Fronten zwischen 1947 und 1949 heraus: sie wurde getragen von den USA, die zum ersten Mal in ihrer Geschichte feste politische und militärische Bindungen mit der alten Welt eingingen.

20. 6. Großbritannien, die sowjetische Expansion und die polnische Frage. Churchill und der Versuch einer Gleichgewichtspolitik

Seitdem der europäische Krieg 1943 gewendet war und die Niederlage Deutschlands im Osten näher rückte, begann Churchill, die Sowjetunion deutlicher als eine Bedrohung des Gleichgewichts wahrzunehmen. Einen Monat vor der deutschen Kapitulation warnte Churchill im Kriegskabinett, es sei keineswegs klar "that we could count on Russia as a benevolent influence in Europe, or as a willing partner in maintaining the peace of the world. Yet, at the end of the war, Russia would be left in a position of preponderant power and influence throughout the whole of Europe."³⁰⁷ Spätestens seit dem Herbst 1944 betrachtete der Premier mit großer Sorge, wie die Sowjetunion in das mitteleuropäische Vakuum vordrang, das die Niederlage der Wehrmacht nach sich zog. Churchill setzte sich vergeblich bei Präsident Roosevelt dafür ein, die westliche Krieg-

³⁰⁴2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 580 (Bohlen-Protokoll) und S. 590 (Matthews-Protokoll). Aufschlußreich sind einige private Bemerkungen Churchills am Abend des 5. 2.: Fassungslos sagte Churchill, Stalin spreche "von Frankreich wie von einem Land ohne Vergangenheit". Moran notierte in seinem Tagebuch (Churchill, S. 250): "Der PM liebt Frankreich wie eine Frau."

³⁰⁵Sitzung der Außenminister, 7. 2. 1945, FRUS, JD, S. 655-656. Molotow legte einen Beschlußentwurf vor, demzufolge "die französischen Besatzungsbehörden die Kontrolle in ihrer Besatzungszone unter der allgemeinen Führung des Kontrollrates ausüben" (ebda., S. 660); vgl. 4. Plenarsitzung, 7. 2. 1945, FRUS, JD, S. 663.

³⁰⁶7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 832. Stalin wollte möglicherweise Roosevelt entgegenkommen, um dessen Zustimmung zum sowjetischen Reparationsplan zu erhalten, oder weil die Amerikaner ein großes Zugeständnis in der polnischen Frage gemacht hatten, indem das Lubliner Komitee lediglich erweitert werden sollte.

³⁰⁷Sitzung des Kriegskabinetts, 3. 4. 1945, zit. bei Gilbert, Churchill, VII, S. 1278.

führung für die Schaffung politischer Ausgangspositionen für die Nachkriegszeit einzusetzen.³⁰⁸

Churchill schrieb später, die "Vernichtung der deutschen Militärmacht hatte die Beziehungen zwischen dem kommunistischen Rußland und den Demokratien des Westens grundlegend verändert. Der gemeinsame Feind, der das einzige einende Band gebildet hatte, war ausgelöscht. Von nun an kannten und sahen der russische Imperialismus und die kommunistische Ideologie keine Grenzen für ihre Expansionslust und letztlich ihr Streben nach Weltherrschaft."³⁰⁹ Aufgrund dieser Wahrnehmung wollte der Premier die westlichen Armeen so weit wie möglich nach Osten vorrücken lassen, um Berlin, Prag und Wien einzunehmen. Dieser Faustpfand sollte sogar, das zeigt eine interne Überlegung, "the temporary character of the Russian occupation of Germany" sichern!³¹⁰ Eine kühne Vorstellung: die Friedensregelung in bezug auf Deutschland und die Eindämmung der Sowjetunion zu verbinden. Nur Churchill, in seinem gleichzeitigen Jonglieren mit mehreren Bällen Bismarck nicht unähnlich, schien dieser Aufgabe fähig zu sein. Diese Politik wurde von US-Präsident Truman, seit Mitte April 1945 im Amt, nicht unterstützt. Bei Truman und General Eisenhower stieß Churchill mit seinem Wunsch, mitten im Rennen die Pferde zu wechseln, auf taube Ohren. Nach dem Ende des Krieges scheiterte Churchill auch mit seinen beschwörenden Appellen an Truman, die westlichen Truppen, die einen beachtlichen Teil der sowjetischen Besatzungszone bis zur Elbe erobert hatten, dort als Pfand zu belassen, bis die nächste Dreierkonferenz - in Potsdam - zusammenträte.³¹¹

In Potsdam sagte Churchill intern, er "habe die Amerikaner auf den Knien gebeten, den Russen nicht ein so großes Stück von Deutschland zu überlassen, zumindest nicht vor der Konferenz. ... Aber sie wollten nicht hören. Ich werde Stalin fragen, ob er die ganze Welt will."³¹² Natürlich darf hier die Kritik nicht fehlen, daß ja die britische Regierung selbst es gewesen war, die mit ihrem Vorschlag aus dem Januar 1944 in der EAC der Sowjetunion die größte Besatzungszone zugeteilt hatte und diese bis weit nach Mitteleuropa vordringen ließ.³¹³ War es Churchill bewußt, wie er durch die im Foreign Office ausgeklügelte Vertragspolitik gefesselt war? Aus verständlichen Gründen mit dem Primat der Kriegsführung beschäftigt, mochte der Premier denken: wenn die Sowjets Abmachungen über Südosteuropa und Polen brachen, seien auch die Westmächte autori-

³⁰⁸Vgl. Churchill, *Triumph and Tragödie. The Second World War, Vol. VI*, London 1954, hier nach der dt. Ausgabe: *Der Zweite Weltkrieg. Kriegsmemoiren*, Bd. 6, *Triumph und Tragödie*, Buch II, S. 133-203. Churchills Arzt Lord Moran notierte am 11. Februar 1945, einige Tage nach Jalta, Churchill mache sich "seit einiger Zeit über die Ergebnisse dieses Krieges Gedanken, und er erkennt, daß die Landkarte Europas mit roter Tinte neu gezeichnet werden wird. Weit mehr noch als in Teheran ist er sich seiner Ohnmacht bewußt." Moran, Churchill, S. 259.

³⁰⁹Churchill, *Triumph und Tragödie*, II, S. 134.

³¹⁰Churchill an Eden, 4. 5. 1945, zit. n. Gilbert, VII, S. 1330.

³¹¹Vgl. den Brief Churchills an Truman vom 12. 5. 1945, Churchill, *Triumph und Tragödie*, II, S. 261 f. und vom 4. 6. 1945, ebda., S. 295 f.: "Ich sehe... dem beabsichtigten Rückzug der amerikanischen Armee auf unsere Zonengrenzen mit größtem Unbehagen entgegen, ist doch damit der Vormarsch der Sowjetmacht ins Herz Westeuropas und die Senkung eines eisernen Vorhangs zwischen uns und dem ganzen Osten verbunden." Siehe schließlich den Brief Churchills an Truman vom 11. 6., der am 12. 6. von Truman negativ beantwortet wurde. (S. 297).

³¹²Tagebuch Moran, 22. 7. 1945, Moran, Churchill, S. 306.

³¹³Vgl. Kap. 1. 4.

siert, ein größeres Kapital aus ihren militärischen Erfolgen zu schlagen.³¹⁴ Dieser Gedanke soll freilich nicht überspannt werden; die Vereinbarungen in der EAC hatten erhebliche Sachzwänge geschaffen worden.

Jedenfalls stellte Churchill sich schon vor Kriegsende die Frage, wie der weite, durch die Schwächung Deutschlands amorphe mittel-osteuropäische Raum zwischen einem zu stärkenden Frankreich und der mächtigen Sowjetunion auszufüllen sei. Zunächst hatte der Premier Föderationen erwogen, um diesen Raum zu stabilisieren.³¹⁵ Eine Donaukonföderation sollte Süddeutschland, Österreich und Ungarn umfassen, ein mitteleuropäischer Staatenbund Polen und die Tschechoslowakei. Der Gedanke neuer Staatenbünde - unverkennbar im Anklang an Österreich-Ungarn - stieß jedoch schon in Teheran auf den entschiedenen Widerstand Stalins.³¹⁶ Noch im April 1945 meinte Churchill melancholisch, hätten die Friedensstifter in Versailles 1919 das Ende der alten Dynastien, unter ihnen Habsburg, nicht als einen Fortschritt angesehen, sondern sich für deren Wiedereinsetzung starkgemacht - es hätte keinen Hitler gegeben.³¹⁷

Um so wichtiger wurde es für Churchill, die Zukunft Polens zu klären, in territorialer, innen- und außenpolitischer Hinsicht. Polen spielte als zweiter wichtiger Nachbar Deutschlands eine zentrale Rolle in Churchills Europakonzeption. Ein freies Polen sollte seinen Platz in einer gesamteuropäischen Friedensordnung finden. Churchill versuchte, das unmöglich Scheinende möglich zu machen: Polen sollte unabhängig, der Sowjetunion jedoch nicht feindlich gesonnen sein. Eine innenpolitische Kontrolle Polens durch die Sowjetunion hätte den Machtbereich des Kreml de facto unmittelbar an die deutsche Ostgrenze bzw. an die Elbe vorgeschoben. Daher kam Polen in Churchills Denken eine osteuropäische Ordnungs- und Pufferfunktion zu. Anders als Stalin glaubte Churchill auch nicht an eine Friedenssicherung durch einen polnisch-deutschen Dauerkonflikt, der Polen an die UdSSR bände - von den Verletzungen des Selbstbestimmungsrecht einmal abgesehen.

Vor diesem Hintergrund werden die engagierten Debatten um die polnisch-russische, die deutsch-polnische Grenze und die Bildung der polnischen Regierung verständlich: hier die von Churchill unterstützte polnische Exilregierung in London, dort das sowjetisch kontrollierte Lubliner Komitee. Neben der deutschen Frage war das polnische Problem entscheidend für die Nachkriegsbeziehungen der Alliierten, für die Zukunft Europas und letztlich für die Entstehung des Kalten Krieges. Es war Großbritannien,

³¹⁴Dies ist übrigens ein Grund, warum Kettenackers Urteil, Churchills "Versuch, in letzter Stunde den Konsequenzen der voreiligen Vereinbarungen zu entgehen, [sei] zum Scheitern verurteilt" gewesen, zwar nicht unberechtigt ist, aber doch etwas vorschnell erscheint (Krieg, S. 531, vgl. ders., Alliance, S. 454). Es ist zwar unwahrscheinlich, aber nicht völlig ausgeschlossen, daß der ja nicht unflexible Roosevelt, der in den letzten Monaten seines Lebens zunehmend enttäuscht von Stalins unilateralem Vorgehen war, Churchills Drängen völlig widerstanden hätte. Die politischen Rahmenbedingungen des Anti-Hitler-Bündnisses hatten sich 1945 im Vergleich zu 1943-1944 massiv geändert.

³¹⁵Kettenacker, Krieg, S. 441; zu den ersten diesbezüglichen Planungen des Foreign Office ebda., S. 49.

³¹⁶4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, Fischer, TP, S. 85. Gegenüber US-Regierungsmitgliedern befürwortete Churchill am 22. 5. 1943 "a Danubian Federation based on Vienna and doing something to fill the gap caused by the disappearance of the Austro-Hungarian Empire" (Churchill, Hinge, S. 717). Vgl. die Unterredung Churchill-Stalin am 17. 10. 1944, Kimball, Swords, Doc. 28, S. 139-140; Gilbert, VII, S. 1026. In seinen "Morning-Thoughts. Note on Post-War Security" erwähnte der Premier auch einen "Scandinavian bloc", Correspondence, II, S. 130.

³¹⁷Churchill an den britischen Botschafter in Brüssel, Knatchbull-Hugessen, 26. 4. 1945, zit. n. Gilbert, VII, S. 1314.

das eine Lösung der polnischen Frage im sowjetischen Sinne nicht stillschweigend hinnehmen wollte, das die Entwicklungen in Polen immer wieder thematisierte und über die Regelung der deutschen Ostgrenze einen Zusammenhang mit dem Deutschlandproblem herstellte.³¹⁸

Churchill rechnete damit, allein für Polen kämpfen zu müssen. In Jalta sagte er im Hinblick auf Moskau, die "zukünftigen guten Beziehungen zu unserem Bundesgenossen sind gefährdet. Wir können nicht zulassen, daß Polen ein bloßer Marionettenstaat Rußlands wird, wo die Menschen, die nicht mit Stalin einverstanden sind, kaltgemacht werden." Besorgt fügte er hinzu, die Amerikaner hätten "überhaupt keine Ahnung von der polnischen Frage."³¹⁹ Auch die britische Öffentlichkeit suchte Churchill auf einen Mißerfolg in Jalta bezüglich der Freiheit Polens vorzubereiten³²⁰, und intern zeigte er Entschlossenheit: "I have not the slightest intention of being cheated over Poland, not even if we go to the verge of war with Russia."³²¹ In einem Brief an Roosevelt im März 1945 bezeichnete Churchill die polnische Frage als den "test case between us and the Russians of the meaning which is to be attached to such terms as democracy, sovereignty, independence, representative Government and free and unfettered elections."³²² Es ging um das nationale und politische Selbstbestimmungsrecht für Polen.

Churchill Besorgnis wuchs und wuchs, und er warnte Eden, der sich anlässlich der Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco aufhielt, die Kontrolle halb Europas durch die Sowjetunion sei ohne historische Parallele. Die russischen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland allein würden die Besatzungsdauer unendlich werden lassen³²³; währenddessen versanken Polen und andere europäische Länder "into the vast zone of Russian-controlled Europe", ein Europa, so prophezeite Churchill, "not necessarily economically Sovietised but police-governed".³²⁴ Auf der Potsdamer Konferenz mag es verzweifelt gewunschen gewesen sein, als der Premier festhielt: "Stalin hat mir sein Wort gegeben, daß er in den Ländern, die seine Truppen besetzt haben, freie Wahlen gestatten wird."³²⁵

Churchills Sicherheitsplanung für Europa wird abschließend in einer dreifachen Ausformung greifbar: nicht nur in bezug auf die Schwächung Deutschlands, in der er sich mit den Weltmächten USA und Sowjetunion weitgehend einig war, nicht nur im Hinblick auf die Stärkung Frankreichs, in der ihm Roosevelt halbherzig folgte und Stalin mitzog, sondern ebenso akzentuiert in der polnischen Frage, in der Roosevelt noch zögerlicher taktierte und Stalin kompromißlos handelte. Churchill verfolgte in seiner ge-

³¹⁸So machte Churchill auf der 5. Plenarsitzung in Jalta den Erfolg des Gipfels von einer Einigung in der polnischen (Regierungs-) Frage abhängig: Eine fehlende Übereinkunft "would stamp this conference with the seal of failure" (britische Notizen, Auszüge bei Gilbert, VII, S. 1191). Das Ringen um Polen auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen kann hier nicht detailliert verfolgt werden.

³¹⁹Tagebuch Moran, 3. 2. 1945, Moran, Churchill, S. 244.

³²⁰Rede Churchills vor dem Unterhaus, 27. 2. 1945, Churchill, Speeches, VII, S. 7115, vgl. Churchill, Triumph and Tragedy, S. 350-351.

³²¹Tagebuchnotiz Colville, 28. 2. 1945, zit. n. Gilbert, VII, S. 1238.

³²²Churchill an Roosevelt, 8. 3. 1945, Correspondence, III, S. 549.

³²³Interessant ist hier die Parallele zur britischen Diplomatie auf der Pariser Friedenskonferenz: die Sorge, daß die französische Besetzung des Rheinlandes durch eine Kopplung mit der Erfüllung der Reparationsforderungen unabsehbar werde (vgl. Teil 1, Kap. 7. 1.).

³²⁴Churchill an Eden, 4. 5. 1945, zit. n. Gilbert, VII, S. 1330.

³²⁵Tagebuch Moran, 19. 7. 1945, Moran, Churchill, S. 302.

samteuropäischen Sicherheitskonzeption eine antihegemoniale Politik in britischer Tradition. Weder eine totale, d. h. militärische *und* politisch-ökonomische Schwächung Deutschlands noch eine Hegemonie Rußlands erschienen Churchill, sollte Europa überleben, wünschenswert. Großbritannien als Inselmacht vor den Küsten Europas hatte kein nationales Interesse an einem rein global angelegten Gleichgewicht der Mächte bzw. einem globalen Kondominium der Großen Drei oder Vier. Das den Amerikanern vorrangige globale Sicherheitskonzept mußte, das zeigen Churchills Überlegungen sehr klar, durch ein ausbalanciertes europäisches Mächtegleichgewicht ergänzt werden. Ein Ausdruck dieser Vorstellung war schließlich auch der kurios anmutende Prozenzhandel über die Machtverteilung in Süd- und Osteuropa, den Churchill, im Oktober 1944 zu Gast im Kreml, dem sowjetischen Machthaber anbot, ein Handel, aus dem Polen charakteristischerweise ausgespart war.³²⁶

Großbritanniens Macht war infolge der weltpolitischen Überbürdung jedoch zu sehr zusammengeschmolzen, um einem sowjetischen Vordringen alleine die Stirn bieten zu können. Besonders offensichtlich wurde Großbritanniens Juniorpartnerschaft an amerikanischer Seite nach dem Amtsantritt der neuen Labour-Regierung in London. Wie Admiral Leahy, der Stabschef der US-Präsidenten, meinte, sei der Niedergang der britischen Macht durch den abrupten Regierungswechsel während der Potsdamer Konferenz auf dramatische Weise deutlich geworden.³²⁷ Bereits Churchill ist sein begrenzter Handlungsspielraum schmerzlich bewußt gewesen. Er informierte Präsident Truman zu Beginn der Potsdamer Konferenz über die britischen Auslandsschulden von 3 Milliarden Pfund und sagte, bis die Briten ihr "Räderwerk wieder richtig in Gang gebracht hätten", könnten sie "weder der Weltsicherheit noch irgendeinem der anderen hohen Ziele von San Francisco wenig nützen".³²⁸

Churchill, der die Kooperation mit den USA als Voraussetzung britischer Sicherheitspolitik ansah, mußte erkennen, daß für Präsident Truman noch mehr als für Roosevelt die Kooperation mit der Sowjetunion vorrangig war gegenüber einem Zusammengehen mit Großbritannien. Daher mißlang dem Premier die Einbindung Amerikas in ein anti-sowjetisches Mächtegleichgewicht in einem frühen Stadium, zunächst in Europa und später weltweit.³²⁹

³²⁶Vgl. dazu ausführlicher Woodward, BFP III, S. 146-154; Churchill, Triumph und Tragödie, I, S. 268 ff.; Eden, Reckoning, S. 482 ff.; Gilbert, VII, S. 991-1001; V. Mastny, Moskaus Weg zum Kalten Krieg. Von der Kriegsallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa, München 1980, S. 252 ff., Kissinger, Vernunft, S. 440.

³²⁷W. D. Leahy, I was there, New York 1950, S. 426; über die Potsdamer Konferenz S. 394-429. Vgl. M. Görtemaker, Zwischen Krieg und Frieden. Die Potsdamer Konferenz. Aus Politik und Zeitgeschichte 7. 7. 1995, S. 13-24, hier S. 21; E. Barker, The British between the Superpowers, 1945-1950, London, 1983.

³²⁸Notiz Churchills über eine Unterredung mit Truman, 18. 7. 1945, DDP II/1, S. 1221; im Orig. DBPO I/1, S. 369.

³²⁹Großbritannien war auch ein Jahrhundert zuvor nicht alleine in der Lage gewesen, eine antirussische Gleichgewichtspolitik zu betreiben: zur Zeit des Wiener Kongresses 1815 hatte die britische Führung unter Außenminister Castlereagh Bundesgenossen benötigt, um Rußlands Vordringen nach Mitteleuropa entgegenzutreten.

21. Großbritannien und das Problem der Aufteilung Deutschlands

21. 1. Die britische Regierung, die Isolierung Preußens und die Frage einer gewaltsamen Teilung Deutschlands

Nachdem die Sowjetunion in den Krieg gegen Deutschland eingetreten war, spielte die Frage der zukünftigen territorialen Gestalt Deutschlands in den britisch-sowjetischen Konsultationen bereits früh eine Rolle. Den Auftakt bildeten die Gespräche, die Außenminister Eden im Dezember 1941 im Kreml führte. Dort erfuhr er von Stalins Absicht, das Rheinland und möglicherweise Bayern von Deutschland abzutrennen und das Reich territorial zu verkleinern. Österreich solle wiederhergestellt werden. Eden lag eigentlich daran, sowjetische Bedenken zu zerstreuen, Großbritannien könne auf einer späteren Friedenskonferenz eine gemäßigte Haltung Deutschland gegenüber einnehmen.³³⁰ Er erklärte sich allerdings nicht vorbehaltlos mit einer Aufteilung Deutschlands einverstanden und taktierte: es gebe zwar keine prinzipiellen Einwände, doch seine Regierung habe diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen. Er äußerte einige Zweifel, Deutschland aufteilen zu können, falls die Bestrebung dazu nicht aus dem Land selbst käme, und wies auf die Gefahr irredentistischer Bewegungen hin, wie sie zum "Anschluss" geführt hätten. Stalin erwiderte sarkastisch: "These kind of conceptions brought us to the present war. Would you like to try another attack by Germany?" Eden ließ sich nicht provozieren: "I think that is rather an over-simplification of the causes of the war."³³¹

Ähnliche Bedenken wie Eden äußerte auch Jebb, der Verfasser des "Four-Power-Plan". Auch wenn die vollständige Desintegration Deutschlands, das vor Bismarck nur ein geographischer Begriff gewesen sei, die Ideallösung wäre, sei es höchst gefährlich, auf diese Annahme eine langfristige Politik aufzubauen.³³² In internen britischen Planungen der nächsten Monate, zur Vorbereitung eines Edens-Besuchs in Washington, kristallisierten sich die Alternativen heraus, die mit Blick auf eine territoriale Schwächung Deutschlands verfolgt werden konnten. So wartete ein Foreign-Office-Papier unter dem Titel "The Future of Germany" mit zwei Grundpositionen auf: es bezog eindeutig Stellung gegen eine Teilung Deutschlands und empfahl für die Zukunft einen föderalen Aufbau des Landes.³³³

Als Eden im März 1943 mit Präsident Roosevelt über Deutschlands Zukunft beriet, begann er mit den Worten, das wichtigste sei die Frage, ob das Land einheitlich bestehen bliebe oder nicht. Eden führte Stalins Mißtrauen gegenüber den Deutschen ins Feld und mutmaßte, dieser werde darauf bestehen, "that Germany be broken up into a number of states". Damit bezog Eden sich wohl auf seine Gespräche im Dezember 1941, ließ aber eine Rede unberücksichtigt, in der Stalin zwei Monate später gesagt hatte: "Die Erfah-

³³⁰Eden an das Kriegskabinett, 29. 11. 1941, zit. n. Kettenacker, Alliance, S. 439.

³³¹Unterredung Stalin-Eden, 16. 12. 1941, DDP I/3, S. 595; Eden, Reckoning, S. 289-292; vgl. Woodward, BFP II, S. 222-223.

³³²"Four-Power-Plan", Sept./Okt. 1942, DDP I/3, S. 754.

³³³"The Future of Germany", 8. 3. 1943, Woodward, BFP V, S. 25-31, vgl. Kettenacker, Krieg, S. 164 ff.; Tyrell, Großbritannien, S. 145 ff., zur überarbeiteten Fassung der Vorlage vom 5. 8. 1943 ebda., S. 148 ff.

rungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."³³⁴

Eden stimmte mit Roosevelt darin überein, "that, under any circumstances, Germany must be divided into several states, one of which must, over all circumstances, be Prussia". Vollkommen klar sei: "The Prussians cannot be permitted to dominate all Germany."³³⁵ In Gesprächen mit Hull und Staatssekretär Sumner Welles bekräftigte Eden, innerhalb der britischen Regierung gebe es eine Tendenz zur Aufteilung Deutschlands. Er selbst neige auch zu dieser Sichtweise. Eden erfuhr von den amerikanischen Planungen zu einer Dreiteilung Deutschlands, ohne sich selbst näher dazu zu äußern.³³⁶ Wie Eden Roosevelt berichtete, habe Premier Churchill die Idee, Deutschland aufzuteilen, schon oft unterstützt.³³⁷

Als Churchill bald darauf selbst in Washington konferierte, befürwortete er ähnlich wie zuvor Eden eine Separierung Preußens vom übrigen Deutschland. Die Frage, ob Preußen selbst als Einheit bestehen bleibe oder weiter aufgeteilt werden würde, müsse weiter geprüft werden.³³⁸ 40 Millionen Preußen hielt der Premier grundsätzlich für eine "manageable unit".³³⁹ Bei einem Gespräch mit US-Außenpolitikern über eine Weltsicherheitsorganisation wurde deutlich, daß Churchill die deutsche Frage im Zusammenhang mit der Neuordnung Europas betrachtete. Churchill äußerte die Hoffnung, Bayern werde sich einer künftigen Donau-Konföderation anschließen. Churchills Deutschlandkonzeption hätte im Ergebnis mindestens eine Zweiteilung Deutschlands, eventuell eine Dreiteilung nach sich gezogen, wie sie bereits im Foreign Office-Memorandum "The Future of Germany" angedacht worden war.³⁴⁰ Der Premier äußerte sich nicht zum Thema einer gewaltsamen Aufteilung, die bei einer Abtrennung Preußens vom übrigen Reich freilich unumgänglich gewesen wäre.

Die Frage der Aufteilung wurde später im Jahre 1943 auf Außenministerebene weiterberaten. Wie Eden Hull in Quebec informierte, plädiere das britische Kriegskabinett seiner Ansicht nach allgemein für eine Aufteilung Deutschlands. Eden erklärte nun, eine freiwillig herbeigeführte staatliche Aufteilung halte er für gut, er sei allerdings nicht für eine gewaltsame Zersplitterung wegen der Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung.³⁴¹ Die Zerstückelung Deutschlands schien dem Außenminister keine *conditio sine qua non* zu sein, und Eden schrieb später, "any hesitation about the dismemberment of the country was due more to doubts as to whether it could be made to last than to scruples about its harshness".³⁴² In diesem Zusammenhang ist auch zu be-

³³⁴Befehl Stalins zum 24. Jahrestag der Roten Armee, 23. 2. 1942, Stalin, Krieg, S. 49-50.

³³⁵Aufzeichnung Hopkins über eine Unterredung Roosevelt-Eden, 15. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 16. Vgl. Eden, Reckoning, S. 373 (weniger ausführlich); Woodward, BFP V, S. 31-36.

³³⁶Unterredungen Edens mit Hull und mit Welles, 16. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 18, 19. Vgl. Teil 4, Kap. 3. 1.

³³⁷Unterredung Eden-Roosevelt, 27. 3. 1943, Woodward, BFP V, S. 35. Diese Passage findet sich nicht in FRUS, 1943, III, S. 36-39 und in Sherwood, S. 588-589.

³³⁸Woodward, BFP V, S. 39.

³³⁹Churchill, Hinge, S. 718.

³⁴⁰"The Future of Germany", 8. 3. 1943, Woodward, BFP V, S. 27.

³⁴¹Unterredung Hull-Eden, 21. 8. 1943, DDP I/4, S. 495-496; vgl. Hull, II, S. 1233.

³⁴²Eden, Reckoning, S. 371.

denken, daß der Ende August 1943 vorliegende und in Kap. 4. 1. behandelte Malkin-Report von dem Fortbestehen eines einheitlichen Deutschland ausging.³⁴³

Vor den Außenministern in Moskau erklärte Eden dann im Oktober, die britische Regierung würde Deutschland nicht gerne als einheitlichen Staat weiterbestehen lassen, sondern in eine Anzahl von Staaten aufgeteilt sehen; vor allem sähe man gerne eine Abtrennung Preußens vom übrigen Deutschland. Nach wie vor sprach Eden von Zweifeln gegenüber einer gewaltsamen Aufteilung; separatistische Bewegungen sollten aber ermutigt werden.³⁴⁴ Eden wünschte bei den Beratungen die sowjetische Position auszuloten. Es ist unklar, ob Eden seine Meinung über eine gewaltsame Aufteilung Deutschland seit dem Gespräch mit Roosevelt im Frühjahr 1943 geändert hatte.³⁴⁵ Während die Quellen keine eindeutige Antwort zulassen, zeigt Edens bis 1945 fortdauerndes Schwanken zwischen den Optionen Aufteilung und Einheit, wie unentschlossen führende Mitglieder der britischen Regierung waren, ob die gewaltsame Teilung Deutschlands ein politisch kluges Vorgehen war.

In Teheran malte dann Churchill seine Pläne zur deutschen Staatlichkeit nach dem Krieg weiter aus. Im Gespräch mit Stalin sprach sich der Regierungschef für eine Isolierung und Verkleinerung Preußens aus, ein schon älterer Gedanke. Bayern, Österreich und Ungarn könnten eine "broad, peaceful, cow-like confederation" werden.³⁴⁶ Obwohl Stalin Churchills Vorschläge zu einer Schwächung Deutschlands als ungenügend bezeichnete, erfuhr Churchill nicht, ob der Marschall eine Aufteilung unterstützte. Man darf hier nicht vergessen, daß die Existenz des Nationalkomitee Freies Deutschland und des Bundes deutscher Offiziere, deren Gründung Moskau 1943 betrieben hatte, weniger auf eine Teilung Deutschlands hindeuteten, als vielmehr auf ein einheitliches Deutschland, das auch für führende deutsche Militärs akzeptabel gewesen wäre.³⁴⁷ Von den westlichen Verbündeten ließ sich Stalin keinesfalls in die Karten schauen.

³⁴³"Recommendations of the Interdepartmental Committee on Reparation and Economic Security", 31. 8. 1943, für Washington angefertigte Kurzfassung, DDP I/4, hier S. 567.

³⁴⁴7. Sitzung der Außenminister, 25. 10. 1943, US-Protokoll, DDP I/4, S. 607; britische Notizen, Ross, Foreign Office, Doc. 22, S. 137-138. Vgl. Woodward, BFP V, S. 77. Foschepoth, Deutschlandpolitik, S. 677, weist darauf hin, unter >dismemberment< sei im Gegensatz zu >division< eine bewußte Aufteilung Deutschlands in mehrere, nicht nur in zwei Teile bzw. Staaten zu verstehen.

³⁴⁵Sainsbury, British Policy, S. 791, 802, hält Edens Position während des Krieges für schwankend, ohne eine Erklärung dafür finden zu können. In einem Vermerk Ende Januar 1944 notierte Eden: "Personally I am far from convinced against dismemberment", zit. n. Kettenacker, Preußen in der alliierten Kriegszielplanung, in: ders./M. Schlenke/H. Seier (Hrsg.): Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen, München 1981, S. 330.

³⁴⁶Unterredung Churchill-Stalin, 28. 11. 1943, Woodward, BFP V, S. 78-79; Gilbert, VII, S. 575. In den US-Protokollen (FRUS, TD, S. 511 f.) findet sich keine Angabe zu Staatenbünden, nur die Erwähnung eines "territorial dismemberment of the Reich".

³⁴⁷Zum Nationalkomitee Freies Deutschland siehe W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, München 1955, S. 342-350; B. Scheurig, Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945, München 1960, S. 50-70; A. Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945, Stuttgart 1975, S. 53-59; Mastny, Moskauer Weg, S. 103. Leonhard meint, der für das Nationalkomitee maßgeblich verantwortliche sowjetische Funktionär sei der Kandidat des Politbüros und Chef der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, Generaloberst Alexander Schtscherbakow, gewesen (a. a. O., S. 359). Siehe zur sowjetischen Deutschlandpolitik ferner die Aufsätze von A. Fischer: Die Sowjetunion und die "Deutsche Frage" 1945-1949, in: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konfliktes 1945-1949 (Hg. Göttinger Arbeitskreis), Berlin 1984, S. 41-57; Antifaschismus und Demokratie. Zur Deutschlandplanung der UdSSR in den Jah-

Churchills Plan zu Aufteilung Deutschlands unterschied sich von dem Roosevelts, Deutschlands in fünf Staaten aufzugliedern. Churchill kommentierte Roosevelts Darlegung in der vierten Plenarsitzung humorvoll: "The President had said a mouthful".³⁴⁸ Er selbst beharrte darauf, daß Preußen das größte Problem in Deutschland sei und vom Reich isoliert werden müsse. Er würde mit Preußen "bedeutend härter" verfahren "als mit den übrigen Deutschen.

Der konstruktive Teil seiner Gedanken, so Churchill weiter, sei die "Abtrennung der süddeutschen Provinzen Bayern, Baden, Württemberg und der Pfalz von der Saar bis einschließlich Sachsen" von Preußen.³⁴⁹ Bei dieser Wiedergabe im sowjetischen Protokoll bleibt unklar, ob Churchill auch das Saarland und Sachsen von Deutschland abtrennen wollte. Laut britischem Protokoll sollte Sachsen abgetrennt werden; das Saargebiet ist nicht erwähnt.³⁵⁰ Der Premier führte weiter aus, die süddeutschen Provinzen - das US-Protokoll läßt die Saar und Sachsen aus, die britischen Notizen berücksichtigen das Saargebiet nicht, das sowjetische Protokoll ist nicht eindeutig - in einer Donaukonföderation zusammenfassen zu wollen. Die Süddeutschen seien weniger kriegerisch als die Preußen. Im britischem Protokoll heißt es bezüglich des Umfangs der süddeutschen Gruppe, Churchill "did not much mind whether there were one or two groups".³⁵¹ Über die zukünftige Gestalt Nordwestdeutschlands ließ der Premier sich nicht aus.

Churchill fand mit seinen Plänen wenig Anklang bei Roosevelt und Stalin. Er betonte, er sei keineswegs gegen ein "dismemberment of Germany" eingestellt, gab aber den starken Einheitswillen der Deutschen zu bedenken, woraufhin Stalin erwiderte, es werde in Deutschland immer einen starken Drang zur Einheit geben. Das war ein Argument, welches Stalin im Dezember 1941 noch zurückgewiesen hatte. Seine jetzige Position bedeutete im Klartext, daß eine Aufteilung Deutschlands, wenn man sich für sie entschied, mit Gewalt aufrechterhalten werden mußte - eine Maßnahme, die Churchill auf Dauer vermeiden wollte. Churchill stieß auch mit seinem Plan, in Osteuropa Staatenbünde zu schaffen, auf den Widerstand Stalins.

Der sowjetische Regierungschef, der Sympathien für Roosevelts Aufteilungsplan durchblicken ließ, da er Deutschland stärker schwäche³⁵², betonte, ihm mißfalle "der Plan neuer Staatenbünde. Wenn beschlossen wird, Deutschland aufzuteilen, dann braucht man auch keine neuen Bünde zu gründen." Die Aufsplitterung Deutschlands und die Neugestaltung Europas, die in Churchills politischem Denken in einem Zusammenhang standen, wurde von Stalin getrennt behandelt, und deswegen fragte der

ren 1943-54, in: Potsdam und die deutsche Frage, o. Hg., Köln 1970, S. 6-31; Varianten der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941-1945, in: Deutschland-Archiv 1973, S. 382.

³⁴⁸4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, FRUS, TD, S. 602. Wortgleich in den britischen Notizen bei Gilbert, Churchill, VII, S. 591 f.. Im sowjetischen Protokoll (Fischer, TP, S. 85) übersetzt mit "Sie haben >den Kern der Sache< erläutert". Vgl. Teil 4, Kap. 3. 1.

³⁴⁹4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, Fischer, TP, S. 85; KSU, TD, S. 137. Die US-Aufzeichnungen Bohlens sind in indirekter Rede abgefaßt und weniger ausführlich: FRUS, TD, S. 602. H. Bodensieck, Rahmenbedingungen und Weichenstellungen für das besiegte Deutschland, in: Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins, S. 13, meint, Churchill habe mit seiner Betonung Preußens gegen die Aktivität des Nationalkomitee Freies Deutschland, das ja einen deutschen Einheitsstaat propagierte, in der UdSSR gezielt. In Churchills Erinnerungen zu Teheran heißt es über Preußen: "It would be possible, I thought, to make a stern but honorable peace with her", Churchill, Closing, S. 359.

³⁵⁰4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, britische Notizen, Auszüge bei Gilbert, VII, S. 592.

³⁵¹Ebda..

³⁵²Diese Begründung nur in den britischen Notizen, Gilbert, Churchill, VII, S. 592.

Premier auch hintergründig, ob Stalin ein zersplittertes Europa vorziehe. Jedenfalls war es auffällig, daß Stalin sich sehr viel deutlicher gegen eine Donauföderation aussprach als er für eine Aufteilung Deutschlands plädierte.³⁵³

Es ist nicht falsch zu sagen, daß Churchill sich von allen Regierungschefs noch die meisten Gedanken über die Lebensfähigkeit der einzelnen deutschen Staaten machte. Der Plan, den er vorstellte, bedeutete de facto eine Dreiteilung Deutschlands - denn wenn Süddeutschland von Preußen abgetrennt werden sollte, blieben immer noch die Gebiete im Norden und Westen des Landes übrig, über deren zukünftigen Status sich der Premier jedoch nicht ausließ. Bei einer von Churchill vage angedeuteten zusätzlichen Teilung der süddeutschen Gebiete hätte gar eine Vierteilung Deutschlands resultiert.

Obwohl in Teheran keine Entscheidung über die Aufteilung Deutschlands fiel und die Frage an die EAC überwiesen wurde, ist es aufschlußreich, daß Churchill die Beratungen in Teheran für das Kriegskabinett wie folgt interpretierte: "[T]he British, the United States, and Russian Governments are, I understand, agreed that Germany is to be *decisively broken up into a number of separate States*. East Prussia and Germany east of the river Oder are to be alienated for ever and the population shifted. Prussia itself is to be divided and curtailed."³⁵⁴

Daraufhin schrieb der Labour-Politiker Attlee, er könne sich nicht erinnern, daß innerhalb der britischen Regierung eine so definitive Entscheidung getroffen worden sei. Attlees Position glich derjenigen Edens: Dezentralisierung ja, gewaltsame Aufteilung nein.³⁵⁵ Churchill antwortete zurückhaltender, aber nicht ganz zutreffend, die feste Teilungsabsicht sei "certainly the President's view & that of M. Stalin" gewesen. Er selbst habe die Regierung seiner Majestät nicht weitergehend verpflichtet als auf "the isolation of Prussia".³⁵⁶ Während hier wieder das Kontinuum in Churchills politischem Denken deutlich anklingt, erhellt der Briefwechsel zugleich die nicht immer einfache Abstimmung innerhalb der britischen Regierung.³⁵⁷ Immerhin wurden im Kriegskabinett zwei Monate nach Teheran keine prinzipiellen Einwände gegen eine Aufteilung Deutschlands erhoben³⁵⁸; auch wenn nach wie vor keine Kabinettsdirektive für die weitere Behandlung des Themas "dismemberment" erging.

21. 2. Die Teilung Deutschlands, das Gleichgewichtsproblem und die Rolle der Sowjetunion. Kontroversen in London über das Projekt der Aufteilung im Jahr 1944

In der zweiten Hälfte des Jahres 1944 wurde in London dann intensiv über die Zerstückelung Deutschlands beraten. Eine Entscheidung schien notwendig zu werden, denn der Sieg der Alliierten rückte offenbar näher: Die Landung in der Normandie im Sommer 1944 glückte, während an der deutschen Ostfront die Rote Armee vordrang. Der interministerielle APW-Ausschuß, zuständig für Vorlagen an das Kriegskabinett, konnte

³⁵³4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, sowjetisches Protokoll, Fischer, TP, S. 65, KSU, TD, S. 137; US-Notizen, FRUS, TD, S. 603.

³⁵⁴Memorandum Churchills, 14. 1. 1944, Churchill, Hinge, S. 618, Hervorh. von mir.

³⁵⁵Attlee an Churchill, 25. 1. 1944, zit. n. Gilbert, VII, S. 643.

³⁵⁶Aufzeichnung Churchills vom 26. 1. 1944, zit. n. Gilbert, VII, S. 643.

³⁵⁷Vgl. Kettenacker, Krieg, passim.

³⁵⁸Kriegskabinett, 13. 3. 1944, Sainsbury, British Policy, S. 790.

sich nicht auf eine Aufteilung Deutschlands einigen³⁵⁹, und bevor Churchill im Oktober zu Gesprächen nach Moskau reiste, kristallisierten sich zwei konträre Positionen heraus. Die Debatte entzündete sich daran, daß das Foreign Office die britischen Stabschefs gebeten hatte, eine Aufteilung Deutschlands unter militärstrategischen Gesichtspunkten zu beurteilen.

Der PHP-Unterausschuß, der den Stabschefs zuarbeitete, untersuchte die Frage eines "dismemberment of Germany" unter einem Aspekt, der gar nicht nach dem Geschmack des Foreign Office war: dem einer russischen Bedrohung. Die Aufteilungsfrage wurde zum Anlaß für eine grundsätzliche Strategie- und Sicherheitsdebatte.³⁶⁰ Für den "worst case" eines feindlichen Rußland, so die interessante Analyse in einem PHP-Strategiepapier aus dem Juli 1944, sei Deutschland leider das einzige Land, dessen geographische Lage, "manpower" und Ressourcen diejenige Hilfe bieten könne, die zur Bewahrung Großbritanniens essentiell wäre.³⁶¹

Die Militärs hielten zwar an einer engen Verbindung Großbritanniens mit Frankreich und Westeuropa fest. Doch um zu verhindern, daß ein nicht aufgeteiltes Deutschland sich mit der Sowjetunion gegen Großbritannien verbünde, erwogen sie, Nordwest- und Südwestdeutschland in den "orbit of a western European Group" (nicht zu verwechseln mit "Western Group"³⁶²) einzubinden. Dies aber hätte eine Teilung Deutschlands bedeutet.³⁶³ In der Tradition britischer Gleichgewichtspolitik, die jeweils der aktuell stärksten Macht auf dem europäischen Kontinent größte Aufmerksamkeit widmete, zogen die Stabschefs in einer klassischen gleichgewichtspolitischen Analyse die Möglichkeit in Betracht, die geplante Weltsicherheitsorganisation brähe zusammen, und "Russia may start forth on the path to world domination, as other continental nations have done before her".³⁶⁴ Die Stabschefs gingen davon aus, Deutschland wäre zu schwach, um alleine als Bedrohung Großbritanniens in Frage zu kommen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwieweit der Plan der Zoneneinteilung Deutschlands, erarbeitet vom PHP-Unterausschuß, von Anfang an die Möglichkeit einer Teilung Deutschlands entlang der vorgesehenen Zonengrenzen einkalkulierte; ausgeschlossen erscheint diese Möglichkeit nicht. Die Militärvertreter bekräftigten ihre Position im Dezember 1944. Ein Papier für Eden sah eine Aufteilung Deutschlands in britischem Interesse, sowohl unter dem Gesichtspunkt der Schwächung des Landes als auch dem einer feindlichen Sowjetunion.³⁶⁵

³⁵⁹Sitzungen des APW-Committee am 27. 7. und 31. 8. 1944, Woodward, BFP V, S. 215-217. Für das Folgende auch Kettenacker, Krieg, S. 479-486; A. Cairncross, The Price of War. British Policy on German Reparations 1941-1949, Oxford 1986, S. 44-49.

³⁶⁰Tyrell, Großbritannien, S. 455, vgl. S. 444-458.

³⁶¹PHP-Memorandum, 20. 7. 1944, zit. bei Barker, The British, S. 12.

³⁶²Siehe Kap. 2. 2.

³⁶³Chiefs of Staff an Foreign Office, 9. 9. 1944, Woodward, BFP V, S. 203-204, vgl. Kettenacker, Preußen, S. 330-331, ders., Krieg, S. 480 f.; PHP-Memorandum 15. 11. 1944, Barker, The British, S. 13. Diese Perspektive der Stabschefs war übrigens eine bemerkenswerte Vorwegnahme der späteren Entwicklung mit der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Vgl. auch R. Steininger, Westdeutschland ein Bollwerk gegen den Kommunismus? Großbritannien und die deutsche Frage im Frühjahr 1946, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 38 (2/1985), S. 163-207.

³⁶⁴Chiefs of Staff an Foreign Office, 2. 10. 1944, Woodward, BFP V, S. 207.

³⁶⁵Ismay an Eden, 7. 12. 1944, Woodward, BFP V, S. 242; Tyrell, Großbritannien, S. 456.

Gegenüber der Position der Militärs argumentierte das Foreign Office ganz entschieden, auch nach dem Krieg sei Deutschland als die größte Gefahr für den Frieden anzusehen. Das Kräftegleichgewicht glaubte man nicht gegen die Sowjetunion, sondern gegen Deutschland aufrechterhalten zu müssen. Während die Stabschefs Einflußsphären einkalkulierten, warnte Außenminister Eden: "If we prepare our post-war plans with the idea at the back of our minds that the Germans may serve as part of an anti-Soviet *bloc*, we shall quickly destroy any hope of preserving the Anglo-Soviet Alliance".³⁶⁶ Eden war demnach nicht - oder noch nicht - bereit, die Sowjetunion als den möglichen Hauptfeind in Europa anzusehen, was auf das britisch-deutsche Verhältnis Auswirkungen hätte haben müssen. Die Bündnispflege mit Moskau erschien dem Außenminister als vorrangig.

Eine Foreign Office-Denkschrift betonte bereits bekannte Argumente: eine Aufteilung Deutschlands werde auf Widerstand im Lande selbst stoßen; um sie gewaltsam aufrechtzuerhalten, werde möglicherweise eine direkte Regierung Deutschlands durch die Alliierten notwendig werden. Die öffentliche Meinung in Großbritannien und Amerika werde die Aufteilung auf Dauer wahrscheinlich als ungerecht empfinden, was zu Vorbehalten gegen die Friedensregelung als solche führen könne. Die instabile Pariser Friedensordnung erschien hier als ein abschreckendes Beispiel.³⁶⁷ Eden übte harte Kritik an den Plänen der Militärs: Eine Konzeption der Einflußshären "should be avoided like the plague in our consideration of German problems".³⁶⁸ Unterstützung erhielt das Foreign Office auch von dem Economic and Industrial Planning Staff, der eine deutsche Teilung aus ökonomischer Sicht nicht für sinnvoll hielt.

Die Differenzen zwischen den Stabschefs und dem Außenministerium - ein aufgeteiltes, westintegriertes Deutschland hier, ein nicht aufgeteiltes, ohnmächtiges Deutschland dort - waren kaum auszuräumen. Wie Eden unterstrich, stelle für ihn ein möglicher Wiederaufstieg Deutschlands die größte Gefahr dar. Man könne zwar Probleme mit der Sowjetunion nicht ausschließen, solle sie jedoch keinesfalls forcieren.³⁶⁹ Zum Projekt

³⁶⁶Memorandum des Foreign Office für das APW-Committee, 20. 9. 1944, Woodward, BFP V, S. 204-207. Beinahe gleichlautend warnte Eden Anfang März 1945 Schatzkanzler Anderson: "I think we must make heroic efforts to achieve Allied unity in the treatment of Germany before we fall back upon anything like separate spheres of influence", zit. b. J. Foschepoth, Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: Ders. (Hg.), Kalter Krieg, S. 179-180. Mit der gleichen Argumentation Jebb, Memoirs, S. 135-136. Vgl. auch die ersten Entwürfe für den "Four-Power-Plan", die eine ähnliche Argumentation des Foreign Office enthüllen (Kap. 2. 2.). Siehe ferner die Diskussion im Foreign Office (Juni-Oktober 1944) über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nach dem Krieg, Ross, Foreign Office, Doc. 27, S. 157-166. In seinem Memorandum vom 7. 3. 1945 (Kap. 4. 5.) erwog Anderson als ultima ratio die Möglichkeit, ein vereintes *Westdeutschland* in die Wirtschaft der westeuropäischen Länder zu integrieren, falls die Sowjetunion ihre Zone enger an sich binde. Vgl. Woodward, BFP V, S. 325-330.

³⁶⁷Kettenacker, Krieg, S. 483.

³⁶⁸Sitzung des APW-Committee, 22. 9. 1944, zit. bei Kettenacker, Preußen, S. 331. Eine überarbeitete Fassung dieses Memorandums vom 20. 9. 1944 (mit dem Plädoyer für eine Schwächung der deutschen Zentralregierung, jedoch nicht deren Abschaffung) wollte Eden den Planungsstäben nicht vorlegen. Er notierte am 31. 12. 1944, in der Denkschrift würden nur Argumente *gegen* eine Aufteilung Deutschlands vorgetragen, die freilich, das gebe er zu, "very strong" seien (Woodward, BFP V, S. 243, Anm. 1). Dieses Zögern deutet einmal mehr darauf hin, daß Eden sich zu einer endgültigen Position nicht durchringen konnte. Es war auch der Grund dafür, daß der APW-Ausschuß die Frage einer Aufteilung Deutschlands bis zur Jalta-Konferenz nicht mehr erörterte. Erst am 19. 3. 1945 legte Eden schließlich ein weiteres Memorandum zur Aufteilung Deutschlands vor.

³⁶⁹Unterredung Eden-Chiefs of Staff, 4. 10. 1944, Woodward, BFP V, S. 209-210. Der britische Diplomat Strang hatte bereits am 2. 5. 1943 die scheinbare Alternative auf der bisherigen Linie des Foreign Of-

einer Zerstückelung Deutschlands schien Eden selbst nach wie vor keine endgültige Position bezogen zu haben, aber er schien weiterhin tendenziell gegen ein gewaltsames Vorgehen eingestellt zu sein.³⁷⁰

Die Argumentationslinie im Foreign Office, die von Eden unterstützt wurde, war eindeutig: Deutschland sollte als ein bleibender Gefahrenherd kontrolliert werden, deshalb waren Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung der drei Großmächte notwendig, auch und gerade eine Kooperation mit der Sowjetunion. Zu diesem Zweck sollte Deutschland nicht aufgeteilt werden. Diese ganze Konstruktion verhiess sogar am ehesten, den bedrohten Großmachtstatus Großbritanniens zu bewahren.³⁷¹

Als allerdings Churchill über den Stillstand der britischen Planung informiert wurde, entgegnete er skeptisch, sowohl Roosevelt als auch Stalin wünschten eine Aufteilung Deutschlands, und beide würden sogar noch weiter gehen als er selbst.³⁷² Mit anderen Worten: Churchill wollte auch mit Washington und Moskau zusammenarbeiten, dabei aber den Weg der Aufteilung einschlagen. Die Debatte in London zeigt die tiefe Verunsicherung in der Ausrichtung der britischen Europa- und Weltpolitik im Herbst 1944. Der Abstieg Großbritanniens als Großmacht ließ die Realisierbarkeit von Gleichgewichtskonzepten in die Ferne rücken; Kontroversen über den richtigen Kurs waren die Folge.

Bei der nächsten Gesprächsrunde mit Stalin im Oktober erfuhren Churchill und Eden, daß der Diktator nun für eine Aufteilung Deutschlands plädierte.³⁷³ Genaue Angaben waren ihm aber wieder nicht zu entlocken, und auch Eden stellte fest, die britische Regierung habe sich noch nicht geeinigt. Die ganze Debatte nahm mittlerweile Züge einer Satire an. Wie Eden sagte, stünden drei Möglichkeiten zur Auswahl: "[D]ismemberment without reference to the old German States; the use of the States as a basis; the imposition of a permanent international control on the chief industrial area (the Rhine, the Ruhr, the Saar and Westphalia)". Churchill wiederholte seine früheren Vorschläge zur Isolierung Preußens, variierte sie aber auch: so könne Sachsen, seiner Industrie beraubt, an Preußen fallen. Für diesen Staat gelte die Devise eines "hard treatment". Bayern und Österreich sollten einen Staat mit der Hauptstadt Wien bilden, einschließlich Badens und Württembergs. Dieser Staat solle moderat behandelt werden. Die Industriegebiete an Rhein, Ruhr und Saar würden - als ein dritter Staat - international kontrolliert werden. An diesen Ausführungen zeigte sich Stalin sichtlich interessiert.³⁷⁴ Churchill schrieb aus Moskau an Roosevelt, er habe nichts einzuwenden gegen Stalins Wunsch, Ruhr und Saar von Preußen zu lösen und stillzulegen sowie das

face notiert: "It is better that Russia dominate eastern Europe than that Germany should dominate Western Europe." Zit. in Kettenacker, Planung, S. 141.

³⁷⁰Woodward, BFP V, S. 215.

³⁷¹So Kettenacker, Planung, S. 141 f.. Der Autor geht m. E. in seiner Argumentation zu ausschließlich von dem Erhalt des britischen Großmachtstatus und dem Interesse an einer Kooperation mit der UdSSR aus: "der britischen Nachkriegsplanung lag die Vorstellung zugrunde, das russische Eisen schmieden zu können, solange das Feuer des Krieges noch brannte." (Ders., Preußen, S. 331).

³⁷²Woodward, BFP V, S. 210, Anm. 2.

³⁷³Unterredung Churchill-Stalin, 9. 10. 1944,ritisches Protokoll, Kimball, Swords, Doc. 28, S. 136; vgl. Woodward, BFP V, S. 229.

³⁷⁴Unterredung Churchill-Stalin, 17. 10. 1944, Woodward, BFP V, S. 229 f. Vgl. ausführlicher die bei Kimball, Swords, Doc. 28, S. 137-140, abgedruckten britischen Notizen.

Rheinland als eigenen Staat zu etablieren.³⁷⁵ Privat sagte der Premier zu Eden, der ebenfalls für eine dauerhafte Internationalisierung der Industriegebiete eintrat, er würde die betreffenden Gebiete nicht gerne an Frankreich geben.³⁷⁶

Daß Churchill die Kontrolle der deutschen Industrie betonte, war vermutlich auf den Morgenthau-Plan zurückzuführen.³⁷⁷ An einer Aufteilung Deutschlands schien Churchill weiterhin festzuhalten, aber er äußerte sich insgesamt unschärfer als zuvor. Es ist denkbar, daß er durch die Diskussion innerhalb der britischen Planungsstäbe vorsichtiger geworden war. Die Meinung Sainsburys, im Jahre 1944 habe die offizielle britische Politik eine Aufteilung Deutschlands unterstützt, ist zwar nicht falsch, aber auch nicht ganz richtig.³⁷⁸ Zutreffender wäre die Formulierung, daß die Befürwortung der Aufteilung eine gewisse Priorität genoß.

Immer deutlicher kristallisierte sich heraus, daß es Churchill in erster Linie um die Schwächung Preußens ging. Von Churchills Teheraner Vorschlag, ganz Süddeutschland in einen Donaubund einzubeziehen, waren nur noch Bayern, Baden und Württemberg übriggeblieben. Möglicherweise spielte hier Stalins Widerstand gegen eine Donaukonföderation überhaupt eine Rolle, der in Moskau erneut deutlich geworden war. So verzichtete der Premier augenscheinlich auf die Angliederung Ungarns an eine Donaukonföderation. Die Isolierung und Abtrennung Preußens von Deutschland blieb eine klare Konstante in Churchills Denken. Seine übrigen Pläne für eine Aufteilung Deutschlands wirkten demgegenüber eher beliebig; fast wahllos schob er die deutschen Länder auf der Landkarte hin und her. An dieser Stelle wäre es nicht unberechtigt, Churchill "ein ziemlich oberflächliches Deutschlandbild" zu bescheinigen.³⁷⁹

Churchills Ausführungen in Moskau zum künftigen Status der Schwerindustriegebiete an Rhein und Ruhr hatten eine Entscheidungsfreude suggeriert, die in London noch nicht konsensfähig war. Nachdem Washington zugestimmt hatte, Großbritannien die Nordwest-Zone zu überlassen, in der die betreffenden Gebiete lagen, verfügte Großbritannien über eine Region, die im Ringen der Alliierten zu einem Zankapfel werden sollte. Laut dem Morgenthau-Plan sollte die Industrieproduktion an Rhein und Ruhr eingestellt werden, Moskau wünschte ein Mitspracherecht, und die Vorstellungen Frankreichs, die im August 1944 als Massigli-Plan bekannt wurden, sahen eine dauerhafte alliierte Kontrolle und Nutzung der Industrie vor.³⁸⁰ Die französische Politik erinnerte deutlich an die Konzepte im und nach dem Ersten Weltkrieg.³⁸¹

Pläne zur Internationalisierung der Rhein-Ruhr-Region waren seit 1941 im Gespräch, erst hatte Stalin sie gefordert, in Teheran auch Roosevelt; nun folgte in Moskau Churchill. Großbritannien, das selbst kein überragendes, aber ein nicht unbedeutendes Interesse an Reparationen hatte, sah sich in der unbequemen Lage, in der Frage des Ruhrgebiets, aus dem ein Großteil der Reparationen stammen würde, zwischen Moskau, Washington und zunehmend auch Paris zu vermitteln. Das Ruhrgebiet bot sich dabei "als

³⁷⁵Churchill an Roosevelt, 22. 10. 1944, Correspondence, III, S. 364; vgl. Churchill, *Triumph and Tragedy*, S. 210.

³⁷⁶Tagebuch Moran, 9. 10. 1944, Moran, Churchill, 217.

³⁷⁷Vgl. Kap. 4. 2. und Teil 4, Kap. 4. 2.

³⁷⁸Sainsbury, *British Policy*, S. 794.

³⁷⁹Dieses allgemeine Urteil Tyrells, Großbritannien, S. 190, gilt gleichermaßen Präsident Roosevelt.

³⁸⁰Dazu Kettenacker, *Krieg*, S. 434 ff., Tyrell, Großbritannien, S. 506, 521-527.

³⁸¹Vgl. Teil, Kap. 7.

diplomatisches Faustpfand ersten Ranges" an.³⁸² Die britischen Planungsstäbe legten Ende 1944 Ausarbeitungen vor, die die französischen Pläne für einen Sonderstatus des Ruhrgebietes ungünstig bewerteten, mit Blick auf Reparationen wie auf die britische Handelsbilanz.³⁸³ Es hing daher viel davon ab, welche Vorentscheidungen auf den nächsten Konferenzen getroffen werden würden.

Ende November 1944, nach den Moskauer Gesprächen, und nachdem die EAC Entscheidungen über die Besetzung Deutschlands getroffen hatte, unterbreitete Außenminister Eden dem APW-Ausschuß eine grundlegende Denkschrift. Sie beschäftigte sich mit dem Thema "Confederation, Federation and Decentralisation of the German State and the Dismemberment of Prussia", und galt für den Fall, daß von einer Politik der Zerstückelung Deutschlands wegen Impraktikabilität Abstand genommen würde.³⁸⁴ Mit diesem Papier erhielten die Kritiker einer Aufteilung Deutschlands in London weitere Nahrung. Eine ebenfalls angekündigte Denkschrift zum Thema der Aufgliederung selbst legte Eden bis zur Konferenz von Jalta nicht mehr vor, was an sich bezeichnend war.³⁸⁵

Wie es in dem Strategiepapier hieß, müsse die Grundlage politischer und verfassungsmäßiger Regelungen in der Annahme durch die deutsche Bevölkerung bestehen. Da der Einheitswillen der Deutschen auch durch gewaltsame Zerstückelung nicht gebrochen werden könne, scheidet eine solche Politik aus. Eine Konföderation deutscher Staaten wurde ebenso verworfen wie eine regionale Dezentralisierung auf der Grundlage von Provinzen. Als beste Lösung sah man eine Verfassung Deutschlands auf föderaler Grundlage an. Dies belasse den Deutschen die Einheit, komme aber auch dem Interesse der Alliierten an einer Schwächung der Zentrale entgegen.

Voraussetzung einer solchen Regelung, so hieß es, sei ein "dismemberment of Prussia" "as created by the Hohenzollerns". Diese Maßnahme würde "one of the chief physical and spiritual foundations of German aggression" eliminieren. Die Aufgliederung Preußens, drei Fünftel des deutschen Reichgebietes, in seine Provinzen wäre "a good start for a general Allied plan of decentralisation for Germany". Bereits die alliierte Besetzung Deutschlands lege dafür die Grundlage; am Ende sollte der preußische Staat samt seinen Institutionen abgeschafft werden. Die Aufteilung Preußens bot sich als ein Ersatz an für eine Aufteilung ganz Deutschlands, als ein kleinster gemeinsamer Nenner der verschiedenen Konzepte in London, aber auch im Bündnis gegen Hitler.

Das Bemerkenswerte an diesem Plan waren sein Realismus und seine Weitsicht. Eine Neugliederung Deutschlands auf föderaler Ebene, die Abschaffung des preußischen Übergewichts (Preußens demokratische Tradition wurde übrigens ausdrücklich erwähnt), damit einhergehend die Stärkung eines demokratischen Aufbaus auf Länder- und Gemeindeebene, und nicht zuletzt eine maßvolle territoriale Regelung - dies alles schien geeignet, das politische System in Deutschland grundlegend zu reformieren, andererseits den gewachsenen historischen Traditionen und Bezügen Rechnung zu tragen.

³⁸²Kettenacker, Krieg, S. 436.

³⁸³Vgl. dazu die Zusammenfassung des Beamten im Deutschlandreferat, O'Neill, zur Frage des Ruhrgebietes in der Zeit vor Potsdam, DDP II/1, S. 864.

³⁸⁴Denkschrift für den APW-Ausschuß, 27. 11. 1944, siehe Woodward, BFP V, S. 231-235. Es scheint, die Anregung zu dieser Position sei von dem stellvertretenden Staatssekretär Sargent ausgegangen (Vermerk vom 9. 9. 1944), dazu Kettenacker, Preußen, S. 332-334.

³⁸⁵Woodward, BFP V, S. 243-244. Die folg. Zit. ebda.

Die Zerschlagung Preußens als "centre of the German militarism since the days of Frederick the Great" verdeutlichte eine Konstante der britischen Deutschlandplanung.³⁸⁶ Implizit wurde in der Denkschrift ein demokratischer Neuaufbau Deutschlands auf föderaler Grundlage als die beste Garantie für eine Befriedung nicht allein Europas, sondern auch Deutschlands, angesehen. Mit britischem Sinn für das Machbare verzichtete das Strategiepapier auf die Empfehlung, durch eine gewaltsame Zersplitterung Deutschlands einen dauerhaften Unruheherd in der Mitte Europas entstehen zu lassen.

21. 3. Grundsatz oder Taktik? Churchill, Stalin und die Diplomatie in der Aufteilungsfrage auf der Konferenz von Jalta

Hatte Churchill zu Beginn des Jahres 1945 geschrieben, es sei noch zu früh, endgültige Entscheidungen in der Deutschlandpolitik - also auch in der Aufteilungsfrage - zu treffen³⁸⁷, so hielt er sich in Jalta an diese Ankündigung. Dabei muß beachtet werden, daß das Fehlen eines Konsenses oder einer Verhandlungsdirektive auf seiten der britischen Regierung die britische Diplomatie in Jalta nicht gerade erleichterte.³⁸⁸ Als Stalin gleich in der zweiten Plenarsitzung die Aufteilung ansprach, versuchte sich der Premierminister folglich in einer Art Spagat.

Stalin ergriff im zweiten Plenum die Initiative und wollte wissen, wie Churchill und Roosevelt nach dem Meinungs austausch von Teheran "zu dem Prinzip der Aufteilung stünden." Auch fragte er, ob die Verbündeten in Deutschland eine Zentralregierung, nur eine Verwaltung oder im Fall der Aufgliederung mehrere Regierungen einsetzen würden. Stalin sprach von Churchills Plan einer Zweiteilung Deutschlands und sagte, er selbst habe sich Roosevelts Plan einer Fünfteilung angeschlossen. Doch auch Churchills letzten Plan in Moskau habe er für "durchführbar" gehalten: einerseits Preußen, andererseits Bayern und Österreich, ferner eine Internationalisierung des Ruhrgebietes.³⁸⁹ Da Churchills Überlegungen in Moskau sich nur in bezug auf die Internationalisierung des Schwerindustrie-Gebietes an der Ruhr von seinen Erwägungen in Teheran unterschieden hatten, mag hier ein Schlüssel zu Stalins Position liegen. Andererseits hatte auch Roosevelt eine Internationalisierung des Rhein-Ruhr-Gebiets vorgesehen.³⁹⁰

³⁸⁶Ebda., S. 234. Zitiert sei noch eine hintergründig-humorvolle Wendung: "In Bavaria *Schadenfreude* at the elimination of Prussia would probably be fairly widespread." (deutsch und Hervorhebung im Original, S. 235).

³⁸⁷Churchill an Eden, 4. 1. 1945, Woodward, BFP V, S. 228.

³⁸⁸Sainsbury, British Policy, S. 802, bezeichnet diesen Sachverhalt gar als "inexcusable".

³⁸⁹2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, US-Notizen, FRUS, JD, S. 574 (Bohlen), S. 584 f. (Matthews). In den sowjetischen Notizen steht nichts von einer Zustimmung Stalins zu Churchills Vorschlag in Moskau 1944: Fischer (Hg.), Teheran, Jalta, Potsdam (die Jalta-Dokumente im folg. abgekürzt als Fischer, JP), S. 107.

³⁹⁰Vermutlich muß man Stalins Initiative vor dem Hintergrund bewerten, welche Lösung am ehesten versprach, einen Einfluß Moskaus auf die deutschen Angelegenheiten zu sichern. Zum Zeitpunkt von Jalta stand die Rote Armee bereits an der Oder; etwa 30-35% des Deutschen Reiches befanden sich unter sowjetischer Kontrolle. Es war zu erwarten, daß die Rote Armee Niederschlesien, das Stalin den polnischen Kommunisten bereits zugesichert hatte, rasch "befreien" würde. Mit der Verfügung über die ostdeutschen Territorien war ein Grund, den Stalin noch in Teheran für eine Zerstückelung Deutschlands gesehen haben mag, weniger gewichtig geworden. Ende 1943 stand die Rote Armee noch nicht auf deutschem Gebiet, eine Aufgliederung Deutschlands konnte in sowjetischen Augen Sinn ergeben; die "Zertrümmerung" des Reichs, ergänzt um den radikalen "Abbau seiner wirtschaftlichen Kapazität", hätten "den weitestgehenden Schutz vor der Ausnutzung des mitteleuropäischen Potentials für die Interessen der kapitalistischen Weltverschwörung" geboten (W. Marienfeld, Das Deutschlandproblem in seiner geschichtlichen

Nun mußte der Premierminister Farbe bekennen. Er spielte ein virtuosos taktisches Spiel und ließ Stalin in die Leere laufen. Churchill entgegnete, die britische Regierung sei "im Prinzip mit der Aufteilung Deutschlands einverstanden", doch seien "das gegenwärtige Verfahren und eine endgültige Entscheidung über die Art der Aufteilung zu kompliziert..., um hier in vier oder fünf Tagen entschieden zu werden. Die Entscheidung würde sorgsam ausgearbeitete Untersuchungen durch erfahrene Staatsmänner über die historischen, politischen, wirtschaftlichen Aspekte des Problems und ein ausgedehntes Studium durch einen Unterausschuß erfordern."³⁹¹

Mit diesen akademischen Ausführungen schob Churchill die Teilung Deutschlands diplomatisch geschickt auf die lange Bank. Die Diskussionen in der EAC hatten gezeigt, wie schwierig es war, in einem Ausschuß der drei Alliierten überhaupt Entscheidungen zu treffen. Das Gremium arbeitete äußerst schleppend und hatte sich aufgrund fehlenden sowjetischen Engagements gar nicht erst mit dem "dismemberment of Germany" befaßt, was laut Auftrag in Teheran seine Aufgabe gewesen wäre. Insofern mußte der Nachdruck, mit dem Stalin die Frage der Aufteilung erörtern wollte, auch für Churchill ein zweideutiges Signal sein.

Churchill führte dann aus, er könne "sich nicht auf irgendeinen endgültigen Plan für die Aufteilung Deutschlands festlegen" und behalte sich vor, seine Ansichten zu ändern.³⁹² Er wiederholte seinen Plan einer Isolierung Preußens und seiner Trennung vom restlichen deutschen Staatsgebiet, erwähnte auch die Möglichkeit einer weiteren Aufgliederung Preußens. Auch seine Vorstellung, einen süddeutschen Staat zu gründen, sprach Churchill erneut an, wenn auch zurückhaltender: Ein solcher Staat könne "die Linie für eine große Teilung Deutschlands aufzeigen".³⁹³ Diese Formulierung konnte durchaus bedeuten, daß es nur eine kleine, eine Zwei-Teilung geben würde.³⁹⁴

Das Problem des Ruhr- und Saargebietes mit der Rüstungsindustrie, so Churchill schließlich, müsse ebenfalls sorgfältig geprüft werden: sollten diese Gebiete "auf ein Land übergehen, oder sollten sie unabhängig sein, oder ein Teil von Deutschland, oder sollten sie unter die Treuhänderschaft der Welt-Organisation kommen"?³⁹⁵ Indem der Premier selbst an dieser Stelle keinerlei Präferenz nannte, ging er sogar hinter seine mit

Entwicklung, Hannover 1981, S. 12). In Jalta stellte sich die Frage, wie ein möglichst großer sowjetischer Einfluß auf die restlichen 60% des deutschen Territoriums gesichert werden könnte (dazu auch H. Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941-1948. Frankfurt 1985, S. 42-43). Unter dem Gesichtspunkt der Reparationen - für die Stalin in Jalta kämpfte - war ein Einfluß auf die Schwerindustrie des Ruhrgebietes vordringlich; dessen Internationalisierung deswegen Sinn zu machen schien. Andererseits bleibt unklar, welchen zusätzlichen Vorteil Stalin sich von einer Zweiteilung Rest-Deutschlands (ein um Ostpreußen, um die Gebiete jenseits Oder und Neiße und um das Ruhrgebiet beschnittenes Reich) versprach. Hier ergibt sich möglicherweise ein Ansatz für Stalins Schwenk in der Aufteilungsfrage nach Kriegsende.

³⁹¹2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, 574 (Bohlen-Protokoll). Ausz. der britischen Aufzeichnungen bei Gilbert, VII, S. 1178-1179, Woodward, BFP V, S. 273 f.. Die sowjetischen Protokolle in Fischer, JP, S. 107 f..

³⁹²Zweite Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 585 (Matthews-Protokoll).

³⁹³Ebda., S. 574 (Bohlen-Protokoll). Laut Matthews-Protokoll stellte Churchill dies als seinen "ganz persönlich[en]" Plan dar - eine ebenfalls einschränkende Formel.

³⁹⁴Interessanterweise bezeichnete das britische Kriegskabinett in seiner Sitzung am 8. 2. 1945 den Terminus "dismemberment" als zu unscharf. Er könne dreierlei bedeuten: 1. Die Abspaltung von Gebieten wie Österreich, Ostpreußen und Teilen Schlesiens vom Reich; 2. die Auflösung einer deutschen Zentralregierung; 3. die Auflösung Deutschlands in eine Anzahl kleiner Staaten. Eine Zweiteilung war theoretisch also auch möglich. Woodward, BFP V, S. 290.

³⁹⁵2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 574 (Bohlen-Protokoll).

Stalin in Moskau getroffene Vereinbarung zurück, die betreffenden Industriegebiete als einen dritten deutschen Staat international zu überwachen. Auch sei nicht entschieden, fuhr Churchill fort, ob Preußen selbst weiter aufgeteilt werden soll. Der Premier gab eindeutig zu verstehen, man stehe, wenn nicht am Ende, so doch erst ganz am Anfang der Beratungen, und setzte nach, die Teheraner und Moskauer Gespräche seien "sehr allgemeinen Charakters" gewesen.³⁹⁶

Sollte Stalin eine Teilung Deutschlands wirklich im Sinne gehabt haben, konnten diese gewundenen Bemerkungen nicht befriedigend klingen. Churchill stimmte immerhin dem Vorschlag Roosevelts zu, die "Frage der besten Mittel zur Prüfung einer Methode der Aufteilung" zu untersuchen. Doch könne er nicht mehr sagen, schränkte Churchill ein, als die Bereitschaft seiner Regierung zum Prinzip der Aufteilung zu bekunden.³⁹⁷ Die genauere Form der Aufteilung müsse auf der Friedenskonferenz besprochen werden.³⁹⁸

Churchill schien anders als noch in Moskau einer deutschen Teilung wesentlich skeptischer gegenüberzustehen; mindestens suchte er eine Entscheidung hinauszuzögern. Stalin ließ allerdings nicht locker, und nun tauchte ein Gesichtspunkt auf, der ihm offenkundig äußerst wichtig war: ob es nicht "klug" wäre, den Deutschen im Falle der Kapitulation mitzuteilen, daß ihr Land aufgeteilt werde. Der Marschall unterstrich, die Frage der Aufteilung sei "eine von höchster Wichtigkeit", obwohl er Churchill zustimmte, es sei gegenwärtig schwierig, einen konkreten Plan für die Aufgliederung aufzustellen.³⁹⁹

Stalin nahm Churchills Zögern nicht zum Anlaß, auf eine weitere Erörterung der Aufteilung Deutschlands zu verzichten, sondern schlug vor, erstens eine prinzipielle Übereinstimmung festzustellen, daß Deutschland aufgeteilt werden solle; zweitens eine Kommission der Außenminister mit der Ausarbeitung von Einzelheiten zu beauftragen und drittens eine Klausel in die Kapitulationsbedingungen einzufügen, die die Aufteilung Deutschlands beinhalte. Den letzten Punkt bezeichnete Stalin als besonders wichtig: die zum Zeitpunkt der Kapitulation an der Macht befindliche Gruppe in Deutschland würde "durch ihre Unterschrift das deutsche Volk an diese Klausel binden".⁴⁰⁰ Die Deutschen würden sich leichter mit der Aufteilung abfinden, meinte Stalin, wenn sie bei Kriegsende von der Absicht der Siegermächte erfahren würden. Er fügte hinzu, dieser Beschluß solle bei Beendigung der Konferenz nicht veröffentlicht werden. Stalin beharrte auf seiner Forderung trotz Churchills deutlichem Widerstand. Der Diktator wollte offenbar einen Separatfrieden ausschließen, indem eine deutsche Regierung oder die Gruppe, die um ihn ersuchte, von der beschlossenen Aufteilung Deutschlands Kenntnis

³⁹⁶2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 574 (Bohlen-Protokoll). Bei einer späteren Durchsicht dieser US-Notizen für eine Gesprächsunterlage für Präsident Truman bezeichnete George M. Elsey, der Berater des Marineadjutanten Roosevelts, Churchills Äußerungen als "British reluctance to come to any decisions at Jalta", Background Notes, 28. 6. 1945, Documentary History of the Truman Presidency (Ed. D. Merrill), Vol. 3: United States Policy in Occupied Germany after World War II: Denazification, Decartelization, Demilitarization and Democratization, Washington 1995, S. 19-22, vgl. auch DDP II/1, S. 346 f.

³⁹⁷2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 587-588 (Matthews-Protokoll), Hervorh. im Original.

³⁹⁸Ebda., nicht in den Bohlen-Notizen.

³⁹⁹2. Plenarsitzung, FRUS, JD, S. 57 (Bohlen); Fischer, JP, S. 111.

⁴⁰⁰2. Plenarsitzung, FRUS, JD, S. 576 (Bohlen). Die britischen Notizen sind hier etwas aufschlußreicher: "Stalin asked whether the question of dismemberment would be mentioned to any new group that might emerge in Germany if no provision for it had been made in the terms of surrender, and he suggested that a provision should be inserted accordingly." (Kettenacker, Krieg, S. 496).

erhielt, oder er wollte die Westmächte an die Kapitulationsurkunde binden und von einem Separatfrieden abhalten.⁴⁰¹

Premierminister Churchill erwiderte Stalin, es sei den Alliierten vorbehalten, nach der Kapitulation frei zu entscheiden, erklärte sich dann aber zögernd zur Einfügung einer entsprechenden Klausel bereit. Die Außenminister berieten am 6. Februar, und Eden wehrte sich gegen Molotows Drängen, die Zerstückelung Deutschland als Absichtserklärung in die Kapitulationsurkunde aufzunehmen. Eden konterte, Großbritannien sei nicht dafür verantwortlich, daß die EAC die Beratungen über eine Aufteilung nicht weitergeführt hätte, die in Teheran vereinbart worden seien - eine eindeutige Spitze gegen die Sowjetunion, die ja in der Tat in der EAC nicht vorgebracht hatte, worauf sie

⁴⁰¹Es war zwar unwahrscheinlich, daß die Westalliierten, sollten sie einem Separatfrieden zustimmen und damit die Sowjetunion verraten - was nicht einmal Churchill beabsichtigte -, der deutschen Regierung die mit der Sowjetunion vereinbarte Kapitulationsurkunde vorlegen würden, aber Stalin mag sich einen zusätzlichen moralischen Druck auf seine Verbündeten versprochen haben. Der Völkerrechtler Meissner ist der Ansicht, Stalin habe in Jalta das Ziel verfolgt, die Westmächte auf die Formel der bedingungslosen Kapitulation festzulegen (B. Meissner, Jalta und die Teilung Europas, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), Die Überwindung der europäischen Teilung und die deutsche Frage, Köln 1988, S. 26). Die Zustimmung der Westmächte wäre ein sichtbarer Beweis gewesen, keinen Separatfrieden zu verfolgen, denn, so Buttlar, S. 34, wer Deutschland aufteilen wollte, konnte schwerlich an einer Verständigung mit den Deutschen interessiert sein. Diese These postuliert eine instrumentelle Behandlung der Teilungsfrage durch Stalin, was ihm - spinnt man den Gedanken weiter - eine Handhabe geboten hätte, ein späteres Abgehen der Westmächte von einer in Jalta gegebenen Zustimmung zur Aufteilung als eine Aufkündigung des alliierten Konsenses zu brandmarken und an anderer Stelle Konzessionen herauszuhandeln. Man könnte diese Ansicht durch die Beobachtung stützen, daß Stalin untypischerweise rechtlich argumentierte, und sich auch anders als in Teheran nicht mehr gegen die bedingungslose Kapitulation aussprach, sondern die Formel akzeptierte und in seinem Sinne zu modifizieren suchte. Als ein zweites Motiv des Diktators vermutet Meissner, Stalins Drängen bezüglich der Teilungspläne habe es ihm erleichtert, "in den deutschen Ostgebieten vollendete Tatsachen zu schaffen" (a. a. O.) In diesem Licht ginge Mastnys Hinweis, Stalin habe auf künstliche Weise die ruhende Frage der Zerstückelung mit den bereits geregelten Waffenstillstandsbedingungen [sic] verknüpft, am entscheidenden Punkt vorbei (Mastny, Moskaus Weg, S. 293). Auch Kettenacker, Krieg, S. 495, hält es für das Wahrscheinlichste, daß es Stalin lediglich um eine Verschärfung der Kapitulationsbedingungen ging.

Graml, Die Alliierten, S. 42-44 und 52, nimmt an, Stalin habe bereits Ende 1944 das Interesse an einer weiteren Aufteilung Deutschlands verloren, und führt als Begründung an, am 10. Dezember 1944 habe Stalin ablehnend auf de Gaulles Wunsch nach Abtrennung des Saargebiets und der rheinisch-westfälischen Industriegebiete reagiert. Stalin kam in Jalta auf diesen Punkt nicht zu sprechen; er sagte nur, daß de Gaulle für Frankreich die Rheingrenze gefordert habe (Unterredung Roosevelt-Stalin, 4. 2. 1945, FRUS, JD, S. 537; 2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, ebda., S. 577). Graml hält das sowjetische Eintreten für die Aufteilung in Jalta weitgehend für "Rhetorik". Prinzipiell ist sein Hinweis richtig, "daß sich sowjetische Politiker anders verhielten, wenn sie über einen Punkt verhandelten, der ihnen wirklich am Herzen lag". Andererseits erreichte die Rote Armee erst Anfang 1945 die Oder und sicherte den sowjetischen Zugriff auf deutsches Gebiet.

Tyrell hingegen ist der Ansicht, Stalins Forderung nach einer Entscheidung zur Aufteilung Deutschlands sei bei Konferenzbeginn durchaus ernst gemeint gewesen. Der Zugriff auf das Ruhrgebiet sei im Falle eines Festhaltens an der deutschen Einheit keineswegs ausgemacht gewesen, in erster Linie wegen der exponierten Stellung des Zonenbefehlshabers (Tyrell, Großbritannien, S. 475, Anm. 34, gegen Graml, Die Alliierten, S. 42-43). Während dies zwar zu bedenken ist, erscheint die Möglichkeit, via Kontrollrat, der ja eine gemeinsame Deutschlandpolitik planen und koordinieren sollte, Einfluß zu nehmen auf die Verteilung der Ressourcen Restdeutschlands, doch als größer gegenüber der Konstellation eines aufgeteilten Landes. Denn in letzterem Fall konnte Moskau durchaus damit rechnen, daß der Westen an einer gemeinsamen Politik tendenziell weniger interessiert wäre und der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der einzelnen Teile eine größere Bedeutung zumessen würde.

nun in Jalta drängte.⁴⁰² Schließlich zog Molotow zu Beginn der Plenarsitzung am Nachmittag seine Forderung zurück und erklärte sich einverstanden mit dem Vorschlag von US-Außenminister Stettinius, lediglich das Wort "Aufteilung" in den Artikel 12 der Kapitulationsurkunde einzufügen.⁴⁰³

Am 7. Februar einigten sich die Außenminister schließlich über die Klausel in der Kapitulationsurkunde.⁴⁰⁴ Allerdings drängte Molotow darauf, zum Studium dieser Frage einen besonderen Ausschuß einzusetzen, natürlich, um Frankreich auszuschließen.⁴⁰⁵ Eden wünschte die Teilnahme der Franzosen, bestand aber nicht darauf, und so stimmte auch die britische Delegation der Einsetzung eines "Dismemberment Committee" zu, bestehend aus Vertretern der drei Mächte.

Churchill hatte sich in Jalta mit seiner dilatorischen Behandlung des Themas der Aufgliederung durchgesetzt. Ein Telegramm, das er am 9. Februar vom Kriegskabinett erhielt, bestätigte sein Vorgehen: zum gegenwärtigen Zeitpunkt, hieß es, könne man in der Aufteilungsfrage keine Verpflichtungen eingehen.⁴⁰⁶ Sucht man nach Churchills Motiven für seine Zurückhaltung und seinen Widerstand gegen die - offizielle - sowjetische Haltung, dürfte die Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Sowjetunion eine wesentliche Rolle gespielt haben. Man hatte sich noch nicht über die voraussichtlich erheblichen Gebietsabtretungen Deutschlands im Osten geeinigt.⁴⁰⁷ Die Vorgänge in den von Moskau beherrschten Gebieten Ost- und Mitteleuropas sah der Premier mit großer Sorge. Eine Verschleppung so weitreichender Entscheidungen wie einer Teilung Deutschlands, deren Folgen mit Blick auf die Machtverhältnisse in Mitteleuropa kurz vor Kriegsende noch gar nicht erfaßt werden konnten, schien Churchill für das erste geboten zu sein. Düster prophezeite Churchill, mit Blick auf die Aufteilungs-

⁴⁰²Sitzung der Außenminister, 6. 2. 1945, KSU, JD, S. 71-73 (am ausführlichsten), und FRUS, JD, S. 614 (etwas mißverständlich, und ohne den Beitrag Edens). Zusammenfassung der britischen Notizen bei Woodward, BFP V, S. 274.

⁴⁰³3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, KSU, TD, S. 73; FRUS, JD, S. 617-618. Die Frage ist, ob man Molotows Zugeständnis als Hinweis darauf werten kann, daß die sowjetische Führung sich angesichts der britischen Zurückhaltung vom Projekt der Aufteilung distanzierte (das meint Tyrell, Großbritannien, S. 475). Stalin mußte sich demnach zwischen der Außenministersitzung und dem Plenum am 6. Februar entschieden haben. Doch diese Interpretation setzt voraus, daß Stalin seine Forderung nach einer Aufteilung in Jalta auch ernst gemeint hat. Am wahrscheinlichsten ist es, daß die Sowjetunion sich erst schrittweise von den Aufteilungsplänen abgewendet hat - wenn diese je ernsthaft verfolgt wurden. Stalins Verhandlungstaktik bestand gerade darin, sich über längere Zeit mehrere Optionen offen zu halten, eine Politik der Hinterhand zu verfolgen. Zu dieser Überlegung allgemein H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949 (2., erw. Aufl. Stuttgart 1980), jeweils die Kap. Sieger und Besiegte: Die Sowjetunion.

⁴⁰⁴Der Artikel lautete danach: "Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden die oberste Autorität gegenüber Deutschland innehaben. In Ausübung dieser Autorität werden sie solche Schritte einschließlich der völligen Entwaffnung, Entmilitarisierung und Aufteilung Deutschlands unternehmen, die sie für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit für erforderlich halten." (FRUS, JD, S. 903, Hervorh. von mir.) Außenminister Eden hatte sich mit seinem Ergänzungsvorschlag "...und Maßnahmen zur Auflösung eines einheitlichen deutschen Staates" statt des Wortes "Aufteilung" nicht durchsetzen können (J. Foschepoth, Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam; in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 678). Der vereinbarte Text wurde nicht im offiziellen Kommuniqué vom 12. 2. 1945 veröffentlicht.

⁴⁰⁵Sitzung der Außenminister, 7. 2. 1945, FRUS, JD, S. 654-655, Woodward, BFP V, S. 274-275. Meissner, Jalta, S. 23, gibt zu bedenken, durch die Beauftragung der EAC wäre eine "verhältnismäßig schnelle Erstellung eines Teilungsplans" möglich gewesen.

⁴⁰⁶Woodward, BFP V, S. 290. Vgl. Kap. 4. über die Reparationen.

⁴⁰⁷Meissner, Jalta, S. 23, Vgl. Kap. 5.

frage, in einem Vermerk für Eden: "The only bond of the victors is their common hate".⁴⁰⁸

21. 4. London und die Abkehr von der Aufteilung Deutschlands

Nach Jalta beschäftigten sich zwei Grundsatzmemoranden britischer Regierungspolitiker mit den Konferenzbeschlüssen. Am 19. März 1945 legte Eden dem APW-Ausschuß eine bereits angekündigte Denkschrift über die Frage einer Aufteilung Deutschlands vor, die die bekannte Position des Foreign Office variierte.⁴⁰⁹ Die Abhandlung betonte in erster Linie die Fülle praktischer Schwierigkeiten, die mit einem solchen Vorgehen verbunden waren. Bestehende wirtschaftliche, kulturelle und organisatorische Bindungen müßten aufgelöst und dürften den neuzubildenden Staaten untereinander nicht gestattet werden. Die alliierte Überwachung der Aufgliederung müsse eine beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen. Problematisch sei aber, daß die vereinbarte alliierte Kontrollkommission zunächst zentral planen müsse, um ihre Aufgaben zu bewältigen. Das Memorandum hielt sich mit Empfehlungen für eine Aufteilung zurück und merkte auch an, nach dem Verlust eines großen Teiles von Preußen und eventuell des Rhein-Ruhr-Gebietes werde eine weitere Aufgliederung vielleicht unnötig sein. Es wurde schließlich die Möglichkeit erörtert, Deutschland entlang einer auch durch Preußen verlaufenden Ost-West- und einer Nord-Süd-Linie zu teilen.

So vorsichtig, ja widerwillig wie diese Schrift war auch der im Foreign Office entstandene Direktivenentwurf an den alliierten Aufteilungsausschuß gefaßt. Es hieß, die erste Aufgabe der Alliierten in der Behandlung Deutschlands sei, eine zukünftige deutsche Aggression zu verhindern. Hierzu sei zu prüfen, ob außer der Entwaffnung, Entmilitarisierung und Kontrolle der Rüstungsindustrie auch eine Aufteilung erforderlich sei. Werde diese für erforderlich gehalten, solle der Ausschuß den Modus und das Procedere klären.⁴¹⁰ Das Thema der Aufteilung wurde auf diese Weise an die letzte Stelle gerückt; die Grundlage der Ausschußberatungen war aus britischer Sicht auf elegante Weise verwässert worden, die Bedeutung der Aufgliederung relativiert.⁴¹¹

Das zweite Grundsatzmemorandum wurde von Schatzkanzler Anderson vorgelegt und am 22. März im britischen Kriegskabinett debattiert. Der Chef der Treasury argumentierte, das Thema einer Zerstückelung könne nicht unabhängig von dem der Reparationen erörtert werden.⁴¹² Denn, so die Kernaussage, eine staatliche Aufgliederung werde die ohnehin beschränkte Fähigkeit Deutschlands, "Reparationsleistungen zu erbringen, stark beeinträchtigen", da diese eine deutsche Zentralregierung voraussetze.⁴¹³ Der Schatzkanzler folgerte, Reparationen und Zerstückelung müßten "vorwiegend als Alter-

⁴⁰⁸Churchill an Eden, 8. 2. 1945, Gilbert, VII, S. 1196.

⁴⁰⁹Woodward, BFP V, S. 321-325.

⁴¹⁰Direktive des Foreign Office, Woodward, BFP V, S. 325.

⁴¹¹Vgl. zum Procedere der weiteren Beratungen in den Londoner Planungsstäben die Aufzeichnung des Leiters des "German Department" im Foreign Office, Troutbeck, 12. 7. 1945, DDP II/1, S. 382; vgl. DBPO I/1, Doc. 74 ii, S. 137 f.

⁴¹²Vgl. Kap. 4. 5.

⁴¹³Memorandum vom 7. 3. 1945, Woodward, BFP V, S. 325-330, deutsche Übersetzung bei H.-A. Jacobsen, Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939-1945, Koblenz 1977, Dok. 226, S. 404-407, Zit. S. 405.

nativen angesehen werden". In der folgenden Diskussion des Kriegskabinetts betonte Anderson, die Russen hingegen zielten augenscheinlich auf "combining the maximum reparation with the maximum dismemberment".⁴¹⁴

Premierminister Churchill war von diesen Argumenten weniger überzeugt und plädierte dafür, Aufteilung und Reparationen weiterhin getrennt in den zuständigen interalliierten Kommissionen prüfen zu lassen. Er fügte aber hinzu, möglicherweise könne auch innerhalb eines Jahres noch keine Entscheidung über die Aufgliederungsfrage getroffen werden. Ein weiteres Mal erwähnte Churchill seinen Plan einer Zwei- bis Dreiteilung Deutschlands: die Isolierung Preußens und die Schaffung "of a South German State including Austria and the South German Kingdoms, which could receive more lenient treatment than Prussia".⁴¹⁵ Diese Bemerkung ist ein Hinweis darauf, daß der Premier sich in Jalta nicht endgültig von seiner früheren Position verabschiedet hatte. Nach wie vor traf das Kriegskabinettt keine endgültige Entscheidung in der leidigen Sache.

Am 7. März war unterdessen das in Jalta eingesetzte Dismemberment Committee zu seiner ersten Sitzung in London zusammengetreten. Der britische Vertreter Strang legte seinen Kollegen eine Denkschrift vor, die auf dem Entwurf des Foreign Office beruhte. Da das Thema Aufteilung Deutschlands an letzte Stelle gesetzt war, konnte der sowjetischen Delegation nicht verborgen bleiben, daß Großbritannien versuchte, sich von der Jalta-Vereinbarung, die es nur widerwillig mitgetragen hatte, abzusetzen.⁴¹⁶

Da bald nach der ersten Ausschußsitzung deutlich wurde, daß auch die sowjetische Position zur Teilung Deutschlands sich veränderte, wurde die britische Regierung überraschend, doch vermutlich zu ihrer Erleichterung, einer weiteren Diskussion des Aufteilungsproblems enthoben. Zwar schrieb Gusew Eden noch am 15. März, der Ausschuß solle die Frage prüfen, wie und nicht ob Deutschland aufzuteilen sei.⁴¹⁷ Doch in der EAC ließ sich Gusew am 23. März vernehmen, "der deutsche Staat werde trotz der Niederlage Hitlers weiterbestehen; allerdings habe Deutschland "das Recht auf eine eigene Außenpolitik verspielt".⁴¹⁸ Das Fortbestehen des territorial beschnittenen deutschen Staates unter der Kuratel der Sieger unter maßgeblichem Einfluß der Sowjetunion - dies war gleichsam die Position Moskaus auf der Zielgeraden vor dem Sieg.

Kurze Zeit später, am 26. März 1945, informierte Moskau London und Washington, man betrachte das "dismemberment of Germany not as an obligatory plan for dismemberment but as a possibility for exerting pressure on Germany".⁴¹⁹ Gründe wurden nicht ausgeführt. Bemerkenswerterweise hatte Churchills Privatsekretär einen Tag vor dem Eintreffen dieses Briefes folgende Äußerung des Premiers festgehalten: "The PM said he hardly liked to consider dismembering Germany until his doubts about Russia's intentions had been cleared away."⁴²⁰

Diese knappe Notiz belegt, daß Churchill die Frage einer Aufteilung Deutschlands noch nicht zu den Akten gelegt hatte. Sie besagt aber auch, daß Churchill die Aufteilungsdis-

⁴¹⁴Kriegskabinettt, 22. 3. 1945, Woodward, BFP V, S. 330.

⁴¹⁵Kriegskabinettt, 22. 3. 1945, Gilbert, VII, S. 1179, Anm. 1.

⁴¹⁶Darauf weist Foschepoth, Deutschlandpolitik, S. 691, mit Recht hin.

⁴¹⁷Gusew an Eden, 15. 3. 1945, Foschepoth, Deutschlandpolitik, S. 691.

⁴¹⁸Sitzung der EAC, 23. 3. 1945,ritisches Protokoll, zit. n. Mastny, Moskaus Weg, S. 314.

⁴¹⁹Gusew an Eden, 26. 3. 1945, Wortlaut der Passage in Winant an Außenminister, 29. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 206; auch Woodward, BFP V, S. 335.

⁴²⁰Tagebuchnotiz Colvilles, 25. 3. 1945, zit. n. Gilbert, VII, S. 1265.

kussion in den umfassenderen Zusammenhang der Beziehungen zwischen den Alliierten in der Endphase des Krieges stellte. Churchill war nach Jalta über die Maßen erbittert, daß der sowjetische Diktator sich überhaupt nicht darum scherte, die Vereinbarungen bezüglich der polnischen Regierungsbildung auch nur ansatzweise zu erfüllen.⁴²¹ Es führt zu weit, hierauf näher einzugehen, doch ist klar ersichtlich, daß Churchill die weitere Deutschlandpolitik - und die Aufteilungsfrage war eine Nahtstelle dieser Politik - abhängig machte von der Entwicklung der sowjetischen Politik in Osteuropa. Die Deutschlandpolitik und die Europakonzeption Londons standen wieder einmal in einem engen Zusammenhang.

Daß die Sowjetunion nun ihrerseits von einer Aufteilung Deutschlands Abstand nahm, spielte insoweit eine Rolle, als Churchill dieses Problem nicht mehr als eine Verhandlungsmasse gegenüber Stalin nutzen konnte. Aufgrund der veränderten Umstände erörterten die britischen Planungsstäbe die Frage der Aufteilung Deutschlands nicht länger. Churchill stimmte mit Eden darin überein, die Frage der Reparationen, an der die Sowjetunion nun offenbar vorrangig interessiert war, bevorzugt zu behandeln und bei den diesbezüglichen Gesprächen von der - wirtschaftlichen - Einheit Deutschlands auszugehen.⁴²² Es ist sicher in britischem Sinne gewesen, daß weder in der militärischen Kapitulationsurkunde vom 8. Mai 1945 noch in der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands" vom 5. Juni 1945 die Aufteilung Deutschlands erwähnt wurde.⁴²³

Man wird in London aufmerksam registriert haben, daß sich Stalin am Tag nach der deutschen Kapitulation mit mageren Worten von einer Aufteilung distanzierte: "Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerschneiden oder zu vernichten."⁴²⁴ Stalins vermutliches Kalkül von Jalta war aufgegangen: London war keinen Separatfrieden eingegangen, obwohl es eine entsprechende Initiative Himmlers gegeben hatte.⁴²⁵ In Jalta war bereits eine de-facto-Teilung Deutschlands erfolgt.⁴²⁶ Die Rote Armee stand an der Elbe, und es ging nur noch darum, daß die westlichen Armeen sich aus Sachsen und Thüringen zurückzogen. Die vollständige Kontrolle der sowjetischen Zone und die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses auf den Rest Deutschlands über den Kontrollrat wären der nächste Schritt. Sollte er mißlingen, blieb noch die Möglichkeit eines autonomen Vorgehens, was sich mit den Demontagen und der Rolle der Gruppe Ulbricht andeutete.⁴²⁷ Die "deutschnationale Karte", die der Kremlchef nicht zum ersten Mal ausspielte, konnte möglicherweise einen propagandistischen Vorteil gegenüber den Westmächten bedeuten.⁴²⁸

Gesetzt den Fall, die Internationalisierung des Ruhrgebietes stand weiterhin auf der Tagesordnung, war es daher sehr die Frage, welchen Nutzen Stalin aus einer weiteren

⁴²¹Siehe dazu ausführlich Gilbert, VII, S. 1228-1290.

⁴²²Woodward, BFP V, S. 232.

⁴²³Vgl. Kap. 1. 3.

⁴²⁴"Ansprache des Genossen J. W. Stalin an das Volk", 9. 5. 1945, Stalin, Krieg, S. 223.

⁴²⁵Dazu und zur Korrespondenz Churchills mit Truman und Stalin Churchill, Triumph and Tragedy, S. 465-468.

⁴²⁶So völlig zu Recht Meissner, Jalta, S. 26: "bereits vor der Kapitulation und lange vor der Potsdamer Gipfelkonferenz" habe Stalin "faktisch die erste Teilung Deutschlands" entlang der Oder-Neiße-Linie vollzogen. Ebenso B. Meissner, Die Potsdamer Konferenz, in: Ders. et al.: Das Potsdamer Abkommen. III. Teil: Rückblick nach 50 Jahren (Völkerrechtliche Abhandlungen Band 4/III. Teil), Wien 1996, S. 23.

⁴²⁷Vgl. dazu Leonhard, Revolution.

⁴²⁸Das vermutet Buttler, 36. Er geht allerdings recht weit mit seiner Einschätzung, im Juni 1945 sei Stalins Ziel, "die Westmächte aus der Mitte Europas herauszudrängen", erstmals als realistisch erschienen.

Aufgliederung Rest-Deutschlands ziehen konnte. Barg sie nicht die Gefahr, "daß die nicht unter sowjetischer Kontrolle stehenden Teile Deutschlands einen eigenständigen oder sogar von den Führungsmächten des Kapitalismus geleiteten und damit antisowjetischen Weg gingen"?⁴²⁹ Zumindest würde der sowjetische Einfluß in diesem Fall begrenzt sein. Diese Begrenzung war ja auch das Ziel des britischen Schatzkanzlers, der die beiden westlichen Besatzungszonen bereits Anfang 1945 zusammenfassen wollte. In einer Lage, in der die Hegemonialmacht Deutschland bezwungen war und die Flügelmächte Großbritannien und Sowjetunion - unterstützt von den USA - in der Mitte Europas aufeinandertrafen, wurde die Behandlung Deutschlands zum Feld und zum Prüfstein der weiteren Ausgestaltung der Mächtebeziehungen. Die jeweiligen Vorstellungen von der Nachkriegsordnung mußten zusammentreffen und sie konnten - was sich dann abzeichnete - zusammenprallen.

Im Foreign Office ging man nach dem Ende des Krieges zunächst nicht von einem Zusammenprall mit der Sowjetunion aus. Im Gegenteil erörterten die Planungsstäbe ganz auf ihrer bisherigen Linie Möglichkeiten, wie man die gemeinsame Kontrolle Deutschlands möglichst reibungslos umsetzen konnte. Daher war man in London nun vor allem mit der Frage beschäftigt, ob und wann eine deutsche Zentralverwaltung eingesetzt werden könnte. Die Vorstellung zur indirekten Kontrolle Deutschlands lautete, "daß die Last der Verwaltung auf deutschen Schultern ruhen sollte unter der allgemeinen Kontrolle der Alliierten".⁴³⁰ Der Premierminister habe zugestimmt, "so bald wie möglich eine Reihe deutscher Zentralbehörden oder Ministerien einzurichten, zum Beispiel für Fragen wie das Verkehrs- und Finanzwesen, die Versorgung usw."⁴³¹ In einem Anhang erschien eine Denkschrift des Oberbefehlshabers in der britischen Zone, Montgomery, mit dem Ziel, die deutsche Verwaltung sei "von unten nach oben" aufzubauen.⁴³² Ferner erörterte die Gesprächsunterlage, ob die Errichtung einer deutschen Zentralregierung vorteilhaft sei, und führte diesbezüglich eine Reihe von Vorteilen wie Nachteilen an. Eine deutsche Regierung würde es "schwieriger machen, Deutschland zu zerstückeln, separatistische Tendenzen zu unterstützen oder z. B. einen selbständigen Staat Rheinland zu errichten, falls wir das wollten".⁴³³ Die Denkschrift kam zu dem Schluß, es sei verfrüht, eine deutsche Regierung zu errichten; bis dahin könnten ein bis zwei Jahre vergehen. Was eine Aufteilung Deutschlands betraf, verwies das Papier auf die ablehnende Haltung Stalins und schlug vor, die Absicht der Verbündeten zu erkunden, ob sie "separatistische Tendenzen in ihren Zonen" ermuntern wollte.⁴³⁴ Diese Politik habe immer im Interesse der britischen Regierung gelegen. Doch klangen Troutbecks

⁴²⁹Marienfeld, Deutschlandproblem, S. 13.

⁴³⁰Gesprächsunterlage für die britische Delegation: Deutschland - Politische Fragen, DDP II/1, S. 361-367, Zit. S. 363. Im Original als Anhang zu einem Memorandum Troutbecks vom 10. 7. 1945, DBPO I/1, S. 134-137.

⁴³¹Der Aufbau der deutschen Verwaltung, Anlage A zur Gesprächsunterlage für die britische Delegation: Deutschland - Politische Fragen, DDP II/1, S. 366.

⁴³²Feldmarschall Montgomerys Vorschläge zum Aufbau der deutschen Verwaltung. Bericht des Vorsitzenden des Official Committee on Armistice Terms and Civil Administration, Sir Bovenschen, für Churchill, Anhang 2 zur Gesprächsunterlage für die britische Delegation: Deutschland - Politische Fragen, DDP II/1, S. 369.

⁴³³Der Aufbau der deutschen Verwaltung, Anlage A zur Gesprächsunterlage für die britische Delegation: Deutschland - Politische Fragen, DDP II/1, S. 367.

⁴³⁴Gesprächsunterlage für die britische Delegation: Deutschland - Politische Fragen, DDP II/1, S. 364.

Bemerkungen auffällig zurückhaltend, und eine Empfehlung, Deutschland aufzuteilen, ließ sich aus ihnen nicht ableiten.

Am 12. Juli antwortete Troutbeck auf eine Anfrage Außenminister Edens, warum das Foreign Office die Arbeit im Hinblick auf die Aufteilung Deutschlands eingestellt habe.⁴³⁵ Seiner Ansicht nach, schrieb Troutbeck, gebe es keine Existenzberechtigung mehr für das Dismemberment Committee. Eden kritisierte daraufhin, Churchill, "der in der Vergangenheit immer für die Zerstückelung eingetreten" sei, werde sich wegen des fehlenden Fortschritts der Untersuchungen "wahrscheinlich ziemlich beklagen".⁴³⁶

Bereits in Potsdam eingetroffen, reagierte Eden auf den Hinweis seines Staatssekretärs Cadogan, weder die USA noch die UdSSR hätten Vorschläge zur Aufteilung Deutschlands vorgelegt, mit den Worten: "Ich verstehe. Wir sollten dennoch versuchen, die Lage hier etwas zu klären, besonders im Hinblick darauf, ob mein Ausschuß in London arbeiten soll oder nicht."⁴³⁷ Eden meinte das "Dismemberment Committee", dessen Vorsitzender er offiziell war, das jedoch zuletzt am 11. April getagt hatte.⁴³⁸ Eine Klärung der Lage in Potsdam gelang insoweit, als die Frage der Zerstückelung Deutschlands nicht mehr eingehend erörtert wurde, und der britische Premierminister beklagte sich darüber auch nicht.

Auf der Konferenz von Potsdam spielte vielmehr die Formel von der wirtschaftlichen Einheit im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und finanziellen Behandlung Deutschlands eine Rolle. Auch dies ist ein Hinweis darauf, daß die wirtschaftlichen Fragen die im engeren Sinne politischen an Bedeutung übertrafen. Churchill suchte festzulegen, was mit dem Begriff "Deutschland" eigentlich gemeint sei. Er sei grundsätzlich einverstanden, wenn das Vorkriegsdeutschland gemeint sei.⁴³⁹ Die folgende Diskussion bestritten Stalin und Truman so gut wie alleine. Stalin willigte nur formal ein, das Deutschland von 1937 als "Ausgangspunkt" der Beratungen zu nehmen. Churchill stimmte dem zu, unterließ es aber, Stalins willkürlicher Interpretation, Deutschland sei nur noch "ein geographischer Begriff", Widerstand entgegenzusetzen und eine eigene Position zu formulieren. Auf diese Weise trug Churchill dazu bei, der de-facto-Teilung Deutschlands, die Stalin offenbar anstrebte, Vorschub zu leisten.

⁴³⁵Aufzeichnung Troutbecks, 12. 7. 1945, DDP II/1, S. 382-383.

⁴³⁶Vermerk Edens, 14. 7. 1945, DDP II/1, S. 383, Anm. 9.

⁴³⁷Eden an Cadogan, 18. 7. 1945, DDP II/1, S. 383, Anm. 9.

⁴³⁸Vgl. dazu Woodward, BFP V, S. 320 ff., ferner P. Mosely, Dismemberment of Germany. The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam, in: Foreign Affairs 28 (1949/50), S. 487-498, und DDP II/1, S. 53, Anm. 8. Als sich der britische Außenminister Bevin nach der Konferenz von Potsdam bei den beiden anderen Siegermächten erkundigte, ob noch ein Interesse an dem "Dismemberment Committee" bestehe, erhielt er als Antwort: "No need" (Foschepoth, Deutschlandpolitik, S. 693).

⁴³⁹2. Plenarsitzung, 18. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 214, britische Notizen, DDP II/1, S. 1238.

22. Die wirtschaftliche und finanzielle Behandlung Deutschlands in britischer Sicht

22. 1. Lernen aus Versailles? London, das Ausmaß der wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands und das Problem der Reparationen

Zur der Zeit, als Churchill mit Roosevelt zu den Beratungen über die Atlantik-Charta zusammentraf, machte er sich auch einige Gedanken über die künftige wirtschaftliche Rolle Deutschlands. Der britische Minister für wirtschaftliche Kriegführung, Hugh Dalton, hielt Churchills Eindrücke von der Atlantik-Konferenz in seinem Tagebuch fest und stellte die Unterschiede zur Deutschlandplanung im Ersten Weltkrieg heraus: Damals habe man viel von einem Krieg zur Beendigung des Krieges gesprochen und von einer allgemeinen Nachkriegsorganisation, die alle Teilnehmer zur Abrüstung verpflichtete. "On the other hand", schrieb Dalton, "we were full of ideas of making Germany pay enormous reparations and of impoverishing them by seizing their trade."⁴⁴⁰ Gegenwärtig, so Dalton, betrachtete man die Dinge jedoch in einem anderen Licht: man müsse Deutschland entwaffnen und dürfe ihm keinesfalls eine Perspektive bieten, nach einer gewissen Zeit eine Rüstungsparität erreichen zu können. "On the other hand", fuhr der Minister fort, "we now take the view that impoverished nations are bound to be bad neighbours, and we wish everyone to be prosperous, *including the Germans*. In short, our aim is to make Germany" - und hier zitierte Dalton Churchill - "fat, but impotent".⁴⁴¹

Natürlich standen diese beiden Begriffe in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander, denn die Frage lautete, ob sich in einer technisch hochentwickelten Wirtschaft die Möglichkeit zur Produktion von Rüstungsgütern gleichsam chirurgisch unterbinden ließ, inwieweit man also die in London später so genannte "economic security" vor Deutschland überhaupt mit dem Ziel wirtschaftlicher Prosperität Deutschlands verbinden konnte. Mit dem Begriff der wirtschaftlichen Sicherheit war folgendes gemeint: das Ausmaß von Reparationslieferungen und Demontagen hing davon ab, welchen Anteil der deutschen (Kriegs- und Rüstungs-) Industrie man glaubte, unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Sicherheit beschränken zu müssen. Kurz: je weitreichender die industrielle Abrüstung Deutschlands ("industrial disarmament"), desto größer die wirtschaftliche Sicherheit vor Deutschland.

Alles in allem war es eine bemerkenswerte Lehre, die der Premierminister zwei Jahre nach dem Beginn des Weltkrieges aus dem Versailler Vertrag zog. Churchill war nicht der Meinung, daß ein Frieden mit Deutschland in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht ein zerstörerisches Ausmaß annehmen durfte. Deutschland sollte in die Weltwirtschaft reintegriert werden - diesmal entmilitarisiert und nicht nur abgerüstet -, und es sollte seine Aktivität und Energie friedlich entfalten dürfen. In seiner Rundfunkrede im August 1941 über die Ergebnisse der Begegnung mit Roosevelt bekannte sich Churchill auch öffentlich zu diesem politischen Ansatz, indem er ihn der alliierten Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg gegenüberstellte.⁴⁴²

⁴⁴⁰Dalton Diary, 26. 8. 1941, DDP I/1, S. 450.

⁴⁴¹Ebda., Hervorh. von mir.

⁴⁴²Rundfunkrede Churchills, 24. 8. 1941, Churchill, Speeches, VI.

Dieser Grundhaltung des Premiers entsprach die Position, die Außenminister Eden im Dezember 1941 im Kreml einnahm. Auf Stalins Frage, wie Großbritannien über Reparationen für den Schaden denke, den Deutschland verursacht habe, antwortete Eden, London halte nach den schlechten Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg nichts von Barzahlungen. Eden fügte jedoch hinzu, "the restitution of goods taken away by Germany from occupied territories" sei "an altogether different matter".⁴⁴³ Mit diesen zurückhaltenden Worten war der britische Generalaß für die vielstimmigen Reparationsverhandlungen in den folgenden Jahren angeklungen.

Wie in Teil 1 dargestellt, war der britische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz 1919 zum prominentesten Kritiker alliierter Reparationspolitik geworden. Keynes, der von den finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages schlimme Konsequenzen für die wirtschaftliche Gesundung Europas befürchtet hatte, hatte sich im Nachhinein als ein Prophet erwiesen. Durch die Erfahrung mit dem unlösbaren Reparationsproblem in der kriegsgeschüttelten Zwischenkriegszeit war die britische Führungselite Whitehalls in höchstem Maße sensibilisiert worden.⁴⁴⁴

Keynes hatte unterdessen seine wirtschaftspolitischen Ansichten keineswegs geändert. Es fügte sich, daß der Professor in den vierziger Jahren erneut zum Berater der Treasury wurde und seinen Kollegen bereits im Herbst 1941 einen Fragenkatalog unterbreitete, der sich mit Grundsätzen einer finanziellen und wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands nach dem Krieg beschäftigte. Lord Keynes' wichtigster Punkt war, daß man sich im Unterschied zu 1919 wohl darauf einigen könne, auf Reparationen in bar zu verzichten und sich auf Restitutionen und Reparationen in Form von Warenlieferungen zu beschränken.⁴⁴⁵ Eine wichtige Frage war auch, ob zwischen der wirtschaftlichen Behandlung der Sieger und der Besiegten ein Unterschied getroffen werden solle. Keynes stellte die Überlegung an, ob nicht eine Begrenzung von Kontributionen auf einen Zeitraum von 5 Jahren sinnvoll sei.⁴⁴⁶

Im Herbst 1942 begannen die Planungsstäbe in London mit entsprechenden Vorbereitungen. Keynes wurde zum impulsgebenden Mitglied einer interdisziplinären Kommission, die seit dem 18. November 1942 das Verhältnis von Reparationen und wirtschaftlicher Sicherheit vor Deutschland untersuchte. Dieser Ausschuß wurde nach seinem Vorsitzenden, dem Rechtsberater des Foreign Office, als "Malkin-Committee" bekannt.⁴⁴⁷

⁴⁴³Unterredung Eden-Stalin, 16. 12. 1941, DDP I/3, S. 595, vgl. Eden, Reckoning, S. 290.

⁴⁴⁴Kettenacker, Krieg, S. 394 ff., auch für das Folgende; und Lentin, passim. Zur Reparationsfrage auch P. Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973; Ders., Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung, in: VfZ 29 (1981), S. 21-47.

⁴⁴⁵Keynes an Lord Catto, 19. 9. 1941, J. M. Keynes, Collected Writings, Vol. 26: Shaping the Postwar World. Bretton Woods and Reparations. Activities 1941-1946, London 1980, S. 330; Fragekatalog Keynes, "Reparations", undat., September-Oktober 1941, ebda., S. 331. Keynes hatte bereits im Januar 1941 seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen in einem Memorandum vorgetragen (Keynes, Collected Writings, Vol. 25: Shaping the Postwar World: the Clearing Union, London 1980, S. 10 ff.). Vgl. Tyrell, Großbritannien, S. 34, 174-183.

⁴⁴⁶"Reparations", undat., September-Oktober 1941, Keynes, Writings, 26, S. 331-333.

⁴⁴⁷Siehe dazu Cairncross, S. 17 ff., E. F. Penrose, Economic Planning for the Peace, Princeton 1953, S. 217 ff.

Der im August 1943 vorliegende Abschlußbericht, Malkin-Report genannt, plädierte für eine maßvolle, stimmige Reparationspolitik. Zur Argumentationsgrundlage hieß es einleitend, die Versailler Friedensstifter hätten die Illusion verfolgt, alle Ansprüche gegen Deutschland seien zu erfüllen. Beinahe süffisant fuhr der Bericht fort, angesichts der zurückliegenden Erfahrungen betrachte sich der Ausschuß als "excused from a similar task".⁴⁴⁸ Eine konkrete Reparationssumme wurde im Malkin-Bericht nicht genannt. Sachleistungen sollten ganz im Vordergrund stehen und vorwiegend aus der Produktivität der deutschen Wirtschaft entnommen werden. Die Reparationslieferungen sollten nicht länger als fünf Jahre dauern und dem besiegten Land genügend Mittel belassen, um seine notwendigen Einfuhren bezahlen zu können. Eine interalliierte Wiederaufbaukommission hätte Einzelheiten auszuarbeiten.

Im Interesse der wirtschaftlichen Sicherheit, so die Empfehlungen des Malkin-Committee, sollten bestimmte Zweige der deutschen Wirtschaft kontrolliert werden, zum Beispiel Einfuhren rüstungswichtiger Rohstoffe. Solange die Entmilitarisierungsbestimmungen in Kraft blieben, sollte Deutschland sich mit einem Beitrag aus seinem voraussichtlichen Handelsbilanzüberschuß an den alliierten Kosten der zukünftigen Friedenswahrung beteiligen. Doch eine "total de-industrialisation of Germany", erklärte Keynes in der Kurzfassung seines Konzeptes für das State Department in Washington, sei aufgrund der Atlantik-Charta eindeutig ausgeschlossen.⁴⁴⁹ Auch seien Maßnahmen wirtschaftlicher Sicherheit kein Ersatz für ein politisches und militärisches Vorgehen. Ein knappes Jahr vor der Initiative von US-Finanzminister Morgenthau⁴⁵⁰ verwarf der weitsichtige Keynes damit einen in wirtschaftlicher Hinsicht karthagischen Frieden. Allerdings konnte der Malkin-Bericht mangels ausgearbeiteter Pläne in London, Washington und Moskau mögliche Maßnahmen wie deutsche Gebietsverluste oder gar eine Aufteilung des Landes nicht in seine Arbeit mit einbeziehen. Diesbezügliche Entscheidungen mußten sich auf Reparationen und Wirtschaftskontrollen auswirken.

Der Grundgedanke des Malkin-Berichts bestand in der Verflechtung der europäischen bzw. Weltwirtschaft. Er stellt ein bemerkenswertes Beispiel dar, wie man in London in einem wichtigen politischen Teilbereich aus den Fehlern des letzten Friedensschlusses lernen wollte, mit der Einschränkung, daß dies zunächst für die Expertenebene galt. Durchaus zutreffend ist dabei die Einschätzung, man habe Deutschland als einen "vom Bankrott bedrohte[n] Konzern" gesehen, "den man im Interesse seiner Gläubiger sanieren mußte".⁴⁵¹ Im Kriegskabinett gab es freilich nicht nur ungeteilte Zustimmung zu dem Malkin-Bericht; um die Option einer weiterreichenden Wirtschaftskontrolle, als von Keynes empfohlen, aufrechtzuerhalten, wurde vor der Moskauer Außenministerkonferenz folgende Richtlinie beschlossen: "Imposition on Germany of some form of international control of her industry and economic life".⁴⁵²

⁴⁴⁸"Recommendations of the Interdepartmental Committee on Reparation and Economic Security", 31. 8. 1943, unveröff., die von Keynes angefertigte und in Washington vorgestellte kürzere Fassung findet sich in Keynes, Writings, 26, S. 348-373; auch in DDP I/4, S. 567-580, Zit. hier S. 569. Vgl. Kettenacker, Krieg, S. 394-409.

⁴⁴⁹Aufzeichnung über eine Besprechung im State Department mit Prof. Keynes, 28. 9. 1943, DDP I/4, S. 567.

⁴⁵⁰Vgl. Kap. 4. 2. und Teil 4, Kap. 4. 2.

⁴⁵¹Kettenacker, Krieg, S. 401.

⁴⁵²Kriegskabinett, 5. 10. 1943, zit. n. Kettenacker, Krieg, S. 407.

Noch während die Untersuchungen des Malkin Committee andauerten, kam Churchill in seinen Gedanken über die Reparationsfrage zu dem Schluß, "it is not possible to make the vanquished pay for war as it was tried last time". Gemeint war erneut die Pariser Friedenskonferenz. Aus diesem Grund werde die Aufgabe, ein zerstörtes, hungernes Europa wiederaufzubauen, von den Siegern erhebliche Anstrengungen erfordern. Nachdem Churchill diese Bedenken vorweggeschickt hatte, ging er auf die Bedürfnisse der Sowjetunion ein: "Russia particularly which has suffered such a horrible devastation will be aided in every possible way in her work of restoring the economic life of her people."⁴⁵³ Moskaus reparationspolitische Forderungen hatten sich bereits während der Verhandlungen zum britisch-sowjetischen Bündnis abgezeichnet. Der Premier führte nun nicht genau aus, welche Art von Wiederaufbauhilfe er meinte, doch vermutlich wird er materielle Unterstützung wie Warenlieferungen gemeint haben, möglicherweise auch Demontagen.

Etwas konkreter wurde Churchill, als er im Oktober 1944 im Kreml konferierte. Er sagte dem sowjetischen Herrscher, die zerstörten russischen Fabriken müßten ersetzt werden. Die Deutschen, vor allem die Mitglieder der Gestapo, sollten nach Kriegsende zur zwangsweisen Wiederaufbau-Arbeit in den zerstörten Ländern herangezogen werden.⁴⁵⁴ Ähnlich hatte sich Churchill einen Monat zuvor im Gespräch mit Roosevelt geäußert: das britische Volk verlange eine "tough policy against the German". Der deutsche Arbeiter solle sich mit seiner Arbeit ein ehrenwertes Leben verdienen, aber nicht mehr.⁴⁵⁵ Es zeichnete sich 1944 also eine verhärtete Haltung Churchills ab.

Im Zusammenhang mit Demontagen stellte sich nun die Frage, bis zu welchem Ausmaß Deutschland eigentlich "fat" sein dürfe, was Churchill 1941 in Aussicht gestellt hatte. Die Überlegung, inwieweit man das Reich nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch wirtschaftlich entmilitarisieren müsse, gewann - nicht zuletzt aufgrund der Intervention Morgenthau (s. u.) - an Bedeutung, ebenso der Zusammenhang der Wirtschafts- und Reparationspolitik. Churchill selbst bemerkte in Teheran gegenüber Stalin, die Sieger müßten diejenigen Industriezweige, die sie Deutschland belassen würden, konstant überwachen.⁴⁵⁶

Das Armistice and Post-War Committee, der Kabinettsausschuß unter Vorsitz Attlee, billigte den Malkin-Bericht ein Jahr nach seiner Erstellung, im August 1944. Außerdem beriet man über eine Vorlage des Planungsstabes Wirtschaft und Industrie (Economic and Industrial Planning Staff, EIPS). Im Januar 1944 vom Foreign Office eingesetzt, hatte der EIPS unter Leitung Mark Turners "Richtlinien für den alliierten Oberbefehlshaber auszuarbeiten, die eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in ganz Deutschland garantierten".⁴⁵⁷ Mit Blick auf die wirtschaftlichen Richtlinien britischer Deutschlandpolitik arbeitete der Planungsstab das Dilemma zwischen ökonomischer Sicherheit und der Reparationspolitik heraus. Einerseits wolle man, so hieß es, die zur Kriegsvorbereitung taugliche deutsche Industrie kontrollieren oder sogar eliminieren, andererseits auch Reparationen sichern. Der Bericht empfahl, "to strike a balance between the value of our restrictive economic measures from the point of view of security and the im-

⁴⁵³"Morning Thoughts. Note on Post-War Security", 2. 3. 1943, Correspondence, II, S. 129.

⁴⁵⁴Unterredung Churchill-Stalin, 9. 10. 1944, britische Notizen, Kimball, Swords, Doc. 28, S. 135-136; Gilbert, VII, S. 995.

⁴⁵⁵1. Plenarsitzung der Konferenz von Quebec, 13. 9. 1944, Gilbert, VII, S. 961.

⁴⁵⁶"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 511, vgl. Woodward, BFP V, S. 78.

⁴⁵⁷Kettenacker, Krieg, S. 411.

portance of the contribution which German industry could make to the rehabilitation of Europe and to world prosperity".⁴⁵⁸

Außenminister Eden teilte die im EIPS-Bericht geäußerte Ansicht, man könne Reparationen nicht getrennt von wirtschaftlicher Sicherheit vor Deutschland oder den britischen Handelsinteressen betrachten. Mit anderen Worten, der vorliegende Bericht hatte deutlicher, als es in den Empfehlungen des Malkin-Committee der Fall war, die britischen Wirtschaftsinteressen im Auge. Die Mitglieder des APW-Ausschusses beschäftigten sich im August 1944 mit dem Zielkonflikt, ob man ein hochindustrialisiertes oder ein industriell verkrüppeltes Deutschland anstrebe, und kamen zu dem Schluß, daß lediglich ein kleiner Anteil der potentiellen Kriegsindustrie eliminiert werden solle.⁴⁵⁹ Die Maßnahmen zur Sicherheit vor Deutschland beschränkten sich demnach nicht auf die Entmilitarisierung im engeren Sinne, sondern erstreckten sich zusätzlich auf einen Teil der deutschen Industriekapazität. Eine Besatzungszeit von zehn Jahren - gegenüber fünf laut dem Malkin-Report - wurde nunmehr für wünschenswert gehalten.

22. 2. Die Ausschaltung Deutschlands als Industriemacht? Die britische Reaktion auf den Morgenthau-Plan

Die britische Meinungsbildung wurde mit Bekanntwerden des Morgenthau-Plans auf eine nicht unerhebliche Weise durcheinandergebracht. Premierminister Churchill erhielt bei seiner Quebecer Zusammenkunft mit Präsident Roosevelt im September 1944 Kenntnis von dem Plan des US-Finanzministers. Morgenthau versprach sich von der weitgehenden Deindustrialisierung Deutschlands eine Stärkung der britischen Wirtschaft und wollte den Briten die Annahme seines Plans mit dem - zunächst unabhängig davon geplanten - Angebot eines 6, 5 Milliarden Dollar-Kredits noch schmackhafter machen.

Morgenthaus Skepsis bezüglich Churchills Reaktion - "It will be tough sledding with Churchill" - schien sich zunächst zu bewahrheiten.⁴⁶⁰ Churchill reagierte mit einem Tobsuchtsanfall. Wie der US-Finanzminister entsetzt notierte, habe er den britischen Regierungschef "nie aufgebracht und bissiger erlebt als an jenem Abend". Churchill habe ihn "mit einer Flut von Sarkasmen" "überschüttet[.]": der Plan des US-Finanzministeriums "würde England an einen Leichnam ketten". Churchill, so das Ende von Morgenthaus Schilderung, "lag ausgestreckt in seinem Stuhl. Seine Worte waren beißend, sein Redefluß unaufhörlich, seine Art erbarmungslos. Nie in meinem Leben hat man mich mit Worten so fertiggemacht."⁴⁶¹ Churchill fand den Plan "unnatural, unchristian, and unnecessary".⁴⁶² Churchills Arzt Moran bestätigt die "instinktive Abnei-

⁴⁵⁸"Report by the EIPS on Issues Affecting the Economic Obligations to be imposed on Germany", 15. 8. 1944, dem APW-Committee am 26. 8. vorgelegt; Woodward, BFP V, S. 216; Cairncross, S. 49-52.

⁴⁵⁹15. Sitzung des APW-Committee, 31. 8. 1944, Woodward, BFP V, S. 217; vgl. Cairncross, S. 53; Tyrell, Großbritannien, S. 494-498.

⁴⁶⁰Blum, Morgenthau-Diaries, S. 355. Nicht in der deutschen Übersetzung. Vgl. Teil 4, Kap. 4. 2.

⁴⁶¹Morgenthau Tagebuch, undat., Blum, Deutschland Deutschland ein Ackerland? Morgenthau und die amerikanische Kriegszielpolitik 1941-1945. Aus den Morgenthau-Tagebüchern (engl.: From the Morgenthau Diaries. Years of War 1941-1945, Boston 1967), S. 237.

⁴⁶²So das Memorandum von Harry D. White, dem wichtigsten Mitarbeiter Morgenthaus, 25. 9. 1944, über das Roosevelt-Churchill Dinner Meeting am 13. 9., FRUS, Quebec, 1944, S. 326.

gung" und "Gefühlsreaktion" des Premiers gegen den Plan: "Er haßt Grausamkeiten, und der Gedanke, ein großes Volk verhungern zu lassen, empörte ihn."⁴⁶³

Erstaunlicherweise hatte sich Churchills Haltung am nächsten Tag, dem 14. September, gewandelt; er zog nunmehr in Betracht, den Plan zu unterstützen.⁴⁶⁴ Offensichtlich hatte Churchills Stabschef, der deutschstämmige Wirtschafts- und Finanzexperte Lindemann alias Lord Cherwell, seinen Einfluß geltend gemacht. Morgenthau hatte Cherwell von den Vorzügen seines Planes überzeugt, mit dem Argument, auf diese Weise werde die deutsche Konkurrenz in der Eisen- und Stahlindustrie ausgeschaltet.⁴⁶⁵ Churchill selbst war in dem Bewußtsein nach Quebec gekommen, daß Großbritannien zahlungsunfähig war. Morgenthau stellte Cherwell nun vor die Alternative: "Do you want a strong Germany and a weak England or a weak Germany and a strong England?"⁴⁶⁶ Wie Cherwell Moran wissen ließ, habe er Churchill erklärt, der Plan würde Großbritannien vor dem Bankrott retten, indem ein gefährlicher Konkurrent ausgeschaltet würde. Jemand müsse für den Krieg büßen, und es sei sicher gerecht, daß Deutschland und nicht Großbritannien die Rechnung bezahle. Churchill, fuhr Cherwell fort, habe die Sache aus dieser Warte nicht betrachtet, und habe daraufhin nicht mehr von einer grausamen Drohung gegen das deutsche Volk gesprochen.⁴⁶⁷

Eine Denkschrift Cherwells ist die Hauptquelle des entscheidenden Treffens zwischen Roosevelt, Morgenthau und Churchill am 14. September. Cherwells Darlegungen während dieses Treffens gaben Morgenthaus Konzept wieder, wandelten es aber in einigen wichtigen Aspekten ab.⁴⁶⁸ Cherwell sprach nicht von einer völligen Ausschaltung der Industrie an Ruhr, Rhein und Saar, wie es Morgenthau im Sinn gehabt hatte. In erster Linie sollte das Ruhrgebiet internationaler Kontrolle unterstellt werden. Diese Kontrollleinrichtungen hätten zu entscheiden, *ob, wann und bis zu welchem Grad* die Schwerindustrie wieder aufgebaut werden dürfe. Würde Deutschland die Produktion von Stahl *in großem Ausmaß* sowie von bestimmten Chemikalien und elektrischer Ausrüstung untersagt, sei die Herstellung von Waffen für moderne Kriegsführung unmöglich.⁴⁶⁹ Wichtig an diesen Bemerkungen waren zweifellos die Einschränkungen. Wie Cherwell darlegte, würden die deutschen Exporte reduziert, aber die Deutschen nicht verhungern. Ihr Lebensstandard wäre sogar höher als zuletzt unter den Nationalsozialisten, wenn auch nicht so hoch wie vor 1933. Es erscheine nicht als nachteilig, wenn die betreffenden deutschen Exportmärkte an Großbritannien und die Vereinigten Staaten fielen.⁴⁷⁰

Churchill gab daraufhin zu bedenken, auch Rußland werde auf der Übergabe deutscher Industrieausrüstung bestehen. Immer noch zurückhaltend, ergänzte der Premier, er sei

⁴⁶³Tagebuch Moran, 13. 9. 1944, Moran, Churchill, S. 200.

⁴⁶⁴Roosevelt-Churchill-Meeting, 15. 9. 1944, Morgenthau Diary, FRUS, Quebec, 1944, S. 360-362.

⁴⁶⁵Blum, Deutschland, S. 237. Ähnlich Woodward in, BFP V, S. 224, Anm. 2. Hull, II, S. 1615, berichtet, Morgenthau habe ihm in einem Gespräch am 20. 9. 1944 gesagt, er selbst habe Cherwell überzeugt.

⁴⁶⁶Unterredung Morgenthau-Cherwell, 14. 9. 1944, Memorandum Whites, undat., FRUS, Quebec, 1944, S. 328-330, Zit. 330.

⁴⁶⁷Tagebuch Moran über eine Unterredung mit Lord Cherwell, 13. 9. 1944, Churchill, S. 200. Ähnlich Eden, Reckoning, S. 476.

⁴⁶⁸Das scheint auch Morgenthau selbst so gesehen zu haben, zu seiner Unterredung mit Cherwell am 15. 9. siehe das undat. Memorandum Whites, FRUS, Quebec, 1944, S. 259-360.

⁴⁶⁹"Memorandum by the British Paymaster-General (Cherwell)", 14. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 343; Hervorh. im engl. Orig..

⁴⁷⁰Zu den deutsch-britischen Handelbeziehungen vor Ausbruch des 2. Weltkriegs Wendt, Economic Appeasement, S. 298 ff..

nun "converted to the idea that we should explore this line of approach" und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die auszuarbeitenden Empfehlungen auch die Billigung der Vereinten Nationen fänden.⁴⁷¹

Einen Entwurf zum Thema, den Morgenthau und Cherwell formulierten und tags darauf vorlegten, lehnte Churchill allerdings ab. Wohl in der Sorge, in einer so sensiblen Frage das Heft nicht aus der Hand zu geben, bestand der Premier darauf, selbst das Memorandum zu diktieren, welches seine und Roosevelts Zustimmung zu dem abgewandelten Plan Morgenthaus festhielt. Churchills Text konkretisierte die kürzere Vorlage Morgenthaus und Cherwells; er sprach nicht von der Zerstörung jeglicher deutschen Industrie, sondern erwähnte nur die metallurgische, die chemische und die Elektroindustrie. Am Ende der Erklärung hieß es im Unterschied zu der US-Vorlage, Deutschland solle "*largely an agricultural country*" werden: "This programme for eliminating the war-making industries in the Ruhr and in the Saar is looking forward to converting Germany into a *country primarily agricultural and pastoral in its character*."⁴⁷² In den relativierenden Wörtern "größtenteils" und "vorwiegend" war die Entwicklung einer deutschen Industrie bis zu einem bestimmten Grad nicht ausgeschlossen.

Allerdings gerieten laut Morgenthaus Bericht Churchill und Eden vor den Augen der Amerikaner in eine Auseinandersetzung. Eden habe den Plan schockiert abgelehnt. Churchills Hauptargument, so Morgenthau, sei die Stärkung des britischen Exports gewesen. Er habe Eden entgegengehalten: "Immerhin geht es ja um die Zukunft unseres Volkes. Wenn ich zwischen unserem Volk und dem deutschen Volk wählen soll, denke ich zuerst an unser Volk."⁴⁷³ Eden schreibt dazu in seinen Erinnerungen: "This was the only occasion I can remember when the Prime Minister showed impatience with my views before foreign representatives. He resented my criticism of something which he and the President had approved, not I am sure on his account, but on the President's."⁴⁷⁴ Eden glaubte, Churchill sei von den Amerikanern zu dem drastischen Vorgehen überredet worden, und er erklärte dem Regierungschef, das britische Kabinett werde dem Konzept niemals zustimmen.⁴⁷⁵

Diese bedeutsamen Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung hatten das Vorspiel, daß Eden und das Foreign Office bereits vor der Konferenz von Quebec von Morgenthaus Vorstoß erfahren hatten. Eden hatte daraufhin eine - von der Mehrheit des Kriegskabinetts unterstützte - Botschaft an Churchill verfaßt, die diesen vor Abflug nach Quebec nicht mehr erreicht hatte. Darin hieß es, eine Politik, die zum Chaos führe, sei nicht hart, sondern ineffizient. Das Foreign Office befürworte keine milde Deutschlandpolitik, sondern sei im Gegenteil an einer "adequate contribution from Germany for the reconstruction of Europe" interessiert. Dieser Beitrag werde aber unmöglich gemacht,

⁴⁷¹Memorandum Cherwells, 14. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 344.

⁴⁷²"Treatment of Germany. Memorandum Initialed by President Roosevelt and Prime Minister Churchill", 15. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 466-467; vgl. den Entwurf von Morgenthau und Cherwell, 15. 9., ebda., S. 390; zum Treffen selbst das Tagebuch Morgenthaus, 15. 9., ebda., S. 360-362. Siehe auch Woodward, BFP V, S. 225. Der ursprüngliche, detaillierte Plan Morgenthaus: "Suggested Post-Surrender Program for Germany" und "Program to Prevent Germany from Starting a World War III", findet sich in Kimball, Swords, Doc. 15 u. 16, S. 101-108.

⁴⁷³Tagebuch Morgenthau, undatiert, Blum, Deutschland, S. 238.

⁴⁷⁴Eden, Reckoning, S. 476.

⁴⁷⁵Colville, Churchills früherer Sekretär, im März 1986 an M. Gilbert, Gilbert, VII, S. 965.

wenn Morgenthau Linie sich durchsetze.⁴⁷⁶ Noch aus Quebec erklärte Churchill dem Kriegskabinet, er habe sich erst gegen den Morgenthau-Plan ausgesprochen, doch sei für ihn das Argument, die Rüstungsindustrie auszuschalten, "decisive and the beneficial consequences to us follow naturally".⁴⁷⁷

In seinen Erinnerungen rechtfertigt Churchill seinen Quebecer Meinungswandel damit, Roosevelt und Morgenthau, auf deren Hilfe Großbritannien so sehr angewiesen sei, hätten ihn bedrängt.⁴⁷⁸ Damit deutet Churchill an, Washington habe seine Akzeptanz des Morgenthau-Plans und die Weiterführung der Leih- und Pacht-Hilfe in Kreditform bis zum Ende des Krieges gegen Japan als ein *quid pro quo* gesehen - wie Cordell Hull dies in seinen Memoiren behauptet.⁴⁷⁹ Legt man die amerikanische Veröffentlichung der Quebecer Konferenzdokumente zugrunde, kann man für ein solches *quid pro quo* keinen Anhalt finden, wie der britische Historiker Woodward zu Recht betont.⁴⁸⁰ Churchill mag einen solchen Zusammenhang, wenn überhaupt, indirekt empfunden haben, aber es ist doch sehr fraglich, daß er allein aus einer solchen "Zwangslage" heraus gehandelt hat.⁴⁸¹ Zweifelhaft ist ebenfalls das taktische Argument, Churchill habe nur deshalb zugestimmt, weil er die Chancen, den Plan zu realisieren, als gering einschätzte.⁴⁸² Denn die Vorteile einer finanziellen Stabilisierung Großbritanniens lagen ebenso auf der Hand wie die Ausschaltung des wirtschaftlichen Konkurrenten Deutschland, dessen Exportmärkte Großbritannien würde übernehmen können - beides wohl die wichtigsten Aspekte.

Churchills Formulierung der gemeinsamen Erklärung mit Roosevelt legte andererseits nahe, daß der taktisch ja keineswegs naive Premier glaubte, die Demontage der Rüstungsindustrie auf einige - für die Sicherheit vor Deutschland und die britische Exportwirtschaft gleichermaßen wichtige - Schlüsselbereiche einschränken und Deutschland auf diese Weise eine genügende industrielle Ausstattung bewahren zu können.⁴⁸³

⁴⁷⁶Telegramm des Foreign Office, 14. 9. 1944, Woodward, BFP V, S. 223, Auszüge bei Kimball, Swords, S. 120 f. und bei Kettenacker, Krieg, S. 425.

⁴⁷⁷Churchill an das Kriegskabinet, 15. 9. 1944, Gilbert, VII, S. 962.

⁴⁷⁸Churchill, *Triumph and Tragedy*, S. 138-139. Churchill handelt den Plan in seinen Erinnerungen auf etwa einer Seite ab; ebenso Eden, *Reckoning*, S. 476.

⁴⁷⁹Von einem "*quid pro quo* with which the Secretary of the Treasury was able to get Mr. Churchill's adherence to his cataclysmic plan for Germany" sprach US-Außenminister Hull, *Memoirs*, II, S. 1613-1614. Vgl. H. Feis, *Churchill, Roosevelt, Stalin. The War they waged, the Peace they sought*, Princeton 1957, S. 371.

⁴⁸⁰Vgl. FRUS, Quebec, 1944, S. 328 ff., 468; Woodward, BFP V, S. 225, Anm. 1. Auch Tyrell, Großbritannien, S. 506 ff., hält einen Handel in dieser Form für ausgeschlossen.

⁴⁸¹So Moltmann, *Deutschlandpolitik*, S. 129. Berechtigt hingegen sicherlich seine Einschätzung: "Bindende Abreden oder konkrete Durchführungsbestimmungen" enthalte das Dokument nicht (S. 130).

⁴⁸²So J. Wheeler-Bennett/A. Nicholls, *The Semblance of Peace. The Political Settlement after the Second World War*, London 1972, S. 181-182. Kettenacker, *Krieg*, S. 427 f., meint mit ähnlicher Zielrichtung, bereits die Kriegszerstörungen und die geplanten Reparationen hätten die Wirtschaftskraft des Ruhrgebiets voraussichtlich empfindlich geschwächt, bevor Demontagen überhaupt hätten einsetzen können. Ferner habe Washington das Zugeständnis gemacht, den Briten nunmehr die Nordwest-Zone zur Besetzung zu überlassen (das gibt auch Feis, *Churchill, Roosevelt, Stalin*, S. 371, zu bedenken). Schließlich habe man in London auch erwogen, die amerikanischen Interessen gegen die französischen Interessen an einer intensiven Ausbeutung des Ruhrgebietes auszuspielen.

⁴⁸³Wie Lord Moran berichtet (Moran, *Churchill*, S. 204-205), habe der Premier, anders als Roosevelt, den Morgenthau-Plan nicht als einen Fehler angesehen und sich auch nicht wie dieser "zerknirscht" davon distanziert. Er erklärt das mit Churchills psychischer Schwierigkeit, mit Fehlern leben zu können, und er hält Churchills Erinnerungen hinsichtlich des Morgenthau-Plans für nicht ganz aufrichtig.

Unter diesem Aspekt kann man seine Formulierung - "primarily agricultural and pastoral in its character" statt "largely agricultural country" - durchaus interpretieren.

Kann hier keine endgültige Antwort gegeben werden, ist doch auffällig, wie entschlossen Churchill bei seinen anschließenden Beratungen im Kreml für harte Bedingungen gegenüber Deutschland eintrat. Er erwiderte auf Stalins Bemerkung, die deutsche Schwerindustrie müsse auf ein Minimum reduziert werden, dies müsse auch für die elektrische und die chemische Industrie gelten - wie es in Quebecer vorgesehen war. Auf die direkte Frage Molotows nach dem Plan Morgenthau antwortete Churchill zunächst ausweichend.⁴⁸⁴ Am Ende des Treffens wurde der britische Premier deutlicher: "He would not trust Germany with the development of her metallurgy, chemical or electrical industries. He would stop those altogether for as long as he had a word to say, and he hoped for a generation at least."⁴⁸⁵

Dies klang tatsächlich so entschieden, als hätte Morgenthau selbst gesprochen. Churchill verwies darauf, nach dem Ersten Weltkrieg seien Rathenau und Brüning unabhängig von den Deutschland auferlegten Rüstungsbeschränkungen der Ansicht gewesen, Rüstungsgüter könnten in jeder Fabrik hergestellt werden. Erst Hitler habe dies in die Tat umgesetzt. Der Premierminister folgerte: "Industrial disarmament was the important thing." Es ist schwer zu sagen, ob Churchill diese Äußerungen taktisch meinte, da auch der US-Botschafter in Moskau, Harriman, auf Wunsch Roosevelts bei der Unterredung zugegen war. Jedenfalls betonte Churchill Roosevelts Zustimmung zum Morgenthau-Plan. Und schließlich wies er auf die Finanznöte Großbritanniens als nunmehr größter Schuldnation hin und auf das Interesse, die Lücke zu füllen, die Deutschland hinterlasse: "This was only justice."

Churchill, das soll hier festgehalten werden, gab den Kern der Argumentation Morgenthau wieder, betonte, um seine Formel von Placentia Bay aufzugreifen, das "impotent" vor dem "fat". Es muß offengelassen werden, ob für den Premier taktische Argumente (mit Blick auf Washington *und* auf Moskau) und/oder die Einsicht in den immer begrenzteren Handlungsspielraum des verschuldeten, überdehnten Empire ausschlaggebend gewesen sind. Immerhin sagte Churchill privat zu Eden, der eine Internationalisierung der Gebiete an Ruhr und Saar befürwortete: "Wenn man die Ruhr versteppen ließe, würde unser Handel natürlich den Vorteil haben."⁴⁸⁶

Der Premierminister hatte sich im Herbst 1944 mit Blick auf einen entscheidenden Teil der britischen Deutschlandplanung ziemlich weitgehend verpflichtet, ohne daß das Problem einer so drastischen wirtschaftlichen Abrüstung Deutschlands in den Expertenstäben und im Kriegskabinetts erschöpfend beraten worden wäre. Auch der US Finanzminister selbst versuchte noch, Einfluß auf den britischen Entscheidungsprozeß zu nehmen; John Maynard Keynes erhielt im Oktober eine Kopie des Morgenthau-Planes, die der britische Finanzminister Sir Anderson zur Kenntnis nehmen sollte.⁴⁸⁷ Keynes, augenscheinlich nicht darüber informiert, daß Churchill den Plan in den Grundzügen gebilligt

⁴⁸⁴Unterredung Churchill-Stalin, 9. Oktober 1944, britische Notizen, Kimball, Swords, Doc. 28, S. 135 f., und teilweise bei Gilbert, VII, S. 995.

⁴⁸⁵Unterredung Churchill-Stalin, 17. Oktober 1944, britische Notizen, Kimball, Swords, Doc. 28, S. 138-139, teilw. bei Gilbert, VII, S. 1025. Das folg. Zit. ebda.

⁴⁸⁶Tagebuch Moran, 9. 10. 1944, Moran, Churchill, S. 217.

⁴⁸⁷"Program to Prevent Germany from Starting a World War III", in Morgenthau an Keynes, 5. 10. 1944, Keynes, Writings, 26, S. 375-379.

hatte, schrieb an Anderson, Morgenthau biete einige interessante Vorschläge wie den Verzicht auf Reparationen in Geldform - eine Politik, die ja Keynes selbst seit langem vertrat. Auch den Plan einer Aufspaltung Deutschlands in drei Teile hielt Keynes für sehr erwägenswert⁴⁸⁸; in den britischen Planungsstäben wurde ohnehin parallel über ein "dismemberment" beraten. Keynes hielt freilich den umstrittenen Paragraphen 4, der die Deindustrialisierung des Ruhrgebietes vorsah, für den schwächsten Teil des Programms, für unpraktisch, ja absurd.⁴⁸⁹ Sowohl der APW-Ausschuß als auch das Kriegskabinett hielten dann allerdings in ihren Beratungen Ende 1944 den Morgenthau-Plan wie auch die - davon abweichende - Quebecer Übereinkunft für problematisch und unzweckmäßig.⁴⁹⁰

Churchill schrieb im Januar 1945 an Eden, es sei zu früh, so große Fragen wie die Behandlung Deutschlands nach dem Krieg zu entscheiden. Ob man in Jalta weiterkommen werde, sei möglich, aber zweifelhaft. Er ziehe es vor, sich auf die praktischen Probleme der nächsten zwei bis drei Jahre zu konzentrieren, statt über die langfristige Beziehung Deutschlands zu Europa zu debattieren. Es sei falsch, schloß der Regierungschef, "to try to write out on little pieces of paper what the vast emotions of an outraged and quivering world will be, either immediately after the struggle is over, or when the inevitable cold fit follows the hot. ... There is therefore wisdom in reserving one's decisions as long as possible and until all the facts and forces that will be potent at the moment are revealed".⁴⁹¹

Diese Stellungnahme ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Churchill formulierte sehr allgemein und war weder bereit, sich auf den Morgenthau-Plan festzulegen noch eindeutig von ihm abzurücken und so den innerbritischen Entscheidungsprozeß voranzutreiben. Churchill schien die langfristigen Nachkriegsfragen im Interesse einer Politik der kleinen Schritte vertagen zu wollen. Die Ähnlichkeit mit der "Policy of Postponement" Roosevelts, auf die dieser erneut einschwenkte⁴⁹², ist unverkennbar. Abgesehen davon war Churchill in den Kriegsjahren ohnehin in erster Linie mit der Kriegführung beschäftigt; er fand selten Zeit, die Nachkriegsprobleme zu bedenken.⁴⁹³

Es ist jedoch auch möglich, daß Churchill sich von seinem Außenminister, der ihn in Gegenwart der Amerikaner kritisiert hatte, nicht in seiner Autorität als Regierungschef beschnitten sehen wollte, um sich für Jalta Entscheidungsgewalt bewahren und eine Verhandlungsposition aufbauen zu können - auch wenn eine Abstimmung im Londoner Allparteien-Kriegskabinett notwendig blieb. Nicht ausgeschlossen ist, daß der Premier Teilen des Morgenthau-Plans zuzustimmen bereit war, wenn auch nicht in der Form wie in Quebec, falls er dafür an anderer Stelle Zugeständnisse erreichen konnte, nicht zuletzt mit Blick auf die anglo-amerikanische Haltung gegenüber Moskau. Eine solche

⁴⁸⁸Siehe Keynes an Anderson, "The Dismemberment of Germany", 26. 2. 1945, Keynes, Writings, 26, S. 384-386.

⁴⁸⁹Keynes an Anderson, 6. 10. 1944, Keynes, Writings, 26, S. 380-382.

⁴⁹⁰Vgl. das Memorandum des APW-Committee vom 5. 12. 1944, in Auszügen bei Kimball, Swords, Doc. 29, S. 141-142; sowie den EIPS-Bericht vom 27. 12. 1944 über die Deindustrialisierung des Rheinland-Westfalen-Saar-Gebietes, Tyrell, Großbritannien, S. 518-520.

⁴⁹¹Churchill an Foreign Office, 4. 1. 1945, Woodward, BFP V, S. 228. Churchill schreibt in *Triumph and Tragedy*, S. 139, "in the event, with my full accord, the idea of "pastoralising" Germany did not survive". Eden, *Reckoning*, S. 476, bemerkt schlicht: "The plan was quietly put away."

⁴⁹²Vgl. Teil 4, Kap. 2. 1., 4. 3.

⁴⁹³Tagebuch Moran, 13. 9. 1944, Churchill, S. 206. Vgl. Kettenacker, Großbritannien, S. 27 f.

Sicht wäre Churchills Selbstverständnis als Makler einer heterogenen Kriegsallianz zumindest bis Anfang 1945 zupaß gekommen.

Angesichts von Churchills Bemerkung, abzuwarten, bis alle Tatsachen und Kräfte offengelegt seien, scheint jedoch die Interpretation am wahrscheinlichsten, daß der Premier im Hinblick auf die Deutschlandregelung abwarten wollte, in welcher Position der Stärke sich die Sowjetunion befinden würde und welches Gewicht die Westalliierten in die Waagschale werfen könnten. In diesem Zusammenhang sei an Churchills Vorstöße erinnert, die westlichen Streitkräften bei Kriegende so weit wie möglich nach Osten vordringen zu lassen, um der Sowjetunion so wenig Territorium wie möglich zu überlassen.⁴⁹⁴ Diese Zielsetzung hatte Churchill schon mit diplomatischen Mitteln verfolgt, als er im Oktober 1944 mit Stalin über Südosteuropa verhandelte. Angesichts dieser Strategie war eine Angelegenheit wie der Morgenthau-Plan einerseits zweitrangig, zum anderen würde sie, wie viele andere Fragen auch, möglicherweise neu bedacht werden können, wenn das Machtverhältnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion sich klärte.

22. 3. Reparationen und Demontagen. Großbritannien und die sowjetischen Forderungen in Jalta

In Jalta zeigte sich, daß hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Behandlung Deutschlands mit den sowjetischen Forderungen fest zu rechnen war. Hatte die sowjetische Führung bereits auf der Moskauer Außenministerkonferenz zu erkennen gegeben, daß sie die dort vorgelegten Pläne des US-Außenministeriums zur Frage der Wiedergutmachung⁴⁹⁵ für unzureichend hielt, so bestätigte sich diese Position in Jalta um so mehr. Einem diplomatischen Coup gleich, erhob der Kreml erstmals umfangreiche Reparationsforderungen.

Auf den Wunsch Churchills, den von Stalin erwähnten Reparationsplan kennenzulernen, erläuterte Iwan Maiski, der stellvertretende Volkskommissar des Äußeren und Reparationsbeauftragte, die sowjetischen Vorstellungen.⁴⁹⁶ Reparationen sollten nicht als Geldtransfers, sondern in Natura erhoben werden, unter zwei Kategorien: einmalige Demontagen wie die Entnahme von Fabrikanlagen und Werkzeugmaschinen, rollendem Material, Schiffen und Auslandsinvestitionen aus dem deutschen Nationalvermögen innerhalb von zwei Jahren, zweitens jährliche Warenlieferungen über zehn Jahre.

"Zum Wiederaufbau der russischen Wirtschaft und für die Sicherheit Europas", erklärte Maiski den sowjetischen Plan zur Deindustrialisierung Deutschlands, müsse der Umfang der deutschen Schwerindustrie um 80% herabgesetzt werden: die Eisen- und Stahlindustrie, den Maschinenbau und die Metall- und Elektroindustrie. Jegliche militärische Produktion, die Flugzeugproduktion und die Herstellung synthetischer Treibstoffe sei zu verbieten. Die restliche Industrie reiche aus, um "die wirklichen Bedürfnisse

⁴⁹⁴Vgl. Kap. 2. 6.

⁴⁹⁵Vgl. Teil 4, Kap. 4. 1.

⁴⁹⁶2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 580, (Matthews), S. 590; sowjetische Notizen, Fischer, JP, S. 115, bzw. KSU, JD, S. 64 f. D. S. Clemens, Jalta, Stuttgart 1972, meint über Maiski wohl nicht zu Unrecht, er sei als früherer Botschafter in Großbritannien beliebt gewesen und habe den Respekt der Briten genossen. Die Russen hätten sich von seiner Darstellung Sympathien erhofft.

der deutschen Wirtschaft" zu decken.⁴⁹⁷ Welches die "wirklichen" Bedürfnisse waren, darüber konnte Maiski natürlich keine Angaben machen. Der Wiederaufbau der Sowjetunion und die Sicherheit Europas wurden argumentativ verknüpft, um das sowjetische Interesse an Reparationen mit dem angeblichen europäischen Gemeinwohl zu legitimieren.

Die sowjetischen Forderungen basierten auf dem Konzept von einem Deutschland, das seine wirtschaftliche Führungsrolle in Europa vollständig einbüßen würde. Obwohl die sowjetische Führung die Schlüsselindustrien in Deutschland nicht völlig demontieren wollte, erinnerte ihr Konzept sehr an den Morgenthau-Plan, den Moskau offenbar mit Interesse aufgenommen hatte. Auch Churchill hatte im Kreml den Eindruck hinterlassen, daß ihm an einer weitgehenden Reduktion bestimmter Industriezweige gelegen war. Allerdings hatte die britische Führung auch in Gesprächen mit der sowjetischen Regierung wiederholt darauf hingewiesen, daß Reparationen, abgesehen von Demontagen und dem Einsatz von Arbeitskräften, kaum zu erwarten seien. Auch der Morgenthau-Plan hatte keine Reparationen vorgesehen.⁴⁹⁸ Doch in der sowjetischen Sicht war die Rückführung der deutschen Wirtschaftskraft eng mit umfangreichen Reparationsleistungen verbunden. Insofern radikalisierte der sowjetische Plan die wirtschaftliche Schwächung Deutschlands nur noch, und die Bühne für die spätere Auseinandersetzung in Potsdam war bereitet. Die naheliegende Frage beantwortete Maiski nicht: was für Deutschland übrig bliebe, wenn die Demontagen erfolgt waren, aber von den restlichen 20% der deutschen Schwerindustrie noch Lieferungen entnommen werden sollten. Um Deutschland dann noch "zu Leistungen zu veranlassen", sollte die deutsche Industrie jedenfalls von den drei Siegermächten "streng kontrolliert" und teilweise internationalisiert werden.⁴⁹⁹

Schließlich gab Maiski als Gegenwert für die Demontagen und Lieferungen, die an die Sowjetunion gehen sollten, 10 Milliarden Dollar an. Obwohl nur ein unbedeutender Teil der wirklichen Verluste, würde sich die Sowjetunion angesichts der Lage mit diesem Betrag zufriedengeben. Eine alliierte Reparationskommission müsse die Einzelheiten ausarbeiten; als ihren Sitz schlug Maiski Moskau vor.⁵⁰⁰ Die sowjetische Präsentation war gut vorbereitet und inszeniert. Man sprach im Namen Europas und verwies indirekt auf den sowjetischen Beitrag zum Sieg - eine späte Erinnerung an das lange Ausbleiben der zweiten Front. Durch die Nennung von Prozenten und absoluten Zahlen sollte der sowjetische Plan den Anschein von Gründlichkeit erwecken. Im übrigen glaubte man wohl, mit Sympathien rechnen zu können; der Morgenthau-Plan war keine sowjetische Erfindung.

Für die britische Delegation stellte sich die fundamentale Frage, wie man, nachdem man wegen des Morgenthau-Planes unter amerikanischem Druck gestanden hatte, mit dem harschen sowjetischen Programm umgehen sollte. Die wirtschaftliche Abrüstung

⁴⁹⁷2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, US-Notizen (Matthews), FRUS, JD, S. 590.

⁴⁹⁸Vgl. Teil 4, Kap. 4. 2.

⁴⁹⁹2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, US-Notizen (Matthews), FRUS, JD, S. 590, weniger genau die sowjetischen Protokolle, KSU, JD, S. 65. Lord Moran kommentierte die sowjetischen Forderungen in einem Tagebucheintrag mit den Worten: "Für die Russen besteht natürlich kein Grund, mit den Deutschen Mitleid zu haben; sie hassen sie mit kalter Grausamkeit für die brutale Verwüstung ihres Landes, und diese Verbindung von Gier und Rache ist erschreckend." 10. 2. 1945, Moran, Churchill, S. 255.

⁵⁰⁰2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, Fischer, JP, S. 117.

Deutschlands war *ein* Thema; eine andere Frage war es, wie es um Reparationen bestellt sein konnte, wenn die deutschen Schlüsselindustrien abgebaut wurden. Dies war ein Zielkonflikt, der in den britischen Planungsstäben wiederholt zur Sprache gekommen war.

Churchill sagte im Anschluß an Maiskis Darlegung, er erinnere sich gut an die Friedensregelung nach dem Ersten Weltkrieg. Man habe von Deutschland letztlich nur zwei Milliarden Pfund an Reparationen erhalten, und auch dies wäre ohne amerikanische - und in geringerem Maße britische - Kredite nicht möglich gewesen.⁵⁰¹ Churchill machte sehr deutlich, daß Großbritannien die Fehler der Pariser Friedenskonferenz nicht noch einmal begehen wollte. Die Alliierten hätten nach dem Ersten Weltkrieg auch "in phantastischen Zahlen für Reparationen" geschwelgt, die sich dann aber "bald in einen Mythos verwandelt" hätten.⁵⁰² Es erkenne an, daß die sowjetischen Verluste in diesem Krieg größer wären als die jeder anderen Macht; Moskau könne aber keinesfalls mit den von Maiski genannten zehn Milliarden Dollar an Reparationen rechnen. Churchill stellte der Sowjetunion Demontagen als eine geeignete Form des Schadensersatzes in Aussicht.⁵⁰³

Wie der Premier betonte, sei kein Land in einer so schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage wie Großbritannien. Die britischen Auslandsschulden betrügen drei Milliarden Pfund, zusätzlich zu den Lend-Lease-Verpflichtungen gegenüber Amerika.⁵⁰⁴ Er gab zu verstehen, er würde für sein Land zwar Reparationen begrüßen, halte sie jedoch für unrealistisch. Stalin erklärte demgegenüber - wohl um seine eigenen Ansprüche zu legitimieren -, auch die Westalliierten sollten Reparationen erhalten.

Als Churchill "das Gespenst eines verhungerten Deutschland" heraufbeschwor, hatte er möglicherweise schon die zukünftige britische Zone vor Augen, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sein würde, und die Großbritannien dann würde bezahlen müssen.⁵⁰⁵ Churchill bestand darauf, daß man eine Entscheidung treffen müsse: entweder sage man, es geschehe den Deutschen ganz recht, wenn sie verhungerten. Oder man müsse ihnen zu essen geben und dann stelle sich die Frage, wer das bezahle. Bildlich sagte Churchill, welche Alternative er vorzog: "wenn man wolle, daß ein Pferd einen Wagen ziehe, müsse man ihm Futter geben".⁵⁰⁶ Es war erstaunlich, wie Churchills Position einer Aussage in Lloyd Georges Fontainebleau-Memorandum aus dem März 1919 glich: man könne Deutschland nicht verkrüppeln und gleichzeitig erwarten, daß es zahle.⁵⁰⁷

Maiski versuchte Churchills Bedenken zu entkräften: der grundlegende Unterschied zur Behandlung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg sei, daß Reparationen diesmal nicht in Geldform eingetrieben würden. Maiski behauptete, damals hätte das besiegte Deutschland die Summe von 30 Milliarden Dollar, auf 58 Jahre gestreckt, mühelos auf-

⁵⁰¹2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 582 (Bohlen-Protokoll). Laut britischen Protokoll sprach Churchill nur von einer Milliarde Pfund, die damals fünf Milliarden Dollar entsprochen hätten, Gilbert, VII, S. 1181.

⁵⁰²2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 582 (Bohlen-Protokoll). Vgl. die sowjetischen Notizen, Fischer, JP, S. 117 f.; und Woodward, BFP V, S. 278 f.

⁵⁰³2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 591 (Matthews-Protokoll).

⁵⁰⁴2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, JP, S. 118 (nicht in den US-Protokollen).

⁵⁰⁵2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 582 (Bohlen-Protokoll).

⁵⁰⁶Ebda., ebenso in den britischen Notizen, Gilbert, Churchill, VII, S. 1181.

⁵⁰⁷Vgl. Teil 1, Kap. 4. 4.

bringen können, wenn ihm die Reparationen in Warenform und nicht in Valuta auferlegt worden wären. Maiski versuchte auch, die Dimension der Reparationen herunterzuspielen, als er sagte, 10 Milliarden Dollar - die sein Land forderte - entsprächen 10% des gegenwärtigen amerikanischen Jahresbudgets bzw. dem 1,5 fachen des amerikanischen Haushalts in Friedenszeiten. Auf Großbritannien bezogen, seien es die Kriegsausgaben für sechs Monate bzw. das 2,25 fache des britischen Jahreshaushaltes. Churchill ließ sich auf weitere Diskussionen nicht ein und schlug vor, ein Ausschuß solle das Problem innerhalb eines Monats unter Ausschluß der Öffentlichkeit prüfen. Der Premier trat dabei auch als Anwalt der anderen europäischen Länder auf, während sich Stalin in der Sitzung wiederholt abschätzig über Frankreich äußerte. Mit seiner Bemerkung, die Großmächte dürften nicht den Eindruck erwecken, nur in ihrem eigenen Interesse zu handeln und andere Länder im Regen stehen zu lassen⁵⁰⁸, wollte Churchill mit Sicherheit die sowjetischen Ansprüche dämpfen. Als Prinzip, das der Reparationsregelung zugrunde liegen solle, formulierte der Premier: "Jedem nach seinen Bedürfnissen und von Deutschland gemäß seinen Kräften", worauf Stalin die Meinungsverschiedenheit auf den Punkt brachte: er ziehe das Prinzip "Jedem nach seinen Verdiensten" vor.⁵⁰⁹

Vor den Außenministern ergriff die sowjetische Delegation erneut die Initiative, Maiski legte seinen Reparationsplan in schriftlicher Fassung vor.⁵¹⁰ Sie enthielt eine wichtige Erweiterung: eine Gesamtsumme von 20 Milliarden Dollar, zur Hälfte als einmalige Demontagen, zur Hälfte als Warenlieferungen. Moskau verlangte nach wie vor 10 Milliarden Dollar, entsprechend 50% der Reparationen.

Maiski trug willkürlich anmutende Berechnungen vor, das deutsche Nationalvermögen sei von 125 Milliarden Dollar vor dem Krieg um 40% zusammengesmolzen und belaufe sich noch auf 75 Milliarden Dollar. 30% dieses Wertes, also 22-23 Milliarden Dollar, seien bewegliches Vermögen und könnten ins Ausland übertragen werden. Von diesem Betrag sollten 10 Milliarden Dollar - etwas weniger als die Hälfte - als Demontagen entnommen werden. Von dem Rest könne Deutschland ein akzeptabler Lebensstandard auf mitteleuropäischem Niveau gesichert werden, wobei Maiski zugab, dieser sei niedriger als der bisherige deutsche Standard.

Mit Blick auf den zweiten Punkt der sowjetischen Reparationsforderungen - die jährlichen Warenlieferungen über zehn Jahre - schritt Maiski zu einer weiteren, noch undurchsichtigeren Berechnung. Das deutsche Nationaleinkommen bzw. Bruttosozialprodukt sei von etwa 30 Milliarden Dollar um 30-35% auf 18-20 Milliarden Dollar jährlich nach dem Krieg geschrumpft. Die jährlichen Warenlieferungen sollten nun den Gegenwert von einer Milliarde Dollar betragen, insgesamt also weitere 10 Milliarden Dollar. Eine Milliarde Dollar entspreche also 5-6% des gegenwärtigen deutschen Bruttosozial-

⁵⁰⁸2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, britische Notizen, Woodward, BFP V, S. 280; Gilbert, VII, S. 1182.

⁵⁰⁹2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, Fischer, JP, S. 122. Clemens, S. 178, meint dazu, hier seien die Rollen vertauscht worden: Churchill habe einen sozialistischen, Stalin einen kapitalistischen Ausspruch zitiert. Bei Woodward, BFP V, S. 279, dem die britischen Protokolle zugrundeliegen, heißt es, Churchill habe als "basis of claims" die "sufferings endured at the hands of the enemy" angeregt - eine Formulierung, auf die Eden sich in der Außenministersitzung am 7. 2. 1945 auch bezog.

⁵¹⁰Sitzung der Außenminister, 7. 2. 1945, FRUS, JD, S. 656-657, KSU, JD, S. 93-96. Der sowjetische Plan "Hauptprinzipien der Erhebung von Reparationen" ist auf S. 96-97, in FRUS auf S. 661 abgedruckt. Vgl. E. R. Stettinius, Roosevelt and the Russians. The Yalta Conference, New York 1949, S. 164-169. Die Erinnerungen von Maiski, Memoiren, umfassen die Krimkonferenz nicht mehr.

produktes pro Jahr. "Dies sei keine große Summe und könne von Deutschland getragen werden."⁵¹¹

Doch war diese Darstellung noch fragwürdiger als Maiskis Berechnungen zum deutschen Nationalvermögen. Denn was der sowjetische Politiker überhaupt nicht einbezog, war, daß nicht nur infolge des Krieges, sondern vor allem wegen der vorgesehenen Demontagen das Bruttosozialprodukt massiv schrumpfen würde, Maiskis Prozentzahlen von 5-6% also an den Haaren herbeigezogen waren.⁵¹²

Auch das von Stalin geforderte Prinzip "Jedem nach seinen Verdiensten", fand sich im sowjetischen Vorschlag, wobei Maiski dem Wunsch Edens zustimmte, auch die von deutscher Hand erlittenen Verluste einzubeziehen.⁵¹³ Schließlich legten die Sowjets einen Vorschlag über die angekündigte alliierte Reparationskommission vor, die einen ausführlichen Reparationsplan ausarbeiten sollte.⁵¹⁴ Auch hier zeigte sich deutlich, daß die Sowjetunion in Jalta möglichst klare Entscheidungen treffen wollte, die die Kommission im wesentlichen nur ausführen müsse. Daher begegnete Eden später auch mit seinem Vorschlag, Maiskis Bericht solle von der Reparationskommission geprüft werden, dem spitzfindigen Kommentar Maiskis und Molotows, "daß die Verweisung einer der Krimkonferenz gestellten Frage an eine untergeordnete Körperschaft äußerst unlogisch sei".⁵¹⁵

Als Eden im Anschluß an Maiskis Vortrag zum zweiten Punkt des sowjetischen Plans - einmalige Demontagen und jährliche Sachlieferungen über zehn Jahre - grundsätzliche Zustimmung in Aussicht stellte, schien zunächst nicht ungünstig für die sowjetischen Forderungen zu stehen.⁵¹⁶ Möglicherweise akzeptierte Eden diesen wichtigen Punkt als ein Zugeständnis dafür, daß er die Nennung einer festen Reparationssumme ablehnte, obwohl er den Punkt drei des sowjetischen Plans, der für Großbritannien und die USA einen Gesamtwert von acht Milliarden Dollar, für die Sowjetunion zehn Milliarden Dollar vorsah, nicht kommentierte. Eden behielt sich zwar ein genaueres Studium der sowjetischen Forderungen vor, doch war er über den letzten Stand der Planungen in London bereits nicht unbeträchtlich hinausgegangen.⁵¹⁷

⁵¹¹Sitzung der Außenminister, 7. 2. 1945, FRUS, JD, S. 656; Woodward, BFP V, S. 280.

⁵¹²Die britische und die US-Delegation erkannten das Problem nicht bzw. nahmen keine Stellung. In der Sekundärliteratur finden sich keine Hinweise auf die fragwürdigen sowjetischen Angaben.

⁵¹³2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, US-Notizen (Matthews), FRUS, JD, S. 657; deutlich auch im sowjetischen Protokoll, KSU, JD, S. 94-95.

⁵¹⁴"Vorschlag über die Errichtung einer Alliierten Reparationskommission", FRUS, JD, S. 661; KSU, JD, S. 97.

⁵¹⁵7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 835; vgl. Stettinius, Roosevelt, S. 266.

⁵¹⁶Sitzung der Außenminister, 7. 2. 1945, FRUS, JD, S. 657; weniger deutlich in KSU, JD, S. 94-95.

⁵¹⁷Tyrell, Großbritannien, S. 537.

22. 4. Reparationssumme und deutsche Zahlungsfähigkeit. Der britisch-sowjetische Konflikt in der Reparationsfrage

In den letzten beiden Konferenztagen entspann sich der grundsätzliche Konflikt, daß die Briten nicht bereit waren, Zahlen zu erörtern. Sie wollten der Reparationskommission eine größere Eigenständigkeit zubilligen und die Sachverhalte gründlich und unvoreingenommen untersuchen lassen.⁵¹⁸ Als die US-Delegation an diesem Tag einen Vorschlag einbrachte, der wesentliche sowjetische Forderungen zur Art und zum Gesamtwert der Reparationen berücksichtigte, konnte Eden dem nicht zustimmen: Der Premierminister sei "ganz und gar dagegen..., eine Zahl... zu nennen, noch nicht einmal als Basis". Diese Aufgabe bleibe der Reparationskommission vorbehalten.⁵¹⁹

Edens ablehnende Haltung zur Nennung von Zahlen stieß bei Molotow auf Widerstand. Molotow stellte es den Briten frei, für sich selbst keine Zahl zu nennen, aber dadurch wollte sich Moskau nicht binden lassen. Molotow drohte, die britische Delegation zu isolieren, indem er nicht um jeden Preis einen Konsens in der Reparationsfrage suchte. Tatsächlich wurde Eden Verhandlungsposition durch das prinzipielle amerikanische Einverständnis nicht gerade erleichtert. Es ist wohl nicht überinterpretiert, wenn man hier feststellt, daß die Sowjetunion in dieser Außenministersitzung am 9. Februar die reparationspolitische Teilung Deutschlands auf der Potsdamer Konferenz andeutungsweise vorwegnahm.⁵²⁰

An diesem Tag erhielt die britische Delegation in Jalta ein Telegramm des Kriegskabinetts aus London. Dieses hatte am Tag zuvor die sowjetische Reparationspolitik als "in many respects fantastic" bezeichnet und bemerkenswerterweise die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetunion sich bei einem Widerstand gegen ihre Reparationspolitik in ihrer eigenen Besatzungszone bedienen würde.⁵²¹ Dies war der Vorschlag, den in Potsdam die Amerikaner machten. Wie das Kriegskabinetts in dem Telegramm feststellte, seien Reparationen im Zusammenhang mit dem Thema einer Aufteilung Deutschlands zu behandeln. Auch sei es miteinander unvereinbar, Deutschlands industrielle Kapazität zu beschneiden und gleichzeitig hohe Reparationen zu fordern. Mit anderen Worten: eine Kombination von Morgenthau-Plan und den Reparationsforderungen des Kreml war völlig unannehmbar. Dann folgte ein entscheidender Satz, der die britische Sicherheits- und Europakonzeption erläuterte: "Our view on economic security was that we should eliminate certain selected fields of German war potential, but should leave the remaining industry more or less intact. We were more concerned than

⁵¹⁸Sitzung der Außenminister, 9. 2. 1945, US-Notizen, FRUS, JD, S. 752. Vgl. die sowjetischen Aufzeichnungen bei Fischer, JP, S. 173 ff. bzw. in KSU, JD, S. 134-136. In der Außenministersitzung am 8. 2. (FRUS, JD, S. 689) hatte Molotow auf eine Diskussion der sowjetischen Vorschläge gedrängt, doch die Westmächte, die sichtbar in die Defensive gedrängt werden sollten, hatten noch Zeit zu einer gründlichen Prüfung verlangt.

⁵¹⁹Sitzung der Außenminister, 9. 2. 1945, US-Notizen, FRUS, JD, S. 751-753, Zit. S. 752 (Page-Protokoll); sowjetisches Protokoll, KSU, JD, S. 135. Zur amerikanisch-sowjetischen Einigung über die Nennung einer Zahl als Diskussionsgrundlage vgl. den Entwurf eines Berichts der Außenminister an die 6. Plenarsitzung (Bohlen) und dessen nach dem Plenum revidierte Fassung (Hiss), ebda., S. 764 und 796. Vgl. Teil 4, Kap. 4. 4.

⁵²⁰Sitzung der Außenminister, 9. 2. 1945, FRUS, JD, S. 752.

⁵²¹Kriegskabinetts, 8. 2. 1945, Woodward, BFP V, S. 290.

the Russians or Americans with the future of Western Europe".⁵²² Eines der entscheidenden Ziele der britischen Nachkriegspolitik sei "the creation of a decent Europe".⁵²³

Die öffentliche Meinung, so fuhr das Telegramm fort, werde die "savage policy proposed by the Russians" allenfalls für eine kurze Zeit tolerieren. Daher sollten Demontagen auf die rüstungsrelevante Industrie begrenzt werden und ebenso wie die Warenlieferungen nur über einen Zeitraum von zwei Jahren erfolgen. Deutsche Arbeitsleistungen müßten auf die Reparationssumme angerechnet werden. Die von der Sowjetunion genannte Summe entspreche etwa dem deutschen Vorkriegs-Exportvolumen (ohne Abzug der Importe)⁵²⁴ und sei bei weitem zu hoch. Das Kriegskabinettt betonte in dem Papier auch die Ansprüche kleinerer Länder, z. B. der Niederlande, und sprach sich dafür aus, Frankreich einen Sitz in der Reparationskommission anzubieten. Sehr deutlich wurde, daß die britische und die sowjetische Sicht der wirtschaftlichen und finanziellen Behandlung Deutschlands miteinander unvereinbar waren. Die von der Sowjetunion befürwortete Kombination von Reparationen, Entindustrialisierung und Aufteilung Deutschlands schien das Maximalprogramm eines karthagischen Friedens zu sein.

Eden kündigte dann in Jalta einen britischen Gegenentwurf an.⁵²⁵ Er führte sämtliche Argumente des Kriegskabinetts ins Feld und bedeutete, Großbritannien halte die sowjetischen Ziele einer Entindustrialisierung und einer Aufteilung Deutschlands (worüber Stalin ja eine Einigung suchte) für unvereinbar. Eine Betrachtung der Reparationen "im Zusammenhang mit der Zerstückelung Deutschlands", wie Eden es nannte, bedeutete im Grunde genommen, daß bei einer staatlichen Aufgliederung, auf der die Sowjetunion ja bestand, Reparationen kaum zu erwarten seien. London habe kein Interesse daran, das besiegte Deutschland auch noch zu finanzieren und zu ernähren. Kurz, Premierminister Churchill glaube, die Russen würden "nicht annähernd soviel erhalten" wie sie es hofften. Mit der Bemerkung, die Reparationslieferungen sollten nicht länger als fünf Jahre dauern, wich Eden ein wenig von der Position des Kabinetts ab.

In seinem schriftlichen Entwurf widersetzte Eden sich Reparationen keineswegs; er begrenzte sie nur auf drei Punkte: Entnahmen aus dem deutschen Nationalvermögen innerhalb von zwei Jahren mit dem Ziel, das deutsche Kriegspotential zu zerstören, jährliche Lieferungen aus der laufenden Produktion und den Einsatz deutscher Arbeitskräfte im Ausland. Bei der Festsetzung einer Reparationssumme müsse außer einer möglichen Aufteilung Deutschlands auch berücksichtigt werden, daß Deutschland die Besatzungskosten und seine laufenden Importe bezahlen könne.⁵²⁶

In Jalta traten die Konflikte zwischen der britischen und der sowjetischen Position mit Blick auf die wirtschaftliche und finanzielle Behandlung Deutschlands, die in Potsdam offen aufbrachen, bereits zutage. Der grundlegende Unterschied im Gegensatz zum so-

⁵²²Telegramm des Kriegskabinetts, 8. 2. 1945, Auszüge bei Woodward, BFP V, S. 291 f.. Vgl. auch Foschepoth, Deutschlandpolitik, S. 680-681.

⁵²³Telegramm des Kriegskabinetts, 8. 2. 1945, zit. bei Foschepoth, Konflikte, S. 178, das folg. Zit. wieder von Woodward, BFP V, S. 291. Weitere Auszüge bei Gilbert, VII, S. 1207.

⁵²⁴Tyrell, Großbritannien, S. 535, nennt hier aufgrund statistischer Berechnungen eine andere Zahl: 20 Milliarden Dollar hätten "ungefähr dem Zehnfachen des durchschnittlichen jährlichen Gesamtexports Deutschlands vor dem Krieg" entsprochen.

⁵²⁵Sitzung der Außenminister, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 809.

⁵²⁶Britischer Vorschlag: "Basic Principles of Exaction of Reparation from Germany", abgedruckt bei Woodward, BFP V, S. 294; deutsch in FRUS, JD, S. 819 ff.. Bei Woodward zusätzlich der Vorschlag zur Reparationskommission.

wjetischen Reparationsvorschlag lag darin, daß Eden ein Deutschland im Sinn hatte, das man nicht bedingungslos auspresste, sondern das sich selbst erhalten und wirtschaftlich erholen konnte. In diesem Sinne vertrat die britische Delegation im Vergleich zu den Sowjets und auch den Amerikanern die moderateste Wirtschafts- und Reparationspolitik. Deutsche Zwangsarbeit beim Wiederaufbau zerstörter Gebiete war zwar keine sanfte Maßnahme, aber sie sollte in britischer Kalkulation dazu beitragen, Reparationslieferungen als Entschädigung für die von Deutschen verursachten Verwüstungen zu verringern.

Abgesehen von der relativ gemäßigten Grundhaltung Großbritanniens darf nicht übersehen werden, daß die Probleme eines überlasteten Empire nicht unwesentlich in die britische Reparationspolitik mit hineinspielten. Wie Eden mehr oder weniger offen zu erkennen gab, hatte London nicht im Sinn, die erschöpften Ressourcen des Landes auch noch zur materiellen Unterstützung des deutschen Gegners aufzuwenden. Es kam einfach nicht in Frage, die britische Bevölkerung dafür bezahlen zu lassen, daß Deutschland oder dessen Teile Reparationen an Moskau zahlten. (Dies wollten freilich auch die Amerikaner nicht.) Bemerkenswert ist andererseits, daß London, anders als im Jahre 1919, eben nicht den Versuch unternahm, die eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme zumindest teilweise über eine entsprechend drastische Reparationspolitik zu beheben. Der Unterschied zur Lage unter dem Waffenstillstand im Jahre 1919 bestand freilich darin, daß die Sieger durch die Besetzung des Landes für die Grundfragen des täglichen Lebens in Deutschlands viel direkter verantwortlich waren.

Der britische Gegenvorschlag wurde von den Sowjets enttäuscht aufgenommen, und Stalin und Molotow fragten Churchill und Eden, warum die sowjetische Summe nicht die Grundlage für die Arbeit der Reparationskommission bilden könne, "ob die von der sowjetischen Delegation vorgeschlagene Höhe der Reparationen ... die Engländer erschreckt habe". Laut sowjetischem Protokoll verwies Churchill auf das Telegramm des Kriegskabinetts, Eden signalisierte Übereinstimmung mit dem Prinzip der Reparationen, verlangte aber weitere Prüfungen. Stalin unterstellte daraufhin Churchill, dieser "bemitleide die Deutschen"⁵²⁷, eine Taktik, die der Diktator schon in Teheran erprobt hatte. Laut britischem Protokoll antwortete Churchill mit Blick auf den sowjetischen Vorschlag, es sei unmöglich, eine solche Summe einzutreiben. Er versuchte aber, Stalin mit einem Argument Morgenthau zu beschwichtigen: die Russen täten Großbritannien einen Gefallen, wenn sie Deutschland Fabriken und Ausrüstung wegnähmen, denn britische Exporte könnten in die geschaffene Lücke vorstoßen.⁵²⁸

Im Anschluß an diesen Meinungs austausch behandelten die Regierungschefs die Frage im Plenum. Churchill eröffnete, das Kriegskabinettt habe ihn instruiert, "keine Zahlen zu erwähnen"; diese sollten von der Reparationskommission festgesetzt werden.⁵²⁹ Daraufhin wurde Stalin unwirsch: wenn die Briten den Russen keinerlei Reparationen zugestehen wollten, sollten sie es klar sagen. Churchill wies die Unterstellung entschieden

⁵²⁷Unterredung Churchill-Stalin, 10. 2. 1945, sowjetisches Protokoll, KSU, JD, S. 174.

⁵²⁸Unterredung Churchill-Stalin, 10. 2. 1945, britisches Protokoll, Woodward, BFP V, S. 295, Gilbert, VII, S. 1205.

⁵²⁹7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 833 (Bohlen-Protokoll). Die britischen Notizen in Auszügen bei Gilbert, VII, S. 1206-1207.

von sich⁵³⁰, blieb aber bei seiner bisherigen Haltung und las das Telegramm des Kriegskabinetts mit den Worten vor, es sei ein "very severe telegram".⁵³¹

Es wurde sehr deutlich, daß die Konferenz in Jalta aufgrund der britisch-sowjetischen Meinungsverschiedenheiten an einem kritischen Punkt angelangt war.⁵³² Denn Churchill sagte nicht nur, daß die Reparationskommission jedwede Summe vor Ort prüfen müsse, sondern auch, daß die Zahl von 20 Milliarden Dollar zu hoch sei: "Sie entspräche Deutschlands Exporthandel in Friedenszeiten und läge über der Zahlungsfähigkeit Deutschlands." Gebe man den Importen nicht eine zumindest gleiche Priorität wie den Reparationen, finde sich Großbritannien in der Lage wieder, daß es für die Importe zahle, während andere Länder Reparationen erhielten.⁵³³

Eine Grundannahme der britischen Argumentation bestand darin, daß Deutschland mit den Einfuhren ein akzeptabler Lebensstandard gesichert werden sollte. Es war nicht der britische Premier gewesen, sondern der amerikanische Präsident, der den deutschen Lebensstandard nicht höher als den sowjetischen ansetzte. Die Annahme, daß Churchill der Sowjetunion keinerlei Entschädigung zugestehen wollte, ist sicher falsch; der Premier blieb bei seiner in der zweiten Plenarsitzung eingenommenen Haltung. Aber entscheidend war, daß, abgesehen von humanitären Erwägungen, Deutschland in Churchills Sicht auch in Zukunft eine wirtschaftliche Rolle in Europa spielen sollte. Hätte der Premier dies anders gesehen, wäre seine Argumentationsfigur, das hochverschuldete Großbritannien müsse für Deutschlands Importe zahlen, in sich zusammengefallen. Es fiel Churchill nicht ein, an der Notwendigkeit deutscher Einfuhren zu rütteln.

Zusammengefaßt, rangierten Reparationen in der britischen Deutschlandpolitik im Gegensatz zu den sowjetischen Plänen weit hinten. Nach einer gründlichen Prüfung in den Londoner Planungsstäben sollten Reparationen einen *Teil* der Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit darstellen, nicht die Grundlage für sie abgeben. Dies meinte Außenminister Eden auch, als er seinen Amtskollegen sagte: Ob falsch oder richtig - die britische Regierung glaube, sich zu verpflichten, wenn man sich auf die Nennung einer Summe als Diskussionsbasis einige. Eden wird, was die Intentionen der Sowjetunion anbetrifft, mit dieser Aussage richtig gelegen haben. Denn sonst hätte Moskau ein Einlenken kaum schwerfallen können.

Schließlich erklärte sich Churchill mit Stalins Vorschlag einverstanden, daß Deutschland für von ihm verursachte Verluste eine Entschädigung in Sachwerten leisten müsse. Die künftige Reparationskommission, so Stalin weiter, solle dann "die Höhe der zu zahlenden Reparationen erwägen, und die Sowjetunion werde ihre Zahl vorlegen und Großbritannien eine eigene."⁵³⁴ Das änderte wenig daran, daß die britische Delegation

⁵³⁰Nur in den Notizen von Matthews, FRUS, JD, S. 840 und in den sowjetischen Protokollen, Fischer, JP, S. 174.

⁵³¹7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, britisches Protokoll, Gilbert, VII, S. 1206-1207.

⁵³²Der Amerikaner Matthews schreibt in seinem Protokoll, dies sei der einzige Zeitpunkt der Konferenz gewesen, an dem Stalin sich verärgert gezeigt habe (ebda., S. 840); die Diskussion mit Churchill sei zeitweise hitzig verlaufen. Stettinius, Roosevelt, S. 263, bestätigt dies.

⁵³³7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, Bohlen-Protokoll, FRUS, JD, S. 834; britisches Protokoll, Gilbert, VII, S. 1207.

⁵³⁴7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 841 (Matthews-Protokoll) und S. 847 (Hiss-Notizen). Die sowjetischen und die Bohlen-Protokolle sind in dieser Frage nicht deutlich. Clemens, S. 185, unterläuft vielleicht deswegen eine Ungenauigkeit, indem sie dieses in der Plenarsitzung erreichte Agreement auf das anschließende Abendessen legt, was nicht der Fall war.

den Großteil der sowjetischen Pläne nicht hatte verhindern können. Im Reparationsprotokoll fanden sich Punkt eins und zwei des sowjetischen Vorschlags vom 7. Februar 1945 beinahe unverändert wieder; nur die Dauer der Warenlieferungen war offengelassen worden.⁵³⁵ Es war der britischen Delegation nicht gelungen, eine vorläufige Einigung der Amerikaner mit den Sowjets zu unterbinden.

Die Plenarsitzung am 10. Februar hatte gezeigt, daß Stalin nahezu ultimatив auf eine Lösung drängte. Denn die Reparationsfrage gehörte zu den Problemen, das die Sowjetunion nicht alleine entscheiden konnte. Das Zentrum der deutschen Schwerindustrie, aus dem ein Großteil der Reparationen stammen würde, lag nicht in der sowjetischen Besatzungszone, sondern im Ruhrgebiet, in der britischen Zone. Der Krieg war zwar noch nicht beendet, aber ein Vorstoß der Roten Armee bis ins Ruhrgebiet, mit dem Ziel, vor Ankunft der Briten mit den ersten Demontagen beginnen zu können, war zu diesem Zeitpunkt äußerst unwahrscheinlich. Da Stalin den Reparationen aber eine Schlüssel-funktion für den Wiederaufbau der Sowjetunion und für die militärische wie wirtschaftliche Schwächung Deutschlands beimaß, mußte die Frage auf diplomatischem Wege in Jalta entschieden werden.

Dies dürfte die Hartnäckigkeit erklären, mit der die sowjetische Delegation für ihr Anliegen focht. Stalin spürte, daß Churchill einer Erörterung des Themas äußerst reserviert gegenüberstand.

Als sich Stalin bei einem Abschluß-Diner am 10. Februar noch einmal über die "unbefriedigende Natur der Reparationsfrage auf dieser Konferenz" beschwerte, gab Churchill beschwichtigend seiner Hoffnung Ausdruck, die Sowjetunion werde "große Mengen an Reparationen bekommen". Er stimmte dann aber ebenso wie Roosevelt Stalins Wunsch zu, im Kommuniqué die Absicht zu erwähnen, "Deutschland für den Schaden, den es den alliierten Nationen zugefügt hat, zahlen zu lassen und gleichzeitig auf die Reparationskommission hinzuweisen".⁵³⁶ Churchill, der seine Politik bis zum Schluß konsequent durchgeföhren hatte, schloß mit einem Trinkspruch auf Stalin und die Zukunft der Sowjetunion.

Das auf der Krim verabschiedete Protokoll über Reparationen glich dann sehr weitgehend der sowjetischen Vorlage vom 7. Februar. Nur in Punkt vier wurde festgehalten, daß die UdSSR und die USA die Summe von 20 Milliarden Dollar als Ausgangspunkt für die Reparationskommission betrachteten. Das abweichende Votum der britischen Delegation wurde erwähnt.⁵³⁷ Einleitend hieß es, entsprechend dem von Stalin geäußerten Wunsch: "Wir haben uns mit den Zerstörungen befaßt, welche die Deutschen den alliierten Ländern verursacht haben und es als gerechtfertigt anerkannt, daß Deutschland verpflichtet wird, für diese Schäden Sach-Entschädigungen in größtmöglichem Ausmaß zu leisten."⁵³⁸ Interessant ist hier der Anklang an die Kriegsschuld Klausel im Versailler Vertrag.

⁵³⁵Protokoll über deutsche Reparationen, 11. 2. 1945, FRUS, JD, S. 907-908.

⁵³⁶Dreier-Diner, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 852.

⁵³⁷Siehe das Protokoll über deutsche Reparationen, 11. 2. 1945, FRUS, JD, S. 907-908; KSU, JD, S. 191.

⁵³⁸Kommuniqué der Konferenz von Jalta, 12. 2. 1945, FRUS, JD, S. 897. In dem ausführlicheren Protokoll, vom US-Außenministerium am 24. 3. 1945 der Presse übergeben, findet sich diese Formulierung nicht. Wie Mastny, Moskaus Weg, S. 304, meint, habe Stalin in Jalta eines seiner Hauptziele in bezug auf Deutschland nicht erreicht: ein eindeutiges Abkommen über die Reparationen.

22. 5. Ökonomische Sicherheit, industrielle Abrüstung und das Problem der Reparationen. Die britische Regierung und die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands zwischen Jalta und Potsdam

Weit entfernt von einer wirklichen Einigung zwischen London und Moskau, bot die mit Mühe und Not gefundene Formel von Jalta einen äußerst geringen Spielraum für die weiteren Verhandlungen. Die britische Regierung rang nach Jalta um eine gemeinsame Position. Schatzkanzler Anderson nahm dabei eine führende Rolle ein; auch John Maynard Keynes trat abermals hervor. Der Finanzexperte warnte, Großbritannien dürften durch die Lieferung von Einfuhrgütern nach Deutschland keine Kosten erwachsen, während Deutschland gleichzeitig Reparationslieferungen leiste. Keynes betonte, ein solcher Fall bedeute im Klartext, "that *we* are paying the German reparations to the incipient". An erster Stelle der britischen Bedingungen, folgerte Keynes, müsse daher stehen, daß Nahrungsmittelhilfen und andere Lieferungen nach Deutschland, auf die man sich einigen werde, eine erste Forderung ("first charge"), also Priorität genießen müßten gegenüber jeglichen Lieferungen aus Deutschland. Mit anderen Worten: erst müsse Deutschland für die Importe bezahlen, bevor Exporte - und sei es zu Reparaturzwecken - genehmigt werden durften.⁵³⁹

Diese Argumentationsfigur war der Kern des sogenannten "first charge principle", das zum "Eckpfeiler britischer Reparationspolitik" wurde.⁵⁴⁰ Strang hatte die EAC schon im Juli 1944 auf die Abhängigkeit der westlichen Zonen von Nahrungsmittellieferungen aus dem Osten Deutschlands aufmerksam gemacht und in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands betont.⁵⁴¹

Eine von Keynes wesentlich vorbereitete Denkschrift, die Schatzkanzler Anderson Anfang März 1945 vorlegte, erweiterte diesen Blickwinkel. Das Papier mit dem Titel "Reparations and Dismemberment" kritisierte die reparationspolitischen Beschlüsse der Konferenz von Jalta. Falls die verbündeten Mächte an ihnen festhielten, erwüchsen Großbritannien äußerste finanzielle Belastungen, die seine Führungsstärke in Europa beeinträchtigen würden.⁵⁴² Anderson war zwar auch der Meinung, "daß unsere Politik hinsichtlich der Industrie- und Wirtschaftsstruktur Deutschlands sich am Sicherheitsbedürfnis orientieren" müsse und daß man durchaus hohe Reparationen einfordern solle. Doch bevor man daran denken könne, müsse Deutschland seine Importe bezahlen; die britische Zone sei auf Nahrungsmittelleinfuhren angewiesen.

Es komme für Großbritannien nicht in Frage, auch noch für ein Wiederaufleben Deutschlands zu bezahlen. So dürfe es auch unter der Voraussetzung der "gemeinsamen Verantwortung der Besatzungsmächte" nicht von einer Besatzungsmacht verlangt werden, "für die Erbringung von Reparationsleistungen über die von ihr selbst zu beurteilende Kapazität ihrer Zone hinaus verantwortlich zu sein".⁵⁴³ Dieses Plädoyer für eine maßvolle Reparationspolitik war zweifellos gegen russische Begehrlichkeiten gerichtet.

⁵³⁹"Reparations and Dismemberment", 28. 2. 1945, Begleitvermerk von Keynes zu einem Treasury-Memorandum, Keynes, Writings, 26, S. 387-389, Hervorh. im Orig.. Vgl. Cairncross, S. 73.

⁵⁴⁰Foschpoth, Konflikte, S. 179.

⁵⁴¹"Food Situation in Germany and Austria during the Occupation Period", Memorandum Strangs, 24. 7. 1944, Cairncross, S. 70.

⁵⁴²"Reparations and Dismemberment", Memorandum vom 7. 3. 1945, Woodward, BFP V, S. 325-330, Zit. S. 330. Vgl. die deutsche Übersetzung bei Jacobsen, Dok. 226, S. 404-407.

⁵⁴³Memorandum vom 7. 3. 1945, die deutschen Zitate nach Jacobsen, S. 406.

Abgesehen von den Demontagen, meinte Anderson unter Verwendung eines Arguments von Keynes, werde Deutschland allenfalls nach einer Frist von fünf Jahren mit Lieferungen aus der laufenden Produktion beginnen können. Deutsche Arbeitsleistungen müßten auf dem Reparationskonto unbedingt gutgeschrieben werden. Die Denkschrift betonte die wirtschaftliche Verflechtung der Märkte in Deutschland und Europa. Bei einem gänzlichen Fortfall des Absatzmarktes Deutschland infolge einer industriellen Ausschaltung des Landes, die über die Sicherungspolitik hinausgehe, werde sich der europäische Lebensstandard nicht erholen können. Darüber hinaus nannte der Schatzkanzler ein politisches Argument: Eine soziale Erschütterung in Deutschland könne "die Stabilität der politischen Institutionen Europas" gefährden. Eine der Schlußfolgerungen der Denkschrift unter Rückbezug auf die Überschrift war es, daß Reparationen und eine Aufteilung Deutschland zwei einander ausschließende Projekte seien.

Premierminister Churchill setzte einen etwas anderen Akzent, er hielt es für ein großes Risiko, die Themen Reparationen und Aufteilung zu eng miteinander zu verknüpfen. Man müsse bedenken, so Churchill im Kabinett, "that the Russians were determined to get everything possible out of Germany".⁵⁴⁴ Sie hätten anders als Großbritannien - Churchill meinte die Zeit nach Versailles - keine desillusionierende Erfahrung mit Reparationen gemacht, würden aus allen Teilen Deutschlands, vor allem aus dem Ruhrgebiet und aus Schlesien, Fabriken und Material abtransportieren wollen, um ihre eigene zerstörte Industrie wiederaufzubauen. Angesichts der russischen Verluste sei dieser Anspruch nicht ungerechtfertigt, und es werde sehr schwer für Großbritannien sein, sich dem zu widersetzen. Offenkundig hatte der Premier aus den Erfahrungen in Jalta geschlossen, man werde um Zugeständnisse an Moskau nicht umhin kommen. Churchill wollte daher zumindest der Arbeit der Reparationskommission keine Steine in den Weg legen. Seine Bemerkungen lassen den Schluß zu, daß Churchill glaubte, eine unvermeidliche Entwicklung allenfalls in bestimmte Bahnen lenken zu können.

Das Kabinett beschloß, den sowjetischen Wunsch nach Demontagen zu akzeptieren, mit zwei Einschränkungen: Moskau dürfe keine Demontagen in Schlesien vornehmen, bevor das Gebiet an Polen übergeben würde, und bei Demontagen in der britischen Zone müßten zum Ausgleich Lebensmittellieferungen aus den ostdeutschen Regionen erfolgen.⁵⁴⁵ Hier deutete sich bereits der in Potsdam gewählte Kompromiß an, Reparationen und Nahrungsmittellieferungen zu verknüpfen. Die Mitglieder des Kriegskabinetts zeigten sich allerdings besorgt über das sowjetische Interesse an Reparationen aus der laufenden Produktion. Man glaubte, dies würde die gegenwärtige, auf die Produktion von Kriegsgütern ausgerichtete industrielle Struktur in Deutschland konservieren und es erschweren, Deutschlands Industrie zu einer Friedenswirtschaft umzustrukturieren.

Andererseits war diese Sorge eigentlich nur gerechtfertigt, wenn in Deutschland ein beträchtlicher Anteil auch der Schwerindustrie verbliebe. Denn bei einer weitgehenden Ausschaltung der Schwerindustrie, wie die sowjetische Delegation sie in Jalta gefordert hatte, konnte von einer auf Kriegsgüterproduktion ausgerichteten industriellen Struktur nicht mehr die Rede sein. Daß die Befürchtung im Kabinett existierte, zeigt, daß man die sowjetischen und auch die früheren amerikanischen Vorstellungen zur Entindustrialisierung Deutschlands nicht teilte. So stimmten die Regierungsmitglieder auch trotz des Wunsches, deutsche Exportmärkte zu übernehmen, darin überein, die deutsche

⁵⁴⁴Sitzung des Kriegskabinetts, 22. 3. 1945, Woodward, BFP V, S. 331.

⁵⁴⁵Ebda..

Wirtschaft nicht so weit zu zerstören, daß ein industrieller Wiederaufbau chancenlos bliebe.⁵⁴⁶ Dieser Gedanke sollte in den Planungen und Beratungen der nächsten vier Monate eine sehr wichtige Rolle spielen.

Zwei Tage nach der deutschen Kapitulation billigte der APW-Ausschuß die Empfehlungen des Economic and Industrial Planning Staff (EIPS) über die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands. Wie schon im EIPS-Report vom August 1944 wurde der enge Zusammenhang zwischen Reparationen und wirtschaftlicher Sicherheit hervorgehoben.⁵⁴⁷ Von einem einheitlichen Deutschland ohne Ostpreußen, Oberschlesien und Gebiete Pommerns ausgehend, ferner von einem dauerhaften Verbot von Bewaffnung und Waffenproduktion, wurden zwei Kategorien von Industrien gebildet, hinsichtlich derer eine Entscheidung zum Produktionsverbot sofort oder aber verzögert getroffen werden sollte. Unter die erste Kategorie fielen die zivile Luftfahrt, die Produktion synthetischen Öls und bestimmter Chemikalien, sowie - für die Zeit der voraussichtlich zehnjährigen Besetzung Deutschlands - auch die Handelsschifffahrt sowie Werkzeugmaschinen. Der EIPS-Bericht empfahl, die Entwicklung einer friedlichen Industrie in Deutschland anzustreben, und schloß mit dem bemerkenswerten Vorschlag, zu diesem Zweck den Wettbewerb mit britischen Produkten ausdrücklich zu ermuntern. Das damit verbundene Risiko sei der Preis, den Großbritannien für "economic security" bezahlen müsse.⁵⁴⁸ Mit der Billigung dieser Empfehlungen sprach sich der APW-Kabinettsausschuß auch gegen die früher von Cherwell und Churchill anvisierte Übernahme deutscher Exportmärkte durch Großbritannien aus. Sicherheit vor Deutschland sollte zumindest teilweise durch eine Einbindung Deutschlands erreicht werden. Überhaupt verstand man Sicherheit vor Deutschland zunehmend stärker als wirtschaftliche Sicherheit und nicht als einen absoluten, sondern relativen Wert.⁵⁴⁹ Man einigte sich im APW-Ausschuß auch darauf, die Formulierung "economic security" durch den schärferen Begriff des "industrial disarmament" zu ersetzen. Die industrielle Abrüstung stand in der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands weiterhin auf dem ersten Rang. In Anbetracht der in der britischen Zone herrschenden Not an Versorgungsgütern, verschärft durch andrängende Flüchtlingsströme, fällt der Kabinettsausschuß auf Rat Andersons eine weitreichende Entscheidung: er revidierte den Beschluß vom August 1944 und rückte die Versorgung der deutschen Bevölkerung in der Rangliste nach oben, an die zweite Stelle vor die Eintreibung von Reparationen.⁵⁵⁰ Als der EIPS-Bericht noch einmal im konservativen Kabinett beraten wurde, stimmte Churchill mit Blick auf Interimslieferungen zu, dessen Empfehlungen als Grundlage für die britische Position in der Reparationskommission sowie für den britischen Zonenbefehlshaber Montgomery zu verwenden.⁵⁵¹

⁵⁴⁶Sitzung des Kriegskabinetts, 22. 3. 1945, Woodward, BFP V, S. 331-332. Einer Instruktion des Kriegskabinetts entsprechend, sollte der APW-Ausschuß die Reparationsfrage nochmals unter der Hypothese eines einheitlichen sowie der eines aufgeteilten Deutschland untersuchen. Die Wandlung der sowjetischen Position in der Aufteilungsfrage (vgl. Kap.3. 3.-3. 4.) führte jedoch dazu, daß die britischen Planungsstäbe bei den weiteren Untersuchungen von einem einheitlichen Deutschland ausgingen.

⁵⁴⁷"Further Report on Issues Affecting the Economic Obligations to be Imposed on Germany", 19. 4. 1945, Woodward, BFP V, S. 333; Cairncross, Price, S. 56 ff.; Tyrell, Großbritannien, S. 499-502. Vgl. die Gesprächsunterlage "Industrielle Abrüstung Deutschlands", DDP II/1, S. 378.

⁵⁴⁸Woodward, BFP V, S. 333-34.

⁵⁴⁹So auch Foschepoth, Deutschlandpolitik, S. 701.

⁵⁵⁰11. Sitzung des APW Committee, 10. 5. 1945, Tyrell, Großbritannien, S. 487, 499-505, 546.

⁵⁵¹Cairncross, S. 60.

Das Kabinett billigte in diesen Tagen auch Instruktionen für die Reparationsverhandlungen in Moskau, die der Kabinettsausschuß Reparationen unter Vorsitz Andersons empfohlen hatte.⁵⁵² Großbritannien hatte versucht, sich für einen französischen Sitz in der Reparationskommission einzusetzen - wie sich herausstellte, vergeblich. Nicht zuletzt deswegen hatte man damit gezögert, einen eigenen Vertreter in dem in Jalta vereinbarten Gremium zu bestimmen. Schließlich gab man dem Drängen Moskaus und Washington nach und benannte den Zweiten Kronanwalt, Sir Monckton, als britischen Verhandlungsleiter.⁵⁵³

Die mit vielen Vorbehalten bedachte Direktive an Monckton spiegelte die jüngsten Beratungen über die wirtschaftliche Deutschlandpolitik wider. Wie es hieß, werde eine Reparationsvereinbarung durch Fragen wie eine Aufteilung Deutschlands, eine Gebietsabtrennung im Westen unter internationaler Kontrolle und allgemein durch die territoriale Regelung beeinflusst. Da die britische Regierung Sicherheit für wichtiger halte als Reparationen, dürfe eine Reparationsvereinbarung der "Beseitigung des deutschen Kriegspotentials" nicht vorgreifen.⁵⁵⁴

Auf der Grundlage der Jalta-Beschlüsse nahm die Direktive dann Stellung zu Umfang und Art der Reparationen, zum Einsatz von Arbeitskräften und der Zuteilung an die einzelnen Länder. In Übereinstimmung mit der bisherigen britischen Politik standen folgende Grundprinzipien: Priorität für die Deckung des Bedarfs der Besatzungstruppen und des Mindestbedarfs der deutschen Bevölkerung, ferner die Kostendeckung für Einfuhren und Hilfslieferungen. Vor diesem Hintergrund sollte der Umfang der Reparationen so groß sein, "wie dies mit der langfristigen Stabilität der Volkswirtschaften der Vereinten Nationen vereinbar ist".⁵⁵⁵

Damit war gemeint, daß die Rückwirkung eventuell umfangreicher Reparationen auf Produktion und Beschäftigung in den Empfängerländern zu beachten war. Deswegen empfahl die Weisung, Lieferungen aus der laufenden Produktion auf Rohstoffe und Halbfertigwaren zu beschränken: Kohle und Kali, Holz, Zement und Ziegel. Auch die Übernahme deutscher Exportmärkte durch Großbritannien - ein Thema, das noch nicht vom Tisch war - konnte auf diese Weise ermöglicht werden. Andererseits zeigte diese Passage auch, daß Deutschland in einem volkswirtschaftlichen Zusammenhang mit anderen europäischen Ländern gesehen wurde. Denn unter der Weisung konnte auch verstanden werden, daß das Sistieren wirtschaftlicher Tätigkeit in Deutschland - also auch ein Exportstop - keineswegs nur positive Folgen für die europäische Wirtschaft haben würde. Hier war das Fundamentalproblem der wirtschaftlichen Seite der Nachkriegsordnung angesprochen: welche Rolle sollte Deutschland darin haben, sollte es nur Objekt sein oder auch Initiative zeigen dürfen?

Auch wenn die Direktive keine Antworten gab; der Versuch war sehr deutlich, das gesamte Reparationsprogramm in aus britischer Sicht verantwortbare Bahnen zu lenken. Dazu gehörte auch, den in Jalta gebilligten Einsatz deutscher Arbeitskräfte auf dem sowjetischen Reparationskonto anzurechnen. Man wollte Moskau durchaus die Hälfte der

⁵⁵²Tyrell, Großbritannien, S. 545-549.

⁵⁵³Cairncross, S. 78-79, 80-86; Foschepoth, Deutschlandpolitik, S. 690.

⁵⁵⁴Direktive an den britischen Vertreter in der Reparationskommission, Monckton, 18. 6. 1945, DDP II/1, S. 598 (Anm. 2)-601, Zit. S. 598.

⁵⁵⁵Direktive an Monckton, 18. 6. 1945, Absatz 5, DDP II/1, S. 599 (Anm.).

Reparationen zugestehen, behielt aber die schon in Jalta eingenommene Rolle eines Fürsprechers anderer europäischer Länder bei.⁵⁵⁶

In der Reparationskommission, die in Moskau erstmals am 18. Juni zusammentrat, bemühte sich die britische Delegation darum, einen höheren Reparationsanteil für das von Verlusten stärker betroffene Inselreich zu erhalten als für die Vereinigten Staaten, und schlug folgenden Verteilungsschlüssel vor: Sowjetunion 50%, Großbritannien 27%, USA 12%.⁵⁵⁷ Monckton scheiterte jedoch am entschiedenen Widerstand des US-Vertreters Pauley und zeigte sich "mit Rücksicht auf die anglo-amerikanischen Beziehungen" bereit, einzulenken.⁵⁵⁸ So entfielen auf Großbritannien und die USA jeweils 22%, auf die Sowjetunion 56%. Jede Großmacht hatte aus ihrem "Topf" die Ansprüche der kleineren Nationen abzudecken.⁵⁵⁹ So sehr dies eine diplomatische Niederlage für die britischen Vertreter war, so wenig konnten sie ihre Forderung durchsetzen, in den sowjetischen Anteil den Einsatz von Arbeitskräften einzubeziehen. Die Amerikaner waren nicht bereit, hier eine gemeinsame Position mit den Briten zu vertreten und hielten die sowjetische Forderung "nicht für unberechtigt".⁵⁶⁰

Wie Pauleys Initiative in der Frage der Verteilung zeigte, stand es mit dem britischen Einfluß nicht zum besten. In gewisser Hinsicht entsprach es dem verschobenen Gewicht zwischen den beiden westlichen Verbündeten, daß es Pauley war, der eine Reihe ambitionierter Vorschläge unterbreitete, auch wenn seine Energie und Ungeduld bei den Briten mit mancher Kritik bedacht wurde.⁵⁶¹ Doch abgesehen von der Festlegung der Prozentanteile gelang es auch Pauley in den Ausschußberatungen nicht, substantielle Entscheidungen zu treffen.⁵⁶² Zwar billigten die sowjetischen Vertreter die meisten Punkte in der von Pauley vorgelegten und von Monckton unterstützten Grundsatzklärung. Doch die wirklich strittigen, den Briten vorrangigen Punkte blieben ungeklärt: eine Einigung über die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit und vor allem über das "First charge principle" - die Punkte 3 und 8 der Grundsatzklärung.⁵⁶³

Eine Einigung über die Definition von Kriegsbeute im Unterschied zu Reparationen blieb ebenso aus wie über die von Moskau geforderten Abschlagslieferungen. Monckton lehnte es ab, der Sowjetunion Kapitalgüter aus der britischen Zone vorab als Reparationen zu liefern. Er schrieb an Eden: "Die einzige Waffe, die wir in den Verhandlungen haben, ist, daß die Russen Investitionsgüter aus den westlichen Zonen entnehmen wollen." Käme man dem sowjetischen Wunsch nach, verlöre Moskau jedes Interesse an

⁵⁵⁶Direktive an Monckton, 18. 6. 1945, DDP II/1, Absätze 10-17, S. 600-601 (Anm.).

⁵⁵⁷Vgl. das Memorandum "Reparationen" des Mitarbeiters im britischen Schatzamt, Edward Playfair, 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 618-626, hier Anlage II, S. 625/626. Vgl. das Orig. in DBPO I/1, Doc. 165, S. 327-333 (ohne Anlagen).

⁵⁵⁸Memorandum Playfairs, "Reparationen", 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 619; DBPO I/1, Doc. 165, S. 328-329.

⁵⁵⁹Empfehlung zur Verteilung der Reparationen, Anlage II zu Playfairs Memorandum "Reparationen", 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 625-626; vgl. Woodward, BFP V, S. 336-337.

⁵⁶⁰Memorandum Playfairs, "Reparationen", 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 619.

⁵⁶¹Memorandum Playfairs, "Reparationen", 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 618, 621.

⁵⁶²Vgl. Teil 4, Kap. 4. 5.

⁵⁶³Memorandum Playfairs, "Reparationen", 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 622-623; die Grundsatzklärung in Anlage I, S. 625. Vgl. Clark Kerr an Eden, 12. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 116, S. 225-226, und das Memorandum der US-Delegation: "Supplement to Progress Report", 14. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 538-539.

einer Einigung über die Reparationen.⁵⁶⁴ Dies war eine bezeichnende Einschätzung der sowjetischen Politik. Eine Einigung über gemeinsame Grundlagen einer Nachkriegsregelung und über die Deutschlandpolitik schien bereits in diesem Stadium der Verhandlungen in weiter Ferne zu liegen. Einvernehmliche Lösungen konnten lediglich mit Washington und eventuell mit Paris, kaum hingegen mit der sowjetischen Führung erreicht werden.

Wie die britischen Delegierten während der ersten Verhandlungsrunden in Moskau erkennen mußten, waren die sowjetischen Vertreter nach wie vor an umfangreichen Demontagen zu Reparationszwecken interessiert. In diesem Zusammenhang stellte sich die alles entscheidende Frage, ob London die Grundprinzipien der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands, wie in den zurückliegenden Monaten entworfen, überhaupt würde durchsetzen können. Die Differenzen in der britischen und der sowjetischen Reparations- und Wirtschaftspolitik, die sich seit Jalta abgezeichnet hatten, spitzten sich noch einmal zu.

Wie der Vorsitzende der Reparationskommission, Maiski, sagte, sei seine Regierung nicht an Vergeltung interessiert, sondern an Gerechtigkeit und an Sicherheit. Deutschland solle in größtmöglichem Ausmaß Wiedergutmachung leisten für die Schäden, die es den friedliebenden Nationen zugefügt habe - das sei die Gerechtigkeit. Zum anderen müsse Deutschland jeder Möglichkeit beraubt werden, die Welt erneut zu bedrohen - das sei der Beitrag zu internationaler Sicherheit. Diese Politik schien zunächst in dem Rahmen zu liegen, den die britische Regierung gesetzt hatte. Auch klang die Versicherung noch ermutigend, die Sowjetunion strebe nicht die Zerstörung des deutschen Volkes an. Doch steckte der Teufel natürlich im Detail.⁵⁶⁵

Wie Monckton Schatzkanzler Anderson im Juli informierte, sei Maiski durchaus konkreter geworden, habe eine Reduktion der metallurgischen Industrie in Deutschland um 80% und der chemischen Industrie um 100% gefordert, zusätzlich zur Beseitigung der eigentlichen Waffenproduktionsstätten. Das russische Motiv, so Monckton weiter, sei dabei nicht Rache, sondern das Interesse an einer Beseitigung des deutschen Kriegspotentials und an dem baldigsten Erhalt deutscher Ausrüstung zur Einbeziehung in die eigenen Wirtschaftspläne.⁵⁶⁶

Monckton deutete jedoch auf die möglichen Konflikte zwischen der bisherigen britischen Sicht und den offensichtlichen sowjetischen Interessen. In London habe man bisher die Linie eines "draconian attack on selective industries than on all-round deindustrialisation" vertreten. Setze man sich nun aber mit den Russen auf Expertenebene zusammen und gehe die einzelnen Industrien durch, werde man unweigerlich anerkennen müssen, daß ein hoher Grad an Entindustrialisierung in Deutschland berechtigt sei. Man könne zwar entgegen, ein solches Vorgehen werde politische Schwierigkeiten, Chaos und eventuell Arbeitslosigkeit hervorrufen können. Doch Monckton sah wenig Möglichkeiten, gegen die sowjetischen Vorstellungen berechnete Einwände zu erheben; er kalkulierte ein, daß eine Realisierung der sowjetischen Pläne im Ergebnis zu einer sehr weitgehenden Deindustrialisierung Deutschlands führen werde.

⁵⁶⁴Vorlage Moncktons für Eden, 15. 7. 1945, DDP II/1, S. 610-614, Zit. 613; Orig. in DBPO I/1, S. 298-302, 300. Ähnlich auch Staatssekretär Waley an Playfair, 17. 7. 1945, DDP II/1, S. 637. Vgl. Clark Kerr an Eden, 9. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 55, S. 88-90. Vgl. auch Cairncross, Price, S. 84.

⁵⁶⁵Roberts (Moskau) an Warner (London), 10. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 80, S. 149-150, in der Anlage die Rede Maiskis vom 21. 6.. Siehe auch die Vermerke von Foreign Office-Mitarbeitern, Anm. 1.

⁵⁶⁶Monckton an Anderson, 12. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 117, S. 226-228.

Diese, je nach Standpunkt, pessimistische oder prosowjetische Sicht der Dinge stieß bei Schatzkanzler Anderson in London auf massive Kritik. Unter Verweis auf die Kabinettsrichtlinien betonte Anderson, wie wichtig es sei, zwischen Maßnahmen im Hinblick auf Sicherheit einerseits und auf Reparationen andererseits zu unterscheiden. Das Sicherheitsprogramm müsse umgesetzt werden, ganz unabhängig von den Auswirkungen auf die deutsche Fähigkeit, Reparationen zu zahlen oder auf Schwierigkeiten für die Besatzungsmächte.⁵⁶⁷ Andererseits sei es klar, daß eine Politik exzessiver Deindustrialisierung "would create conditions of depression and unrest under which there would be little hope of the emergence of a peaceful Germany".⁵⁶⁸ Diese Gestaltung eines friedlichen Deutschland aber war das langfristige und wichtigste britische Planungsziel.

Deshalb nahm Anderson auch kein Blatt vor den Mund: Er habe durchaus damit gerechnet, daß sich die Differenzen zwischen dem sowjetischen und dem britischen Ansatz als fundamental erweisen könnten. Die britische Delegation müsse auch in Moskau ihre Position klar formulieren. Man müsse zusehen, daß das Gesamtergebnis der Detailberatungen der von London gewünschten Politik nicht vollkommen zuwiderlaufe. Was die Russen vorschlugen, sei die extreme Sicht, die in Washington früher als Morgenthau-Plan bekannt geworden sei, und die im amerikanischen Außen- und Kriegsministerium, in der amerikanischen Öffentlichkeit sowie in Großbritannien generell verurteilt worden sei. Beschwörend schloß Anderson, man wünsche Deutschland nicht einfach davonkommen zu lassen und sei nicht dagegen, Rußland einiges an Wiedergutmachung zukommen zu lassen, doch "for the sake of the sanity and peace of Europe we cannot push the policy of destroying Germany's economy to the point of a complete breakdown".⁵⁶⁹

Hier sprach ein Politiker, der eine klare Vorstellung vom wirtschaftlichen Zusammenleben in Europa hatte, der sich von "common sense" leiten ließ und nicht bereit war, im Interesse einer Einigung mit der Sowjetunion den Grundbestand britischer Friedensvorstellungen zu opfern. Nicht blinde Zerstörung, nicht Chaos in der Mitte Europas hatte Anderson im Sinn, sondern kalkulierte Sicherheit, die er nicht allein wirtschaftlich, sondern auch militärisch und politisch verstand. Entscheidend war, daß noch ein geordnetes wirtschaftliches und politisches Leben in Deutschland möglich blieb.

Eine Gesprächsunterlage für die britische Delegation in Potsdam hatte bereits einige Tage zuvor versucht, den Diskussionsstand innerhalb der Regierungsstellen über die industrielle Abrüstung zusammenzufassen. Unter industrieller Abrüstung bzw. wirtschaftlicher Sicherheit wurde "die Beseitigung, Beschränkung oder Kontrolle der industriellen und wirtschaftlichen Grundlage des deutschen Kriegspotentials im Interesse der Sicherheit" verstanden. Die Einschränkung folgte gleich im nächsten Satz: industrielle Abrüstung bedeute "nicht, daß die Entindustrialisierung Deutschlands oder die Be-

⁵⁶⁷Die Gesprächsunterlage zur industriellen Abrüstung Deutschlands wies allerdings an einer Stelle darauf hin, daß Demontagen aus Gründen der Sicherheit und zu Reparationszwecken durchaus zusammenfallen könnten; 12. 7. 1945, DDP II/1, S. 379. Staatssekretär Sir Waley aus dem Schatzamt erklärte in einer Besprechung mit der britischen Gruppe bei der Kontrollkommission, es sei "unmöglich, die Entindustrialisierung von den Reparationen zu trennen"; Sitzungsprotokoll vom 15. 7. 1945, DDP II/1, S. 229.

⁵⁶⁸Anderson an Monckton, 18. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 313, S. 751-756, Zit. S. 751.

⁵⁶⁹Anderson an Monckton, 18. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 313, S. 754-756, Zit. S. 756. Ähnlich auch Anderson an Monckton, 19. 7. 1945, DDP II/1, S. 647-648 - eine Antwort auf Moncktons Bericht an Eden über die Verhandlungen in Moskau. Vgl. Waley an Playfair, 17. 7. 1945, DDP II/1, S. 637.

schränkung der deutschen Wirtschaft ein größeres Ausmaß annehmen soll, als es für die Erreichung der industriellen Abrüstung notwendig wäre."⁵⁷⁰

In Regierungskreisen hatte sich ein Konsens darüber herausgeschält, die im Interesse der dauerhaften Sicherheit vor Deutschland notwendigen Deindustrialisierungsschritte auf ausgewählte Bereiche der Schwerindustrie und der chemischen Industrie zu beschränken. Diese Maßnahmen sollten möglichst innerhalb der Besatzungszeit abgeschlossen werden, auch wenn nach dieser Phase noch wirtschaftliche Kontrollen für notwendig gehalten wurden. Wie die Gesprächsunterlage festhielt, stimmten die britischen Vorstellungen zur industriellen Abrüstung mit den amerikanischen Plänen in der Direktive JCS 1067 genau überein. Entscheidend für eine Politik der industriellen Abrüstung hielt man in London ein koordiniertes Vorgehen nach einer entsprechenden Einigung der vier Mächte. Auf diese Weise hoffte man, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu erhalten.⁵⁷¹ Dies war ein anspruchsvolles Programm für die Potsdamer Konferenz.

22. 6. Großbritannien, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands und die Konflikte in der Reparationspolitik auf der Potsdamer Konferenz

Die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit bildete in der Vorbereitung auf die Potsdamer Konferenz ein, wenn nicht *das* Kernstück britischer Politik, zumal eine Aufteilung des Landes ad acta gelegt zu sein schien. Unter dieser Politik verstand man in London gemeinsame Regelungen im Rahmen des Kontrollrates für Industrie und Nahrungsmittel, Land- und Forstwirtschaft, Ein- und Ausfuhr, Löhne und Preise, Währung und Finanzen. Dieser Grundsatz findet sich wie ein roter Faden in den Dokumenten, die sich nach der deutschen Kapitulation, vor und während der Potsdamer Konferenz mit den wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Deutschlandpolitik beschäftigten. Überhaupt war es so, daß die Klärung der wirtschaftlichen Grundsätze in britischer Sicht das entscheidende Problem darstellte und anderen Aspekten der Deutschlandpolitik den Rang ablief.

Der Leiter der Abteilung für Wirtschaftsbeziehungen im Foreign Office, Coulson, und der EIPS-Vorsitzende Turner, hatten sich zur Zeit der Kapitulation auf den Grundsatz der wirtschaftlichen Einheit verständigt. Mit Blick auf den angestrebten Lebensstandard in Deutschland orientierte man sich an der amerikanischen Direktive JCS 1067⁵⁷²; dementsprechend sollte der Lebensstandard sich am Mindestbedarf ausrichten und das Niveau in den befreiten Gebieten nicht überschreiten. Erst wenn ein gesicherter Nahrungsmittelüberschuß bestehe, dürften Nahrungsmittel ausgeführt werden.⁵⁷³

Anfang Juli 1945 informierte Churchill Turner, der nunmehr Mitglied in der Reparationskommission war, daß die britische Regierung das Thema der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands in Potsdam zur Sprache bringen wolle.⁵⁷⁴ Eine Gesprächsunterlage für die britische Delegation faßte dann das Ergebnis der Beratungen in den verschiede-

⁵⁷⁰Industrielle Abrüstung Deutschlands. Gesprächsunterlage für die britische Delegation, 12. 7. 1945, DDP II/1, S. 377-381, Zit. S. 377-378.

⁵⁷¹Ebda., S. 378-379.

⁵⁷²Vgl. Teil 4, Kap. 2. 6.

⁵⁷³Siehe dazu Coulson an Playfair (Schatzamt), 21. 4. 1945, DDP II/1, S. 312-313 (Anm.); Playfair an Coulson, 24. 4. 1945, ebda., S. 314 (Anm. 1); Turner an John Coulson, 14. 5. 1945, ebda., S. 312-313; Lincoln (Economic Relations Department im Foreign Office) an Playfair, 5. 6. 1945, ebda., S. 314-315.

⁵⁷⁴Churchill an Clark Kerr, für Turner, 7. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 22, S. 33-34; DDP II/1, S. 349-350.

nen Planungsstäben zusammen: "Bei der Ausübung der Kontrolle über die deutsche Wirtschaft zum Zweck der Verwirklichung der Besatzungsziele wird Deutschland so weit wie möglich als eine einzige wirtschaftliche Einheit betrachtet." Diese Politik beziehe sich vor allem auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern. Zwischen den Besatzungszonen solle ein "möglichst freier Austausch von Gütern und Dienstleistungen" gestattet werden. Der deutsche Lebensstandard werde "auf der Grundlage seines lebensnotwendigen Mindestbedarfs festgelegt".⁵⁷⁵ Erst auf dieser Grundlage könne man sich der Frage zuwenden, welche Ausfuhren und welche Reparationen aus Deutschland ermöglicht werden könnten.

Der Vereinbarungsentwurf zeigt, in welchem Ausmaß sich die britische Politik gezwungen sah, die Versorgungsprobleme in ihrer Zone in Rechnung zu stellen. Er demonstriert auch, mit welcher Sorge man auf das einseitige Vorgehen der Sowjetunion und ihre mutmaßlichen Forderungen auf der Gipfelkonferenz blickte. Aus diesem Grund spielte die Denkschrift mögliche Verhandlungsszenarien durch: man zog Überzeugungsarbeit und eine gütliche Einigung vor, empfahl aber auch, Druckmittel bereitzuhalten: vor allem was die Kohle und die Industrieausrüstung aus dem Ruhrgebiet anbelangte.⁵⁷⁶

Wie sehr die britische Regierung sich zwischen allen Fronten wähnte und sich mit der Verwaltung des Mangels konfrontiert sah, wird auch in einem Schreiben Edens an den Zonenbefehlshaber Montgomery deutlich. Wie Eden schrieb, sei ganz Westeuropa verzweifelt auf Kohle angewiesen und Deutschland sei dafür die Hauptquelle: "It is not going to be easy to reconcile the minimum requirements of the Western Allies in this respect with the minimum requirements of Germany." Eden äußerte seine Hoffnung, in Potsdam könne man die Mauer zwischen der russischen Zone und den westlichen Zonen zu durchbrechen. Das war bereits eine klare Sprache, wie weit die wirtschaftliche Teilung Deutschlands in britischer Wahrnehmung schon fortgeschritten war und wie sehr dies Auswirkungen auf Europa hatte, zumindest auf dessen westlichen Teil.⁵⁷⁷

Als Indiz für die überragende Bedeutung, welche die britische Regierung angesichts der Notwendigkeit, eine darniederliegende Besatzungszone zu regieren, wirtschaftlichen Fragen beimaß, kann auch eine Denkschrift des Foreign Office dienen. In dem wenige Tage vor Potsdam abgefaßten Dokument hieß es, die Lösung politischer Fragen in bezug auf Deutschland werde "von wirtschaftlichen Überlegungen abhängen". "Es werden sich keine brauchbaren Lösungen ergeben, wenn die deutsche Bevölkerung leere Mägen und keine Kohle hat."⁵⁷⁸ Gelöst werden mußten praktische Probleme, gewonnen werden mußte der "Kampf gegen den Winter".⁵⁷⁹ In britischer Sicht war die Sowjetunion für den Ernst der Lage in höchstem Maße mitverantwortlich. Sie verschärfte die prekäre Versorgungslage, indem sie die deutschen Ostgebiete eigenmächtig an Polen übergeben hatte und Lieferungen von Nahrungsmitteln und Energieträgern aus diesen Ge-

⁵⁷⁵Gesprächsunterlage für die britische Delegation: Behandlung Deutschlands als eine wirtschaftliche Einheit, Juli 1945, DBPO I/1, S. 256-260, dt. in DDP II/1, S. 388-392, Zit. S. 392.

⁵⁷⁶Ebda., S. 391.

⁵⁷⁷Eden an Montgomery, 12. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 112, S. 214-215.

⁵⁷⁸Gesprächsunterlage für die britische Delegation: Deutschland - Wirtschaftliche Aspekte, 12. 7. 1945, DDP II/1, S. 376; DBPO I/1, Doc. 114, S. 217.

⁵⁷⁹Ebda..

bieten verweigerte.⁵⁸⁰ Das Thema der einseitigen sowjetischen Demontagepolitik wird in Teil 4, Kap. 4. 5.-4. 7. beleuchtet.

Der Frage, was mit dem Ruhrgebiet geschehen sollte, kam in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Es war ein offenes Geheimnis, daß Moskau sich einen Zugriff auf das Industriegebiet in der britischen Zone sichern wollte. Churchill hatte freilich 1944 in Moskau selbst eine Internationalisierung des Ruhrgebietes vorgeschlagen. In internen britischen Dokumenten, zur Zeit der Potsdamer Konferenz abgefaßt, wurde nunmehr dem Interesse der Sowjetunion, das Ruhrgebiet mitzukontrollieren oder aber es aus der Zuständigkeit des Kontrollrates herauszunehmen und unter eine besondere Aufsichtsbehörde zu stellen, eine klare Absage erteilt. Allenfalls kamen Warenlieferungen aus dem Ruhrgebiet in Betracht.⁵⁸¹ Auch erwog man eine Beratung der Ruhrgebietsfrage, an der auch Frankreich ein drängendes Interesse hatte, im neuen Rat der Außenminister, in dem Frankreich vertreten sein würde.

Auf der Konferenz von Potsdam wurde bei den Reparationsverhandlungen sehr deutlich, was sich schon seit längerem abgezeichnet hatte: daß die britische Delegation nur noch ein machtpolitisch zweitrangiges Land vertreten konnte. Der neue US-Außenminister Byrnes, ähnlich energisch wie Pauley, zog bald die Initiative an sich, um eine Klärung mit der Sowjetunion herbeizuführen. Hinzu kam, daß die Delegation unter Führung Churchills und Edens am 25. Juli 1945 nach London zurückflog, um das Ergebnis der britischen Unterhauswahlen zu erfahren. Beide Politiker kehrten nach der Wahlniederlage der Konservativen nicht mehr nach Potsdam zurück. Die Entscheidungen in der Reparationsfrage zeichneten sich zwar schon ab, als Churchill und Eden im Amt waren, doch fielen sie erst im letzten Drittel der Konferenz, als die konservativen Politiker bereits abgereist waren und die neue Delegation unter Attlee und Bevin noch nicht in Potsdam war.

Zunächst war es so, daß Eden mit Byrnes darin übereinstimmte, daß das Prinzip Einführen vor Reparationen ("first charge principle") gelten müsse. Diese Position wurde, abweichend von den sowjetischen Vorstellungen, im ersten Bericht des Unterausschusses für Wirtschaftsfragen am 20. Juli 1945 festgehalten.⁵⁸² Vor den Außenministern am 23. Juli legte Eden die unveränderten britischen Standpunkt dar. Erst nach dem Export von Gütern zur Bezahlung der Einfuhren nach Deutschland könne an Reparationen gedacht werden. Eden wies Molotow darauf hin, die Sowjetunion habe im Alliierten Kontrollrat einem "Mindesteinfuhrprogramm" zugestimmt, "das erfüllt werden müsse und nicht gekürzt werden könne, um die Reparationen zu bestreiten".⁵⁸³ Es war ein Hin und Her um das stets gleiche Thema. Ähnlich wie Churchill machte Eden auch deutlich, daß es für die britische Delegation in erster Linie um die Lösung praktischer Probleme in

⁵⁸⁰Vgl. dazu die Vorlage über die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, in Eden an Churchill, 19. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 191, S. 411-412; DDP II/1, S. 429-431.

⁵⁸¹Vermerk O'Neills, Deutschlandreferat des Foreign Office, 30. 7. 1945, DDP II/1, S. 864, Anm. 1. Über die sowjetischen Pläne Mockton an Eden, 21. 7. 1945, ebda., S. 864-866. Vgl. den Vermerk Troutbecks, 31. 7. 1945, ebda., S. 865, Anm. 1.

⁵⁸²Bericht des Economic Subcommittee, 20. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 794 ff. und 845 ff., dt. in DDP II/1, S. 445.

⁵⁸³6. Sitzung der Außenminister, 23. 7. 1945, US-Notizen, dt. in DDP II/1, S. 1534-1535; Orig.: FRUS, PD II, S. 280.

Deutschland ging: die Versorgung Berlins mit Brennstoff und die Belieferung der britischen Zone mit Nahrungsmitteln.⁵⁸⁴

Doch bereits vor dieser regulären Außenministersitzung am 23. Juli war Byrnes privat an Molotow herantreten.⁵⁸⁵ Eden wurde darüber offensichtlich erst nach der regulären und vor der anschließenden informellen Sitzung der Außenminister informiert.⁵⁸⁶ Es ging darum, die Reparationen primär aus den jeweiligen Besatzungszonen zu entnehmen und Moskau damit in seiner Zone freie Hand zu lassen. Auch wenn den Briten die Aussicht, für ihre Zone feste Lieferungen zu vereinbaren, durchaus recht sein konnte, befürchteten sie ein Ausbluten der sowjetischen Zone und eine Auseinanderentwicklung der Zonen in wirtschaftlicher und letztlich auch politischer Hinsicht. Aus diesen Gründen drang die britische Delegation darauf, die beiden Grundsätze der Vorrangigkeit der Einfuhren und der wirtschaftlichen Einheit in das amerikanische Arbeitspapier vom 23. Juli einzubeziehen. Während sie damit Erfolg hatten, kamen sie mit dem Änderungsvorschlag, alle Entnahmen zu Reparationszwecken sollten "im Rahmen eines umfassenden, vom Kontrollrat genehmigten Programms erfolgen", bei Byrnes nicht durch.⁵⁸⁷ Denn das hätte im Klartext bedeutet, daß die Sowjets sich eben nicht nach Gutdünken in ihrer Zone hätten bedienen können.

In der von Byrnes erbetenen informellen Besprechung der Außenminister am 23. Juli beharrte Eden darauf, Deutschland bis zu einem Friedensvertrag als wirtschaftliche Einheit zu behandeln; diese müsse sich auch auf die deutschen Ostgebiete erstrecken. Eden beging jedoch den gleichen Fehler wie Churchill, die praktischen Probleme zu sehr in den Vordergrund zu rücken und damit die Sowjets zu ermuntern, Ausreden und Auswege aus den Versorgungsschwierigkeiten zu suchen. Eden bekundete sein Interesse an einer Lösung des Problems in der Weise, die Byrnes vorgeschlagen hatte, doch er äußerte die Sorge, "daß dieser Plan nach einer eindeutigen Abkehr von der Einheit der Vier Mächte aussehen könne".⁵⁸⁸ Mit dieser Befürchtung hatte Eden zweifelsohne recht, wenn er auch wohl andere Motive als Molotow hatte, der ähnliche Bedenken zu Protokoll gab. Eden sah die von Byrnes skizzierte Lösung des Reparationsproblems nicht nur als Mittel dazu an, Konflikte zwischen den Alliierten auszuräumen und ihre Einigkeit wiederherzustellen, sondern als einen Ausdruck von Uneinigkeit der Siegermächte, die in seinen Augen fortbestehen würde.

⁵⁸⁴Ähnlich auch Cadogan Diary, 21. 7. 1945, Dilks, Diaries, S. 768.

⁵⁸⁵Tyrell, Großbritannien, S. 577, meint hier, von den Briten sei "mit Sicherheit Widerstand" zu erwarten gewesen. Der weitere Verlauf der Beratungen stützt dieses Argument zwar; doch legen die Quellen nicht dar, ob der befürchtete britische Widerstand auch Byrnes' Motiv für seinen einseitigen Schritt gewesen ist. Es wäre ja auch denkbar gewesen, erst eine gemeinsame anglo-amerikanische Position zu erarbeiten, wenn die Amerikaner ohnehin diplomatischen Druck gegen die Sowjetunion erwogen.

⁵⁸⁶So sagte Byrnes in der informellen Sitzung der Außenminister am Nachmittag des 23. Juli, er habe Eden nach dem Gespräch mit Molotow am Morgen informiert. Eine separate Aufzeichnung eines Byrnes-Eden Gesprächs findet sich laut FRUS, PD II, S. 275, jedoch nicht, auch die veröffentlichten britischen Quellen weisen keine Notiz auf.

⁵⁸⁷Vorschlagsentwurf der britischen Delegation, 23. 7. 1945, DDP II/1, S. 671-673; Zit. 671; FRUS, PD II, S. 860-861, 1027.

⁵⁸⁸Informelle Sitzung der Außenminister, 23. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1560-1561; DBPO I/1, Doc. 240, S. 580. Bis zur weiteren Klärung der Lage lehnte Eden nun auch Interimslieferungen völlig ab (an Churchill, 24. 7. 1945, DDP II/1, S. 680-681). Vgl. auch F. Faust, Die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands im Potsdamer Abkommen, in: Das Potsdamer Abkommen und die Deutschlandfrage, I. Teil (Hg. F. Klein/B. Meissner), Wien 1977, S. 123-141; Deuerlein, Einheit, S. 123-141.

Auch der Staatssekretär im britischen Schatzamt, Sir Wilfrid Eady, teilte Edens Bedenken. Er prophezeite, "the plan is probably a decisive step towards the separation of Germany into a Western Area and an Eastern Area under Russia".⁵⁸⁹ Diese Einschätzung teilte auch der Deutschlandexperte im Foreign Office, Troutbeck.⁵⁹⁰ Auf der anderen Seite lag es nahe, daß die unilaterale sowjetische Politik auch ohne den US-Plan zur Festigung unterschiedlicher Lebensverhältnisse in Deutschland und zu einer möglichen Teilung des Landes führte. Wie Eady dem neuen Schatzkanzler Hugh Dalton schrieb, sei zu befürchten, daß die Sowjetunion ihre Zone weitgehend plündern würde und daß sich auf diese Weise zwei Gebiete mit unterschiedlichem wirtschaftlichen Niveau entwickeln würden. Das werde entweder zur Folge haben, "daß das westliche Gebiet die Bevölkerung im östlichen Gebiet auf Dauer unterstützen muß oder daß Deutschland in zwei Gebiete geteilt wird, ein östliches Gebiet einschließlich Sachsens unter russischer Herrschaft ... und ein westliches Gebiet, wo die Amerikaner, die Briten und die Franzosen versuchen, Ordnung in das Durcheinander zu bringen".⁵⁹¹

Der britische Vertreter in der Reparationskommission, Monckton, konnte dem US-Vorschlag, die Reparationen auf Zonenbasis zu entnehmen, sehr viel mehr abgewinnen. Er verwies auf Grundsatzkonflikte in der Deutschlandpolitik, vor allem auf den Unterschied der Konzepte zur Deindustrialisierung Deutschlands: die Russen würden hier viel weiter gehen als Briten und Amerikaner es für sinnvoll hielten. Auch die fehlende Einigung über das Prinzip der Vorrangigkeit schien Monckton ein grundsätzliches Problem zu sein.⁵⁹²

Der Reparationsexperte empfahl seiner Delegation daher, den US-Vorschlag anzunehmen, allerdings unter folgenden Bedingungen: erstens müsse mit Amerikanern und Franzosen eine Einigung über Lieferungen aus den Westzonen an die Sowjetunion erreicht werden. Zweitens hänge die Entscheidung darüber, wieviel man den Russen anbiete, von dem Grad der erwünschten Entindustrialisierung Deutschlands ab. Drittens solle man "einen echten Versuch machen, Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit zu behandeln". Zu diesem Zweck müsse man sich über ein gemeinsames Einfuhrprogramm für ganz Deutschland einigen. Monckton empfahl, den Versuch, die wirtschaftliche Einheit zu erhalten, erst dann aufzugeben, wenn der sowjetische Vertreter im Kontrollrat dem Einfuhrprogramm nicht zustimme, welches der britische Zonenbefehlshaber für notwendig halte.⁵⁹³

Auch Sir David Waley, ebenfalls Staatssekretär im britischen Finanzministerium, schlug in Potsdam bereits am 23. Juli eine Abänderung eines US-Reparationsentwurfs vor, um den befürchteten Schaden für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands und die gemeinsame Kontrolle des Landes weitestgehend zu begrenzen: es sollten klare Vereinbarungen getroffen werden über einen Reparationsplan, über Lieferungen bestimmter Investitionsgüter aus den Westzonen für die Sowjetunion sowie über Warenlieferungen aus laufender Produktion und Lagerbeständen aus der östlichen Zone in die Westzo-

⁵⁸⁹Eady an Padmore, 26. 7. 1945, zit. n. Cairncross, S. 95.

⁵⁹⁰Vermerk Troutbecks, 26. 7. 1945, auf dem Bericht Moncktons (24. 7.) über den Byrnes-Vorschlag vom 23. 7., DBPO I/1, Doc. 427, S. 920, Anm. 1; DDP II/1, S. 677, Anm. 1.

⁵⁹¹Memorandum Eadys an Dalton, 28. 7. 1945, DDP II/1, S. 723.

⁵⁹²"Deutsche Reparationen", Memorandum Moncktons, 24. 7. 1945, DBPO, I/1, S. 616-619; DDP II/1, S. 677-680, hier 678, 680.

⁵⁹³"Deutsche Reparationen", Memorandum Moncktons, 24. 7. 1945, DDP II/1, S. 679.

nen.⁵⁹⁴ Die britische Delegation konnte auf diese Weise immerhin erreichen, daß die Amerikaner ihren Reparationsentwurf entsprechend der Grundsätze der Vorrangigkeit und der wirtschaftlichen Einheit geringfügig überarbeiteten.⁵⁹⁵

Diesen überarbeiteten Vorschlag hielt der neue Schatzkanzler Dalton "grundsätzlich für annehmbar", wie es am 28. Juli aus London hieß. Dalton wollte die Billigung der US-Vorlage ausdrücklich abhängig machen "von einem befriedigenden vereinbarten Reparationsprogramm", von der "Annahme der ersten Forderung gegenüber Ausfuhren" - also dem bereits bekannten "first charge principle" - und von der uneingeschränkten Akzeptanz der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.⁵⁹⁶ Dalton gab noch am gleichen Tag seine Zustimmung zu einem Papier, in dem Staatssekretär Eady diese drei Forderungen als unabdingbar auflistete.⁵⁹⁷

Als in der Außenministersitzung am 27. Juli Byrnes und Molotow heftig über die Reparationen stritten, schwieg der britische Vertreter, Staatssekretär Sir Cadogan, der den Delegationschef vertrat.⁵⁹⁸ War bereits in den vorangegangenen Sitzungen die allgemeine Zurückhaltung Edens auffallend gewesen, wurde nun vollends deutlich, daß die eigentlichen Streitfragen bilateral verhandelt wurden.⁵⁹⁹ Das lag sicher zu einem großen Teil daran, daß in Potsdam die US-Delegation sehr viel bestimmter auftrat und fester als noch in Jalta ihre Interessen gegenüber den Sowjets vertrat. Damit übernahmen die Amerikaner tendenziell die frühere britische Rolle auf den Kriegskonferenzen, Widerpart der Sowjets zu sein. Da die Briten ihre feste Position prinzipiell nicht geändert hatten, ihre relative Schwäche gegenüber den mächtigeren Amerikanern jedoch immer deutlicher wurde, sahen sie sich zunehmend in die Rolle des Juniorpartners der USA gedrängt, ein Prozeß, den Byrnes durch sein relatives Verhandlungsgeschick beschleunigte.⁶⁰⁰

Obwohl wegen der Abwesenheit der britischen Regierungspolitiker keine formellen Entscheidungen getroffen werden konnte, fand am 27. Juli ein weiteres Gespräch zwischen Byrnes und Molotow statt.⁶⁰¹ In diesen kritischen Tagen, während derer die Konferenz offiziell nicht arbeiten konnte, entwickelte Byrnes seinen Plan, die Einigung über die Reparationen mit der Frage der polnischen Verwaltung der deutschen Ostgebiete bis zur östlichen Neiße zu verknüpfen. Das geht hervor aus einer Aufzeichnung von Staats-

⁵⁹⁴Vorschlag der britischen Delegation über Ergänzungen zum US-Reparationsvorschlag, 23. 7. 1945, DDP II/1, S. 672; FRUS, PD II, S. 860-861.

⁵⁹⁵Amerikanischer Standpunkt zu den Reparationen - Endgültige Fassung von Pauley, 24. bzw. 25. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 867-869; DDP II/1, S. 684-685.

⁵⁹⁶Foreign Office an britische Delegation, 28. 7. 1945, DDP II/1, S. 721; DBPO I/1, Doc. 445, S. 955-956.

⁵⁹⁷Memorandum Eadys für Dalton, 28. 7. 1945, DDP II/1, S. 721-723, hier S. 723, Anm. 5.

⁵⁹⁸9. Sitzung der Außenminister, 27. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1769-1771.

⁵⁹⁹Cadogan erwähnt in seinem Tagebuch vom 23. 7. 1945, Byrnes und Molotow sei die zwischenzeitliche Abwesenheit der britischen Politiker offenbar nicht unrecht gewesen, Dilks, Diaries, S. 769.

⁶⁰⁰Mit unnachahmlicher Nüchternheit und Sarkasmus notierte Cadogan diese Beobachtung am Ende der Konferenz in seinem Tagebuch: "Big 3 (or 2 1/2!) at 4." Vgl. auch D. Reynolds, Roosevelt, Churchill and the Wartime Anglo-American Alliance, 1939-1945: Towards a New Synthesis, in: W. R. Louis/H. Bull (Eds.), The "Special Relationship": Anglo-American Relations Since 1945, Oxford 1986, S. 17-41.

⁶⁰¹Unterredung Byrnes-Molotow, 27. 7. 1945, sowjetische Notizen, DDP II/1, S. 1793; Aufzeichnung über die 1. Stabskonferenz mit Premierminister Attlee und Außenminister Bevin, 29. 7. 1945, ebda., S. 1842-1846.

sekretär Sir Cadogan. Am Abend des 27. Juli erfuhr Cadogan in einer Unterredung mit Byrnes in groben Zügen von dessen geplanter Paketlösung.⁶⁰²

22. 7. Die reparationspolitische Teilung Deutschlands? Die britische Delegation und die Paketlösung in der Reparationsfrage

Offensichtlich hat die britische Delegation unabhängig von dem amerikanischen Vorgehen erwogen, die strittigen Fragen - Reparationen und Territorialtransfer - miteinander zu verknüpfen. Als am 15. Juli 1945 Mitglieder der britischen Delegation in Potsdam, britische Vertreter in der Reparationskommission und in der Kontrollkommission für Deutschland miteinander die Lage berieten, wurde folgende Einschätzung deutlich: wenn die Sowjets bei der Ansicht blieben, die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie befänden sich außerhalb ihrer Kontrolle, wenn sie aus ihrer Zone sämtliche Industrieanlagen und landwirtschaftliches Gerät abtransportierten, wenn sie keine Anstalten machten, die Ernte in den Gegenden einzufahren, welche Briten und Amerikaner geräumt hätten, dann sei man, wie General Weeks es formulierte, hereingelegt worden.⁶⁰³

Wie Geoffrey Harrison aus dem German Department im Foreign Office, bei der Besprechung zugegen, nach London schrieb, werde man zwar auf lange Sicht auf der Behandlung Deutschlands als einer administrativen und wirtschaftlichen Einheit bestehen müssen. Doch müsse man auf kurze Sicht darauf drängen, daß die Russen den Preis für die britische Anerkennung der polnischen Forderungen zahlten: daß also im kommenden Jahr die deutschen Ostgebiete, ob unter polnischer Besetzung oder nicht, ihren Anteil an der Versorgung Deutschlands mit Kohle und Nahrungsmitteln beitragen müßten.⁶⁰⁴ Es geht aus den Aufzeichnungen nicht hervor, was mit der Anerkennung der polnischen Forderungen gemeint war; mindestens muß es sich um die Billigung der polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie gehandelt haben, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die britischen Experten hier bereits eine vorläufige Grenzregelung im Blick hatten.

Sir Monckton wurde in seinem bereits erwähnten Memorandum über die Reparationsfrage vom 24. Juli noch deutlicher. Er schrieb über eine informelle Besprechung zwischen britischen und amerikanischen Experten am Abend des 23. Juli, der US-Vertreter Clayton habe sich für folgenden Handel ausgesprochen: Da in der sowjetischen Zone nur 45% und nicht 50% von dem vorhanden sei, "was in Deutschland als Ganzem zur Verfügung stehe", könne man den Russen die restlichen 5% aus dem Ruhrgebiet zur Verfügung stellen. Einen weiteren Anteil aus den westlichen Zonen könne man den Russen anbieten, wenn sie sich verpflichteten, "im gleichen Wert Nahrungsmittel, Kohle usw. aus der russischen Zone in die westlichen Zonen zu liefern". Clayton habe

⁶⁰²Aufzeichnung Cadogans über eine Unterredung mit Byrnes, 27. 7. 1945, DBPO, I/1, S. 944-945; DDP II/1, S. 1797. Vgl. Kap. 5. 4. und Teil 4, Kap. 5. 4.

⁶⁰³Aufzeichnung über eine Besprechung in Berlin, 15. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 154, S. 305-308; DDP II/1, S. 228-231. Die geschilderten Schlußfolgerungen werden allerdings deutlicher in dem Schreiben von Harrison an Troutbeck, 16. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 166, S. 335.

⁶⁰⁴Harrison (Berlin) an Troutbeck (London), 16. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 166, S. 335.

die britischen Experten gebeten, zu prüfen, ob sie dem Vorschlag zustimmen könnten.⁶⁰⁵

Monckton empfahl seiner Delegation eine solche Zustimmung auch, allerdings mit einer wichtigen Abwandlung: "Es wäre besser, die Frage der Nahrungsmittel- und Kohlelieferungen aus der russischen Zone und aus Schlesien mit der Frage der Westgrenze Polens zu verbinden und Investitionsgüter aus den westlichen Zonen gegen Holz und Kali aus der russischen Zone zu tauschen."⁶⁰⁶ Während der US-Vorschlag lautete, Reparationen gegen Nahrungsmittel aufzurechnen, empfahl Monckton nun, die Lebensmittellieferungen mit dem Territorialproblem zu verknüpfen. Vermutlich war es Moncktons Gedanke, man könne Nahrungsmittel schlecht gegen Reparationen aufrechnen. Das war insofern richtig, weil die Reparationen der Sowjetunion zugute kämen, die Nahrungsmittel aber für die deutsche Bevölkerung bestimmt waren. Wohl in der Annahme, daß die Westmächte ohnehin keinen Einfluß auf die sowjetische Behandlung der Ostgebiete mehr hatten, wollte der Reparationsexperte wenigstens die Nahrungsmittel aus diesen Gebieten sichern.

Zu dem von Monckton angeschnittenen Problem verfaßten am 27. Juli John Coulson, Leiter des Economic Relations Department im Foreign Office, und Denis Allen, Mitarbeiter des Northern Department, in Potsdam ein ausführliches Papier. Unter dem Eindruck eines Gesprächs mit dem polnischen Politiker Mikolajczyk über die innenpolitische Lage Polens und dem polnischen Drängen auf eine rasche Grenzfestlegung kamen die beiden Beamten zu dem Schluß: "Unterdessen wird möglicherweise eine vorläufige Festlegung der polnischen Grenze erreicht, und es scheint wünschenswert, diese Gelegenheit wahrzunehmen, um eine feste Vereinbarung abzuschließen, die... garantiert, daß der Alliierte Kontrollrat die von ihm benötigten Versorgungsgüter bekommt."⁶⁰⁷

Staatssekretär Cadogan, zu diesem Zeitpunkt der ranghöchste Vertreter der britischen Delegation, hielt die vorliegenden Empfehlungen und auch Byrnes' Vorschlag einer Paketlösung, der am gleichen Tag eintraf, für sinnvoll. Cadogan empfahl Premier Attlee und Außenminister Bevin in einem Vermerk vom 28. Juli die Zustimmung. Es ging um folgendes Paket: Maschinen aus dem Ruhrgebiet sollten ausgetauscht werden gegen Lieferungen von Kohle und Nahrungsmitteln aus den - nicht näher genannten - Ostgebieten, welche gleichzeitig unter polnische Verwaltung fallen würden. Dies war ein etwas anderer Vorschlag, als Monckton ihn gemacht hatte: wenn man davon ausging, daß die Nahrungsmittel gegen die Anerkennung der polnischen Verwaltung geliefert wurden, dann waren die Reparationen für die Sowjetunion sozusagen umsonst.

Doch entscheidend ist, daß Cadogan überzeugt davon war, daß die drei Streitpunkte, wie er sie auflistete - erstens Reparationen, zweitens wirtschaftliche Behandlung von Deutschland als Ganzem und drittens Grenzfrage - sich in der von Byrnes vorgeschlagenen Weise am leichtesten lösen ließen. Cadogan glaubte auch, mit der Paketlösung die Behandlung Deutschlands als eine wirtschaftliche Einheit - mit anderen Worten: Beibehaltung der Versorgungswege in Deutschland wie vor dem Krieg - auf angemess-

⁶⁰⁵"Deutsche Reparationen". Memorandum Moncktons, 24. 7. 1945, DDP II/1, S. 679; vgl. auch die Vorlage Edens für Churchill, 24. 7. 1945, DDP II/1, S. 680-681. Vgl. Teil 4, Kap. 4. 6.

⁶⁰⁶"Deutsche Reparationen". Memorandum Moncktons, 24. 7. 1945, DDP II/1, S. 679-680.

⁶⁰⁷"Polnische Westgrenze und Versorgungsgüter aus dem übergebenen deutschen Gebiet". Memorandum Coulson/Allen, Anhang 1 zu einem Schreiben Allens an Warner, den Leiter des Northern Department im Foreign Office, 27. 7. 1945, DDP II/1, S. 946-948 (Orig.: DBPO, I/1, S. 941-944).

sene Weise sicherstellen zu können.⁶⁰⁸ Daß gerade dieser Punkt eigentlich illusorisch war, steht auf einem anderen Blatt; Cadogan schien die Sorgen der Finanzexperten so nicht zu teilen.

In Cadogans Vermerk heißt es, eine Regelung in diesem Sinne sei in London mit Finanzminister Anderson erörtert worden, der sie seinen Nachfolgern empfehlen wolle, vorbehaltlich der Zustimmung der britischen Kontrollkommission. Diese Zustimmung sei auch eingegangen, allerdings unter der Voraussetzung, daß das Angebot entlang dem Byrnes-Vorschlag gemacht werde und nicht lediglich in der Weise, daß Maschinenausrüstung von der Ruhr gegen Versorgungsgüter aus den russisch bzw. polnisch verwalteten Gebieten ausgetauscht werde. Denn letzteres sei ein unlogisches Vorgehen insofern, als man Deutschland ja als eine Wirtschaftseinheit behandeln wolle. Eine kleine Paketlösung, wie die Amerikaner sie am 23. Juli noch vorgeschlagen hatten - Gerät gegen Nahrungsmittel - wurde von der Kontrollkommission also abgelehnt, und zwar unter der Vorstellung, ein solcher Austausch sei eine Abkehr von der wirtschaftlichen Einheit.⁶⁰⁹

Der ganze Handel erschien den britischen Vertretern in der Kontrollkommission überhaupt nur sinnvoll zu sein, wenn er in einer großen Lösung bestand - also unter Einbeziehung des Gebietstransfers. Dies war genau die Argumentation, die Monckton verwendet hatte. Der komplizierte Gedankengang lautete möglicherweise wie folgt: Billigte man die polnische Verwaltung, dann fielen die Gebiete östlich von Oder und Neiße nicht mehr unter die Zuständigkeit des Kontrollrates, so daß man sich sozusagen auf ein Handelsabkommen einlassen konnte: Export von Reparationen aus dem vom Kontrollrat verwalteten Gebiet heraus; Import von Nahrungsmittellieferungen. Mit anderen Worten: würde man die Frage des Gebietstransfers nicht einbeziehen, so hätte den Westzonen, gemäß dem Grundsatz der Wirtschaftseinheit, die Versorgung aus dem Osten zustehen müssen - und zwar ohne jede Gegenleistung.

Es scheint aber auch einen anderen Gedankengang gegeben zu haben: einerseits einen Reparationsplan zu vereinbaren - einen Austausch von Reparationen zwischen den westlichen und der sowjetischen Zone - , andererseits folgenden Handel abzuschließen: Nahrungsmittellieferungen gegen de-facto-Gebietsabtretung. Aus diesem Blickwinkel hätten die Briten sozusagen zwei Tauschabkommen verbunden. So schrieben Coulson und Allen in ihrem Papier, wenn die Ostgebiete als polnisch betrachtet würden, "dann sollten die Polen für alle Ausfuhren daraus ... bezahlt werden". Der Kompromißvorschlag anerkenne "die De-facto-Position Polens und mach[e] sie zum Gegenstand einer Regierungsvereinbarung", er sehe vor, "daß Polen gewissermaßen eine Pacht für das Gebiet zahlt, das es provisorisch besetzt hält".⁶¹⁰

⁶⁰⁸Vermerk Cadogans, 28. 7. 1945, mit dem Entwurf einer vom Premierminister abzugebenden Erklärung über Reparationen, DBPO, I/1, S. 947-950; DDP II/1, S. 1810-1812. Vgl. auch Cadogan Diary, 27. und 28. 7. 1945, Dilks, Diaries, S. 775-776.

⁶⁰⁹Vermerk Cadogans, 28. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 440, S. 947-948; DDP II/1, S. 1810. Auch im Foreign Office wurde am 26. Juli über den von Monckton empfohlenen US-Vorschlag beraten; dort wollte man ebenfalls sichergestellt wissen, Deutschland, abgesehen von den Reparationen, weiterhin als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Insbesondere solle es keine getrennten Einfuhrprogramme für die einzelnen Zonen geben. Vermerk J. S. Dent, 27. 7. 1945, DDP II/1, S. 711-712. Von der Gebietsfrage ist hier nicht die Rede.

⁶¹⁰"Polnische Westgrenze und Versorgungsgüter aus dem übergebenen deutschen Gebiet", Memorandum Coulson/Allen, 27. 7. 1945, DDP II/1, S. 948.

Beide hier genannten Gedankengänge waren zwar in sich nicht falsch, doch letztlich - zumindest in diesem konkreten Falle - nur von theoretischer Bedeutung. Denn die Probleme als solche blieben ja bestehen: die Briten brauchten Nahrungsmittel, die Sowjets wollten Reparationen. Diese Konstellation ermöglichte per se schon einen Handel. Daß man vorschlug, im gleichen Zuge die Grenzfrage zu lösen, war im Grunde genommen unnötig. Man beraubte sich auf diese Weise eines massiven diplomatischen Faustpfandes. Ob mit oder ohne Anerkennung der polnischen Verwaltung: man hätte die Nahrungsmittel wohl in jedem Fall bekommen, wenn man Reparationen geliefert hätte. Pointiert gefaßt: in der Frage der wirtschaftlichen Einheit beharrten die Briten auf theoretischen Positionen, obwohl es eigentlich um praktische Dinge ging; mit Blick auf die Grenzfrage jedoch verhielten sie sich extrem pragmatisch.

Wie ist diese Diplomatie, diese Kompromißbereitschaft auf britischer Seite zu erklären? Erstens wohl damit, daß man die Versorgungsprobleme in der eigenen Zone für so überwältigend hielt, für eine solche Bedrohung der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten, die eigene Zone zu verwalten, daß man zu fast jedem Handel bereit war. Zweitens lag es eben in überragendem britischen Interesse, für die Arbeit im Alliierten Kontrollrat keine negativen Präzedenzfälle zu schaffen, indem man das Prinzip der wirtschaftlichen Einheit aufgab, auch nicht auf dem Feld der Reparationen (dies war die amerikanische Haltung). Die britischen Sachverständigen und Diplomaten glaubten offenbar, die Sowjetunion mit dem genannten Vorgehen auf eine kooperative Haltung in der Deutschlandpolitik verpflichten zu können - obwohl gerade die Reparationsregelung zeigte, daß die sowjetischen Vertreter nur zu ihren Bedingungen mit den Westmächten zusammenarbeiten wollten. In gewisser Hinsicht klammerten sich die britischen Vertreter also an etwas, was es schon zu diesem Zeitpunkt kaum noch gab (wenn es überhaupt je existiert hatte): einvernehmliche Vorstellungen, Kompromißbereitschaft auf allen Seiten, reibungslose Zusammenarbeit. Es wurde deutlich, daß die Briten gemeinsam mit den Amerikanern auf der einen und die Sowjets auf der anderen Seite zu wenig gemeinsame Vorstellungen von den Grundlagen der Nachkriegsordnung besaßen.

Verkürzt gesagt, standen sich multilaterales Vorgehen auf britischer und unilaterales Vorgehen auf sowjetischer Seite gegenüber. Die Amerikaner schwenkten dann zusehends auf eine unilaterale bzw. zweiseitige Diplomatie ein, allerdings mit dem Unterschied, daß sie im Ergebnis sehr viel mehr in britischem Sinne handelten. Den britischen Vertretern jedenfalls schien es in diesem Stadium noch zu früh, eine gemeinsame Politik der Sieger, um die man jahrelang gerungen hatte, für deren Organisation man unzählige Vorschläge unterbreitet hatte, fahren zu lassen und sich auf die Sicherung der eigenen Sphäre in Deutschland einzustellen. Insofern könnte man sagen, daß die Briten zum Opfer ihrer eigenen Planungs- und Regelungswut geworden waren. Ironischerweise leisteten sie jedoch der Teilung Deutschlands in verschiedene Macht- und Einflußsphären gerade Vorschub, indem sie die Grenzfrage ohne Not mit ins Spiel brachten.

Hier ist allerdings die Frage nicht ganz unwichtig, welche Gebiete Cadogan eigentlich meinte, als er von Byrnes' Paketlösung erfuhr. Der US-Außenminister hatte von Oder und östlicher Neiße gesprochen.⁶¹¹ Cadogan benannte im seinem Vermerk vom 28. Juli

⁶¹¹Aufzeichnung Cadogans über eine Unterredung mit Byrnes, 27. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 437, S. 944-945; DDP II/1, S. 1797. Vgl. Teil 4, Kap. 4. 6., 5. 4.

1945, der die Paketlösung skizzierte, die in Frage kommenden Gebiete bewußt nicht.⁶¹² Die britischen Experten Coulson und Allen hatte in ihrem Entwurf vom 27. Juli allerdings von den von Polen geforderten Gebieten gesprochen - de facto also der westlichen Neiße.⁶¹³ Wäre nur die östliche Neiße gemeint gewesen, hätte die Regelung noch einen gewissen Sinn gemacht, da Gebietsabtritte im Osten ja unumgänglich waren und die Oderlinie innerhalb der britischen Delegation im großen und ganzen konsensfähig gewesen wäre. Eine Zustimmung zur westlichen Neiße-Linie hingegen im Rahmen der Paketlösung bedeutete ohne Zweifel eine gewaltige Kompromißbereitschaft.⁶¹⁴

Vom zeitlichen Ablauf her gesehen, muß die Zustimmung der britischen Kontrollkommission unter Leitung von General Weeks zu der vorgeschlagenen Lösung zwischen dem 27. und dem 28. Juli erfolgt sein.⁶¹⁵ Die Besprechung unter Leitung Schatzkanzler Andersons, auf die sich Cadogan bezog, fand bereits am 26. Juli statt, vor dem Gespräch zwischen Cadogan und Byrnes am 27. Juli.⁶¹⁶ Zusammengefaßt bedeuten diese Vorgänge, daß die Briten - vor allem unter dem Druck praktischer Probleme und durchaus unabhängig von Byrnes' eigenmächtigem Vorgehen - selbst Überlegungen zur Lösung der Streitfragen anstellten, die denen der Amerikaner ähnelten, wenn sie auch sozusagen vor einem anderen theoretischen Hintergrund gemacht wurden.

Auch die neue britische Delegation in Potsdam sah sich mit der bilateral ausgerichteten Politik des US-Außenministers konfrontiert. Bezeichnenderweise fand eine weitere entscheidende Zusammenkunft zwischen Truman, Byrnes und Molotow am 29. Juli statt. Die britische Delegation unter Führung Attlees hielt zur gleichen Zeit ihre erste Stabsbesprechung ab, so daß Bevin an dem Gespräch nicht hätte teilnehmen können.⁶¹⁷ Am 30. Juli wiederholte sich dieses Verhandlungsmuster. Die britischen Politiker wurden von dem Treffen zwischen Byrnes und Molotow, in dem die Amerikaner den Sowjets 15% zusätzliche Demontagen ohne Gegenleistung anboten, nicht in Kenntnis gesetzt. Daher bezog sich der Vorschlag der britischen Delegation vom 30. Juli noch auf das vorherige Tauschangebot von Byrnes: 25% Demontagen aus dem Ruhrgebiet gegen Lieferungen von Nahrungsmitteln und Kohle aus der sowjetischen Zone.

Die Briten schlugen nun vor, die Sowjetunion solle "aus den westlichen Zonen und besonders aus dem Ruhrgebiet" 10% (nicht 25%!) der Anlagen vor allem aus der Schwerindustrie beziehen und diese Demontagen durch "jährliche Lieferungen von Holz und Kali" aus der sowjetischen Zone ausgleichen. Dies war der oben erwähnte Reparationsplan, in dem nicht parallel von Nahrungsmittellieferungen die Rede war. Es wurde Wert darauf gelegt, ein derartiger Reparationsplan müsse "das deutsche Kriegspotential" - vorwiegend die Schwerindustrie - "in angemessenem Umfang" beseitigen; andererseits müsse man "Deutschland genügend Industrieanlagen belassen, um

⁶¹²Vermerk Cadogans, 28. 7. 1945, DDP II/1, DBPO I/1, Doc. 440, S. 947-950; S. 1810-1812.

⁶¹³"Polnische Westgrenze und Versorgungsgüter aus dem übergebenen deutschen Gebiet", Memorandum Coulson/Allen, 27. 7. 1945, DDP II/1, S. 948.

⁶¹⁴Vgl. Kap. 5. 3.-5. 4.

⁶¹⁵Laut Vermerk von Coulson vom 27. 7. hatte die Erörterung mit General Weeks noch nicht stattgefunden, DDP II/1, S. 945, Anm. 3.

⁶¹⁶Vermerk von J. S. Dent, 27. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 427, S. 920-921; DDP II/1, S. 711-712.

⁶¹⁷Unterredung Truman-Byrnes-Molotow, 29. 7. 1945, US-Notizen, FRUS, PD II, S. 471 f., DDP II/1, S. 1848; 1. britische Stabsbesprechung, 29. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 450, S. 966 ff.

es ihm zu ermöglichen, den gebilligten Lebensstandard zu halten".⁶¹⁸ Hier zeigte sich erneut das britische Bedürfnis, die Sicherung vor Deutschland durch Abbau des rüstungsrelevanten Industriepotentials einerseits und den Erhalt der deutschen Subsistenz andererseits miteinander zu vereinbaren.

Am 30. Juli legte die britische Delegation ihren Vorschlag den Außenministern vor. Als Molotow auf das höhere amerikanische Angebot verwies, erklärte Bevin, dieses beziehe sich nur auf das Ruhrgebiet, während der britische Vorschlag die US-Zone einbeziehe. Im Hinblick auf den aktuellsten US-Vorschlag vom 30. Juli war das richtig; der US-Vorschlag vom 23. Juli hatte - bei niedrigeren Zahlen - auch die amerikanische Zone mit einbezogen. Bevin erklärte, tatsächlich "gehe es darum, ob den Russen 10% aus beiden westlichen Zonen lieber wären oder ein höherer Prozentsatz nur aus dem Ruhrgebiet".⁶¹⁹

Bevin erläuterte einen weiteren Unterschied zur amerikanischen Position mit den Worten, Großbritannien sei bereit, "die Lieferung von Gütern in Deutschland getrennt zu behandeln" von Reparationslieferungen. Es sei schwierig, "Kartoffeln gegen Maschinen der chemischen Industrie auszutauschen".⁶²⁰ Dies war die entscheidende Begründung für das (theoretisch) unterschiedliche Vorgehen der Briten. Bevin legte dann ein Papier über die Versorgung der Besatzungszonen vor, in dem es hieß, jede Zone solle ihre Versorgungsgüter grundsätzlich aus den Gebieten beziehen, aus denen der Bedarf vor dem Krieg gedeckt worden sei. Aus der sowjetischen Zone sollten Nahrungsmittel im früher üblichen Umfang geliefert werden; aus den polnisch verwalteten Gebieten solle Steinkohle in die westlichen Zonen und nach Berlin geliefert werden.⁶²¹ Mit diesem Verfahren glaubte die britische Delegation nach wie vor, die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit leichter sicherstellen zu können; doch stand man zusehends allein auf weiter Flur. Kurz vor der Außenministersitzung hatte Staatssekretär Sir Waley in einer Unterredung mit dem US-Außenminister sein "Bestes" getan, "um Byrnes davon zu überzeugen, daß sein Plan des Austausches mit dem Vorhaben, Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit zu behandeln, völlig unvereinbar ist".⁶²²

Schließlich kämpfte Bevin noch einmal für das von Großbritannien so hochgehaltene Prinzip der Vorrangigkeit: "Die Bezahlung genehmigter Einfuhren nach Deutschland ist eine erste Forderung gegenüber dem Ausfuhrerlös aus laufender Produktion und aus Warenbeständen".⁶²³ Es zeichnete sich ab, daß Molotow den US-Plan bevorzugte, doch hatten zuvor die Großen Drei zu beraten.

In der Stabsbesprechung am 31. Juli kam die britische Delegation auf Anraten Bevins überein, den US-Vorschlag doch zu unterstützen, also Nahrungsmittellieferungen und Reparationen - in Bevins Worten Kartoffeln und Maschinen - gegeneinander auszutau-

⁶¹⁸Vorschlag der britischen Delegation, 30. 7. 1945, DDP II/1, S. 748; DBPO I/1, S. 1019.

⁶¹⁹10. Sitzung der Außenminister, 30. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1896; DBPO I/1, Doc. 469, S. 1019 f.

⁶²⁰10. Sitzung der Außenminister, 30. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1881.

⁶²¹Vorschlag der britischen Delegation, 30. 7. 1945, DBPO I/1, S. 1020; DDP II/1, S. 586.

⁶²²Waley an Eady, 31. 7. 1945, DDP II/1, S. 761; DBPO, Doc. 485, S. 1050. Eine ähnliche Einschätzung findet sich auch in einer Vorlage des Leiters im Economic Relations Department im Foreign Office, Coulson, an Cadogan, mit dem Memorandum in der Anlage: "Reparationen und die wirtschaftliche Einheit Deutschlands", 31. 7., DDP II/1, S. 762-764; DBPO I/1, Doc. 492, S. 1070-1071. Vgl. auch Foschepoth, Deutschlandpolitik, S. 714.

⁶²³10. Sitzung der Außenminister, 30. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1897. Vgl. dazu das Protokoll der 2. britischen Stabskonferenz, 30. 7. 1945, ebda., S. 1870.

schen. Man wollte nun bis zu einer Grenze von 10% Demontagen mit und 10% ohne Gegenleistungen gehen - das war immerhin das Doppelte von Bevins ursprünglichem Vorschlag tags zuvor.⁶²⁴ Was den sowjetischen Vorschlag einer interalliierten Kontrolle des Ruhrgebiets betraf, wurde vereinbart, keine Entscheidung ohne Frankreich zu treffen.

Die Entscheidung fiel, obwohl Staatssekretär Waley die Sorge äußerte, die Amerikaner würden sich in defätistischer Weise von dem Grundsatz der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands verabschieden.⁶²⁵ Auch der Leiter der Abteilung für Wirtschaftsbeziehungen im Foreign Office, Coulson, zeigte sich tief beunruhigt darüber, daß der US-Plan letztlich darauf verzichte, einen "normalen Gütertausch zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands" sicherzustellen. In einem am 31. Juli rasch ausgearbeiteten Memorandum versuchte er, "aus dem Zusammenbruch noch etwas zu retten".⁶²⁶

Coulsons Befürchtung bezog sich darauf, daß Moskau die eigene Zone ausplündern werde und daß, da es keine Einfuhren in die sowjetische Zone aus den westlichen Zonen gebe, Moskau selbst für Einfuhren sorgen müsse, die es aus seiner Einflußsphäre nehme. Aus diesen Gründen werde sich ein geschlossenes östliches Wirtschaftssystem entwickeln. Der Lebensstandard im Westen Deutschlands werde sich zwangsläufig von dem im Osten unterscheiden. Das Resultat, so prognostizierte Coulson mit bemerkenswerter Klarsicht, wäre "eine unüberwindliche Schranke" zwischen Ost- und Westdeutschland "oder eine unerwünschte Bevölkerungsbewegung von Osten nach Westen". Zuguterletzt, folgerte der Wirtschaftsexperte, sei es "unvorstellbar, daß ein Deutschland, das nicht als wirtschaftliche Einheit behandelt wird, sehr lange als politische Einheit behandelt werden könnte".⁶²⁷ Es war eine düstere Prognose, die sich innerhalb eines Jahres bewahrheiten sollte.

Als in der Plenarsitzung am 31. Juli das Reparationsproblem erörtert wurde, demonstrierte Bevin Verhandlungsgeschick. Er setzte sich mit seiner Position durch, daß sechs Monate erforderlich seien, um zu bestimmen, welche Anlagen als Reparationsgut entnommen werden könnten. Stalin akzeptierte Bevins Wunsch, als Grundlage der Reparationsregelung dem britischen Entwurf zuzustimmen, daß die Güter "für die deutsche Friedenswirtschaft nicht benötigt" würden.⁶²⁸ Bevin versuchte schließlich, noch um die Prozentsätze zu feilschen. Die sowjetische Delegation hatte es akzeptiert, nur Prozente und keine absoluten Zahlen zu nennen, hatte aber auf höheren Prozentsätzen bestanden: 15% Demontagen mit Gegenleistungen und 10% ohne diese. Bevin sagte Stalin, er habe sich in der gestrigen Außenministersitzung "freigebig" gezeigt. Als US-Präsident Truman Stalin entgegenkam, erklärte sich Bevin zunächst mit 12,5% und 10% einverstanden, stimmte dann allerdings auf Stalins nachdrücklichen Wunsch den sowjetischen Zahlen zu. Insgesamt war die britische Delegation damit von der Position, die in der

⁶²⁴3. britische Stabskonferenz, 30. 7. 1945, DDP II/1, S. 1917-1918 (Orig.: DBPO I/1, Doc. 486, S. 1052-1054); Coulson an Cadogan, 31. 7. 1945, ebda., S. 762-763.

⁶²⁵3. britische Stabskonferenz, 30. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 486, S. 1053; DDP II/1, S. 1917. Vgl. dazu Waley an Eady, 31. 7. 1945, DDP II/1, S. 761, und das Memorandum Waleys, 2. 8. 1945, S. 784.

⁶²⁶"Reparationen und die wirtschaftliche Einheit Deutschlands", Memorandum Coulsons für Cadogan, 31. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 492, S. 1069-1071; DDP II/1, S. 762-764, Zit. S. 762, 763.

⁶²⁷"Reparationen und die wirtschaftliche Einheit Deutschlands", Memorandum Coulsons für Cadogan, 31. 7. 1945, DDP II/1, S. 763.

⁶²⁸11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1941-1942, vgl. die britischen Notizen, ebda., S. 1965-1968.

letzten Stabsbesprechung festgehalten worden war, um 5% bei den Demontagen mit Gegenleistungen abgewichen. Die Briten hatten sich der zwischen den USA und der UdSSR eingefädelten Kompromißlösung angeschlossen.

Während die britischen Verhandlungsführer sich mit ihrem Wunsch, die bis zum 15. August 1945 geltenden Vereinbarungen über Interimslieferungen nach Berlin zu verlängern, zunächst nicht durchsetzen konnten - der Kontrollrat sollte entscheiden - war ihnen noch ein letzter, ein halber Erfolg vergönnt. Der zähe Kampf um das Prinzip der Vorrangigkeit, das zuletzt von Byrnes und seinem Berater Pauley so gut wie aufgegeben worden war, wurde zugunsten des britischen Entwurfs entschieden. Lediglich die Moskau zugesicherten Lieferungen aus dem Ruhrgebiet sollten davon ausgenommen bleiben; sie mußten also in jedem Fall stattfinden.⁶²⁹ Die weiteren Beratungen im Alliierten Kontrollrat mußten nun erweisen, was die erste Forderung in praxi bedeuten konnte, doch standen sie kaum unter einem guten Stern.

23. Großbritannien und die territoriale Regelung mit Deutschland

23. 1. Ostpreußen, die Westverschiebung Polens und die Aussiedlung der Bevölkerung. Die britische Position bis Teheran

Mit dem Interesse der britischen Regierung, nach Kriegsende die von Deutschland überfallenen Länder Polen und Tschechoslowakei wiederherzustellen wie auch Stalins territorialen Wünschen in Osteuropa entgegenzukommen, stellte sich die Frage, wie die Ostgrenzen des Deutschen Reiches unter strategischen und ethnischen Gesichtspunkten neu zu ziehen waren. Die territoriale Neuordnung eines Teils von Europa konnte Deutschland, das den Krieg entfesselt hatte, kaum unberührt lassen. In diesem Zusammenhang spielte die territoriale Kompensation für Polen eine große Rolle. Dies war vor dem Hintergrund zu sehen, daß Stalin sehr früh keinen Zweifel daran ließ, Gebiete wie das Ostpolen der Zwischenkriegszeit, die er sich in Zusammenarbeit mit Hitler gesichert hatte, der Sowjetunion nach dem Krieg wieder einzuverleiben.

Abgesehen davon ließen auch die in London ansässigen Mitglieder der polnischen Exilregierung unter General Sikorski weitreichende Forderungen auf deutsche Gebiete wie Ostpreußen, Pommern und Schlesien lautwerden, ohne allerdings sofort einer Aussiedlung der Deutschen das Wort zu reden.⁶³⁰ Anders verhielt es sich mit der tschechoslowakischen Exilregierung unter Eduard Benes. Der beherrschende Mann der Prager Politik zwischen den Kriegen vertrat bereits in den ersten Kriegsjahren die Position, zumindest Hunderttausende Anhänger des Nationalsozialismus aus den von Deutschen bewohnten Regionen Böhmens auszusiedeln.⁶³¹ Ein entscheidender Unterschied zwischen Polen und der Tschechoslowakei bestand natürlich darin, daß die von Hitler anektierten Sudetengebiete seit dem Ersten Weltkrieg zum tschechoslowakischen Staatsgebiet gehört hatten (vgl. Teil 1, Kap. 8.2).

⁶²⁹12. Plenarsitzung, 1. 8. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 2048-2049, britische Notizen, S. 2056-2058; der britische Entwurf auf S. 473.

⁶³⁰Tyrell, Großbritannien, S. 366-370; vgl. für das Folgende die Dokumentensammlung A. Polonsky (Hg.), *The Great Powers and the Polish Question, 1941-1945. A Documentary Study in Cold War Origins*, London 1976; und Kettenacker, *Krieg*, S. 441-478.

⁶³¹Dazu Tyrell, Großbritannien, S. 371-373.

Als die territorialen Fragen im Foreign Office und von der britischen Regierung geprüft wurden, stellte sich ein schwerwiegendes Problem: wie sollte im Interesse politischer Stabilität in Mitteleuropa eine Grenzrevision erfolgen und gleichzeitig das Problem ethnischer Minderheiten gelöst werden, das schon in den Pariser Verträgen von 1919 eine so große Rolle gespielt hatte? Der Zusammenhang von Gebietsabtretung und Ausweisung der angestammten Bevölkerung schien den Planern im britischen Außenministerium bald unabweisbar zu sein. Eine Abtretung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens, wie sie sich in den internen Planungen in London zwischen 1942 und 1944 als wahrscheinlich herauschälte⁶³², hätte bereits 5, 3 Millionen Deutsche betroffen. Genaue Zahlen nannte ein Bericht des im Dezember 1943 eigens geschaffenen Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations, der im Juni 1944 dem APW-Ausschuß vorgelegt wurde. Die Abtretung weiterer Gebiete unter Einschluß von Stettin, Frankfurt an der Oder und Breslau, fuhr der Bericht fort, beträfe zusätzliche 3, 3 Millionen Deutsche.⁶³³ Die tschechoslowakische Regierung würde voraussichtlich 1, 5 Millionen Deutsche vertreiben wollen.

Es lag auf der Hand, daß die Vertreibung dieser Menschenmassen aus ihrer Heimat eine massive Verletzung des noch in der Atlantik-Charta postulierten Selbstbestimmungsrechts der Völker war.⁶³⁴ Obwohl es an interner Kritik in London nicht fehlte, überrascht es doch, wie dramatisch sich in der britischen Planungsbürokratie und in Regierungskreisen die Rolle des Selbstbestimmungsrechts in der Nachkriegsplanung seit der Pariser Friedenskonferenz geändert hatte. Die Erwägung und Planung von Massenumstellungen verrät den Einzug eines neuen Regulationsprinzips in die Architektur der europäischen Staatenwelt, wobei sich natürlich die Frage stellte, welche moralischen Rücksichten auf die Deutschen nach den nationalsozialistischen Verbrechen überhaupt noch genommen werden konnten. Komplizierend kam hinzu, daß man in London keine Möglichkeit sah, Stalin von seinen Gebietsansprüchen abzubringen, die sich ironischerweise zum Teil am Nationalitätenprinzip orientierten, zumindest de facto. Jedenfalls war es charakteristisch für die Planungen in London, daß nicht mehr die Tatsache der Umsiedlung einer im einzelnen noch offenen Zahl von Deutschen bezweifelt wurde, sondern die Vereinbarkeit mit praktischen Gesichtspunkten. Es wird zu zeigen sein, daß auch die Regierungsebene dem Prinzip dieser Argumentation folgte.

Außenminister Eden, ein Vordenker des Bündnisses mit dem Kreml, erwog bereits im September 1941, die Abtretung Ostpreußens an Polen mit einer - nach Möglichkeit freiwilligen - Aussiedlung der deutschen Bevölkerung zu verbinden.⁶³⁵ Im Dezember 1941 zu Gast im Kreml, um eine Allianz zu sondieren, erfuhr Eden offiziell von Stalins Absicht, nicht nur die gesamte Provinz Ostpreußen Polen zuzuschlagen, sondern die

⁶³²Vgl. dazu das grundlegende Memorandum "The Future of Germany", 8. 3. 1943, Woodward, BFP V, S. 31, in dem "Cession to Poland of East Prussia, Danzig and the Oppeln District of Silesia" empfohlen wurde.

⁶³³Bericht des Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations an das APW-Committee, 26. 6. 1944, Woodward, BFP V, S. 211 f., für weitere Einzelheiten Kettenacker, Krieg, S. 451 ff., Cairncross, S. 42 f. Vgl. auch die Zusammenfassung des anschließenden Berichts von Attlee an das APW-Committee vom 11. 7. 1944 bei Woodward, ebda., S. 212 f.

⁶³⁴Laut Woodward, BFP V, S. 201, habe Churchill klargestellt, die britische Regierung sei in der Territorialfrage nicht durch die Atlantik-Charta gebunden!

⁶³⁵Tagebuch Harveys, Edens Privatsekretär, 22. 9. 1941, The War Diaries of Oliver Harvey (Ed. J. Harvey), London 1978, S. 45.

polnische Westgrenze im Rahmen einer territorialen Neuordnung Osteuropas bis an die Oder vorzuschieben: "Up as far as the River Oder could be given to Poland, and then the rest left for a Berlin State."⁶³⁶ Ohne ihn so zu benennen, hatte Stalin den Plan einer Westverschiebung Polens ins Spiel gebracht. Ein solches Konzept wurde auch in Kreisen der polnischen Exilregierung in London erwogen, in erster Linie unter dem Aspekt der Kompensation, also für den Fall, daß polnische Gebietsverluste im Osten unvermeidbar sein sollten.⁶³⁷ Der formale Kompensationsgedanke zeichnete sich als ein Prinzip ab, demzufolge die sowjetisch-polnische und die deutsch-polnische Grenze neu gezogen werden konnten; es ersetzte gleichsam den Grundsatz der Selbstbestimmung.

Eden übernahm in den Diskussionen der nächsten Monate die Rolle eines Schrittmachers. Als er im März 1943 in Washington war, schlug er Präsident Roosevelt offiziell vor, Polen solle Ostpreußen erhalten.⁶³⁸ Auch Churchill erwärmte sich für den Gedanken der Westverschiebung Polens und trat in einem Gespräch mit General Sikorski für eine solche Kompensation ein.⁶³⁹ Eden bat das britische Kriegskabinett um die Ermächtigung, auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 die Abtretung Ostpreußens, der ehemals Freien Stadt Danzig sowie beträchtlicher schlesischer Gebiete unter Einbeziehung des Bezirkes Oppeln an Polen vorzuschlagen, einen Bevölkerungstransfer eingeschlossen. Das Kabinett stimmte dieser weitreichenden Vorlage zu, wobei Schlesien auf Oberschlesien beschränkt wurde.⁶⁴⁰ Das Kabinett war schon im Juli 1942 einer Empfehlung Edens gefolgt, "in Fällen, wo das notwendig und wünschenswert erscheint", eine Umsiedlung der Bevölkerung zu ermöglichen. Dies war natürlich ein eindeutiger Verstoß gegen die Atlantik-Charta.⁶⁴¹

Bei diesen Entscheidungen wird deutlich, wie sehr London versuchte, sich an die Spitze einer unausweichlich erscheinenden Entwicklung zu setzen und den Anspruch bekräftigte, an den territorialen Regelungen in der Mitte und im Osten Europas führend mitzuwirken. Getrieben von sowjetischen und auch polnischen Forderungen, aber weit bevor die Rote Armee in den betreffenden Gebieten Fakten schaffen konnte, suchte Eden die sich anbahnenden territorialen Veränderungen auf diplomatischem Wege zu kanalisieren - auch indem er Washingtons Placet suchte - und auf diese Weise einem Teil der Forderungen Stalins möglicherweise einen Riegel vorschieben zu können.

Die Position eines Vermittlers zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung wurde London dabei fast unmöglich gemacht, seit Moskau die diplomatischen Beziehungen zur Exilregierung Sikorski im Gefolge der Massaker von Katyn im April 1943 abgebrochen hatte. So plädierte das Foreign Office im August dieses Jahres dafür, das Territorialproblem einvernehmlich zu lösen, der Sowjetunion die ostpolnisch-weißrussischen Gebiete bis zur Curzon-Linie ohne Lemberg mündlich zuzusichern und Polen das deutsche Ostpreußen, Danzig und den Regierungsbezirk Oppeln zu überlas-

⁶³⁶Unterredung Stalin-Eden, 16. 12. 1941, DDP I/1, S. 597; vgl. Eden, *The Reckoning*, S. 292; Woodward, *BFP II*, S. 222.

⁶³⁷Botschafter Biddle an Außenminister Hull über Gespräche mit der polnischen Exilregierung, 12. 9. 1941, FRUS, 1941, I, S. 376 f.; vgl. Tyrell, *Großbritannien*, S. 378 f..

⁶³⁸Aufzeichnung Hopkins (15. 3. 1943) über eine Unterredung Roosevelt-Eden, 14. 3., FRUS, 1943, III, S. 15, Sherwood, S. 581.

⁶³⁹Cadogan Diary, 15. 4. 1943, Dilks, *Diaries*, S. 520 f.

⁶⁴⁰Eden an das Kriegskabinett, 27. 9. 1943, Woodward, *BFP V*, S. 201; Kabinettsitzungen vom 5. und 8. 10. 1943, vgl. Kettenacker, *Krieg*, S. 450, 460.

⁶⁴¹Kriegskabinett, 6. 7. 1942, Tyrell, *Großbritannien*, S. 376.

sen.⁶⁴² Die deutsche Ostgrenze hatte für London immer mehr die Funktion, den Schaden in den sowjetisch-polnischen Beziehungen zu begrenzen, Schaden in den britisch-sowjetischen Beziehungen zu verhindern und auf die territoriale Architektur in Osteuropa einen Einfluß zu nehmen, den man tatsächlich kaum besaß. Auch hier wurde die Kluft zwischen dem britischen Großmachtanspruch und dem realem Handlungsspielraum Londons nur zu deutlich. Bei alledem ist zu bedenken, daß es ja die territoriale Integrität Polens gewesen war, deren Verletzung wegen die britische Regierung Hitlerdeutschland 1939 den Krieg erklärt hatte.

So sollte es sich bald erweisen, daß es mit den bislang von Eden angesprochenen Gebieten nicht getan sein würde, sondern daß angesichts einer Diskussion über die Oder als Grenzfluß auch der größte Teil Pommerns und das östliche Brandenburg zur Debatte standen. Auf der Konferenz von Teheran berührte Churchill das Thema der deutsch-polnischen Grenze im Gespräch mit Stalin. Stalin hatte, wie nach dem Gespräch im Dezember 1941 nicht anders zu erwarten, Edens Frage, ob er Polens Westgrenze an der Oder ziehen wolle, "emphatisch" bejaht. Eden bezog sich dabei auf eine Äußerung Stalins, Polen solle sich bis zur Oder erstrecken und die Russen würden ihnen dabei helfen.⁶⁴³

Churchill selbst wählte in Teheran ein etwas seltsames Beispiel: "[H]e thought Poland might move westwards like soldiers taking two steps left close".⁶⁴⁴ Das bedeutete, daß Polen so weit nach Westen vorgeschoben würde, wie es im Osten Gebiete an die Sowjetunion verlor. Mit drei Streichhölzern, die Deutschland, Polen und die Sowjetunion symbolisierten, erläuterte der Premier seine Auffassung von der Westverschiebung Polens. Er ging zunächst nicht direkt auf die von den Sowjets geforderte Oderlinie ein. Es zeichnete sich ab, daß auch der Premier den formalen Kompensationsgedanken für ein akzeptables Regulationsprinzip der territorialen Neuordnung hielt. Daß es Churchill dabei auch um die Stärke Polen ging, zeichnete sich in einer Bemerkung ab, die seine Politik in den nächsten eineinhalb Jahren bestimmen sollte: Wenn Polen auf einige deutsche Zehen trete, könne man das nicht ändern, "but there must be a strong Poland. This instrument was needed in the orchestra of Europe."⁶⁴⁵ Es schien, als wolle Churchill durch die Umsetzung des Kompensationsprinzips auch gleichgewichtspolitische Erwägungen einbeziehen; Polen konnte dabei die Rolle eines Puffers zwischen einem verkleinerten Deutschland und einem vergrößerten Rußland übernehmen. Churchill versuchte also, anders als Eden nicht nur als ein Getriebener aufzutreten, sondern, mit Blick auf Polen, auch konstruktive Vorstellungen selbstbewußt zu vertreten.

Bei einem Arbeitsessen der Außenminister bezog sich Eden gegenüber Molotow auf die von ihm so genannte "indiscreet conversation" zwischen Churchill und Stalin. Großbritannien, sagte Eden, wolle verhindern, daß das Problem - gemeint war die Grenzfrage - eine Friktion zwischen beiden Ländern verursache. Diese Bemerkung war ein deutlicher Hinweis darauf, daß Eden vorausseilend - um nicht zu sagen, mit vorausseilendem Gehorsam Stalin gegenüber - Schwierigkeiten aus dem Wege räumte, die die Be-

⁶⁴²Woodward, BFP II, S. 638 ff.

⁶⁴³"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 510. Nicht in den sowjetischen Notizen.

⁶⁴⁴"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, britische Notizen, zit. n. Gilbert, VII, S. 576. Sicher ist dieser Vorschlag gemeint mit der Formulierung, man solle "far-reaching territorial changes" in Deutschland erzwingen, die sich in Woodward, BFP V, S. 78, findet. Zur Westverschiebung Polens hier keine Angaben. Die US-Notizen in FRUS, TD, S. 512.

⁶⁴⁵Unterredung Churchill-Stalin, 28. 11. 1943, brit. Notizen, zit. n. Gilbert, VII, S. 576-577.

ziehungen beider Länder belasten und das Bündnis gegen Hitler in Frage stellen könnten. Eden deutete an, die Position der Sowjetunion in der Grenzfrage genauer kennlernen zu wollen, nur dann könne man auch zu einer Übereinstimmung gelangen.⁶⁴⁶ Auch dies war eine bezeichnende Bemerkung: die britische Regierung tappte in gewisser Hinsicht über die sowjetischen Ziele im Dunkeln, bemühte sich aber, die Diskussion zu bestimmen. Es war dies eine Haltung, die deutlich von Stalins kühl-berechnendem taktischen Vorgehen abwich, mit dem der Diktator sich keinerlei Blöße gab.

Churchill sagte im letzten Teheraner Konferenzplenar am 1. Dezember, seine Illustration mit den drei Streichhölzern habe eine mögliche Lösung des polnischen Problems aufgezeigt. Zu Eden gewandt, erklärte Churchill laut britischem Protokoll mit einigem Nachdruck, "that he was not going to break his heart about the cession of parts of Germany to Poland".⁶⁴⁷ Der Premier stellte dann einen Vorschlag zur Diskussion, mit der Bitte, ihm nicht in dieser Form zuzustimmen, da er selbst noch "keine endgültige Entscheidung gefaßt habe". Er schlug vor, "daß die Heimstatt des polnischen Staates und Volkes zwischen der sogenannten Curzon-Linie und der Oderlinie liegen soll, unter Einbeziehung Ostpreußens und der Provinz Oppeln in den Bestand Polens", vorbehaltlich einer Prüfung der Grenzziehung im einzelnen und der möglichen Aussiedlung der Bevölkerung.⁶⁴⁸ Bei einer Verwirklichung dieses Planes wäre nur noch die Provinz Niederschlesien bei Deutschland verblieben. Über die Aussiedlung der Bevölkerung ließen sich Churchill und Eden nicht weiter aus.

Wie der Premier andeutete, könne bei Übereinstimmung über eine solche territoriale Regelung über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der polnischen Exilregierung und der Sowjetunion gesprochen werden. Die Konferenz billigte Churchills Kompensationsvorschlag nicht formell; Stalin signalisierte aber seine Zustimmung. Allerdings ließ der Kremlherrscher es sich nicht nehmen, das Drängen des Premierministers noch in einen Handel umzumünzen. Er sagte, "if the Russians would be given the northern part of East Prussia, running along the left bank of the Niemen and including Tils[i]t and the City of Königsberg, he would be prepared to accept the Curzon Line".⁶⁴⁹

Auf diese Weise ließ Stalin sich das, was ohnehin verlangte - die Curzon-Linie -, auch noch bezahlen. Eine sowjetisch-polnische Grenze, die weiter westlich lag als die Curzon-Linie, hatte Moskau bisher nie verlangt. Stalin konstruierte ein quid pro quo und nutzte die Situation äußerst raffiniert aus. Denn die Konferenz war bereits im Aufbruch begriffen, und Churchill suchte eine Gelegenheit, die polnische Frage zur Sprache zu bringen. Scheinbar empfand Stalin doch noch die Notwendigkeit, eine Begründung nachzuliefern: "the acquisition of that part of East Prussia would not only afford the Soviet Union an ice-free port but would also give to Russia a small piece of German territory which he felt was deserved".⁶⁵⁰ Im Gespräch mit Churchill hatte Stalin drei Tage

⁶⁴⁶"Hopkins-Eden-Molotov Luncheon Meeting", 30. 11. 1943, FRUS, TD, S. 575; KSU, TD, S. 123.

⁶⁴⁷4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, britische Notizen, Auszüge bei Gilbert, VII, S. 590.

⁶⁴⁸4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, sowjetisches Protokoll, Fischer, TP, S. 85, und KSU, TD, S. 138; vgl. die US-Notizen, FRUS, TD, S. 598; Churchill, Closing, S. 356-357.

⁶⁴⁹"Tripartite Political Meeting", 1. 12. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 604, vgl. die sowjetischen Notizen, KSU, TD, S. 138.

⁶⁵⁰"Tripartite Political Meeting", 1. 12. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 604.

zuvor schon mit den Worten vorgefühlt, "the Russians did not want anything belonging to other people, although they might have a bite at Germany".⁶⁵¹

Die britischen Aufzeichnungen von der vierten Plenarsitzung sind noch etwas deutlicher: Stalin "said that Russia would like to have the warm-water port of Königsberg, in East Prussia, and he sketched on the map a possible border line between Russia and Poland in East Prussia. "This," he said, "would put Russia on the neck of Germany".⁶⁵² In den sowjetischen Notizen wird noch Stalins Begründung angeführt, "historisch gesehen" sei das strittige Gebiet "slawischer Boden".⁶⁵³ In seinem territorialen Denken nahm der sowjetische Diktator keine Rücksicht auf Churchills Bemerkung tags zuvor: die Voraussetzung für Frieden sei, daß die Länder, die die Welt nach dem Krieg regierten, keine territorialen Ambitionen hätten.⁶⁵⁴ Bemerkenswert war in Teheran, daß die Briten eine Verständigung mit dem Kreml suchten und die Amerikaner eher außen vor ließen. Auch Stalin wollte mit London ins Geschäft kommen. Die territoriale Regelung, die vorbereitet wurde, trug Züge eines bilateralen Abkommens; beide Seiten stellten Präsident Roosevelt - der sich aber auch heraushielt - letztlich vor vollendete Tatsachen.

Das britische Kriegskabinett billigte Churchills Vorschlag der Westverschiebung Polens am 20. Dezember in Abwesenheit des Premiers, der den Ministern drei Wochen später schrieb, die drei Regierungen hätten sich nach seiner Auffassung darauf geeinigt, daß "East Prussia and Germany east of the river Oder are to be alienated for ever and the population shifted".⁶⁵⁵ Das bestätigte, daß ein Territorialverlust für Deutschland in britischer Sicht automatisch mit der Umsiedlung der örtlichen Bevölkerung verbunden war. Churchills Bericht enthielt allerdings eine Fehlinformation: Präsident Roosevelt hatte die Oderlinie nicht offiziell akzeptiert, sondern sie nur in einem Geheimgespräch mit Stalin in Aussicht gestellt.⁶⁵⁶ Es läßt sich nicht genau ausmachen, ist aber fraglich, ob Churchill zu dem Zeitpunkt, als er seine Denkschrift abfaßte, schon über Roosevelts Position informiert war.⁶⁵⁷

Wenig zweifelhaft ist indessen, daß Churchill sein Einverständnis mit, ja sein Interesse an der Ausdehnung Polens bis zur Oder mit mehreren Erwartungen koppelte: die polnische Exilregierung nicht nur zufriedenzustellen, sondern auch unter Druck zu setzen, ferner zwischen Polen und der Sowjetunion zu vermitteln, mit dem Ziel, die von Stalin nicht mehr anerkannte Exilregierung⁶⁵⁸ als politischen Faktor im Spiel zu halten. Churchill wußte, daß die Zeit gegen ihn arbeitete; die Rote Armee rückte unaufhaltsam nach Westen vor. Ostpreußen und Danzig, Oberschlesien und der Großteil Pommerns dienten

⁶⁵¹Unterredung Stalin-Churchill, 28. 11. 1943, britische Notizen, Ausz. bei Gilbert, VII, S. 577.

⁶⁵²4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, britische Notizen, Ausz. bei Gilbert, VII, S. 593.

⁶⁵³4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, KSU, TD, S. 138, vgl. Fischer, TP, S. 87.

⁶⁵⁴Roosevelt-Churchill-Stalin Luncheon Meeting, 30. 11. 1943, FRUS, TD, S. 568.

⁶⁵⁵Tyrell, Großbritannien, S. 385; Churchill an das Kriegskabinett, 10. 1. 1944, Churchill, Hinge, S. 618.

⁶⁵⁶Vgl. Teil 4, Kap. 5. 1.

⁶⁵⁷Erst im Oktober 1944 scheint Churchill von Roosevelts Position im Gespräch mit Stalin erfahren zu haben, und zwar über Molotow. Dieser hatte während Churchills Moskau-Besuch - indiskreterweise, aber mit der klaren Absicht, die polnische Exilregierung unter Druck zu setzen - in einem Gespräch mit den Londoner Polen die Bemerkung fallen lassen, Roosevelt habe die Curzon-Linie akzeptiert, was Stalin auch bestätigte. Ob aber auch zur Sprache kam, daß Roosevelt die Oder-Linie in Erwägung zog, läßt sich dem Brief Churchills nicht entnehmen. Churchill an Roosevelt, 18. 10. 1944, Correspondence, III, S. 359. Zum Gespräch Stalin-Roosevelt am 1. 12. 1943 siehe FRUS, TD, S. 594.

⁶⁵⁸Vgl. Woodward, BFP II, S. 612-662; Polonsky, Great Powers, S. 25 ff..

dem Premier als Verschiebemasse im Machtpoker um Polen, in dem das Nationalitätenprinzip eine einseitige Rolle spielte, nämlich im Hinblick auf die polnische Ostgrenze. Die Curzon-Linie, benannt nach dem damaligen britischen Außenminister, war weitgehend an ethnographischen Gesichtspunkten ausgerichtet. Östlich dieser Linie lebten überwiegend Weißrussen und Ukrainer; nur Lemberg war eine weitgehend polnische und auch jüdische Stadt.

Eine Verschiebung Polens nach Westen hingegen war weder mit dem Nationalitätenprinzip noch mit dem Selbstbestimmungsrecht in Einklang zu bringen. Hier hatte die Pariser Friedenskonferenz um eine dementsprechende Grenzziehung zur Genüge gerungen (vgl. Teil 1, Kap. 8.1.). Die polnische Exilregierung - der London noch 1942 zugesichert hatte, Polens territorialen Status nicht zu verhandeln -, aber auch Stalin würden jedoch, das stand außer Frage, der Curzon-Linie ohne eine Kompensation für Polen im Westen nicht zustimmen. Ein Widerstand Churchill an dieser Stelle hätte wohl bedeutet, daß der Kreml rasch eine ihm hörige Regierung etabliert hätte. (Das Lubliner Komitee existierte Ende 1943, als die Rote Armee gerade die im Frieden von Riga 1921 festgelegte Vorkriegsgrenze mit Polen erreichte, noch nicht.) Auf diese Weise wäre - in Churchills Sicht - der britische Einfluß in Moskau mit Blick auf Polen zu einem frühen Zeitpunkt fortgefallen und der sowjetische Einfluß würde, machtpolitisch und diplomatisch gesehen, weit nach Westen reichen. Auf Kosten des territorialen deutschen Selbstbestimmungsrechtes suchte Churchill die innenpolitische Selbstbestimmung Polens zu wahren; er war auf diese Weise bestrebt, den sowjetischen Einfluß zurückzudrängen, aber auch den britischen Einfluß in den polnischen Angelegenheiten zu erhalten. Daß Churchill mit seiner Strategie später keines seiner Ziele erreichen konnte, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Einstweilen äußerte Churchill in einem Bericht an Roosevelt Zufriedenheit darüber, daß Stalin sich offenbar weitgehend an die formlose Übereinkunft von Teheran halten wollte. Der tschechoslowakische Präsident Beneš habe mit Stalin gesprochen und eine Landkarte mit Bleistiftmarkierungen Stalins mit nach London gebracht. Die Ostgrenze Polens verlaufe darin entlang der Curzon-Linie, ohne Lemberg an Polen zu geben. Was Stalin im Westen anbiete, sei "the line of the Oder including the major part of Oppeln".⁶⁵⁹ Da der Regierungsbezirk Oppeln, der nicht ganz, aber weitgehend identisch war mit dem Bezirk, in dem 1921 die Volksabstimmung über Oberschlesien stattgefunden hatte, im Nordwesten über die Glatzer Neiße hinausreichte, dürfte Stalin zu diesem Zeitpunkt - sein Gespräch mit Beneš fand am 18. Dezember 1943 statt - eine Grenzziehung entlang Oder und Glatzer Neiße im Auge gehabt haben.⁶⁶⁰ Churchill schloß, eine solche Regelung gäbe den Polen "a fine place to live".⁶⁶¹

⁶⁵⁹Churchill an Roosevelt, 6. 1. 1944, Correspondence, II, S. 651.

⁶⁶⁰C. Lilge, Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie als Nebenprodukt alliierter Großmachtspolitik während des Zweiten Weltkrieges; Frankfurt 1995, S. 80-81.

⁶⁶¹Churchill an Roosevelt, 6. 1. 1944, Correspondence, II, S. 651.

23. 2. Prinzip oder Pragmatismus? Die britische Meinungsbildung und die Auseinandersetzungen um die Oderlinie von Moskau 1944 bis Jalta 1945

Ohne daß Churchill davon erfuhr, revidierte Stalin nur kurze Zeit nach dieser Unterredung mit Beneš seine Position. Als polnische Kommunisten Anfang Januar 1944 in den Kreml beordert wurden, markierte der Diktator die deutsch-polnische Grenze an Oder und Lausitzer Neiße, unter Einschluß Stettins für Polen.⁶⁶² Ein halbes Jahr später kam es dann zu einem Geheimvertrag Stalins mit dem neugegründeten Lubliner Komitee über die polnisch-deutsche Grenze, in der mit der Oder-Neiße-Linie aller Wahrscheinlichkeit nach die Lausitzer Neiße gemeint war; Stettin war für Polen vorgesehen.⁶⁶³

⁶⁶²Es waren die polnischen Kommunisten Wanda Wasilewska und General Zygmunt Berling, die mit Stalin sprachen. Die erst vor wenigen Jahren erschienenen Erinnerungen Berlings, damals Befehlshaber der Armee der polnischen Kommunisten, schildern detailliert die Unterredung Stalins mit den Polen. Wie der amerikanische Historiker Strobel meint, sei die Verlässlichkeit der Quelle nicht anzuzweifeln: G. W. Strobel, *Wie Stalin Grenzen in Ostmitteleuropa zog. Zu Zygmunt Berlings Erinnerungen*. Osteuropa 12 (1992), S. 1078-1085. Wie Berling beschreibt, habe Stalin selbst die Grenzfrage angeschnitten und auf einer Landkarte mit rotem Stift den Grenzverlauf zwischen Deutschland und Polen markiert. Die Grenze sei der Oder gefolgt, beginnend an ihrer östlichen Mündung in die Ostsee, sei dann entlang der Lausitzer Neiße in Richtung Süden verlaufen. Zu Berling gewandt, habe Stalin gesagt: "Das wird euch gehören. Na, wird es so gut sein?" (S. 1081) Nach einem Hinweis Berlings, auf diese Weise fehle ein Zugang zur See, so wie der Versailler Vertrag die Weichselmündung durch die Freie Stadt Danzig verschlossen habe, habe Stalin gestutzt und die Linie per Lineal in der Weise korrigiert, daß auch das am westlichen Arm der Odermündung gelegene Swinemünde an Polen fiel. Dazu Berling: "Auf diese einfache Weise wurde ein sehr wichtiger Abschnitt unserer heutigen Grenze zu Deutschland festgelegt. Die Methode, mit der sie in die Landkarte eingetragen wurde, erklärt auch ihren ungewöhnlichen, vielleicht sogar kuriosen Verlauf." (S. 1081).

Stalins Entscheidung zu diesem Zeitpunkt ist umso interessanter, als die Rote Armee noch nicht einmal die sowjetisch-polnische Vorkriegsgrenze überschritten hatte. In Teheran hatte Stalin die westliche Neiße nicht gefordert. Wie Strobel meint, habe Stalin nach Teheran begonnen, Pläne für Grenzen in Ostmitteleuropa zu machen (ebda., S. 1079). Diese Deutung würde mit der Meinung Kissingers übereinstimmen, daß die Sowjetunion Konferenzbeschlüsse immer als Ausdruck des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses auffaßte, diesen jedoch kaum Gültigkeit für die Zukunft zumaß. Was genau Stalin bewogen hat, die westliche Neiße zu nehmen, ist bislang nicht bekannt. Nicht ausgeschlossen ist, daß die polnischen Kommunisten ursächlich daran beteiligt waren.

Es gibt zwar einen Hinweis, daß Stalins Entscheidung nicht endgültig gewesen sein mag: In einer Unterredung mit dem polnischstämmigen amerikanischen Professor Oskar Lange sagte Stalin am 17. Mai 1944, es sei noch ungewiß, ob Polen Niederschlesien mit Breslau erhalte. Diese von Uschakow ohne Quellenangabe beigebrachte Information steht allerdings recht isoliert im Raum (A. Uschakow, *Stalins Anteil an der Entstehung der Oder-Neiße-Linie*, in: *Das Potsdamer Abkommen*, I, S. 82). Immerhin ist es denkbar, daß der Taktiker Stalin noch den Trumpf in der Hinterhand behalten wollte, Niederschlesien als eine Verhandlungsmasse mit den Westmächten einzusetzen, sollte es hart auf hart kommen. In dieser Perspektive mögen die Ereignisse im Kreml im Januar 1944 zunächst die Funktion gehabt haben, die polnischen Kommunisten zu einem Zeitpunkt eng an Moskau zu binden, als die Rote Armee nicht einmal westlich der Curzon-Linie stand, und als noch nicht ausgemacht war, daß auch die eigentlich moskautreuen Kommunisten die Curzon-Linie unterstützten. (Das Lubliner Komitee existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht.) So erhielten die Kommunisten von Stalin immerhin eine großzügige territoriale Kompensation im Westen zugesichert. Diese Überlegung, in der Forschung bislang nicht angestellt, ist allerdings nicht viel mehr als eine Spekulation.

Als im Juli 1944 erneut polnische Kommunisten bei Stalin in Moskau waren, um als vorläufige Regierung Polens anerkannt zu werden, verlangten sie unter anderem ganz Ostpreußen. Dies verärgerte Stalin, der in Teheran Königsberg verlangt hatte. Er bestand wie bereits in Teheran gegenüber Churchill auf der Teilung Ostpreußens zwischen Polen und der Sowjetunion (Bericht des polnischen Kommunisten Osóbka-Morawski, Mastny, *Moskaus Weg*, S. 217.) Im Westen forderten die Polen ausdrücklich Niederschlesien.

⁶⁶³Abkommen über die polnischen Staatsgrenzen zwischen dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung und der Regierung der UdSSR, 27. 7. 1944, Text bei Uschakow, S. 90-91: "Die Regierung der

Von diesen weitreichenden Entwicklungen wurde die britische Regierung nicht in Kenntnis gesetzt. Ungerührt fällt der sowjetische Diktator unilaterale Entscheidungen, in dem Wissen, daß keine Macht der Welt ihn an der Umsetzung hindern könnte. Die britischen Vertreter, hätten sie davon erfahren, hätten es gewiß als einen Schlag ins Gesicht, als ein Scheitern ihrer multilateralen Diplomatie verstanden. Als Churchill im Oktober 1944 im Kreml konferierte, stellte Stalin fest - möglicherweise bewußt zweideutig -, "*Silesia would go to the Poles and part of East Prussia. The Soviet Union would take Königsberg and the Poles would be very interested in the occupation of Germany*". Die Ausdehnung des schlesischen Gebietes war hier nicht genau umrissen. Es ist den Quellen auch nicht zu entnehmen, wie Churchill Stalin mit seiner Bemerkung, "the population might be moved from Silesia and East Prussia to Germany", verstanden hat.⁶⁶⁴ Am wahrscheinlichsten ist, daß Churchill Oberschlesien meinte und daß Stalin ganz Schlesien darunter verstand.

Churchill, der öffentlich die Formel verwendete, Polen solle im Norden und Westen eine Kompensation zu Lasten Deutschlands erhalten⁶⁶⁵, knüpfte in Moskau an seine Position von Teheran an. Er antwortete auf Stalins Bemerkung, ein Teil Ostpreußens und Schlesien würden an Polen fallen, die deutsche Bevölkerung könne aus Ostpreußen und Schlesien ausgesiedelt werden, und fuhr in martialischer Weise fort, würden sieben Millionen Deutsche getötet, gebe es in Deutschland genügend Platz für die Umsiedelnden.⁶⁶⁶ Das Prinzip der Aussiedlung einer großen Anzahl Deutscher aus ihrer Heimat war für den Premier eine Frage der Quantität. Es war klar, daß Churchill seine Verhandlungsposition gegenüber dem Kremlherrscher damit nicht verbesserte.

Es gab in Moskau dann den Versuch einer gemeinsamen Erklärung der britischen und sowjetischen Regierung zur polnischen Frage, der allerdings von den Polen, genauer gesagt, vom Lubliner Komitee, nicht akzeptiert wurde - wobei, wie gesehen, auch Stalin bereits andere Pläne hatte. Mit Blick auf die Grenzen war die britische Regierung bereit, Polen "die Freie Stadt Danzig, die Gebiete Ostpreußens westlich und südlich von Königsberg, den Verwaltungsbezirk Oppeln in Schlesien und die von Polen verlangten Gebiete östlich der Linie der Oder" zu überlassen und den Besitz zu garantieren. Niederschlesien westlich der Oder wäre demnach bei Deutschland verblieben. Großbritannien erklärte sich ferner bereit, die Deutschen aus diesen Gebieten zu "repatriieren" - ein Euphemismus für die Vertreibung der Menschen, deren Heimat ja nicht westlich der Oder lag.⁶⁶⁷ Mit massivstem Druck bemühte sich Churchill dann, dem exilpolnischen Ministerpräsidenten Mikołajczyk die Zustimmung zum Projekt der Westverschiebung

UdSSR hat auch anerkannt, daß die Grenze zwischen Polen und Deutschland entlang einer westlich von Swinemünde bis zum Fluß Oder verlaufenden Linie, wobei die Stadt Stettin auf polnischer Seite verbleibt, weiter aufwärts des Flusses Oder bis zur Neiße, und von hier entlang des Flusses Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze, festgelegt werden soll. Die sowjetische Regierung verpflichtet sich, bei der Festlegung der Staatsgrenzen zwischen Polen und Deutschland die Forderung auf die Festlegung der Grenze entlang der genannten Linie zu unterstützen." Siehe auch Mastny, Moskaus Weg, S. 219, und Lilje, S. 106-107, der zu Recht darauf hinweist, daß die Glatzer Neiße nicht bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, sondern etwa 2 km vorher nach Nordosten abknickt. Das mag man als einen indirekten Hinweis im Vertragstext selbst dafür werten, daß die Lausitzer Neiße gemeint war.

⁶⁶⁴Unterredung Churchill-Stalin, 9. 10. 1944,ritisches Protokoll, Kimball, Swords, Doc. 28, S. 136, Hervorh. von mir.

⁶⁶⁵Rede Churchills vor dem Unterhaus, 22. 2. 1944, Churchill, Speeches, VII, S. 6893.

⁶⁶⁶Unterredung Churchill-Stalin, 9. 10. 1944,ritisches Protokoll, Kimball, Swords, Doc. 28, S. 136-137.

⁶⁶⁷Gesprächsunterlage für die britische Delegation, wahrscheinlich 12. Juli 1945, DDP II/1, S. 913-914; vgl. das engl. Original bei Polonsky, Great Powers, S. 224; ferner Woodward, BFP III, S. 230.

seines Landes abzurufen, wie er betonte, in dem dringenden Wunsch, die Unabhängigkeit Polens, seine innenpolitische Selbstbestimmung zu retten. Es waren vehemente, dramatische Diskussionen, aber die Exilregierung lehnte ab.⁶⁶⁸

Nach den Moskauer Gesprächen zeichneten sich zwischen Eden und Churchill Differenzen über die deutsch-polnische Grenze ab. Die britische Regierung wurde Ende Oktober von der Exilregierung Mikołajczyk bedrängt, die Odergrenze auf der Friedenskonferenz auch gegen einen eventuellen Widerstand Washingtons zu unterstützen und eine Garantie für Polen abzugeben.⁶⁶⁹ Churchill setzte im Kabinett die Position durch, daß Großbritannien die Odergrenze einschließlich Stettins auch gegen eine - letztlich nicht erwartete - amerikanische Ablehnung unterstütze, es sei denn, die Polen gäben sich mit weniger zufrieden.⁶⁷⁰ Churchill bestätigte diese Zusage vor dem Unterhaus im Dezember 1944. Er ließ es sich auch nicht nehmen, bei dieser Gelegenheit festzustellen, die "total expulsion of the Germans" aus den abzutretenden Gebieten, die Churchill nicht im einzelnen aufführte, sei die Methode der Wahl: "There will be no mixture of populations to cause endless trouble, as has been the case in Alsace-Lorraine."⁶⁷¹

Interessant war hier der Unterschied zur Position des britischen Premiers Lloyd George auf der Pariser Friedenskonferenz 1919: hatte Lloyd George Elsaß-Lothringen als Argument dafür verwendet, eine Grenzziehung entlang der Nationalitäten zu erreichen, verwandte Churchill das Argument, um eine neue Grenzziehung durch etwas abzusichern, was man, je nach Perspektive, die Umkehr oder die Radikalisierung des Nationalitätenprinzips nennen könnte. Die Bevölkerungsumsiedlung mußte stattfinden, um ethnisch reine Staaten zu schaffen und Konfliktherde auszuschließen.

Trotz der Entscheidung des Kriegskabinetts plädierte Eden im Januar 1945 dafür, lediglich die Abtretung Ostpreußens, Danzigs und des Regierungsbezirkes Oppeln zu bil-

⁶⁶⁸Unterredungen zwischen Churchill und Mikołajczyk, 14. 10. 1944, Documents on Polish-Soviet Relations, 1939-1945 (Ed. General Sikorski Historical Institute), II, Doc. 239, S. 416-422, Doc. 241, S. 423-424; vgl. Gilbert, VII, S. 1011-1016; S. Mikołajczyk, *The Rape of Poland. Pattern of Soviet Aggression*, New York 1948; Harvey Diary, 15. 10. 1944, War Diaries, S. 361-362; Woodward, BFP III, S. 148 ff., 223 ff. Stalin machte später in Jalta deutlich, daß eine gemeinsame Erklärung auf der Basis der britischen Pläne im Grunde gar nicht möglich gewesen wäre: als Mikołajczyk im Oktober 1944 in Moskau gewesen sei, sei er "sehr erfreut" gewesen, als er vernommen habe, die Sowjetunion werde der westlichen Neißة zustimmen: 3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, Fischer, JP, S. 136. Während die Diskussion mit Churchill im Oktober 1944 noch Auslegungsmöglichkeiten belassen hatte, betonte Stalin im Gespräch mit General de Gaulle im Dezember 1944: "Die alten polnischen Gebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien müssen Polen zurückgegeben werden." De Gaulle verstand Stalin aufgrund weiterer Nachfragen so, daß dieser die Oder und Lausitzer Neißة meinte (C. de Gaulle, *Memoiren*, S. 356). Wenige Wochen später legte sich Moskau erstmals offiziell auf die Lausitzer Neißة fest, wenn auch noch in indirekter Form. In einem Artikel des Propagandachefs des Lubliner Komitees, Jedrichowski, in der "Prawda" vom 18. 12. 1944, wurde der Grenzverlauf an Oder und Lausitzer Neißة gefordert (Kennan, *Memoiren*, S. 218; A. de Zayas, *Nemesis at Potsdam. The Anglo-Americans and the Expulsion of the Germans. Background, Execution, Consequences*, London 1977, S. 50; Lilge, S. 118 f.). Am 4. Januar 1945 erkannte der Kreml dann das Lubliner Komitee als Provisorische Polnische Regierung an.

⁶⁶⁹Unterredung von Außenminister Romer mit Vertretern des Foreign Office, 31. 10. 1944, Woodward, BFP III, S. 230-231.

⁶⁷⁰Kriegskabinett, 1. 11. 1944, siehe Woodward, BFP III, S. 233-234. Die Garantie für Polen wollte Großbritannien unter Einbeziehung der Sowjetunion und möglichst der USA leisten, bis sie von einer Weltsicherheitsorganisation übernommen werden könnte. Bald darauf trat Mikołajczyk zurück. Vgl. Kettenacker, *Krieg*, S. 466-467; Tyrell, *Großbritannien*, S. 393 ff..

⁶⁷¹Rede Churchills vor dem House of Commons, 15. 12. 1944, Churchill, *Speeches*, VII, S. 7069.

ligen.⁶⁷² Für die Begrenzung auf diese Gebiete hatte sich das interministeriell arbeitende "Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations" im Juni 1944 ausgesprochen. Diese Position ähnelte auch der des US-State Department.⁶⁷³ Eden, der vermutlich über das Ausmaß der von einer Umsiedlung betroffenen Deutschen doch erschrocken war und dem Kreml und den polnischen Kommunisten gegenüber auch eine festere Haltung einnehmen wollte, stellte damit die von Churchill in Teheran und Moskau zugestandene Oderlinie wieder in Frage. Während dieser Plan im Kriegskabinett nicht gebilligt wurde, stieß Churchills Argumentation auf Zustimmung, keinesfalls die Lausitzer Neiße als Grenzfluß zu akzeptieren. Als Grund gab Churchill an, die Umsiedlung von acht bis neun Millionen Menschen sei "quite unmanageable".⁶⁷⁴ Der Automatismus zwischen Grenzabtretung und Umsiedlung blieb bestehen; die Grenzziehung hing davon ab, welches Ausmaß an Aussiedlung möglich sein würde.

Eden vertrat seine zuletzt in London eingenommene Position auch in Malta, als Briten und Amerikaner sich vor Jalta absprachen. Der "offensichtliche Wunsch der Lubliner Provisorischen Regierung, sich für Polen große zusätzliche Teile Deutschlands mit acht Millionen Einwohnern zu sichern", bereite ihm "eine gewisse Besorgnis". Eden war der Ansicht, Polen habe einen "Anspruch auf Ostpreußen, einen Teil von Oberschlesien und gewisse andere Gebiete bis zu Oder". Die Formulierung war unscharf gehalten, wohl auch um den Amerikanern Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen darzulegen. Es zeigte sich indes, daß der Standpunkt des State Department von dem britischen kaum abwich. Auf Staatssekretär Cadogans Vorschlag hin hielten beide Delegationen ihre Übereinstimmung schriftlich fest.⁶⁷⁵

Noch am gleichen Tag berichtete Eden Churchill, Briten und Amerikaner hätten beschlossen, "daß Polen bestimmt Ostpreußen südlich und westlich von Königsberg bekommt, dazu Danzig, den östlichen Zipfel von Pommern und ganz Oberschlesien".⁶⁷⁶ Die Lubliner Polen forderten jedoch - "ohne Zweifel mit russischem Einverständnis" - nicht nur die Oder einschließlich Stettin und Breslau, sondern auch die westliche Neiße. Wie der Foreign Office-Chef fortfuhr, beträfen die von London und Washington in Aussicht genommenen Gebietsverluste 2, 5 Millionen Deutsche, die Oder-Linie ohne Breslau und Stettin weitere 2, 25 Millionen und die Linie Oder-westliche Neiße weitere 3, 25 Millionen Deutsche, insgesamt also acht Millionen Menschen. Das war die Zahl, die Churchill im Kriegskabinett als nicht zu handhaben bezeichnet hatte.

Eden erinnerte den Premier daran, die britische Regierung sei im Oktober 1944 bereit gewesen, der Exilregierung Mikołajczyk die von dieser beanspruchten Gebiete bis zur Oder zu überlassen; dies sei aber abhängig gewesen von einem Abkommen zwischen der Exilregierung und den Russen. Zu einer solchen Übereinkunft war es bekanntlich nicht gekommen. Eden verwies darauf, daß Großbritannien nicht einmal Mikołajczyk die westliche Neiße in Aussicht gestellt habe, und daß man sich zuletzt in London darauf geeinigt habe, "daß wir uns der westlichen Neiße-Grenze widersetzen sollten". Eden empfahl nun, die britische Regierung solle auch "die Dinge bezüglich der Oder-Grenze in Fluß halten" und nicht den Eindruck erwecken, "sie habe irgendeine definitive Hal-

⁶⁷²Memorandum Edens vom 26. 1. 1945, Kettenacker, Krieg, S. 469.

⁶⁷³Vgl. Teil 4, Kap. 5. 1.-5. 2.

⁶⁷⁴Kriegskabinett, 26. 1. 1945, Kettenacker, Krieg, S. 469-470.

⁶⁷⁵Britisch-amerikanische Besprechung, 1. 2. 1945, FRUS, JD, S. 471. Vgl. Teil 4, Kap. 5. 2.

⁶⁷⁶Eden an Churchill, 1. 2. 1945, FRUS, JD, S. 474.

tung in bezug auf die Westgrenze von Polen angenommen". Man brauche den Lubliner Polen "nicht dieselben Konzessionen" zu gewähren wie der Exilregierung. Eden verwies zwar auch darauf, daß bereits die Oderlinie die polnische "Absorptionskapazität schwer belasten" würde, und auf die "gewaltigen Schwierigkeiten" einer Deportation von Deutschen.⁶⁷⁷ Doch es war offensichtlich, daß Eden sich weniger aus prinzipiellen Gründen der Oderlinie widersetzte, sondern den kommunistischen Machthabern in Polen und damit dem Kreml im wahrsten Sinne des Wortes Grenzen setzen wollte.

Churchill jedoch unternahm keinen Versuch mehr, eine Verhandlungsmasse gegenüber Moskau und den Lubliner Polen aufrechterhalten; er blieb bei seiner Haltung. Davon abgesehen wurde Churchills Handlungsspielraum ohnehin immer geringer, mit der Zustimmung zur Westverschiebung Polens und einer großzügigen Grenzregelung die innenpolitische Unabhängigkeit des polnischen Staates sichern zu können. Polen befand sich vollständig im sowjetischen Machtbereich.

In Jalta sahen sich die britischen Regierungspolitiker dann offiziell mit den Maximalforderungen Stalins konfrontiert. Das Problem der deutsch-polnischen Grenzregelung kam in den meisten Plenarsitzungen zur Sprache.⁶⁷⁸ Stalin betonte am 6. Februar, "er sei der Meinung, die Westgrenze Polens müsse entlang der westlichen Neiße verlaufen, und er bitte Roosevelt und Churchill, ihn darin zu unterstützen."⁶⁷⁹ Einen Tag zuvor hatte die Sowjetunion über den polnischen Kommunistenführer Bierut die Errichtung einer polnischen Verwaltung in den eroberten deutschen Ostgebieten, die zur Disposition standen, verkünden lassen, wobei Niederschlesien noch nicht von der Roten Armee eingenommen worden war.⁶⁸⁰ Der Kreml verfolgte eine präzise abgestimmte Strategie. Als Molotow im vierten Plenum einen sowjetischen Vorschlag über Polen verlas, mit einem Grenzverlauf an Oder und Lausitzer Neiße, leistete Churchill halbherzig Widerstand. Er stimmte der Westverschiebung der polnischen Grenzen zu, gab aber bildreich zu bedenken, "es wäre schade darum, die polnische Gans so voll deutscher Nahrung zu stopfen, daß sie Magenschmerzen bekomme". Churchill wies darauf hin, in der britischen Öffentlichkeit wäre "eine bedeutende Gruppe" schockiert, wenn die Aussiedlung einer so großen Anzahl Deutscher vorgeschlagen werde. Er persönlich sei "darüber nicht entsetzt". "Wenn die Angelegenheit auf Ostpreußen [sic] beschränkt bliebe, könnten wahrscheinlich sechs Millionen Deutsche unter Nichtachtung von moralischen Bedenken umgesiedelt werden, aber die Hinzufügung der Linie westlich der Neiße würde ein ganz anderes Problem in dieser Hinsicht schaffen".⁶⁸¹

⁶⁷⁷Ebda..

⁶⁷⁸Siehe FRUS, JD: Plenarsitzungen am 3. 5. und 6. 2. 1945, S. 624-627, 633-637; 4. Plenarsitzung, 7. 2., S. 671-672, 677-680; 5. Plenarsitzung, 8. 2., S. 724-728, 733-740; Sitzung der Außenminister, 9. 2., S. 747-751; 6. Plenarsitzung, S. 781-782, 788-792, 796; Sitzung der Außenminister, 9. 2., S. 803 f.; 7. Plenarsitzung, 10. 2. S. 830-831, 836-839, 842-844, 849; 8. Plenarsitzung, 11. 2., S. 858-859. Vgl. auch Clemens, S. 188-232.

⁶⁷⁹3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, JP, S. 136.

⁶⁸⁰Mastny, Moskau Weg, S. 298; Meissner, Jalta, S. 26, Kettenacker, Krieg, S. 471. Vgl. dazu auch das ausführliche Memorandum des Research Department im Foreign Office: Die polnische Verwaltung in den "wiedergewonnenen Gebieten", 9. 7. 1945, DDP II/1, S. 886-894.

⁶⁸¹4. Plenarsitzung, 7. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 669. Es ist unklar, was mit "Ostpreußen" gemeint sein soll. Etwas abweichend heißt es in den britischen Notizen (hier als 3rd Plenary Meeting, Auszüge bei Gilbert, VII, S. 1189): "If Poland took East Prussia and Silesia as far as the Oder, it would mean moving six million Germans back to Germany. That might be managed, subject to the moral

Diese Argumentation wurde nicht dadurch besser, daß Churchill sie nun bereits mehrfach variiert hatte. Der Premier verknüpfte den Gebietsverlust automatisch mit der Bevölkerungsumsiedlung, behandelte ihn nur unter dem Aspekt der Praktikabilität, abhängig von der Aufnahmekapazität (Rest-) Deutschlands. Da dies aber letztlich ein unscharfes Argument blieb - keiner konnte sagen, wieviel Deutschland verkraften würde -, war es auch schwierig, den sowjetischen Forderungen und denen der polnischen Kommunisten an einer bestimmten Stelle entgegenzutreten. Gegen die Aussiedlung als solche erhob der Premier keinerlei prinzipielle Einwände; das nationale Selbstbestimmungsrecht spielte in seinen Ausführungen keine Rolle. Indem der Premier den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1922 - der ersten von Regierungsseite gebilligten Radikalisierung des Nationalitätenprinzips seit den Pariser Friedensverträgen - als einen großen Erfolg bezeichnete, verlieh er ihm die Bedeutung eines Präzedenzfalles für die Gegenwart.

Churchill betonte, er persönlich habe mit dem vorgeschlagenen Vorgehen keine Probleme. Auch wenn er sich zu der Gratwanderung entschlossen haben sollte, Stalin gleichzeitig entgegenzukommen und einzuhegen: der Premier argumentierte von Anfang an aus der Defensive und geriet weiter ins Hintertreffen, als Stalin die dreiste Behauptung nachschob, die meisten Deutschen wären bereits vor der Roten Armee geflohen. Churchill erwiderte daraufhin nur, "dies vereinfache das Problem natürlich".⁶⁸² Je mehr Deutsche in diesem Krieg noch getötet würden, argumentierte Churchill wie zuvor in Moskau, desto mehr Flüchtlinge könne Deutschland aufnehmen.

Churchills nachgiebiges Verhalten in der Grenzfrage stand allerdings in auffallendem Gegensatz zu seinem Kampf um die Unabhängigkeit der polnischen Regierung und um freie Wahlen in Polen. Was Churchill über die Regierungsbildung sagte, gab er hinsichtlich der Grenzfrage nicht im entferntesten zu Protokoll: daß die Großen Drei "an dem kritischen Punkt dieser großen Konferenz angelangt" seien.⁶⁸³ Selbst wenn es sich aus den Quellen nicht zweifelsfrei entnehmen läßt, ist es eine folgerichtige Auslegung, daß Churchill durch seine Position in der Grenzfrage Stalins Bereitschaft erhöhen wollte, einer Lösung der polnischen Regierungsfrage im britischen Sinne näherzukommen. Auch wenn man nicht von einem quid pro quo sprechen will, ist es ganz offensichtlich, daß dem Premier die Frage der innenpolitischen Selbstbestimmung Polens weitaus wichtiger war als eine territoriale Selbstbestimmung der Deutschen. Churchill betonte noch einmal, "daß er das Problem der Bevölkerungsumgruppierung nicht fürchte, vorausgesetzt, daß es der Fähigkeit der Polen, es zu meistern, und der Fähigkeit der Deutschen, die Menschen aufzunehmen, angepaßt werde".⁶⁸⁴

Der britische Vorschlag über die polnischen Grenzen wählte dann mit Blick auf die Oderlinie die Formulierung, Polens Grenzen im Westen sollten auch die von Polen verlangten Gebiete östlich der Oder einschließen.⁶⁸⁵ Diesen Text übermittelte Churchill

question, which he had to settle with his own people". Vgl. Churchill, *Triumph and Tragedy*, S. 327 f. In den sowjetischen Notizen, KSU, JD, S. 106, ist von Bedenken Churchills nicht die Rede.

⁶⁸²4. Plenarsitzung, 7. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 669. Vgl. die Aufzeichnungen von Matthews, ebda., S. 671-672 und die weniger ausführlichen sowjetischen Protokolle, Fischer, JP, S. 146, und KSU, JD, S. 106.

⁶⁸³5. Plenarsitzung, 8. 2. 1945, US-Notizen (Matthews), FRUS, JD, S. 735.

⁶⁸⁴4. Plenarsitzung, 7. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 670.

⁶⁸⁵Britischer Vorschlag über die polnischen Grenzen und die polnische Regierung, 8. 2. 1945, FRUS, JD, S. 805.

auch dem Kriegskabinett in London.⁶⁸⁶ Der Versuch der britischen Delegation, die Oderlinie zu konzedieren, es damit aber bewenden zu lassen, traf nun doch auf den Widerstand des Kriegskabinetts. Ein Telegramm aus London ermächtigte den Premierminister nicht, der Oderlinie zuzustimmen, sondern bestand darauf, die endgültige Entscheidung über Gebietsabtretungen an Polen östlich der Oder der Friedenskonferenz zu überlassen.⁶⁸⁷

Churchill hielt sich allerdings nicht strikt an die Vorgaben aus London. Als der Entwurf einer Erklärung zur polnischen Frage am 10. Februar vorgelegt wurde, sagte Churchill laut US-Protokoll Bohlen, "daß das Dokument die Grenzen nicht erwähne". Churchill betonte, daß alle Konferenzteilnehmer "über die Ostgrenze Polens einig seien und er einverstanden sei, daß Polen Kompensation im Westen bis zur Oder-Linie erhalten solle, falls die Polen dies wünschten.⁶⁸⁸ Laut sowjetischem Protokoll sprach Churchill von einer "Vereinbarung darüber, daß die Polen Ostpreußen und das Gebiet bis zur Oder bekommen sollten".⁶⁸⁹ Diese Äußerung wird nur in dem US-Protokoll von Hiss bestätigt.⁶⁹⁰ Dem US-Protokoll Matthews zufolge sagte der Premier, über die Westgrenze sei man sich "ja auch im Prinzip einig".⁶⁹¹

Mit Blick auf die westliche Neiße verwies Churchill laut britischem Protokoll auf das Kriegskabinett, das "any reference to a frontier as far as the Western Neisse" wegen des Problems der Bevölkerungsbewegungen ablehne.⁶⁹² Ähnlich ist der Wortlaut in den amerikanischen Aufzeichnungen.⁶⁹³ Das sowjetische Protokoll verzeichnet ebenfalls die Befürchtungen des Kabinetts "hinsichtlich der Schwierigkeiten bei der Umsiedlung einer so großen Anzahl von Menschen".⁶⁹⁴ Dies war abermals die Argumentationsfigur, die sich nicht auf das Prinzip einer Gebietsabtretung bezog, sondern nur auf deren Praktikabilität. Churchill bestand jedenfalls darauf, es müsse eine Erklärung über die polnischen Grenzen erfolgen, sonst mache sich "die ganze Welt Gedanken, was in dieser Frage beschlossen worden sei".⁶⁹⁵

In der Tat: im Stil einer Kabinettspolitik, die jegliche Händel auf dem Wiener Kongreß in den Schatten stellte und die Woodrow Wilson wohl als flagrante Verletzung öffentlicher Interessen und demokratischer Vorgehensweisen gebrandmarkt hätte, wurde in Jalta über das Schicksal von Millionen Menschen entschieden, erhielt in ethnischer Hinsicht ein wesentlicher Teil der östlichen Hälfte Europas erst auf dem Papier, dann in der Wirklichkeit einen völlig neuen Charakter. Ohne daß je an Gleichsetzung zu denken wäre - denn es ging in Jalta nicht um Mord und Totschlag - darf natürlich nicht vergessen werden, daß die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland auf ebendiesen Territorien - in den weiten Ebenen zwischen Oder und Bug - dem vorausgegangen wa-

⁶⁸⁶Churchill an das Kriegskabinett, 8. 2. 1945, Churchill, *Triumph and Tragedy*, S. 328.

⁶⁸⁷Kriegskabinett, 8. 2. 1945, siehe Kettenacker, *Krieg*, S. 471.

⁶⁸⁸7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 831. Eden unterstützte diese Äußerung in der gleichen Sitzung (ebda., S. 837).

⁶⁸⁹7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, TP, S. 171.

⁶⁹⁰7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, US-Notizen (Hiss), FRUS, JD, S. 843.

⁶⁹¹7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, US-Notizen (Matthews), FRUS, JD, S. 839.

⁶⁹²7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, britische Notizen, Ausz. bei Gilbert, VII, S. 1206 (hier als 6th Plenary Meeting).

⁶⁹³7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, US-Notizen (Hiss), FRUS, JD, S. 843.

⁶⁹⁴7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, Fischer, JP, S. 171.

⁶⁹⁵7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 831.

ren; daß, mit Nietzsche gesprochen, die "Umwertung aller Werte" in unbeschreiblicher Radikalisierung bereits erfolgt war.

Der Premierminister suchte unter allen Umständen eine Einigung über Polens Grenzen festzuschreiben, wohl in der berechtigten Annahme, die westliche Verhandlungsposition werde sich weiter verschlechtern, je länger man warte. Die Rote Armee stand an der Oder; Stalin konnte es sich leisten, auf Zeit zu spielen. London durfte davon ausgehen, daß es in der Macht des Kreml lag, eine Grenzregelung zu erzwingen. Auf diese Weise wollte Churchill wohl wenigstens Niederschlesien für Deutschland sichern, wenn auch nicht in erster Linie aus Erwägungen des Humanismus oder der Selbstbestimmung heraus, sondern eher in dem gleichgewichtspolitischen Bestreben, den Vormarsch des Kommunismus einzudämmen. Aus diesen Gründen beharrte Churchill wohl auch gegenüber Molotow, der meinte, über die Westgrenze brauche im Protokoll nichts gesagt zu werden, auf einer gegenteiligen Auffassung.⁶⁹⁶

Da Roosevelt Bedenken bei der Festlegung von Grenzen auf der Konferenz anmeldete, sagte Churchill, "er habe schon zu Protokoll gegeben, daß Polen ein gutes Stück Territorium im Norden und Westen erhalten würde, daß aber die Meinung der neuen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit eingeholt werden sollte".⁶⁹⁷ Auf Vorschlag Roosevelts entwarf Churchill schließlich den Teil der Erklärung über Polen, der sich mit den Grenzen beschäftigte. Er wurde mit leichten Änderungen von der Konferenz angenommen und konnte, da nur von einem "beachtlichen territorialen Zuwachs" für Polen die Rede war, schließlich auch vom britischen Kriegskabinet akzeptiert werden.⁶⁹⁸

23. 3. Nahrungsmittel, Brennstoff und Land. Die britische Position im Streit um die Oder-Neiße-Linie in Potsdam

Vor Beginn der Konferenz von Potsdam wurde offensichtlich, wie sehr eine Vereinbarung über die deutsche Ostgrenze dadurch erschwert wurde, daß Stalin den polnischen Kommunisten eigenmächtig die Verwaltung der Gebiete östlich der Linie Oder-Lausitzer Neiße übergeben hatte.⁶⁹⁹ Auf wiederholte offizielle Anfragen von britischer Seite zu diesem folgenschweren, das Abkommen über die Besatzungszonen und die Kontrolle Deutschlands verletzenden Schritt übte sich der Kreml in einer Hinhaltetaktik.⁷⁰⁰

Geichzeitig bemühten sich die Mitglieder der kürzlich vom Westen anerkannten, kommunistisch dominierten Provisorischen Polnischen Regierung, vor Beginn der Potsdamer Konferenz das Terrain für die Regelung der Grenzfrage in ihrem Sinne zu bereiten. In einer Note an die britischen und amerikanischen Botschafter in Moskau, Clark Kerr und Harriman, wurde eine Vielzahl von Gründen dargelegt, die angeblich eine Grenzziehung an Oder und Lausitzer Neiße unabdingbar machten: "moralische.. Gründe",

⁶⁹⁶7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, US-Notizen (Matthews), FRUS, JD, S. 839.

⁶⁹⁷7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 831.

⁶⁹⁸"Protokoll über die Verhandlungen auf der Krimkonferenz", 11. 2. 1945, FRUS, JD, S. 901.

⁶⁹⁹Dazu das Memorandum des Research Staff im Foreign Office, 9. 7. 1945, DDP II/1, S. 886-894.

⁷⁰⁰Siehe zum Hergang die Gesprächsunterlage für die britische Delegation, undat., vermutlich aber 12. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 115, S. 220; DDP II/1, S. 914.

"demographische Bedürfnisse", "Polens historische Rechte", sowie geographische, geopolitische und ökonomische Argumente.⁷⁰¹

Im Foreign Office favorisierte man nach wie vor eine Einbeziehung lediglich Danzigs, Ostpreußens, Oppelns, Deutsch-Oberschlesiens und des östlichsten Teils von Pommern in den neuen polnischen Staat und lehnte eine Westverschiebung Polens bis zur Oder oder gar bis zur Lausitzer Neiße ab.⁷⁰² Mit dieser Position versuchte man, noch die letzten Reste des Nationalitätenprinzips bei der Grenzregelung zu retten. Doch gab es in den Tagen vor Beginn der Potsdamer Konferenz Überlegungen, mit dem Unvermeidlichen zu rechnen und sich dazu mit den USA abzustimmen. Am 13. Juli 1945 wurde dem State Department ein Aide-Mémoire des Foreign Office mit der Empfehlung übergeben, so bald wie möglich eine Einigung mit dem Kreml über die beiden Hauptprobleme Reparationen und deutsche Ostgrenze zu suchen. Da die Sowjetunion die Gebiete östlich der Oder und Lausitzer Neiße polnischer Verwaltung übergeben habe, drohe die Festigung dieser Verhältnisse. Wie es hieß, stimme das Foreign Office zwar - ähnlich wie das State Department - lediglich einer Abtretung von "Danzig, Ostpreußen südlich und westlich von Königsberg, Oberschlesien und de[m] östlichsten Teil Pommerns" zu. Doch fuhr das Aide-Mémoire, den Extremfall voraussehend, fort:

"Ferner schlägt die Regierung Seiner Majestät vor, daß, wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, Einigung mit der sowjetischen Regierung über einen annehmbaren Kompromiß in diesem Sinne zu erzielen, die beiden Regierungen erklären sollten: i) daß sie ihre förmliche Zustimmung zur Übergabe an die Verwaltung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit nur für diejenigen deutschen Gebiete geben werden, deren dauernden Erwerb durch Polen alle vier Kontrollmächte zuzulassen bereit sind; ii) daß, wenn die sowjetische Regierung dennoch darauf besteht, Teile Deutschlands ohne die Zustimmung der anderen hauptsächlich beteiligten Regierungen Polen zu übergeben, und damit die Fähigkeit Deutschlands als Ganzes, Reparationen zu zahlen, verringert, die Regierung Seiner Majestät und die amerikanische Regierung gezwungen sind, auf einer entsprechenden Kürzung des russischen Anteils an den Reparationen aus Deutschland zu bestehen".⁷⁰³ Als Druckmittel zog die Denkschrift in Betracht, Reparationslieferungen aus den westlichen Zonen zu verweigern. In diesem Sinne konferierte Staatssekretär Cadogan mit dem stellvertretenden US-Außenminister Dunn am 14. Juli 1945 in Potsdam.⁷⁰⁴

Es ist allerdings zweifelhaft, ob man hier bereits von einer Vorwegnahme der Paketlösung sprechen kann, die US-Außenminister Byrnes später in Potsdam vorschlug und zu

⁷⁰¹Der stellvertretende Außenminister Modzelewski an Harriman, 10. 7. 1945, DDP II/1, S. 894-912; ein gleichlautendes Schreiben ging an Clark Kerr, siehe Clark Kerr an Eden, 11., 7., ebda., S. 912.

⁷⁰²Gesprächsunterlage für die britische Delegation, undat., vermutlich aber 12. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 115, S. 219-223; DDP II/1, S. 913-917.

⁷⁰³Vgl. das undat. britische Aide-Mémoire im Anhang der Aufzeichnung des Referatsleiters für osteuropäische Angelegenheiten, Durbrow, 13. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 778-781, dt. Text DDP II/1, S. 917-920. Das Aide-Mémoire entspricht fast wörtlich der Schlußfolgerung (Punkte 8-11) der wohl tags zuvor fertiggestellten Gesprächsunterlage für die britische Delegation: DBPO I/1, Doc. 115, S. 221-223; DDP II/1, S. 915-917. In diesem Zusammenhang nennt Lilje, S. 148, den "package deal" "eine britische Idee", ohne allerdings auf Churchill einzugehen.

⁷⁰⁴Bei dieser Gelegenheit wurde den Amerikanern eine gekürzte Fassung des Aide-Mémoires vom 13. 7. als Memorandum zur polnischen Westgrenze übergeben (DDP II/1, S. 921). Vgl. die Gesprächsaufzeichnung des stellvertretenden US-Außenministers Dunn (für Byrnes), 14. 7., ebda., S. 226.

der es auch britische Überlegungen gab.⁷⁰⁵ Denn das Aide-Mémoire schlug nicht vor, dem Kreml im Voraus einen Handel anzubieten, sondern empfahl westlichen Druck bei den Reparationen im Falle sowjetischer Hartnäckigkeit in territorialer Hinsicht, ohne daß einer Grenzziehung an Oder und Neiße förmlich zugestimmt werden sollte. Der Einsatz des wirtschaftlichen Druckmittels würde es vielleicht ermöglichen, die sowjetische Führung in der Frage der polnischen Verwaltung deutscher Gebiete bzw. der Grenzfrage kompromißbereiter zu stimmen. So heißt es auch in der amerikanischen Wiedergabe des Aide-Mémoire, die britische Regierung sei "nötigenfalls bereit, der sowjetischen Regierung mitzuteilen, daß sie ihr keine Reparationslieferungen aus der amerikanischen und britischen Zone in Deutschland zugestehen werde, wenn diese territoriale Frage nicht zufriedenstellend geklärt werde".⁷⁰⁶

Inwieweit Churchill diese Überlegungen des Foreign Office bekannt waren, läßt sich nicht genau sagen. In Potsdam rang sich Churchill jedenfalls zu einer klaren Opposition gegen eine Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen an der Lausitzer Neiße durch. Am 20. Juli hatte der Premier gleich zwei Noten erhalten, die einen Grenzverlauf an Oder und Lausitzer Neiße forderten: eine von der polnischen Regierung⁷⁰⁷ und eine von der sowjetischen Delegation.⁷⁰⁸

Einen Tag später schlug Stalin vor: "Wir können jetzt eine Vereinbarung bezüglich der Westgrenze Polens treffen, und diese Westgrenze muß dann endgültig auf der Friedenskonferenz bestätigt werden."⁷⁰⁹ Churchill versäumte dann, wie schon in Jalta, prinzipiell zu argumentieren. Er hatte einen schlechten Start, und Präsident Truman rang mit dem sowjetischen Diktator. Als der Premier sich schließlich - für ihn ungewohnt spät - mit der zaghaften Bemerkung, ob man "denn diese Frage ungelöst lassen" könne, in die Debatte einschaltete, führte er fast ausschließlich praktische Argumente ins Feld, sprach nur einmal "einige Zweifel moralischer Art an, ob eine so große Bevölkerungsumsiedlung wünschenswert" sei.⁷¹⁰ Mit Blick auf das Problem der Nahrungsmittellieferungen sagte er, Deutschland verliere ein Viertel seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche, bezogen auf die Grenzen von 1937. In den britischen Gesprächsunterlagen wurde dieses Problem wiederholt hervorgehoben.

Daraufhin stellte der Premier einen Vergleich an zwischen den drei bis vier Millionen Polen, die aus den an die Sowjetunion fallenden Gebieten ausgesiedelt würden, und den über acht Millionen Deutschen in den Ostgebieten. Die Aussiedelung der Deutschen bürde Restdeutschland eine große Last auf und lasse das Versorgungsproblem ungelöst. Churchill insistierte, der Ausgleich müsse den Verlusten entsprechen. Es war der verzweifelte Versuch, das formale Prinzip der Kompensation noch einmal ins Spiel zu bringen. In Jalta hatte Churchill die Zahlen so genau nicht aufgerechnet.

⁷⁰⁵Vgl. Kap. 4. 7. und Teil 4, Kap. 5. 4.

⁷⁰⁶Aufzeichnung des Referatsleiters für osteuropäische Angelegenheiten, Durbrow, 13. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 778; DDP II/1, S. 918.

⁷⁰⁷"M. M. Bierut and Osóbka-Morawski to Mr. Churchill", 20. 7. 1945, in Molotow an Eden, 20. 7., DBPO I/1, Doc. 205, S. 455-456.

⁷⁰⁸"Western Frontier of Poland", Memorandum der sowjetischen Delegation, 20. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 202, S. 452-453; DDP II/1, S. 932-933; vgl. den Text in KSU, PD, 275-276.

⁷⁰⁹5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 260. Etwas offener formuliert in den US-Protokollen, FRUS, PD II, S. 209: "The final settlement would, of course, be left to the peace conference."

⁷¹⁰5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 262, 273.

Doch die Legitimierung der Umsiedlung als neue Leitlinie der Staats- und Nationsbildung in Europa unter Aufgabe des Nationalitätenprinzips war eine Fortsetzung von Churchills Auftreten in Jalta. Deshalb fiel es dem Premier auch so schwer, nun eine andere Argumentation aufzubauen. Der fadenscheinige Versuch, die Grenzziehung von Staaten daran zu orientieren, einen wie großen Teil der angestammten Bevölkerung man umsiedeln könne, war nicht angetan, auf den Kremlherrscher irgendeinen Eindruck zu machen. Da er prinzipielle Positionen schon viel früher verlassen hatte, machte Churchills Auftreten einen so hilflosen Eindruck, unabhängig davon, ob seine Tagesform schlecht war. Der Premier wurde in der Diskussion von dem sowjetischen Diktator nahezu vorgeführt.

Erst später griff Churchill zu einem grundsätzlicheren Argument, mit dem er Stalins Politik der vollendeten Tatsachen zurückzuweisen versuchte: Man hätte die geflohenen Deutschen zu einer Rückkehr ermuntern sollen.⁷¹¹ Als Stalin die Versorgungsprobleme brutal mit dem Satz abwehrte, die Deutschen sollten ihr Getreide von Polen kaufen, erwiderte Churchill, er sei nicht der Meinung, es handele sich um polnisches Gebiet. Doch das grundlegende Problem seiner Argumentation war und blieb, daß der Premier die praktischen und organisatorischen Probleme der Gebietsabtretung viel zu sehr hervorhob. Churchill setzte sich so dem Verdacht aus, die Lösung der deutsch-polnischen Grenzfrage vorrangig unter dem Gesichtspunkt administrativer Kapazitäten der britischen Besatzungszone zu betrachten.

So ließ er sich noch auf ein entwürdigendes Wortgefecht über die Förderung der schlesischen Kohle und die Brennstoffversorgung Deutschlands ein, und Stalin konnte leicht ausweichen, indem er sagte, irgendjemand müsse die Kohle fördern - die Industriellen in Schlesien seien geflohen, die ausländischen Zwangsarbeiter seien fortgegangen. Stalin walzte die Darstellung praktischer Probleme in den eroberten Ostgebieten breit aus, nannte die Polen die "einheimische Bevölkerung", um zu dem Schluß zu kommen: "Man kann die Polen jetzt nicht vertreiben. Diese Situation hat sich spontan ergeben. Man kann hier eigentlich niemanden beschuldigen."⁷¹² Der Premierminister, der sich an die Wand reden ließ, konnte so nicht damit rechnen, irgendeinen relevanten Einfluß auf die Grenzziehung auszuüben. Es war eine qualvolle Diskussion.

Einen Tag später trat Churchill dann doch noch entschiedener auf. Er bezeichnete die polnische Forderung nach Niederschlesien nunmehr als "für die britische Regierung völlig unannehmbar". Er führte auch "einige Zweifel moralischer Art" angesichts der Aussiedelung der Bevölkerung an. Dramatisch brandmarkte der Premier die Übergabe der schlesischen Gebiete an Polen als eine "Untergrabung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands".⁷¹³

Es war schließlich Churchills Drängen zu verdanken, daß nicht die Entscheidung getroffen wurde, die Meinung polnischer Vertreter erst in dem künftigen Rat der Außenminister einholen zu lassen. Churchill wollte diese zentrale Frage nicht einem untergeordneten Gremium überlassen und gab offen seiner Befürchtung Ausdruck, daß die

⁷¹¹5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 263-264; US-Notizen, FRUS, PD II, S. 212.

⁷¹²5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 267; und KSU, PD, S. 104-105. In den amerikanischen Aufzeichnungen (FRUS, PD II, S. 214) heißt es: "No one but Germany is to blame."

⁷¹³6. Plenarsitzung, 22. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 273. Vgl. die US-Notizen, FRUS, PD II, S. 247 f., und die britischen Notizen in DBPO I/1, Doc. 226, S. 534-535.

Verhältnisse in den Ostgebieten in der verstreichenden Zeit zementiert würden: "Die Polen machen sich an die Ausbeutung dieses Gebietes, sie fassen dort festen Fuß, und wenn dieser Prozeß andauert, dann wird es später sehr schwer sein, irgendeine andere Entscheidung zu fällen."⁷¹⁴

Der Premier faßte seine Meinungsverschiedenheiten mit Stalin mit den Worten zusammen, "daß die britische Regierung nicht so weit gehen will, wie es die Sowjetregierung tut". Er bemühte sich - darin einigermaßen unglaublich - seine Zustimmung zur Oderlinie in Teheran als "general expression" verstanden zu haben; diese Linie müsse unter Zuhilfenahme einer Landkarte spezifiziert werden.⁷¹⁵ Churchill wollte in Potsdam unter allen Umständen hinsichtlich der Grenzfrage übereinkommen; möglicherweise hatte er dabei im Hinterkopf, daß er nach dem 26. Juli 1945 vielleicht nicht mehr als Regierungschef am Tisch sitzen würde. Churchill bot als einen Kompromißvorschlag an, "eine provisorische Grenzlinie zu ziehen". Das Gebiet östlich der Linie "würde als Teil Polens bis zur endgültigen Regelung der Frage auf der Friedenskonferenz von Polen besetzt sein"; in dem Gebiet westlich der Linie "könnten die Polen, wenn sie dort sein sollten, als Vertreter der Sowjetregierung in der der Sowjetunion überlassenen Zone wirken".⁷¹⁶

Der Vorschlag mutete zwar ein wenig künstlich an, war aber doch wohlüberlegt, denn auf diese Weise würden die Territorien westlich der Linie nicht an Polen fallen. Mit Sicherheit meinte Churchill hier die Linie an Oder und Glatzer Neiße. Churchill, der nunmehr sichtlich Tritt gefaßt hatte und fast zu seiner Form von Jalta aufgelaufen war, erklärte am Ende seiner bisher längsten Redepassage: "Wenn wir diese Frage nicht entscheiden, wird das einen Mißerfolg unserer Konferenz bedeuten."⁷¹⁷ Der Vorschlag des Premierministers mit Blick auf die provisorische Grenzziehung wurde von den beiden anderen Regierungschefs nicht aufgenommen, doch nach einem weiteren sinnlosen Schlagabtausch zwischen Churchill und Stalin über die schlesische Kohle kamen die drei immerhin überein, in der Streitfrage polnische Vertreter nach Potsdam einzuladen.

23. 4. Die innenpolitische Unabhängigkeit Polens, die Versorgungsfrage und die Grenzen. Die britische Delegation und die Entscheidung zur deutsch-polnischen Grenze in Potsdam

Die Einladung polnischer Politiker nach Potsdam sollte den Stillstand in der Grenzfrage lösen. Es traf sich, daß alle Mitglieder der polnischen Delegation, voran Bierut, am 24.

⁷¹⁴6. Plenarsitzung, 22. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 275; US-Notizen, FRUS, PD II, S. 249; britische Notizen, DBPO I/1, Doc. 226, S. 536.

⁷¹⁵6. Plenarsitzung, 22. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 276-277; britische Notizen, DBPO I/1, Doc. 226, S. 537. Kettenacker, Krieg, S. 478, kritisiert die britische Politik als widersprüchlich und lediglich um Gesichtswahrung bemüht. Zumindest der letzte Punkt erscheint doch unberechtigt. Die Interpretation, die Behandlung der Grenzlinie sei instrumentell gewesen, kann zwar nicht völlig bestritten werden. Doch Churchill versuchte, trotz der Differenzen im Kriegskabinet, von Teheran bis Potsdam doch recht stetig für eine Lösung der Grenzfrage in seinem Sinne (Linie Oder-Glatzer Neiße) zu kämpfen. (Vgl. dazu den Vermerk von Churchills Sekretär Colville, 24. 7. 1945, DDP II/1, S. 942-943.) Auch das Argument, Großbritannien habe in diesem Teil Europas "keine elementaren Interessen" (ebda.) verfolgt, ist mit Blick auf die britische Europakonzeption sicher zu kurz gegriffen.

⁷¹⁶6. Plenarsitzung, 22. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 276, und KSU, PD, S. 114-115; britische Notizen, DBPO I/1, Doc. 226, S. 536; US-Notizen, FRUS, PD II, S. 250.

⁷¹⁷6. Plenarsitzung, 22. 7. 1945, sowjetische Notizen, KSU, PD, S. 115.

Juli vor den Außenministern einen Grenzverlauf an Oder und Lausitzer Neiße forderten, unter Einbeziehung Stettins in ihr Land.⁷¹⁸ Molotow beeilte sich, die polnischen Forderungen zu unterstützen, mit der bemerkenswerten Begründung: "Deutschland muß aus diesen von ihm annektierten polnischen Gebieten verdrängt werden, und diese Gebiete müssen Polen der Gerechtigkeit halber übergeben werden. Eine solche Entscheidung wird im Interesse des Friedens nicht nur in Europa, sondern auch in der ganzen Welt liegen."⁷¹⁹ Die massive territoriale Schwächung mußte in der Sicht des Kreml zur Grundlage der Nachkriegsordnung werden. Im Plenum bat Churchill um eine Vertagung der Diskussion, bis er mit Bierut gesprochen habe.⁷²⁰

In dieser Unterredung mit polnischen Kommunisten unter Führung Bieruts betonte Churchill am Nachmittag des 24. Juli, Großbritannien sei wegen seiner Verpflichtungen Polen gegenüber in den Krieg eingetreten. Hintergründig - mit Blick auf die offenkundige Abhängigkeit der Provisorischen Regierung von Moskau - legte Churchill Wert auf das britische Interesse an einem Polen, das "strong and independent" sei, "friendly to the Russians but also independent of them".⁷²¹

Nach dieser Klarstellung schritt Churchill dazu, die polnischen Forderungen auf die Lausitzer Neiße zu verurteilen: "It was a mistake for countries to be guided purely by territorial appetite." Die von Polen beanspruchten Grenzen würden für Deutschland den Verlust von einem Viertel seines Territoriums von 1937 mit sich bringen und 8-9 Millionen Menschen betreffen. Demgegenüber belaufe sich die Zahl der Polen, die die Gebiete östlich der Curzon-Linie verlassen hätten, nur auf 3-4 Millionen. Das war wieder der Kompensationsgedanke. Churchill betonte, "The idea of such great shiftings of population came as a shock to the western democracies". Die Polen sollten sich auf die Grenzen beschränken, die notwendig seien, um Polen eine Heimstatt zu geben. Ihre gegenwärtigen Ansprüche führten nicht zu einem "lasting and final arrangement".⁷²² Es war ein ferner Anklang an die beschwörenden Warnungen von David Lloyd George 1919 in Paris.

Churchill hatte ähnlich wie Präsident Truman einen schweren Stand gegen den bestimmt, logisch und skrupellos verhandelnden Stalin. Churchill hegte wohl kaum noch eine Hoffnung, die machtpolitischen Realitäten in Osteuropa in seinem Sinne beeinflussen zu können.⁷²³ Er nahm die Grenzfrage - wie auch die Frage der polnischen Regierung - nicht zum Anlaß, das marode gewordene Zweckbündnis gegen Hitler gänzlich brechen zu lassen. Churchill behauptet zwar in seinen Erinnerungen, er habe im Falle eines Wahlsieges die ausstehenden Entscheidungen mit der Sowjetregierung in Angriff nehmen wollen. So hätten weder er selbst noch Eden jemals der westlichen Neiße zugestimmt. Die Linie an Oder und östlicher Neiße sei als Kompensation anerkannt worden,

⁷¹⁸7. Sitzung der Außenminister, 24. 7. 1945, britische Notizen, DBPO I/1, Doc. 254, S. 626-627; das Statement der polnischen Politiker ist in Anhang 1, S. 628-631, abgedruckt.

⁷¹⁹7. Sitzung der Außenminister, 24. 7. 1945, sowjetische Protokolle, KSU, PD, S. 145.

⁷²⁰8. Plenarsitzung, 24. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 303 und 315 f., britische Notizen, DBPO I/1, Doc. 258, S. 644-645; US-Notizen, FRUS, PD II, S. 332, 1517.

⁷²¹Unterredung Churchill-Bierut, 24. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 257, S. 640.

⁷²²Ebda.; vgl. Churchill, *Triumph and Tragedy*, S. 573-577.

⁷²³Vgl. den Ausdrucks des Eisernen Vorhangs in dem Schreiben an Truman, 4. 6. 1945, Churchill, *Triumph and Tragedy*, S. 523, ferner H. Feis, *Zwischen Krieg und Frieden. Das Potsdamer Abkommen*, Frankfurt 1962, S. 218, für die Schlußphase des Ringens um Polen.

doch niemals hätte eine Regierung unter seiner Führung sich damit einverstanden erklärt, daß russische Armeen das Land bis zur westlichen Neiße - also Niederschlesien - überrannt hätten. Das sei nicht nur eine Frage des Prinzips gewesen, sondern vielmehr ein "enormous matter of fact affecting about three additional millions of displaced people". Er habe, schloß Churchill seine Darstellung, ein "show-down at the end of the Conference" vorgehabt, und notfalls einen offenen Bruch.⁷²⁴

Vergleicht man diesen Bericht mit den Konferenzprotokollen, so rückt Churchill das Grundsätzliche an seiner Haltung wohl nicht ganz zu Recht in den Vordergrund. Seine Angaben mögen fragwürdig sein, doch gibt es in den Dokumenten andererseits keine Anhaltspunkte dafür, daß er zu einer Anerkennung der sowjetisch-polnischen Grenzforderungen bereit war, auch nicht in der Weise eines quid pro quo. Zum Beispiel hielt Churchill die Grenzfrage von der Territorialfrage insofern getrennt, daß er nicht ein britisches Entgegenkommen in der Territorialfrage für den Fall signalisierte, daß die britische Zone Nahrungsmittellieferungen aus dem Osten Deutschlands - der sowjetischen Zone - erhalte. Dies waren ja die Überlegungen, die Experten des Foreign Office zu dieser Zeit bzw. bald daraufhin anstellten. So erklärte Churchill am 25. Juli, Lieferungen von Ruhrkohle aus der britischen in die russische Zone müßten mit Nahrungsmitteln aus der sowjetischen Zone bezahlt werden.⁷²⁵ Der Premier versuchte hier, einen Handel abzuschließen, *ohne* die Grenzfrage dabei einzubeziehen.

Einige Wochen nach seiner Wahlniederlage sagte Churchill seinem Arzt, nach seiner, Churchills, Abreise aus Potsdam habe Stalin "getan, was er wollte. Man hat zugelassen, daß die Russen ihre Grenzen nach Westen verschieben, und damit acht Millionen arme Teufel heimatlos gemacht. Ich hätte es nie gestattet, und die Amerikaner hätten mich dabei unterstützt."⁷²⁶ Churchill kommt durchaus das Verdienst zu, dem sowjetischen Realpolitiker auf dessen Zielgeraden doch noch einen erheblichen Widerstand entgegengesetzt zu haben. Aber es trifft ihn eine erhebliche Mitverantwortung daran, den Raum für die sowjetischen Forderungen zumindest diplomatisch eröffnet zu haben.

Davon abgesehen, verfehlten die Gespräche mit den polnischen Politikern nicht ihre Wirkung auf die britische Delegation, vor allem die Unterredung mit dem ehemaligen Exilpremier Mikołajczyk, der, den Briten gut bekannt, seit einigen Wochen stellvertretender Ministerpräsident in der von London anerkannten Provisorischen Warschauer Regierung war. In einer Unterredung mit Eden und dem britischen Botschafter in Moskau, Clark Kerr, erklärte Mikołajczyk am 25. Juli, wie wichtig eine rasche Festlegung der Grenze mit Blick auf die innenpolitische Selbstbestimmung Polens sei. Der Politiker erklärte den Briten: "Das haben sie zu entscheiden. ... Polen wird unabhängig sein, wenn wir rasch Wahlen haben; die Wahlen hängen ihrerseits von der Festlegung der Grenzen und der Entfernung der sowjetischen Truppen aus dem polnischen Gebiet

⁷²⁴Churchill, *Triumph and Tragedy*, S. 581. Seinem Nachfolger Attlee antwortete Churchill am 3. 8. 1945 auf dessen Informationsschreiben zum Ausgang der Konferenz: "I am sorry about the Western Neisse, and I fear the Russians have laid an undue toll even on the Germany which is not in their zone." In einem Brief an den Verleger Gollancz schrieb Churchill am 28. 12. 1946: "I would never have agreed to the Western Neisse and was saving it up for a final show-down", Gilbert, VIII, S. 117.

⁷²⁵9. Plenarsitzung, britische Notizen, DBPO I/1, Doc. 271, S. 692-693; sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 321.

⁷²⁶Tagebuch Moran, 8. 8. 1945, Moran, Churchill, S. 317.

ab."⁷²⁷ Mikołajczyk sprach sich anschließend für den Erwerb der Gebiete bis zu Oder und Lausitzer Neiße aus.

Clark Kerr unterstützte diese Forderung am 26. Juli nachhaltig. Er empfahl Eden, "daß, wenn eine Regelung bezüglich der Reparationen, Nahrungsmittel usw. getroffen werden kann, es klug von uns wäre, hinsichtlich der polnischen Forderungen so beweglich wie möglich zu sein". Er führte die bemerkenswerte Begründung an, eine "*Germania irredenta*" werde in jedem Fall geschaffen. Da die Hauptaufgabe ohnehin darin bestehe, Deutschland niederzuhalten, spiele es keine Rolle, wenn "der Bissen aus dem lebenden Fleisch Deutschlands" noch "ein bißchen größer" wäre.⁷²⁸

Dieser ungeschminkte Vermerk des Botschafters ermunterte zwei Foreign Office-Beamte aus der britischen Delegation, Denis Allen und John Coulson, den Zusammenhang zwischen den Versorgungsschwierigkeiten in den westlichen Zonen und in Berlin einerseits und der Frage der zukünftigen Grenzziehung andererseits zu beleuchten.⁷²⁹ Das Ergebnis ihrer Überlegungen legten sie in einem Papier mit dem Titel "Polish Western Frontier and Supplies from Transferred German Territory" nieder.⁷³⁰ Die Autoren faßten eine vorläufige Zustimmung zu den maximalen polnisch-sowjetischen Grenzforderungen ins Auge, um im Gegenzug Zugeständnisse hinsichtlich der Lieferung von Versorgungsgütern aus den Gebieten jenseits von Oder und westlicher Neiße zu erreichen, vor allem von Kohle und Nahrungsmitteln.⁷³¹

Mit Blick auf die territoriale Regelung wichtig ist der Eindruck beider Verfasser, die von Russen und Polen geschaffenen Fakten könnten praktisch kaum noch geändert werden. Mit anderen Worten, die Beamten räumten ein, daß Großbritannien so gut wie keinen Einfluß auf die Angelegenheiten in Ostmitteleuropa besaß. Mit einiger Gerechtigkeit, so hieß es seltsamerweise in dem Papier, könnten Russen und Polen darauf verweisen, daß die betreffenden Regionen aus praktischer Sicht nicht mehr deutsch seien, daß Deutschland ohnehin grolle, egal ob es nun Danzig und Ostpreußen verliere oder auch noch Stettin. Schließlich, so die Vorwegnahme der voraussichtlichen Argumente von Polen und Sowjets, könne Deutschland wenig ausrichten, solange es schwach sei und die Alliierten stark, und die Wegnahme der Ostgebiete werde zur dauerhaften Schwächung Deutschlands beitragen.⁷³² Es waren dies machtpolitische Argumente, die keines weiteren Kommentars bedurften.

Das Augenmerk auf die zukünftige Lage Polens gerichtet, hielten die Autoren das polnische Argument für stark, die Gebiete bis zur Oder und Lausitzer Neiße müßten als Einheit behandelt werden, und Polen müsse die Kontrolle über den Flußverlauf haben, um vollen Nutzen aus dem Besitz Oberschlesiens zu ziehen. Die Beamten betonten vor

⁷²⁷Unterredung Clark Kerr-Mikołajczyk, 25. 7. 1945, DDP II/1, S. 1697-1700, Zit. 1699 (Eden verließ das Gespräch bald, um an der 9. Plenarsitzung teilzunehmen). Das Orig. in DBPO I/1, Doc. 269 und 270, S. 681-689, Zit. S. 687.

⁷²⁸Vermerk Clark Kerrs, 26. 7. 1945, DDP II/1, S. 1735-1736, Hervorh. im Orig.. Vgl. DBPO I/1, Doc. 277, S. 702-704. Der neue Außenminister Bevin nahm dieses Schreiben am 29. 7. zur Kenntnis (ebda., S. 702, Anm. 1).

⁷²⁹Siehe dazu den Vermerk Denis Allens, 27. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 277, S. 702, Anm. 1; DDP II/1, S. 1735, Anm. 1.

⁷³⁰"Polish Western Frontier and Supplies from Transferred German Territory", Memorandum Coulson/Allen, Anhang zu einem Schreiben Allens an Warner (London), 27. 7. 1945, DBPO, I/1, Doc. 436, S. 940-943; auch in DDP II/1, S. 946-948.

⁷³¹Vgl. Kap. 4. 7.

⁷³²"Polish Western Frontier and Supplies", 27. 7. 1945, DBPO, I/1, Doc. 436, S. 942.

allem auch Mikołajczyks Drängen auf eine rasche Regelung, da dies eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung eines freien politischen Lebens in Polen sei.⁷³³ Auffallend an dieser Entwicklung ist, daß sie sich in der kritischen Phase der Konferenz *und* des britischen Regierungswechsels ganz auf Beamtenebene vollzog. Das letztgenannte Memorandum erreichte den neuen Premier Attlee in London nicht mehr.⁷³⁴ Unterdessen erfuhr Staatssekretär Cadogan am Abend des 27. Juli in einer Unterredung mit US-Außenminister Byrnes von dessen Plan, die strittigen Fragen auf der Konferenz - Reparationen und Gebietsabtretungen - in einem zu lösen. Die Sowjetunion sollte neben der Ausbeutung ihrer eigenen Zone aus den westlichen Zonen Material und Ausrüstungen erhalten und sich zur Lieferung von Kohle und Nahrungsmitteln aus ihrer Zone verpflichten. Im Gegenzug würden die Westmächte den Übergang der Gebiete östlich von Oder und Glatzer Neiße einschließlich Stettins unter polnische Verwaltung billigen.⁷³⁵

Nach dem Regierungswechsel in Großbritannien fand der letzte Akt im Drama um die deutsch-polnische Grenze statt. Treibende Kraft war nun vor allem US-Außenminister Byrnes, der am 29. Juli 1945 zunächst eine vorläufige Grenzziehung an Oder und Glatzer Neiße verlangte, eine Lösung, die noch in Churchills Sinn gewesen wäre. Doch die neue britische Delegation verhandelte entlang der letztgenannten Empfehlungen der Beamten. Auch Cadogan hatte Attlee und Bevin die Paketlösung empfohlen, wobei sein Vermerk vom 28. Juli bezüglich der Grenzregelung sehr unscharf ist.⁷³⁶ In der ersten Stabsbesprechung der neuen britischen Delegation unter Attlee sagte Bevin am 29. Juli, er ziehe eine Grenzlinie an der Glatzer Neiße vor.⁷³⁷ Es wurde allerdings deutlich, daß die Briten grundsätzlich bereit waren, die Grenzziehung als ein Mittel einzusetzen, um von Moskau Zugeständnisse in der Reparations- und Versorgungsfrage zu erlangen. Dies deckte sich mit den Überlegungen Allens und Coulsons, die pragmatischer, nicht grundsätzlicher Natur waren; genauer: das Grundsätzliche hatte sich allein auf den Wunsch nach innenpolitischer Unabhängigkeit Polens bezogen.

Die britische Delegation und die verantwortlichen Politiker waren der Linie Oder-Lausitzer Neiße nicht mehr grundsätzlich abgeneigt. Bevin versuchte nur, die Paketlösung noch auszuweiten und benannte als Fragen, die er im Zusammenhang mit der Grenzziehung klären wollte, auch die Abhaltung freier Wahlen in Polen, die rasche Aufnahme des polnischen Wirtschaftslebens und einen sowjetischen Truppenabzug. Als Ideallösung wurde allerdings festgehalten, eine Entscheidung über Glatzer oder Lausitzer Neiße noch offenzuhalten und die Lage vor Ort von Sachverständigen untersuchen zu lassen.

Im Anschluß an die Stabskonferenz traf Attlee mit der polnischen Delegation in Potsdam zusammen, die massiv auf die Anerkennung der Lausitzer Neiße drängte, während die Briten sagten, sie gingen von der Glatzer Neiße aus. Bevin erkundigte sich genau,

⁷³³Ebda..

⁷³⁴DBPO I/1, Doc. 436, Anm. 3.

⁷³⁵Aufzeichnung Cadogans über eine Unterredung mit Byrnes, 27. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 437, S. 944-945.

⁷³⁶Vermerk Cadogans, 28. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 440, S. 947-950; DDP II/1, S. 1810-1812; vgl. Dilks, Diaries, S. 775; Woodward, BFP V, S. 428.

⁷³⁷1. Stabskonferenz mit Premierminister Attlee und Außenminister Bevin, 29. 7. 1945, DBPO I/1, S. 968; DDP II/1, S. 1842.

ob bald freie Wahlen abgehalten werden könnten, was ihm zugesichert wurde.⁷³⁸ In einer Unterredung mit Mikolajczyk am 31. Juli 1945 erklärte Bevin, wenn die Briten sich mit mehr als der östlichen Neiße "einverstanden erklären sollten, müßten sie dafür befriedigende Zusicherungen über die inneren Verhältnisse in Polen bekommen".⁷³⁹ Bevin verlangte die Nennung eines definitiven Wahltermins.

In einer Nachmittagssitzung mit Vertretern der Provisorischen Regierung Polens vertrat Bevin die britischen Anliegen engagiert und kompromißlos. Er verlangte, die Polen müßten sich auf Wahlen nicht später als Anfang 1946, auf Presse- und Religionsfreiheit verpflichten. Nachdem der kommunistische Präsident Bierut diese Zusicherungen gegeben hatte, erklärte Bevin, er sei bereit, die polnische Forderung "nach einer provisorischen Grenze an der Oder und der westlichen Neiße zu unterstützen".⁷⁴⁰ Bevin sprach hier nicht nur von der Errichtung einer Verwaltung bis zur Friedenskonferenz, sondern seine Unterstützung trug offensichtlich einen definitiveren Charakter. Gegen die letztlich vage Zusicherung von Wahlen, die in einer gemeinsamen britisch-polnischen Erklärung bekräftigt werden sollte, war Bevin im Einklang mit den Beschlüssen der Stabskonferenz bereit, den Polen Niederschlesien zu überlassen. Immerhin muß dem neuen Außenminister zugute gehalten werden, daß er - in würdiger Nachfolge Churchills und Edens - massiv um die innenpolitische Freiheit Polens kämpfte, auch wenn es denkbar gewesen wäre, wirklich freie Wahlen in Polen abzuwarten und erst dann - z. B. im Rahmen der ständigen Außenministerkonferenz - den Polen die Verwaltung Niederschlesiens zu übergeben. Dies erwogen die Briten jedoch nicht.

Die von Bevin dominierte britische Diplomatie muß natürlich vor dem schwierigen Hintergrund gesehen werden, daß sich US-Außenminister Byrnes bereits am 30. Juli - ohne die Briten vorab zu konsultieren und ohne von den Polen oder Sowjets Gegenleistungen zu verlangen - mit der Lausitzer Neiße zufriedengegeben hatte. Bevins Handlungsspielraum war angesichts des Drucks von allen Seiten erheblich eingeschränkt. Im Plenum am 31. Juli sagte der Außenminister zwar noch, er sei lediglich dazu autorisiert, der Glatzer Neiße zuzustimmen. Doch nachdem Bevin die britischen Bedingungen, denen die Polen zugestimmt hatten, im Plenum vorgetragen hatte, akzeptierte er im Namen der britischen Delegation die polnische Verwaltung bis zur Linie an Oder und Lausitzer Neiße.⁷⁴¹

⁷³⁸Unterredung Attlees mit Mitgliedern der Polnischen Provisorischen Regierung, 29. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1858-1862 (Orig.: DBPO I/1, S. 976 ff.). Vgl. dazu das Tagebuch Mikolajczyks, ebda., S. 1862-1865.

⁷³⁹Unterredung Bevin-Mikolajczyk, 31. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1925-1926 (Orig.: DBPO I/1, S. 1059). Vgl. die Tagebuchnotizen Mikolajczyks, ebda., S. 1933-1937, hier ist gar die Rede von der polnischen Grenze ohne den Zusatz „provisorisch“.

⁷⁴⁰Unterredung Bevins mit Mitgliedern der Polnischen Provisorischen Regierung, 31. 7. 1945, DDP II/1, S. 1933 (Orig.: DBPO I/1, S. 1067-1068).

⁷⁴¹11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, US-Notizen, FRUS, PD II, 533-535; sowjetische Notizen, Fischer, PP, 347-350; weniger deutlich in den britischen Notizen, DBPO I/1, Doc. 495, S. 1078-1080. Die Übereinkunft beleuchtet unter juristischem Aspekt B. Kempen, Potsdam und die deutsch-polnische Grenzregelung, in: Das Potsdamer Abkommen. III. Teil, Wien 1996, S. 73-89.